

**RECHTLICHE REGELUNG UND FORTENT-  
WICKLUNG DER INTERNEN  
VERHÄLTNISSE IN DEN  
LANDWIRTSCHAFTLICHEN  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN**

**INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ**

**in SZEGED**

**vom 28 bis 30 november 1979.**

**5.**

**Veröffentlichungen des Lehrstuhls für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht an der Fakultät für  
Staats- und Rechtswissenschaft der Universität „József Attila“ in Szeged**



RECHTLICHE REGELUNG UND FORTENTWICKLUNG DER INTERNEN  
VERHÄLTNISSE IN DEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ

in S Z E G E D

vom 28 bis 30 november 1979.

5.

Veröffentlichungen des Lehrstuhls für Landwirtschafts-  
und Arbeitsrecht an der Fakultät für Staats- und Rechts-  
wissenschaft der Universität "József Attila" in Szeged



Das Material der Konferenz wurde in der Publikationsreihe des Lehrstuhls in ungarischer und russischer Sprache veröffentlicht /Band 4 und 6./

Redigiert von:

Dr. L a j o s T ó t h

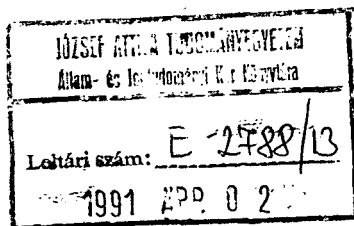
Lektor:

dr. J ó z s e f V e r e s

Übersetzer:

Russisch - ungarisch: Miklós Salamon

Ungarisch - deutsch: Otto Farkasfalvi





## V o r w o r t

Die stürmische Entwicklung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse stellt sowohl Wissenschaftler als auch Praktiker gleichweise stets vor immer neuere Aufgaben. Weder Wissenschaft, noch Praxis kann sich nicht bis zur Bewegungslosigkeit versteifen, darum sind sie gezwungen - wenn ein Erfolg erreicht werden soll - mit der Entwicklung stets Schritt zu halten und den, aus den Realitäten des gesellschaftlichen Lebens entspringenden neuen Aufgaben mutig ins Auge zu blicken. Die Erarbeitung der besten Lösungen bildet gemeinsames Interesse, wozu es einer Vereinigung der Kräfte und Nutzung der Erfahrungen bedarf.

Auf Grund derartiger Erwägungen wurde es im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zur Regel, dass die sich mit dem Agrarrecht der mitteleuropäischen sozialistischen Länder befassenden theoretischen und praktischen Experten an jährlich oder zweijährlich veranstalteten internationalen Konferenzen begegnen, um ihre Ansichten über die aktuellsten Probleme der Rechtsentwicklung zu erörtern. Es ist sehr beehrend, dass wir die letzte Konferenz im Jahre 1979 vom 20 - 30 November in Ungarn und zwar in Szeged veranstalten konnten. Die Konferenz wurde unter dem Titel "Juridische Regelung der internen Verhältnisse in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und deren Fortentwicklung" an der Universität "József Attila" in Szeged, durch die Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Agrar- und Arbeitsrecht; weiterhin durch die Genossenschaftssektion des Verbandes der Ungarischen Juristen und durch das Präsidium des Landesrates der Produktionsgenossenschaften veranstaltet. An den Sitzungen erschienen 14 ausländische und nahezu 100 inländische Fachleute und verklangen in den - auch in diesem Band

bezeichneten vier Themenkreisen 27 Vorträge.

Es steht mir nicht zu diese Vorträge in dieser kurzen Einleitung auszuwerten, insbesondere da diese für sich selbst sprechen. Allbekannt ist jedoch, dass den Erfolg einer internationalen Konferenz nicht nur die auf hohem Niveau verklungenen Vorträge und Diskussionen darstellen, sondern die Verstärkung der persönlichen Kontakte und deren Vertiefung und schliesslich der geführte freundschaftliche Gedankenaustausch. Ich bin der Meinung, dass ich auch im Namen sämtlicher Teilnehmer getrost behaupten darf, dass sich dazu an dieser Begegnung reichliche Möglichkeiten anboten und auch, dass diese Veranstaltung dazu beitragen konnte, dass sich die Freundschaft der Teilnehmer verstärkte, sich ihre fachliche Zusammenarbeit auch weiterhin fortentwickle.

Mit der Publikation dieses Bandes wünschten wir alljenen, sich für dieses Thema interessierenden Fachleuten eine Möglichkeit zu schaffen um die an dieser Veranstaltung verklungenen Vorträge, wissenschaftliche Ansichten und Meinungen kennen zu lernen, die an dieser Begegnung nicht teilnehmen konnten. Wir hoffen, dass wir dadurch zur Fortentwicklung der Agrarrechtswissenschaft und auch der Rechtsbildung beitragen konnten.

Schliesslich möchte ich hier Herr Dr. József MOHAROS dem ehemaligen Sekretär des Landesrates der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Vorstandsmitglied gegenüber unseren Dank - quasi als Nekrolog - zum Ausdruck bringen, der an unserer Konferenz die Schlussrede hielt.

Sein kurz nach der Konferenz erfolgtes Verscheiden verhinderte uns daran, sein Manuskript zu erhalten und seine gedankenreiche, die Konferenz bewertende Schlussrede zu veröffentlichen.

Szeged, September 1980

Dr. Árpád MAGYAK

Senatspräsident am Obersten Gerichtshof,  
Vorsitzender des Landespräsidiums, Sek-  
tion für Genossenschaftsrecht des Ver-  
bandes der Ungarischen Juristen

Dr. György Antalffy  
Professor, Rector  
an der Universität JÓZSEF ATTILA  
/Szeged, Ungarn/

# A N S P R A C H E

Sehrgeehrte Konferenz !  
Werte Gäste !

Ich erachte es als äusserst beehrend, dass ich die internationale Beratung über Rechtsregelung der internen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Namen der Veranstalter, unter diesen im Namen der Universität "József Attila" eröffnen darf.

Unsere Universität stellte den Diskussionen über die Fortentwicklung gewisser Wissenschaftszweige jeweils ein Heim zur Verfügung und da ich selbst im Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaften tätig bin, erfüllt mich wohlberechtigter Stolz, dass ich diese, über die Probleme dieses Teilgebietes veranstaltete Beratung, welche ich auch meinerseits als Überaus wichtig erachte, in unserer Heimatsstadt eröffnen darf.

Im Laufe der jüngsten Jahre konnten wir über die verschiedenen Telekommunikationseinrichtungen von diversen Konferenzen sozusagen Tag für Tag Berichte erhalten, über deren Organisation, Themenkreis, einzelne Themen und deren Teilnehmer. Beratungen derartigen Charakters sind sowohl in inländischer, als auch in internationaler Hinsicht bedeutende und wichtige Veranstaltungen, nachdem sich an diesen die Möglichkeit bietet über die Arbeit, Erfolge, Probleme und zukünftigen Pläne der Vertreter dieser Wissenschaftszweige der grossen Öffentlichkeit zu berichten.

Ganz besonders erfreulich ist, dass ich mich als erster an einer Veranstaltung äussern darf, welche im Gebiete der

Gesellschaftskunde, in einem äusserst wichtigen Wissenschaftszweige die Verwirklichung der die zeitgemässe Wissenschaftspolitik betreffende Anforderungen anzeigt.

Die wissenschaftliche Forschung und Fortentwicklung gestaltete sich im Aufbau des Sozialismus zu dem sich am dynamischsten entwickelnden Gebiete. Die zunehmende Rolle der Wissenschaft, die Empfindlichkeit gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen gegenüber aktivisierte einen weiten Kreis der Wissenschaftler, schaffte ein tatendurstiges Leben in der Wissenschaft, wobei die gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft beträchtlich anstieg. Die Forschungstätigkeit kann demgemäss, im Vergleich mit früheren Perioden, dem praktischen Aufbau des Sozialismus konsequenter und planmässiger dienen, kann somit der Realisierung unserer kulturellen Zielsetzungen, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielen direkter dienen.

Die erfolgreiche Pflege der Wissenschaften erfordert schon seit langem die permanente Beobachtung der internationalen Erfolge der Wissenschaften, eine multilaterale Zusammenarbeit und insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen der Wissenschaftler der sozialistischen Länder, da alldies die Fortentwicklung der Wissenschaften weitgehend beschleunigt und fördert.

Eine Offenbarung der Zusammenarbeit in Form einer derartigen internationalen Konferenz übt auf die Fortentwicklung der einzelnen Wissenschaftszweige eine bedeutende Wirkung und grossen Einfluss aus und gilt gleichzeitig auch als gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Erfolg. Ich möchte auch unsere ganz besondere

Freude zum Ausdruck bringen aus dem Anlass, dass unsere Universität damit beehrt wurde, dass diese Konferenz mit Teilnahme ausländischer Juristen wieder bei uns in Szeged veranstaltet wurde. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wird unter anderen auch durch jene Tatsache betont, dass mehrere sozialistische Länder ihre Vertreter entsandten, dass die unsere Heimat aufsuchenden Gelehrten und praktisierende Juristen mit ihrer Teilnahme und Mitarbeit die Lösung der anfallenden Probleme fördern, weiterhin dadurch eine internationale Rundschau gewährleisten und somit auch der Bildung neuer wissenschaftlicher Konzeptionen dienen.

Der Einfluss der verschiedenen internationalen Faktoren ist auch im Leben der Wissenschaft von grosser Bedeutung und zeigt eine sich zunehmend verstärkende Tendenz.

Die Entwicklung einzelner Länder ist in grossem Umfang mittels Zusammenhängen bestimmenden Charakters mit der Entwicklung anderer Länder verbunden; die Erfolge der wissenschaftlichen Forschungen überschreiten die Landesgrenzen, ihr Einfluss kommt zu Geltung und üben dadurch auch auf die Entwicklung anderer Länder ihren Einfluss aus. Wir sind völlig überzeugt, dass wir mit der Veranstaltung dieser Konferenz der Wissenschaft unserer Heimat, ausserdem und in Allgemeinheit den sozialistischen Wissenschaften nützlichen Dienst leisten.

Wir möchten betonen, dass während früher derartige Begegnungen eigentlich bloss informativen Charakter führten und grösstenteils nur repräsentative Festlichkeiten waren, derzeitig die Zusammenstellung eines Programms zwecks Besprechung bestimmter wissenschaftlichen Problemen

das Ziel ist, wo vertiefter, schöpferischer wissenschaftlicher Gedankenaustausch erfolgt.

Die in ausserordentlich raschen Takt erfolgende Entwicklung der Wissenschaften, der stürmisch ansteigende Bedarf an Material und sonstigen Bedürfnissen, welche durch diesen Fortschritt gestellt werden, die Verstärkung und die Strenge der gesellschaftlichen Anforderungen, erfordern hinsichtlich des Bedingungssystems eine gewendige, elastische Stellungnahme, eine zunehmends mehr und mehr miteinander verbundene gemeinsame Arbeit wird zu einer immer grösseren Notwendigkeit. Auch damit hat man zu rechnen, dass der gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt komplexere, schwierigere Probleme erstellen wird als bisher und von der Forschung eine Beantwortung erwartet angefangen von der "Produktion" der Kenntnisse bis zu deren praktischen Anwendung. Mittels einer umfangreicheren Zusammenarbeit der Forschung und Praxis als bisher, müssen wir jene günstige, gesunde Grundlage schaffen, auf welche die bevorstehende Fortentwicklung aufgebaut werden kann. Solche waren unsere bisherigen Beratungen in Budapest, Moskau, Sofia, Brunn und in Leipzig.

1. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bekleiden heutzutage bereits in der ganzen Welt und insbesondere in den sozialistischen Ländern eine hervorragende Rolle. Auch das ist allbekannt, dass in der Mehrzahl der Entwicklungsländer man die landwirtschaftliche Produktion am Wege der Genossenschaften zu organisieren wünscht. Es ist also keineswegs übertrieben, wenn wir feststellen, dass die sozialistischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen in sämtlichen Weltteilen und die Form ihrer Fortentwicklung auch die

Genossenschaftsbewegung der Entwicklungsländer in bedeutendem Masse beeinflussen kann..

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der europäischen sozialistischen Länder erreichten eine äusserst wichtige Entwicklungsperiode. Sie entwickelten sich im engsten Sinne des Wortes zu mächtigen Produktionsländern. die industriemässige Produktion, technologischer Disziplin, erfordern mit den industriellen Betrieben präzise, planmässige kooperative Beziehungen und zwecks Verwertung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte ebensolche wohlorganisierte Kontakte mit sämtlichen Bereichen der Lebensmittelwirtschaft und des Handels. Eine derartige Veränderung der Produktionsverhältnisse wirkt sich selbstverständlicherweise auch auf die Eigentümer-, Vermögens-, Leitungs- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der Genossenschaften aus,- oder wie es das Thema dieser Konferenz bezeichnet, auf die internen Verhältnisse der Produktionsgenossenschaften.

Die Erforschung dieser Veränderungen, die wahrheitsgetreue Ermittlung der neuartigen Verhältnisse, das Erkennen der Entwicklungstendenzen gestaltete sich zu einer bedeutenden Aufgabe sämtlicher, sich mit gesellschaftlichen Organisationen befassenden Wissenschaften. Deshalb erachte ich diesen Themenkreis der Konferenz als überaus aktuell.

2. Es ist meine Überzeugung, dass die an der Konferenz verklingenden Ansichten und Auffassungen, welche zwar in erster Linie in organisativen Eigentümlichkeiten und in unseren heimischen Verhältnissen wurzeln, nicht nur der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der rechtlichen Regelung ihrer Rechtsverhältnisse



dienen werden, sondern auch den - sich mit den staatlichen Unternehmen und sonstigen Genossenschaften befassenden Wissenschaftszweigen bzw. Kodifizierungsarbeiten Hilfe leisten werden. Über die Gestaltung und Fortentwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes als Rechtszweig, entstand in der juristischen Literatur Ungarns eine lebhaft und fruchtbare Diskussion. Die Ansicht mancher neigt zur Bildung eines einheitlichen Genossenschaftsrechtes, andere wieder gehen von dem Aspekt eines einheitlichen Unternehmensrechtes aus. Es ist mir bekannt, dass in mehreren sozialistischen Ländern ebenfalls eine ähnliche Diskussion geführt wird, welche durch die Konzeption des Wirtschaftsrechtes oder des Agrarrechtes noch belebter wird.

Der Themenkreis der Konferenz bietet reichliche Möglichkeiten zur Behandlung dieser Probleme an, anhand der Analyse der internen Verhältnisse. Meiner Ansicht nach kann es jedoch nicht Aufgabe unserer Konferenz sein, auf diese komplizierten, mehrere Rechtszweige betreffende Probleme eine komplexe Beantwortung zu erteilen. Gleichzeitig hoffe ich, dass die im Laufe der Analysierung der internen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erscheinende Standpunkte eine Annäherung der verschiedenen Ansichten fördern werden, eventuell ein besseres Verständnis der abweichenden Anschauungen. Dadurch kann die Arbeit dieser Konferenz zur Entwicklung des Bürgerrechtes, der Wissenschaft des Agrarrechtes und des Arbeitsrechtes beitragen, oder zu dem weiteren Studium des in Allgemeinheit noch nicht anerkannten Genossenschafts- oder Unternehmensrechtes und insgesamt der Entwicklung der Wissenschaft der Rechtstheorie.

3. Die internen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entwickeln sich - im engsten Sinne des Wortes - in energischem Tempo. Ich bin der Meinung, dass es ausreichend ist, wenn ich mich auf einige wenige vergleichende Daten berufe. Von einer Vermögenssicherheit der ersten sozialistischen Genossenschaften kann man kaum sprechen, da diese in mehrtausende Kleinbetriebe zersplittert arbeiteten und erst nach 30 Jahren sich in etwa 1350 modernen Grossbetrieben zentralisieren konnten. Das Genossenschaftsvermögen erreichte die Grösse von mehreren Milliarden Forint. Den - bei ihrem Eintritt in die Genossenschaft - vielleicht um ihr Vermögen und ihre Existenz bangenden Bauern und ihren Familien konnten die Genossenschaften volle existenzielle Sicherheit schaffen. Der auf der Autonomie der sozialistischen Produktionsbetriebe beruhenden Leitung schlossen sich etwa 900,000 Genossenschaftsmitglieder an und üben ihre - durch die genossenschaftliche Demokratie zugesicherten - Rechte Tag für Tag aus. Die Genossenschaften sichern nahezu einer halben Million aktiver Werktätigen ein sicheres Einkommen und Arbeitsbedingungen, ähnlich den Lohnarbeitern. Weiterhin ist es gelungen etwa 400,000 arbeitsunfähigen Genossenschaftsmitgliedern eine entsprechende soziale Versorgung zu sichern.

Zu dieser hochgradigen Entwicklung der internen Verhältnisse war eine - die Entwicklung niemals behindernde - Rechtsschaffung erforderlich. Ich kann mit voller Überzeugung behaupten, dass diese Bildung der Rechtsgebung den Erwartungen darum so weitgehend entsprechen konnte, weil sie sich jeweils auf die Wissenschaft stützen und sich auf die praktische Arbeit verrichtende Fachleute verlassen konnte.

Ich bin der Meinung, dass sich die Entwicklung der internen Verhältnisse in der Zukunft verlangsamen wird, nachdem auch hier anstatt der quantitativen Kennwerte die qualitativen Kennwerte in den Vordergrund treten. Dieser Prozess erfordert jedoch seitens unserer Gesetzgebung eine, auch wissenschaftlich wohlbegründete Voraussicht.

Im Laufe einer raschen Entwicklung erscheinen auch eventuelle Irrtümer, behindernde Faktoren ziemlich schnell; bei einem langsameren Prozess werden diese jedoch in den einzelnen Teilgebieten erst nach Jahren bemerkbar. Darum erachte ich das so häufig erwähnte Trio in der Zusammenarbeit - Rechtswissenschaft, Rechtsgebung und Rechtspflege - als äusserst wichtig.

Gestatten Sie mir - bitte - dass ich meiner Freude auch in dieser Beziehung Ausdruck gebe, nachdem die Veranstaltungsorgane dieser Konferenz und deren Teilnehmer im Sinne dieser guten Zusammenarbeit ein gutes Beispiel darstellen.

Es ist Aufgabe der Rechtswissenschaft sich dem Leben anzunähern, der sozialen Realität, weiterhin gehört zu dieser Aufgabe die Analysierung der bisherigen Erfahrungen und die Erarbeitung der neueren Entwicklungselemente. Die Entwicklung eines Wissenschaftszweiges ist umso erfolgreicher, je zielbewusster der komplexe Charakter der anfallenden Aufgaben erfasst wird und wie diese in Zusammenarbeit mit den anderen Wissenschaftszweigen gelöst werden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Rechtswissenschaft und in diesem Rahmen auch auf die Bestimmung der an dieser Konferenz der Diskussion unterzogenen eigenartigen Aufgaben dieses Rechtszweiges. Der Beruf der Juristen darf

niemals abstrahiert betrachtet werden. Der Jurist befasst sich stets mit gewissen staatlichen Institutionen und pflegt ein bestimmtes Recht; die Rolle der Juristen und deren Arbeit hat gesellschaftliche Bedeutung, der Zusammenarbeit der in diversen Spezialgebieten tätigen Juristen gegenüber erweist sich ein hochgradiger Bedarf. Wünschenswert ist dass die gegenseitige Informierung und die organisierte Zusammenarbeit mit sämtlichen diesbezüglichen Möglichkeiten - umfangreicher als bei den bisherigen Formen - fortentwickelt wird. Im Verlaufe dieser Konferenz bieten sich zur Unterbreitung von Vorschlägen und konkreten Anregungen zahlreiche Möglichkeiten.

Eine wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen wissenschaftlichen Forschungsarbeit ist die Gestaltung der bereits erwähnten theoretischen und praktischen Harmonie. Anderen Wissenschaften ähnlich ist zwischen der theoretischen Forschung - welche auf die Ausarbeitung von wesentlichen prinzipiellen-theoretischen Problemen ausgerichtet ist - und der angewandten Forschung, welche die Aufgabe hat, die der Praxis entsprungene Probleme auch wissenschaftlich begründet zu beantworten, - ein Unterschied zu treffen. Die Bestimmung der richtigen Proportionen ist eine wesentliche Bedingung der wissenschaftlichen Forschung, demzufolge eine vielseitige und gründliche Prüfung und ein konkretes Studium der gesellschaftlichen Erscheinungen besonders notwendig ist. Man muss sich unbedingt jener Möglichkeit bedienen, welche die sozialistische Gesellschaft bietet: wissenschaftliche Feststellungen, Richtigkeit der Schlussfolgerungen können im gesellschaftlichen Masstab gemessen werden. Es bietet sich die Möglichkeit, die hinsichtlich der gesellschaftlichen Fortentwicklung nutzwolle Erscheinungen in grossem Umfang zu

publizieren und zu verbreiten. Die Forschungen leisteten im Laufe der vergangenen Jahre sowohl der inländischen Praxis effektive Unterstützung, als diese auch auf internationaler Ebene bedeutende Anerkennung erwarben.

Der die Probleme der juridischen Regelung und Fortentwicklung der internen Verhältnisse in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften behandelnden Konferenz gegenüber sind wir von grossen Erwartungen erfüllt. Diese spannungsvolle Erwartung wird auch dadurch vor allem begründet, dass derartige aktuelle Probleme zur Diskussion gestellt werden, wie z.B. : wesentliche Fragen der Vermögensverhältnisse innerhalb der Produktionsgenossenschaften; Interessenschutz der Genossenschaftsmitglieder in Produktionsgenossenschaften; neuartige Züge des Mitgliedschaftsverhältnisses in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, und alldies im Rahmen hochinteressanter Vorträge.

Vor Pflegern der sozialistischen Rechtswissenschaft ist es offensichtlich, dass das Niveau, die Erfolge und Ermittlungen dieses Rechtszweiges keineswegs gleichgültig sind, dass diese auch aus der Sicht der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsorganisierung und letzten Endes auch hinsichtlich der Entwicklung des Bewusstseins der genossenschaftlichen Arbeiter von wesentlicher Bedeutung sind.

4. Das leninische Genossenschaftsideal wurde in Ungarn ebenso, wie in den anderen befreundeten sozialistischen Ländern nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Detailhandel, in der Industrie und im Gebiete der Dienstleistungen für die Bevölkerung realisiert. Die Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften diversen Typs bedeutete

jeweils fruchtbare Beziehungen und wechselseitige Unterstützung.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auch daraufhin lenken, dass der gegebene Themenkreis auch dazu Möglichkeit bietet, die internen Verhältnisse der Schwestergenossenschaften zu untersuchen, die identischen oder abweichenden Züge zu erschliessen oder wenigstens die Zusammenhänge zu analysieren.

Ich bin der Meinung, dass dieser Ausblick den endgültigen Konklusionen noch mehr Inhalt und Begründung verleihen kann. Nachdem ich dessen bewusst bin, dass die Vertreter der theoretischen und praktisierenden Fachleute seitens der anderen Genossenschaftszweige momentan nicht hier sind, die Konferenz möchte ich jedoch mit der Hoffnung begrüssen, dass in absehbarer Zeit auch eine internationale Konferenz für sämtliche Genossenschaften veranstaltet wird, wobei ich im Namen der Veranstalterorgane jener Hoffnung Ausdruck gebe, dass wir es als beehrende Aufgabe betrachten würden, falls eine solche Konferenz wieder in Ungarn veranstaltet werden sollte.

In dieser Hoffnung eröffne ich hiemit die wissenschaftliche Konferenz und gestatten Sie mir, dass ich allen Teilnehmern, unseren werten Gästen erfolgreiche, nutzbringende Arbeit wünsche.-

I. T E I L

INTERNE VERMÖGENSVERHÄLTNISSE DER PRODUKTIONS-  
GENOSSENSCHAFTEN

Dr. Imre SERES  
Professor  
Eötvös Lóránd Universität  
Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften  
/Ungarn, Budapest/

WESENTLICHE RECHTSFRAGEN DER BEZIEHUNGEN INNERHALB DER  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

/Einleitender Vortrag zur Diskussion/

1. Die Rechtswissenschaft hat die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft während langer Zeit als einen, als Ergebnis der materiellen und persönlichen Vereinigung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder zustande gekommenen Grossbetrieb betrachtet, der in dem, in der Satzung bzw. der Rechtsregel festgelegten Zwecke entstanden ist und funktioniert. Diese Ansicht, diese Auffassung herrschten im wesentlichen auch bei uns bis der Beendigung der massenhaften Kollektivisierung der Landwirtschaft, bzw. noch weiter, ganz bis zum Übergang zum neuen Wirtschaftslenkungssystem, also bis zur Erscheinung des in diesem Sinne gebrachten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaftsgesetzes / III. Ges. 1967 /.

Nach der Beendigung der massenhaften Kollektivisierung der Landwirtschaft ist diese Auffassung sowohl durch die Theorie, als auch durch die rechtsschaffende Anschauung insofern modifiziert worden, dass sie die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als die persönliche



und materielle Vereinigung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder betrachtete und betrachtet auch heute noch. Anscheinend hat sich also die Ansicht im wesentlichen nicht verändert, es haben sich lediglich die Attribute der genossenschaftlichen Vereinigung der LPG-Mitglieder in der Formulierung abgewechselt, in der Weise, dass anstelle der Priorität des Materiellen das Attribut des Persönlichen das Primat bekommen hat, wobei das materielle einen sekundären Platz eingenommen hat. Demgegenüber sieht es in der Realität so aus, dass hinter diesem Attribut-Austausch, der eine formelle und Formulierungsmodifikation zu sein scheint, eine sehr tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umwälzung steckt, die sowohl die Rechtswissenschaft als auch die Rechtsschaffung verfolgt und begünstigt hat, und sie hat das Endergebnis der sich in der Wirklichkeit vollzogenen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung auf der notwendigen Ebene so verallgemeinert, dass diese Verallgemeinerung nicht nur die Wirklichkeit wiedergäbe, sondern auch den Fortschritt auf diesem Gebiet fördere.

a/ Schauen wir uns jetzt das Wesen des Problems näher an, worum handelt es sich hier? Nach meiner Meinung hatten nämlich die Rechtswissenschaft und die Rechtsschaffung in einer gegebenen Periode der Entwicklung recht, im Falle der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die materielle Vereinigung zu betonen, und es war wiederum richtig, in einer weiteren Entwicklungsperiode den Akzent im Falle der LPG- auf die

persönliche Vereinigung überzulegen. Warum? Es ist allbekannt, dass das ökonomische Ziel der sozialistischen Umstrukturierung der Landwirtschaft die Abschaffung der kleinwarenproduzierenden Bauernwirtschaft in der Landwirtschaft war, in der Weise, dass ihre grundlegende materielle Basis und die dazu gehörende Arbeitskraft in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, als sozialistischen Grossbetriebe übergehe, im Interesse bestimmter wirtschaftlichen und sozialen Ziele.

Das bedeutete noch genauer ausgedrückt, dass die Basis der Kleinwarenproduktion im Ganzen auf genossenschaftlicher Weise sozialisiert werden musste - ausgenommen das Vermögen zur individuellen Wirtschaft aus helfender Art -, aber aus der Gesamtheit der in der Kleinwarenproduktion tätigen und davon lebenden Personen war die Vereinigung von nur sovielen Personen notwendig, wieviele die grossbetriebliche Wirtschaft der LPG-en benötigte. Es war also nur eine teilweise Sozialisierung der Arbeitskraft der kleinwarenproduzierenden Landwirtschaft notwendig. Anders formuliert bedeutete dies soviel, dass die massenhafte Kollektivisierung die vollkommene, genossenschaftliche Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel erforderte, aber die landwirtschaftlichen Grossbetriebe benötigten nur einen Teil der dort lebenden Arbeitskraft. Die anderen Teile der Arbeitskraft haben sich in der Landwirtschaft "befreit", in erster Linie zugunsten der Industrie und anderen Zweigen der Landwirtschaft.

Die genossenschaftliche Sozialisierung der Produktionsmittel und der Produktivkräfte ist gleichzeitig, durch die Entstehung des LPG-Mitgliedschaftsverhältnisses realisiert worden.

Natürlich hat sich die genossenschaftliche Sozialisierung nicht in dieser vereinfachten Form realisiert, aber dies war das Wesentliche dabei. Um dieses Ziel zu erreichen hat man den materiellen Inhalt des LPG-Mitgliedschaftsverhältnisses so konstruieren müssen, dass die vollkommene genossenschaftliche Sozialisierung der materiellen Basis der Kleinwarenproduktion sich als sein Ergebnis tatsächlich vollziehe. Sie vollziehe sich auch dann, wenn solche Personen zu Genossenschaftsmitglieder werden, die sich mit ihrer Arbeitskraft in der kollektiven Arbeit der Produktionsgenossenschaft nicht beteiligen können /Altersrentner/, und sie vollziehe sich auch dann, wenn der Besitzer des Vermögens nicht zu Produktionsgenossenschaftsmitglied wird /Familienangehörige, ausserhalb der Produktionsgenossenschaft stehende 3. Person, Grundstückbesitzer/. Das produktionsgenossenschaftliche Mitgliedschaftsrechtsverhältnis war in diesem Bezug auf das Vermögen nicht nur ein Mittel zur Sozialisierung des Vermögens des eintretenden Mitglieds, sondern sie war indirekter Weise auch ein Mittel dazu, dass der Boden als wichtigster, grundlegender Produktionsmittel auch in dem Falle zur LPG komme, wenn sein Besitzer ausserhalb der Produktionsgenossenschaft bleibt. Das produktionsgenossenschaftliche Mitgliedschaftsrechtsverhältnis hat so nicht

nur interne Vermögensverhältnisse zustande gebracht, sondern auch ein externes Vermögensrechtsverhältnis /produktionsgenossenschaftliches Pachtrechtsverhältnis, Berechtigung auf Grundrente / zwischen der Produktionsgenossenschaft und ausserhalb stehender Personen. Das primäre Ziel ist im Grunde genommen diese; die genossenschaftliche Sozialisierung der materiellen Basis der Kleinwarenproduktion in der ganzen Landwirtschaft und dies liefert die Erklärung und zugleich die Begründung dafür, warum das Recht in derjenigen Entwicklungsperiode den Standpunkt eingenommen hat, dass die LPG ein als Ergebnis der materiellen und persönlichen Vereinigung der Mitglieder entstandener landwirtschaftlicher Grosbetrieb ist.

b/ Nach der Beendigung der massenhaften Kollektivierung der Landwirtschaft, aber besonders während des Übergangs zum neuen Wirtschaftslenkungssystems, rückt die persönliche Vereinigung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder über die wirklichen Lage entsprechend in den Vordergrund, und die materielle Vereinigung wird in der Formulierung auf einen sekundären Platz zurückgedrängt. Warum das? Auf keinen Fall deshalb, weil die Bedeutung der Vermögensverhältnisse in der Produktionsgenossenschaft nachgelassen hätte. Es handelt sich vielmehr darum, dass das materielle Wesen der landwirtschaftlichen Gemeinschaft in der als selbständige juristische Person funktionierenden Produktionsgenossenschaft in solcher ver selbständigten Form erscheint, wozu sich der Produktionsgenossenschaftsmitglied in erster Linie nicht als ursprüngliche Kleinwarenproduzierender anschliesst, sondern

als Arbeiter, der seine Arbeitskraft mit dem, in der Produktionsgenossenschaft kollektivisierten produktionsgenossenschaftlichen Gemeinvermögen, bzw. mit den dazugehörenden im ökonomischen Sinne kollektivisierten Produktionsmitteln verknüpft, innerhalb des Rahmens des mitgliederschaftlichen Rechtsverhältnisses.

Sehr vereinfacht bedeutet alldies soviel, dass das ursprüngliche kleinwarenproduzierende Wesen des Produktionsgenossenschaftsmitglieds sich nur noch in seiner Berechtigung auf Grundrente zeigt, aber die sonstigen Vermögensrechte schon direkt mit dem Fakt der persönlichen Vereinigung verknüpft sind. Damit also, dass das Mitglied in der produktionsgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft arbeitet, gemäss seiner dort verrichteten Arbeit an den Ergebnissen der produktionsgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft teil hat, hängt auch nicht minder sein Recht auf die Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft zusammen.

Dies bedeutet aber überhaupt nicht, dass das Produktionsgenossenschaftsmitglied nur als Arbeiter, als Arbeitskraft mit dem produktionsgenossenschaftlichen Gemeinvermögen in Beziehung steht. Die andere charakteristische Seite der persönlichen Vereinigung des produktionsgenossenschaftlichen Mitglieds ist die Tatsache, dass es ein Mitglied derjenigen produktionsgenossenschaftlichen Kollektive ist, die das produktionsgenossenschaftliche Gemeinvermögen selbständig besitzt, und zwar unabhängig davon, ob es Vermögen in die Produktionsgenossenschaft gebracht hat, bzw. ob es arbeitsfähig ist oder nicht. Dieses kollektive Besitzertum des Produktionsgenossenschaftsmitglieds ist sinngemäss anders als das in der Kleinwarenpromuktion.

Dieses kollektive Besitzertum des Produktionsgenossenschaftsmitglieds ist von seinem kleinwarenproduzierenden Besitzertum vollkommen unabhängig einfach deshalb, weil das erste sich formell und auch inhaltlich nur mit dem in der Produktionsgenossenschaft kollektivisierten Gemeinvermögen verknüpft, im Rahmen des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses, und nach Mitglieder oder Personen sein kollektives Besitzertum nicht konkretisierbar ist. Der ungeteilte Besitzer des produktionsgenossenschaftlichen Vermögens ist immer die ungeteilte Kollektive der gegebenen lebendigen Produktionsgenossenschaftsmitglieder, dementsprechend, wie das Produktionsgenossenschaftliche Gemeingut bzw. Gemeinvermögen unteilbar sind.

Wenn alldas so wahr ist, müssen wir auf logisch notwendiger Weise auf die Schlussfolgerung kommen, dass, unter den Verhältnissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, wo neue Produktionsgenossenschaften nicht mehr aus den kleinwarenproduzierenden Bauernwirtschaften, sondern höchstens aus schon gegebenen Produktionsgenossenschaften kommen oder entstehen können, die Betonung bzw. Zweiteilung der persönlichen und materiellen Vereinigung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder in der Definition des Begriffs von der LPG als überholt erscheint, denn diese weist vielmehr auf die Vergangenheit, auf die Anfänge, auf die Periode der massenhaften Kollektivisierung der Landwirtschaft hin, und nicht die gegenwärtige Realität ausdrückt. Die Wirklichkeit der Produktionsgenossenschaften macht in unseren Tagen die Betonung der persönlichen

und materiellen Vereinigung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder macht in unseren Tagen fraglich und statt diesem wird eben das in den Vordergrund rücken, dass in dem Begriff der LPG 2 grundlegende charakteristische Züge der, auf Grund der freiwilligen Vereinigung der Mitglieder zustande gebrachten Produktionsgenossenschaft hervorgehoben werden; und zwar das produktionsgenossenschaftliche Gemeinvermögen und Besitztum, bzw. die gemeinsam ausgerichtete persönliche Arbeit.

Dementsprechend könnte der 1. Absatz des 3. §-s des ungarischen Produktionsgenossenschaftsgesetzes in einem geeigneten Zeitpunkt neu formuliert werden, z.B. in der folgenden Weise: "Die Produktionsgenossenschaft ist ein auf Grund der freiwilligen Vereinigung der Mitglieder zustande gebrachter, auf dem Vermögen der Genossenschaft, bzw. auf dem Gemeinvermögen und der gemeinsam ausgerichteten individuellen Arbeit beruhender sozialistischer landwirtschaftlicher Grossbetrieb, der organischer Teil des sozialistischen Gesellschaftssystems ist und der

- in Übereinstimmung mit den Interessen der Volkswirtschaft, den gesellschaftlichen Zielsetzungen;
- mit der Verbindung von kollektiver und Hauswirtschaft;
- im System der Genossenschaftsdemokratie, eine selbständige, planmässige Unternehmenswirtschaft führt und die gesellschaftliche Einheit, die sozialistische Erziehung der Mitgliedschaft verwirklicht."

Eine derartige oder ähnliche Formulierung des Begriffs der Produktionsgenossenschaft könnte die zu betonende Realität in dem entsprechenden Ton ausdrücken. Diese bedeutet, dass die Produktionsgenossenschaft im Grunde genommen den Produktionsgenossenschaftsmitgliedern gehört, die die kollektiven Besitzer des produktionsgenossenschaftlichen Gemeinvermögens sind, aber zugleich persönlich, individuell Arbeiter der Produktionsgenossenschaft, also desjenigen landwirtschaftlichen Großbetriebs sind, der in seiner Konstruktion, seinem Aufbau die kollektive und die Hauswirtschaft von vornherein miteinander verknüpft und in dieser Form sich integriert und zum organischen Teil der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wird.

Diese zu betonenden Realitäten, Tatsachen wurden auf dieser Stelle natürlich nur vom Gesichtspunkt des produktionsgenossenschaftlichen Vermögensrechts abgefasst, was nicht nur nicht ausschliesst, sondern von vornherein voraussetzt, dass eine Untersuchung der Produktionsgenossenschaften aus anderen Gesichtspunkten entsprechend andersartige charakteristische Züge, Tatsachen und zu betonende Realitäten zum Vorschein bringe, die der heutigen real erkennbaren Wirklichkeit der LPG adäquat neu zu formulieren sind.

2. Die ungarische theoretische Auffassung in der Genossenschaftswissenschaft hat sowohl in der Nationalökonomie, als auch in den Rechtswissenschaften schon vor Jahren den Schluss gezogen, dass die Genossenschaften



auch im allgemeinen und darunter die LPG-en besonders organische Teile der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Diese für allgemein und vorherrschend zu betrachtende wissenschaftliche Ansicht widerspiegelt sich auch in der Rechtsregel, wo das Genossenschaftsgesetz eingetraglich feststellt, dass: "Die Genossenschaften Teile der sozialistischen Gesellschaftsordnung sind;" /Absatz 3, § 2. des Genossenschaftsgesetzes/. Diese Auffassung wird auch in dem landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaftsgesetz widerspiegelt, welches unter anderen über die LPG-en ebenfalls festlegt, dass sie "Ein sozialistischer landwirtschaftlicher Grossbetrieb ist, der Teil des sozialistischen Gesellschaftssystems ist...." /Absatz 1, § 31./

Nach meiner Meinung kann man den theoretischen und praktischen Wahrheitsgehalt dieser Auffassung nicht so bestreiten, dass man zu einem entgegengesetzten Ergebnis gelange, einfach deshalb nicht, weil dies so wahr ist, nicht nur in der Periode des Aufbaus des Sozialismus, sondern auch in der, in ihrer Entwicklung real übersehbaren entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Zugleich ist es nicht zu leugnen, dass die genossenschaftliche Theorie uns bis heute die Ausarbeitung schuldig geblieben ist, was alldies vom Gesichtspunkt der Genossenschaften bedeutet, welche konkretere theoretische und praktische Konsequenzen können und müssen im Interesse sowohl der Genossenschaften als auch der gesunden Entwicklung der Ganzheit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gezogen werden. Diesen Mangel könnte man

auf dieser Stelle auch zum Teil kaum nachholen, aber auch ohne solchen Anspruch ist es unvermeidlich einige Grundgedanken abzufassen, die vielleicht befördern können, dass sowohl die genossenschaftliche Theorie, als auch die Wirtschaftspolitik sowie die Rechtsschaffung und Rechtsverwendung ihre Aufmerksamkeit erhöht auf diese Tatsache richten.

a/ Der erste Gedanke, der in Beziehung mit der erwähnten Grundthese formuliert werden muss, besagt soviel, dass die LPG in ihrer heutigen vollkommenen Konstruktion, "als Ganzes genommen", organischer Teil des sozialistischen Gesellschaftssystems ist. Um anders zu formulieren, wenn das so wahr ist, dass die LPG ein solcher sozialistischer, landwirtschaftlicher, genossenschaftlicher Grossbetrieb ist, der in seiner Konstruktion die kollektive und die Hauswirtschaft miteinander organisch verknüpft, dann muss auch das eine Wahrheit sein, dass die LPG in dieser breiter aufgefassten Wirklichkeit ein organischer Teil der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. Einfacher ausgedrückt heisst es, dass sowohl die landwirtschaftliche produktionsgenossenschaftliche grossbetriebliche kollektive Wirtschaft, als auch die Hauswirtschaft der Produktionsgenossenschaftsmitglieder organische Teile der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind, nicht nur in der Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, sondern auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Ich denke, diese Feststellung bedarf vor den fachkundigen Theoretikern und praktischen Experten keiner weiteren Begründung, und vielleicht kann man die Beweisführung mit Daten und Tatsachen für die Feststellung, dass diese nicht nur die hier auftauchenden kollektiven Interessen der Produktionsgenossenschaften ausdrückt, sondern darüber hinaus sehr wichtige nationalwirtschaftliche Interessen konkretisiert, und dadurch die hier erscheinenden gesamtgesellschaftlichen Interessen mit dem notwendigen Akzent zum Ausdruck bringt, weglassen.

b/ Der andere Gedanke, den man im Zusammenhang mit der erwähnten Grundthese formulieren muss, bedeutet, dass die Einordnung der LPG-en in die entwickelte sozialistische Gesellschaft notwendiger Weise nach sich zieht, dass die internen Verhältnisse der Produktionsgenossenschaften und die Verhältnisse der externen Umgebung nicht scharf voneinander abzutrennen sind, und besonders die Vermögens- und Wirtschaftsverhältnisse gestalten sich so, dass auf diesem Gebiet der bilateralen Beziehung der internen und externen Verhältnisse, auch neben der Vermögens- und Wirtschaftsautonomie der Produktionsgenossenschaft, die externe wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgebung die entscheidende Rolle spielt.

Die Produktions- und Wirtschaftstätigkeit der LPG kann auch bei ihrer produktionsgenossenschaftlichen wirtschaftlichen Autonomie nur in dem Falle erfolgreich entfaltet werden, wenn sie durch unzählige Fäden an die externe wirtschaftliche Umgebung geknüpft ist /z.B.

die Anschaffung der in der grossbetrieblichen Produktion notwendigen Industrieprodukte, die Herstellung von Produktionskooperationen, von wirtschaftlichen Beziehungen, die in der Aufarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten notwendig sind, der Verkauf der Produkte und verschiedene wirtschaftliche Dienstleistungen usw./.

Anders ausgedrückt bedeutet das soviel, dass die landwirtschaftliche produktionsgenossenschaftliche Wirtschaft nicht geschlossen, auf das Interne der Produktionsgenossenschaft beschränkt sein darf, und auch die internen Vermögensverhältnisse können deshalb von den externen Wirtschaftsverhältnissen nur relativ abgegrenzt werden. Trotzdem ist diese Abgrenzung notwendig, und zwar im Hinblick auf die wirtschaftliche Autonomie der Produktionsgenossenschaft, die Wirtschaft auf eigenes Risiko usw., weil dies die Garantie dafür ist, dass die Produktionsgenossenschaft nicht nach dem Prinzip der Unter- und Übergeordnetheit, sondern nach dem der Gleichrangigkeit bzw. Gleichberechtigung funktionierend den organischen Teil des sozialistischen Systems bilde. Diese Gleichrangigkeit, bzw. Gleichberechtigung ist im Falle der Produktionsgenossenschaften von besonderer Wichtigkeit, denn die LPG-en liefern in der Landwirtschaft als in einem der grundlegenden Volkswirtschaftszweige den überwiegenden Teil der grossbetrieblichen Warenproduktion, und neben ihnen nimmt die landwirtschaftliche warenproduzierende Tätigkeit so der Staatsgüter, wie auch der sonstigen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten objektiv einen sekundären Platz ein.

c/ Die Tatsache, dass die LPG auf Grund des Prinzips der Gleichrangigkeit, bzw. Gleichberechtigung zum organischen Teil des sozialistischen Systems geworden ist, wirft auch den dritten wesentlichen Gedanken auf, demnach man auch die theoretische und praktische Auffassung der internen Vermögensverhältnisse der Produktionsgenossenschaft der heutigen Wirklichkeit adäquat umgestalten muss. Diese Umgestaltung bedeutet im Wesentlichen soviel, dass die bisher - willkürlich oder unwillkürlich - "mitgliedzentrische" Auffassung der Vermögensverhältnisse innerhalb der Produktionsgenossenschaft eine "genossenschaftliche und mitgliedzentrische" werden muss.

Diese genossenschaftliche und mitgliedzentrische Auffassung der internen Vermögensverhältnisse der Produktionsgenossenschaft würde prinzipiell soviel bedeuten, dass sowohl die Theorie, als auch die Rechtschaffung und die tatsächliche Wirtschaftspraxis in den Vordergrund stellen sollen, wie das produktionsgenossenschaftliche Eigentum, das produktionsgenossenschaftliche Gemeinvermögen in der Produktionsgenossenschaft noch erfolgreicher funktionieren, bzw. funktionieren können, und dass die direkte Vermögenbeteiligung der Produktionsgenossenschaftsmitglieder im Zusammenhang damit, in erster Linie gemäss der gemeinsam verrichteten Arbeit, aber im breiteren Sinne der Tatsache des produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses angeschlossen und innerhalb dieses Rahmens die Verteilung den sozialistischen genossenschaftlichen Prinzipien der

Verteilung und Aneignung entsprechend sich realisiere. Natürlich muss man auch die Vermögens- und Arbeitsverhältnisse der Hauswirtschaft hier anschliessen insofern, dass sie mit der kollektiven Wirtschaft verknüpft ist, und viel oder weniger, aber doch als eine Branche der produktionsgenossenschaftlichen Wirtschaft betrachtet werden soll.

Das interne Vermögensverhältnis /Grundrente/ zwischen der Produktionsgenossenschaft und dem Produktionsgenossenschaftsmitglied hat neben diesen internen produktionsgenossenschaftlichen Vermögensverhältnissen, die uns daran erinnern, dass der Produktionsgenossenschaftsmitglied einmal Kleinbesitzer gewesen ist, und i.a. kleinwarenproduzierende Wirtschaft führte, sozusagen nur aus sozialen Gesichtspunkten eine Bedeutung.

Wenn alldies so wahr ist, müssen wir auch den Schluss ziehen, dass die Vermögensverhältnisse innerhalb der Produktionsgenossenschaft eigentlich in 2 grössere Gruppen geteilt werden können und müssen. Das drückt aus, dass die eine grosse der internen Vermögensverhältnisse durch das produktionsgenossenschaftliche Eigentum, bzw. sein Dasein und Funktionieren in der Produktionsgenossenschaft als landwirtschaftlichem Grossbetrieb dargestellt wird, - während die andere Gruppe die bei den Produktionsgenossenschaftsmitgliedern auch individuell konkretisiert erscheinenden Vermögensverhältnisse bilden. Diese sind zum Teil die dem Mitgliedschaftsverhältnis organisch angehörenden Arbeitslohn und Einkommenanteil usw., und zum Teil die auch von diesem Mitglied-

schaftsrechtsverhältnis abhängige, aber im Ganzen genommen doch dem Dasein des Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses angeschlossenen hauswirtschaftlichen Wirtschaftsverhältnisse.

Diese beiden Gruppen der Vermögensverhältnisse innerhalb der Produktionsgenossenschaft unterscheiden sich unter anderen auch dadurch, dass die internen Verhältnisse der ersten, also die des produktionsgenossenschaftlichen Eigentums und des produktionsgenossenschaftlichen kollektiven Vermögens in bedeutendem Masse in externe Vermögensverhältnisse übergehen, in externe vermögensrechtliche und andere Vermögensverhältnisse; demgegenüber heben sich die bei den produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedern sich individuell konkretisierenden internen produktionsgenossenschaftlichen Vermögensverhältnisse innerhalb der Produktionsgenossenschaft auf, bzw. die Aufhebung des produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses hebt dann als Hauptregel diese produktionsgenossenschaftlichen internen Vermögensverhältnisse vollkommen auf.

3. Der Gedanke, mit dem ich mich im weiteren beschäftigen möchte, knüpft sich eng an den Gedankengang, der im Zusammenhang mit derjenigen Tatsache auftaucht, dass die LPG organischer Teil der sozialistischen Volkswirtschaft ist, sowohl im Bezug auf die kollektive, als auch auf die Hauswirtschaft. Trotzdem muss man sich auf dieser Stelle - wegen ihrer Aktualität und volkswirtschaftlichen Bedeutung - mit der Frage beschäftigen, welche Rolle die LPG als landwirtschaftlicher Grossbetrieb über seine

eigene Wirtschaftstätigkeit hinaus in dem Wirkungskreis der kollektiven Wirtschaft, bzw. im Bezug auf die sich in seinem Anziehungsbereich befindenden sonstigen kleinwirtschaftlichen Einheiten spielen muss, bzw. müsste.

In Ungarn ist die Tatsache allbekannt, dass in der charakteristischen, sozialistischen grossbetrieblichen Landwirtschaft nicht nur die sich an die Produktionsgenossenschaften anschliessenden private Hauswirtschaften, sondern neben diesen auch diejenigen kleinwirtschaftlichen Einheiten eine wesentliche Rolle spielen, die unabhängig von dem produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsrechtsverhältnis in der ungarischen Landwirtschaft existieren und über die Selbstversorgung ihrer Wirte hinaus /was an sich schon nicht zu vernachlässigen ist/, in ihrer Gesamtheit, auch auf nationalwirtschaftlicher Ebene gemessen, auch heute noch eine beträchtliche warenproduzierende Tätigkeit ausüben - obwohl die in ihnen steckenden Möglichkeiten von weitem nicht mehr erschöpft sind.

Meine Überzeugung ist - wenn auch einige dies bezweifeln sollten - , so vom rechtlichen, wie vom volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt aus - und auch die praktischen Erfahrungen beweisen das -, dass die Hauswirtschaft und die sonstigen kleinwirtschaftlichen Einheiten in der sozialistischen grossbetrieblichen Landwirtschaft notwendig sind, und auch diese individuellen kleinen Wirtschaftseinheiten organische Teile der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bilden.



Ich möchte hier das Verständnis des Grundgedanken mit den sich jährlich verändernden statistischen Angaben nicht untermauern, und den dadurch langweilig machen, aber man muss auch betonen, dass die hauswirtschaftlichen und sonstigen kleinwirtschaftlichen Einheiten in der auf volkswirtschaftlicher Ebene gemessenen Warenproduktion - über die Selbstversorgung hinaus - eine bedeutende Rolle spielen, vor allem in der Qualität und besonders in den Auswahlmöglichkeiten, in erster Linie auf dem Gebiet der Gemüse- und Obstproduktion, des Weinbaus, der Viehzucht und der Warenproduktion tierlicher Produkte.

Diese selbstversorgende und darüber hinaus die warenproduzierende Tätigkeit der Hauswirtschaften und der sonstigen Kleinwirtschaften ist - meiner Meinung nach - auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unentbehrlich. Ich gehe sogar einen Schritt weiter. Ich meine, je mehr sich die Grossbetriebe, also die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Staatsgüter auf eine immer intensivere und die Ausnutzung ihrer Kompetenzen am besten ermöglichende industrieartige grossbetriebliche Warenproduktion orientieren, desto mehr wird die Notwendigkeit der Warenproduktion der kleinwirtschaftlichen Einheiten in der Quantität, aber vor allem in der Auswahl und vielleicht auf einigen Gebieten auch in der Qualität ersichtlich.

Es kann auch unter den Fachkundigen nicht allbekannt sein, dass laut anscheinend realer Schätzungen, in der Gesamtheit der kleinwirtschaftlichen Einheiten die Anzahl der Hauswirtschaften ungefähr auf 40 % eingeschätzt

werden kann, gegenüber dem 60 % der sonstigen individuellen kleinwirtschaftlichen Einheiten. Hier muss man auch die Entwicklungstendenz hinzufügen, dass die Anzahl der Hauswirtschaften und demzufolge ihr Anteil an der Warenproduktion eine abnehmende Tendenz aufweist, deren Grund der sich unter den produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedern vollziehende natürliche Generationswechsel ist. Eine ebenfalls natürliche Folge ist die schrittweise Überlagerung des Akzentes der individuellen Warenproduktion in der Landwirtschaft auf die, von dem produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsrechtsverhältnis unabhängigen kleinwirtschaftlichen Einheiten, auch dann, wenn heute noch 60 % der Warenproduktion der kleinwirtschaftlichen Einheiten nicht diese Kleinwirtschaften, sondern die organisierter produzierenden und wirtschaftenden Hauswirtschaften ausmachen.

Zugleich ist auch das eine Tatsache, dass - abgesehen von der Mehrheit der Hauswirtschaften -, die anderen sog. "unabhängigen" individuellen kleinwirtschaftlichen Einheiten keine derartige "Produktionsbasis" besitzen, wie die produktionsgenossenschaftliche Kollektivwirtschaft als Produktionsbasis für die hauswirtschaftliche Produktion den produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedern gegeben ist.

Die Allgemeine Konsum- und Verkaufsgenossenschaft /ÄFrSZ/ hilft, und kann auch der Produktionstätigkeit der nicht als Hauswirtschaft existierenden kleinwirtschaftlichen Einheiten in grossem Masse helfen, /oder im Falle der Mitarbeiter der Staatsgüter das Staatsgut selbst/

aber sie kann aus objektiven Gründen eben diejenige grundsätzliche Produktionshilfe nicht leisten, deren die kleinwirtschaftlichen Einheiten vor allem bedürfen. Ich denke dabei besonders an die Ausrichtung der grundlegenden landwirtschaftlichen Arbeiten, auf das Pflügen, die Boden-vorbereitungen, das Säen, die Anpflanzung usw. und nicht als letztes an die Transporte, die mit der Produktion im Zusammenhang stehen, nur um einige von den allbekannten Bedürfnissen als Beispiel zu erwähnen. Beim Fehlen einer solchen Produktionsbasis kann man von diesen kleinwirtschaftlichen Einheiten aber kaum real erwarten, dass sie über die Selbstversorgung hinaus mit voller Erschöpfung ihrer Kapazitäten immer mehr Waren herstellen um die sich auf volkswirtschaftlicher Ebene zeigenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Aus den vorangehenden folgt logischweise, dass die Volkswirtschaft Interesse an der Existenz solcher Produktionsbasen hat, daran also, dass der Fortschritt auch auf diesem Gebiet gesund sei. In der grossbetrieblichen Struktur der ungarischen Volkswirtschaft ist dagegen kaum eine andere derartige Basis zu finden, als die LPG. Das Wesentliche im Gedanken ist also die Tatsache, dass in der ungarischen Landwirtschaft, wo die landwirtschaftliche produktionsgenossenschaftliche grossbetriebliche Wirtschaft vorherrschend ist, es unvermeidlich ist, dass die LPG in ihrem Wirkungskreis neben der Hauswirtschaft auch für die kleinwirtschaftlichen Einheiten, in notwendigem und möglichem Masse, eine Produktionsbasis sei.

Bei uns ist ausschliesslich die LPG dazu geeignet diese Aufgabe zu erfüllen, was -nebenbei bemerkt- überhaupt nicht ausschliesst, dass auch einige Staatsgüter in ihrem Anziehungsbereich als ähnliche Produktionsbasis eine Rolle spielen.

Im Falle der LPG-en ist diese Produktionsbasisrolle nicht nur deshalb eindeutig, weil sie in der sozialistischen grossbetrieblichen Landwirtschaft in Ungarn vorherrschen, sondern auch darum, weil auch die Logik der historischen Entwicklung uns zu dieser Schlussfolgerung bewegt. Warum? Einfach deshalb, weil im Laufe der massenhaften Kollektivisierung der Landwirtschaft - wie wir es schon erwähnt haben - nicht nur die Kleinwarenproduktionswirtschaft der produktionsgenossenschaftlichen Mitglieder sich abgebaut hat, sondern i.a. die Kleinwarenproduktionswirtschaft in der ganzen Landwirtschaft. Demzufolge sind im Besitz bzw. Eigentum der ausserhalb der Produktionsgenossenschaft stehenden Personen, deren Lebensberuf nicht die landwirtschaftliche Produktion ist, nur solche Grundstücke geblieben, deren Grösse innerhalb des persönlichen Bodenbesitzes liegen, aber jene individuelle Bauernwirtschaft, bei der man sich auf ihre Produktionsmittel /auf ihre Zugtiere und ihre verwendbaren Produktionsmittel/ stützte, hat sich auch auf diesen, in persönlichem Eigentum gebliebenen Grundstücken vollkommen aufgehoben. Zur Produktion auf solchen Grundstücken in persönlichem Eigentum sind aber die menschliche Arbeitskraft an sich und die kleineren Maschinen für die Pflanzenpflege nicht ausreichend, und die Transporte sind kaum abzuwickeln.

Eine derartige Produktionsbasis ist also notwendig, sie ist aber nicht anderswo zu finden, als in der LPG, die auf dem Gebiet der abgeschafften kleinwarenproduzierenden Bauernwirtschaften funktioniert.

Wenn wir noch hinzufügen, dass die LPG mit ihren Mitteln und Möglichkeiten als eine Produktionsbasis von höherem Niveau den weiteren kleinwirtschaftlichen Einheiten dienen kann, ohne dass diese Basisrolle auf Kosten der produktionsgenossenschaftlichen Kollektivwirtschaft gehe, dann scheint es zweckmässig zu sein, in ökonomischem und rechtlichem Sinne die notwendigen Schritte dafür zu tun, dass diese LPG-en ihre Produktionsbasisrolle neben den Hauswirtschaften und sonstigen kleinwirtschaftlichen Einheiten wahrhaftig und bewusst ausbauen und erfüllen.

Wenn wir aber schon diesen Schluss gezogen haben, müssen wir noch einen Schritt weiter auf diesem Gebiet machen, ohne den Anspruch auf die vollkommene Aufschliessung dieses Problems. Das Wesen des Problems ist, dass die Funktion der LPG-en als Produktionsbasis in dieser Hinsicht nur eine der Kernfragen der selbstversorgenden und warenproduzierenden Tätigkeit der sog. sonstigen kleinwirtschaftlichen Einheiten ist. Es gibt auf diesem Gebiet noch eine andere Grundfrage, die sich zum Teil ebenfalls auf die LPG-en bezieht, aber als Ganzes erscheint die doch als eine selbständige bodenpolitische Frage.

Es handelt sich um die von vielen gekannte Tatsache, dass die Vernachlässigung der Ausnutzung und Bebauung

des privatbestimmten landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Ungarn im Wachsen begriffen ist. Eine sich auch darauf erstreckte Untersuchung hat gezeigt, dass die Verstaatlichung dieser unbebaut gebliebenen Grundstücke als Sanktion nicht das erwünschte Ergebnis mit sich bringt, nämlich dass diese, statt der ehemaligen Besitzer durch Andere bebaut werden. Dies bedeutet in der Praxis soviel, dass diese kleineren, staatlichen Bodenparzellen - die nicht unter die Bebauung von Staatsgütern oder Produktionsgenossenschaften gekommen sind - zumeist weiterhin unbebaut bleiben. Der Grund für diese Erscheinung ist nur zum Teil das Fehlen solcher Produktionsbasis, zum Teil aber, dass die Benutzungsrechtsinstitutionen, hauptsächlich die Institution beständigen Bodenbenutzung, sich auf diesem Gebiet nicht bewährten, sie haben sogar die durch das Pachtverhältnis realisierte Benutzung in den Hintergrund verdrängt. Wenn ich noch hinzufüge, dass die immer modernere, industrielle grossbetriebliche Warenproduktion, die Verbreitung der Produktionssysteme in den Produktionsgenossenschaften die Bebauung von ziemlich zahlreichen Grundstücken in die Frage stellt, in der Weise, dass ihre grossbetriebliche Benutzung entweder auf dem gegebenen Niveau gar nicht möglich, oder aber sehr verlustreich, unökonomisch ist, also auch diese Bodenstücke könnte man am zweckmässigsten durch persönliche Benutzung ausnützen, - dann wird es im Ganzen klar, dass es uns hier um die Lösung eines auch auf dem volkswirtschaftlichen Niveau erscheinenden Problems geht.



Dies bedeutet aber, dass man diejenige wirtschaftlichen und rechtlichen Regelungen finden muss, die es ermöglichen und befördern diese Bodenteile zu bebauen, die zur persönlichen, selbstversorgenden und warenproduzierenden Tätigkeit anregen und zwar nicht nur bei jenen Leuten, die auch heute schon solche kleinwirtschaftliche Tätigkeit entfalten, sondern auch bei denen, die heute noch nicht, aber auf Grund der Etablierung einer entsprechenden Produktionsbasis und Rechtsinstitution für Bodenbebauung schon selbst eine derartige selbstversorgende und kleinwirtschaftliche Warenproduktionstätigkeit gern unternehmen würden.

4. Eigentlich schliesst sich eine solche Leistungsbedürfnis im Zusammenhang mit den LPG-en auch an den bisher erörterten Gedankengang an, die auf Grund der praktischen Erfahrungen auf jeden Fall als ein Problem erscheint und in der Genossenschaftstheorie bis heute weniger als notwendig berücksichtigt worden ist.

Es handelt sich im Wesentlichen darum, dass, bei der sich herausgebildeten heutigen Durchschnittsgrössen der LPG-en, alle Einwohner, die auf dem Wirkungsgebiet der Produktionsgenossenschaft angesiedelt sind /also die Produktionsgenossenschaftsarbeiter und ihre Familienangehörige/ solche Ansprüche auf Dienstleistungen erheben, die auf anderem Wege garnicht oder nur sehr mangelhaft befriedigt sind. Ich denke dabei in erster Linie an die Milch- und Brotversorgung, an die Garantierung einer Essmöglichkeit im landwirtschaftlichen Betrieb, an alltägliche und immer modernere Handwerks leistungen,

an die Befriedigung der Baubedürfnisse, an die materielle und sonstige Unterstützung der Kultur-, Sport- und Freizeitgestaltungsbedürfnisse der Bevölkerung usw.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass in diesen Bereichen so die örtlichen Räte, wie auch die Konsumgenossenschaften und an vielen Orten auch die Industriegenossenschaften vieles tun können, und dass vor allem die Allgemeine Konsum- und Verkaufsgenossenschaften auch tun. Demgegenüber ist auch diejenige Tatsache nicht zu verneinen, dass die lokalen Räte, sowie die schon erwähnten anderen Genossenschaften diese Bedürfnissen nicht befriedigen können - und so, ob es ihr gefällt oder nicht, die LPG ist gezwungen sich mit diesen Dienstleistungen im Interesse ihrer Mitglieder und Mitarbeiter, sowie dadurch in ihrem eigensten Interesse zu beschäftigen. Sie ist gezwungen, und zwar in erster Linie aus dem Zwecke, ihre Haupttätigkeit, die grossbetriebliche Warenproduktion in einem möglichst besseren Einwohnermedium, sich auf das immer bessere Allgemeinbefinden der Produktionsgenossenschaftsarbeiter und der ganzen örtlichen Bevölkerung entfalten zu können. Wenn ich auch das noch hinzufüge, dass zahlreiche Produktionsgenossenschaften zur Zeit einiger landwirtschaftlichen Hochbetriebe /z.B. Obstpflücken usw./ sich mit Saison- und Aushilf Charakter auf die Mehrarbeit der auf ihrem Wirkungsbereich lebenden Nicht-Produktionsgenossenschaftsmitglieder und ihrer Familienangehörige stützen könne und stützen - nebst Schüler- und Soldatenhilfe -, dann liegt auch diejenige Schlussfolgerung auf der Hand, dass die in solchem



breiten Sinne des Wortes aufgefasste lokale Bevölkerungsdienstleistung nicht nur Last ist, sondern, indirekt oder dierkt, sie ist das Interesse der LPG selbst.

Diese Bevölkerungsdienstleistungen werden von immer mehreren Produktionsgenossenschaften befriedigt, was auf theoretischer Ebene so formuliert werden kann, dass der Kreis der Aufgaben der LPG als Rechtsperson sich gegebenenfalls notwendigerweise auf solche Tätigkeiten erstrecken kann, die als Haupttätigkeitsbereich übriges Aufgabe der Konsum- und Verkaufsgenossenschaften bzw. der Industriegenossenschaften wäre. Die LPG funktioniert also im Interesse der lokalen Bevölkerung in bischen als eine Handels- und Industriegenossenschaft.

Dr. Habil. Janusz BORKOWSKI  
Professor  
für Rechtswissenschaft Universität zu Lodz, Fakultät  
/Polen, Lodz/

## DIE RECHTSREGELUNG DER LAGE DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN

Die rechtlichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktionstätigkeit der Genossenschaften sind in Polen als Ergebnisse einer langen Evolution zustande gekommen. Sie stehen mit den Voraussetzungen der Landwirtschaftspolitik des Volksstaates im Zusammenhang. Während der Periode der intensiven Umgestaltung der Struktur der Landwirtschaft - zwischen 1944-49 -, als sich die Knapagne für die Durchführung der Bodenreforms und für die Ansiedlung der in Polen neulich vereinten Grundstücke besonders zugespitzt hat, haben die Verordnungen des Dekrets über die Ansiedlung auf dem Gebiete der ehemaligen freien Stadt Gdansk bzw. der neu vereinten Grundstücke und über die Struktur der Landwirtschaft von 6. September 1946 die rechtliche Grundlage der grossbetrieblichen Genossenschaften auf den westlichen Gebieten /wo die Umstruktuiierung der Landwirtschaft gleich begonnen hat/ gebildet. /Zentralorgan, N<sup>o</sup> 49. Artikel 279./

Dieses Dekret hat in seinem 24. Artikel verordnet, dass die Bauer solche grossbetriebliche Genossenschaften gründen dürfen, die bis zur Aufteilung der grossen landwirtschaftlichen Güter und der Ausbildung der Privatwirtschaften funktionieren mussten. Diese stellten Übergangsformen in der Organisaion dar, die zu keinem beständigen Element der Rekonstruktion der sozialistischen Landwirtschaft wurden. Der Beginn der Einführung der Dorfgenosenschaften datiert auf 1949. Zu dieser Zeit hat die Ausbildung der LPG-en auf Grund der Genossenschaftsprinzipien von Lenin begonnen.

Die rechtliche Basis der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften bildeten zu dieser Zeit die Regeln der Verordnung von 29. Oktober 1920 über die Genossenschaften /Zentralorgan, N<sup>o</sup> III. Artikel 7-33; Modifikation: 1950 N<sup>o</sup> 25. Art. 237/, im weiteren die Verordnungen über den Zentralbund der Genossenschaften und die Zentraldirektion der Genossenschaften von 21. Mai 1949 /Zentralorgan, N<sup>o</sup> 30. Artikel 199./. Im Jahre 1949 haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften 3 Mustersatzungen veröffentlicht:

1/ Vereinigung für die Bebauung des Bodens, 2/ LPG-en, 3/ landwirtschaftliche Genossenschaftskollektive / diese war die Genossenschaft entwickeltsten Typs, mit dem höchsten Grad der Sozialisiertheit der Produktionsmittel/. 1950 wurde die Mustersatzung des Genossenschaftstyps I/b, landwirtschaftliche genossenschaftliche Kollektive genannt, veröffentlicht. 1954 wurde die Verordnung N<sup>o</sup> 195 von 23. Februar 1954 des Ministerrates über die Entwicklung der Produktionskooperation veröffentlicht /Monitor Polski N<sup>o</sup> 42. Artikel 624./, die die Lenkungsformen der Genossenschaftsbewegung durch die periferische staatliche Administration bestimmte und die Formen der Unterstützung der Genossenschaften festlegte. Gesondert wurden die Formen der Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der technischen Dienstleistungen geregelt.

Man muss hier die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass, um die Gründung der Produktionsgenossenschaften zu erleichtern, die Rechtsnormen des Ackeraustausches eingeführt wurden. Der Dekret von 16. August 1949 über den Austausch der Acker /Zentralorgan, N<sup>o</sup> 48. Artikel 367/ hat ein vereinfachtes Gerichtsverfahren bei der Umgestaltung der

durch die Genossenschaftsmitglieder in die Genossenschaften eingebrachten Acker zum einheitlichen genossenschaftlichen Acker eingeführt.

Die organisatorischen Veränderungen nach 1956 haben zur massenhaften Umorganisierung der Produktionsgenossenschaften geführt. In dieser Lage hat das Interesse der Legislative für dieses Gebiet nachgelassen. In der Landwirtschaftspolitik hat man die primäre Bedeutung den landwirtschaftlichen Kreisen zugeschrieben, während die Produktionsgenossenschaften als Umstrukturierungsform der Landwirtschaft in den Hintergrund verdrängt wurden.

Obwohl die Verordnung des 10-ten Artikels der Verfassung der VR Polen von 1952 unverändert für pflichtig galt, /sie besagte in erster Fassung, dass der Staat den LPG-en eine besondere Unterstützung und vielseitige Hilfe leistet, und sie bestimmte die grundlegenden Formen dieser Hilfe/, und da die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften wenig war und diese nur 1 % des gesamten Ackergebietes bebauten, gehörte das nicht in die Reihe der Hauptprobleme der Staatspolitik.

2/ Die grundsätzlichen Veränderungen in der Rechtslage erfolgten im Jahre 1961, als nämlich die Verordnung über die Genossenschaften und die Genossenschaftsvereinigungen am 17. Februar 1961 angenommen wurde /Zentralorgan, №12. Artikel 61./. Das Ziel der Annahme dieser Verordnung war, wie Swentowski in dem Agrarrecht /Varschau, 1966, S.240./ schrieb:

- a/ das Schaffen der Grundlagen der Prinzipien von Gerechtigkeit und Selbstverwaltung in der Tätigkeit der Genossenschaften und die Vertiefung von diesen;

- b/ die Ausfüllung der Rechtslücken, die infolge der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und insbesondere der Gründung der Genossenschaften neuen Typs, wie z.B. der LPG-en , entstanden;
- c/ die Entwicklung und Präzisierung einiger Rechtsinstitutionen, die bis dahin in der Verordnung über die Genossenschaften nicht genügend definiert waren;
- d/ die Bestimmung des Organisationssystems der Genossenschaftsbewegung auf Grund der Anpassung an die, sich aus den aktuellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes und den weiteren Entwicklungsperspektiven ergebenden Bedürfnisse;
- e/ die Festlegung der Art der Vereinbarung der Wirtschaftstätigkeit der genossenschaftlichen Organisationen mit der volkswirtschaftlichen Planung in der Weise, dass sie Selbstverwaltung der Genossenschaften nicht verletzen und zugleich die Übereinstimmung der Tätigkeit der Genossenschaften mit den Volksinteressen bzw. die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Pläne sichern.
- f/ die Präzisierung der Aufgaben der Volksräte innerhalb der Genossenschaftsbewegung;

Die Verordnung wird in zwei Teile gegliedert. Im ersten sind die Normen für die Genossenschaften zu finden, im zweiten die Normen, die sich auf die Genossenschaftsvereinigungen, die als Genossenschaftsorganisationen funktionieren, beziehen. Im ersten Teil sind jene Rechtsnormen aufgezählt, die in allen Genossenschaften verwendet werden, und es gibt einen gesonderten Abschnitt für die

spezifische Normen, die die rechtlichen Probleme der LPG-en normalisieren. Die folgenden Probleme werden durch spezifische Normen geregelt: Gegenstand der Tätigkeit, Mitgliedschaft, eingebrachte Grundstücke, sonstige sachliche Beiträge, die in der Genossenschaft verrichtete Arbeit, Einkommenverteilung und Finanzwirtschaft der Genossenschaft, Untersuchung der sich aus dem Genossenschaftlichen Mitgliedschaftsverhältnis ergebenden Rechte.

Die Verordnung über die Genossenschaftsvereinigungen von 1961 wurde durch die von 17. Dezember 1974 über die Vorschrift einer Modifikation der Verordnung über die Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen wesentlich verändert./Zentralorgan N<sup>o</sup>47. Artikel 281./. Der Modifikationsentwurf war mit der Ausgabe des Arbeitsgesetzbuches im Zusammenhang /Verordnung von 26. Juni 1974 - Zentralorgan N<sup>o</sup>24. Artikel 141. und die nachfolgenden Modifikationen/, und er bezog sich auf einen Typ der industriellen Produktionsgenossenschaften. Er erstreckte sich aber auf die Rechtsregelung der Tätigkeit und der Organisation der LPG-en nicht.

Man muss aber erwähnen, dass laut Artikel 77. des Arbeitsgesetzbuches in jenen Angelegenheiten des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses, über die in der Verordnung über die Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen kein Hinweis enthalten ist, das Arbeitsgesetzbuch verwendet werden muss. In diesen Fragen werden die Normen des Arbeitsgesetzbuches mit den entsprechenden Modifikationen angewendet. Demnach muss man auch das mit Ergänzungen verwendete Arbeitsgesetzbuch zu den rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der LPG-en zählen.

Es sind auch die Normen von 23. April 1964 der Verordnungen des Zivilgesetzbuches in der Regelung der internen Verhältnisse und Rechtslage der LPG-en von grosser Bedeutung. /Zentralorgan N<sup>o</sup> 16, Artikel 93. mit den späteren Modifikationen von 1971; N<sup>o</sup> 27. Artikel 252 mit den Modifikationen von 1976; N<sup>o</sup> 19. Artikel 122./. Das Zivilgesetzbuch enthält viele Rechtsnormen in direktem Zusammenhang mit den LPG-en. Diese sind die Normen der Artikel: 33. 77. 44. 133. 159. 219. 271-282. 305. 626. 1059. 1071. 1086-1088.

Die obengenannten Normen werfen die folgenden Probleme zur Regelung auf: im Artikel 33. werden die Genossenschaften mit dem Status der Rechtsperson ausgestattet, im Artikel 37. wird die Eintragung der Genossenschaften geregelt, 44. definiert den Begriff des Genossenschaftsvermögens, 133. bestimmt die Bestandteile des persönlichen Eigentums der LPG-Mitglieder, im Artikel 159 wird verordnet, dass man im Falle der in die Landwirtschaftliche Genossenschaft eingebrachten Grundstücke keiner notariellen Urkunde bedarf, im Artikel 29. werden die Einschränkungen des Abbaus des Gemeinvermögens im Falle des Austretens eines Mitglieds aus der LPG, bzw. in dem ihrer Abschaffung aufgehoben, in den Artikeln 275-282. werden die spezifischen Züge der Bodennutzung durch LPG-en geregelt und diese werden mit einer breiteren Befugnis ausgestattet, als die übrigen Benutzer, im Artikel 286. werden besondere Rechte für die PG garantiert im Falle der Aufstellung des Bodenservituts, Artikel 305. bezieht sich auf diejenige Servituten, die auf den in die LPG

eingebraachten Grundstücken aufgestellt worden sind, 626. ist mit der Erfüllung der Verträge über den Einkauf der landwirtschaftlichen Produkte bzw. mit der Frage der in die LPG eingebrachten Grundstücke im Zusammenhang, Artikel 1059 und 1071 beziehen sich auf die Erbrechte des Mitglieds einer LPG, 1086-1088 führen die spezifischen Prinzipien der Erbung der eingebrachten Grundstücke ein. Wie es auch aus dieser Aufzählung ersichtlich ist, wird eine Reihe von bedeutenden Fragen direkt in dem Zivilgesetzbuch geregelt. Natürlich sind in dieser Aufzählung jene Normen des Zivilgesetzbuches nicht enthalten, die in den LPG-en, den selbständigen, sozialisierten Wirtschaftseinheiten des Eigentumsverkehrs angewendet werden.

Die drei oben beschriebenen Rechtsdokumente: die Verordnung von 1961 über die Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen, das Zivilgesetzbuch und das Arbeitsgesetzbuch stellen die Rechtsgrundlage der Tätigkeit und Organisation der Genossenschaften im Bezug auf die externen und internen Verhältnisse dar. Es gelten noch eine Reihe von den Verordnungen beigelegten Durchführungsbestimmungen als pflichtig, ausserdem eine Reihe von selbständigen Rechtsdokumenten, die auf Grund von allgemeinen Bevormachtungen veröffentlicht wurden, und weiterhin viele Dokumente, die durch die Organe der Genossenschaftsbewegung publiziert wurden und die zu den Rechtsquellen der gesellschaftlichen Organisationen gezählt werden müssen. Unter diesen sind besonders jene Muster Satzungen bemerkenswert, die in der Genossenschaftsbewegung einen gewissen Grad von Organisationseinheit gewährleisten.



Um das Bild über die gesetzliche Regelung zu ergänzen muss man noch 2 Rechtsdokumente erwähnen. Das erste - was man wirklich nur erwähnen muss - ist die Zivilprozessordnung /Verordnung von 17. 11. 1964, Zentralorgan, N°43. Artikel 296. und die Verordnung von 1965, N° 15. Artikel 113./, die in ihrem Artikel 1064. die Einkassierung von den Rechnungen der LPG einschränkt, was die LPG in eine privilegierte Lage im Vergleich zu den anderen Institutionen der kollektivisierten Wirtschaft versetzt.

Eine viel grössere Bedeutung hat das Dekret vom 4. 3. 1976 über die Sozialversicherung der Genossenschaftsmitglieder der Bauernkreise und der LPG-en /Zentralorgan, N° 10. Artikel 54./; die Durchführungsbestimmung dieser Verordnung wird durch die Verordnung des Ministerrates von 19. 3. 1976 in der Frage der Durchführungsnormen des Dekrets über die Sozialversicherung der Genossenschaftsmitglieder der Bauernkreise und der landwirtschaftlichen Genossenschaften /zentralorgan, N° 13. Artikel 74./ dargestellt. Das Dekret hat die Verordnung von 26. Oktober 1971 abgelöst, und stellt das nächste Rechtsdokument dar. Die Reihe der Rechtsdokumente begann mit der Ausgabe einer Verordnung am 28. Juni 1962, und es wurde zum ersten Mal die Rente auf dem Dorfe, für die Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeführt. Im Sinne der Verordnungen des Dekrets und seiner Durchführungsbestimmungen werden den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihren Familienangehörigen mit der vollkommenen Erfüllung des Sozialversicherungsvertrages Renten, Beihilfen und Naturalien gesichert.

In dieser Hinsicht wurden die Bauer auf das Niveau der Angestellten in den staatlichen Institutionen erhoben.

3/ Eine grosse Gruppe der gesetzlichen Verordnungen wird durch die schon erwähnten Durchführungsbestimmungen und im weiteren durch die selbständigen Rechtsdokumente bzw. durch jene Verordnungen gebildet, die der Zentralbund der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund der in den Normen der Verordnung von 1961 über die Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen festgelegten Bevormachtung angenommen hat und die als pflichtig für sämtliche Genossenschaftsorgane gelten.

Die Beschreibung dieser Gruppe von Rechtsverordnungen muss mit der Verordnung von 8. Mai 1962 des Zentralrates des Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften beginnen, /dieses Organ hat laut Verordnung 1961 den Status des zentralen Genossenschaftsbundes/, die jene Prinzipien definiert, die den Rechtsstatuten der landwirtschaftlichen Genossenschaften entsprechen müssen. Aufgrund dieser wurden zwei Mustersatzungen erarbeitet, für die Genossenschaft höheren Typs, bzw. für die Genossenschaft niedrigeren Typs, die sich voneinander im Grad des kollektiven Gebrauchs der Produktionsmittel unterscheiden. In den Genossenschaften des niedrigeren Typs wird nur eine Art von Pflanze angebaut, in der des höheren beschäftigt man sich sowohl mit dem Pflanzenanbau als auch mit der Viehzucht.

Nach der Verordnung desselben Organs hat man 1972 drei Fachgenossenschaften eingeführt: die Genossenschaft der Viehzüchter, die Genossenschaft der Haustierzüchter

bzw. die Genossenschaft für Obst- und Gemüseverarbeitung haben einen Rechtsstatut ausgegeben, und zwar die Muster-satzungen der Genossenschaft für die Haltung der Melk-tiere, der Genossenschaft für Gemüseanbau und der Geno-ssenschaft für Geflügelhaltung. Alle Fachgenossenschaften gehören dem niedrigeren Typ an, da sie jeweils nur eine Art von landwirtschaftlichen Produkten herstellen. Dieser Aufzählung muss man noch den Rechtsstatut von 1977 der landwirtschaftlichen Dienstleistungsgenossenschaften an-schliessen. Diese Genossenschaften vereinen die Rechts-personen und in gewissen Zweigen der landwirtschaftli-chen Produktion diejenige Personen, die den Rechtspers-sonen dienen.

Man muss hier die Bemerkung machen, dass in der Tat zwei Organisationsformen eingeführt wurden. Die erste Form wird durch die Teileinheiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften dargestellt, die auf dem Dorfe gebildet wurden und weniger als 10 Gründer zählten /das ist weni-ger als die in der Verordnung über die Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen festgelegte Norm/. Die zweite Form bilden die im Jahre 1972 gegründeten landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Kombinate. Die in dieser Weise entstandenen grösseren Genossenschaf-ten übernehmen einige solche Genossenschaften, die dann hervorgehobene Teile von diesen werden. Diese Frage ist rechtlich noch nicht geregelt - z.B. hat man Pflicht-normen der staatlichen Unternehmen angewendet. /Verord-nung des Ministerrates von 9. April 1976 über die Frage der landwirtschaftlichen Kombinate - Monitor Polski,

N<sup>o</sup>20. Artikel 90. und die späteren Modifikationen/. Man kann sagen, dass die Lücke in der Rechtsregelung in dieser Weise durch die Praxis ausgefüllt worden ist, da die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

In der Darlegung der rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften muss man hervorheben, dass die Verordnungen der obersten Organe der Genossenschaftsbewegung viele organisatorische Fragen der Genossenschaften regeln. Diese werden zusammen mit den Rechtsnormen für sämtliche Institutionen der kollektivisierteren Wirtschaft angewendet, die im Staat auf solchen Gebieten zur Geltung kommen, wie z.B.: Geldwirtschaft, Abrechnung der Vermögensverpflichtungen, Arbeitsschutz und Arbeitshygiene, soziale Probleme usw. Unter den spezifischen Normen der landwirtschaftlichen Genossenschaften muss man einige Rechtsdokumente hervorheben, die nützliche Entscheidungen für die landwirtschaftliche Genossenschaften einführen.

Wenn es darum geht, dass staatliche Immobilien den landwirtschaftlichen Genossenschaften übergeben werden müssen, werden die Normen des Beschlusses des Ministerrates von 22. November 1968 angewendet. Dieser Beschluss verordnet über die Übergabe der auf dem Gebiet der Dörfer liegenden und einiger sonstigen Immobilien zwischen den sozialisierten Einheiten /Zentralorgan, 1969 N<sup>o</sup>1., Artikel 1. /. Die Verordnung schreibt vor, dass die Immobilien auf administrativem Wege, auf Grund der Entscheidung der örtlichen staatlichen Organe übergeben werden müssen.

Der § 7. der Verordnung besagt, dass die für die Landwirtschaft bestimmten Immobilien für begrenzte und unbegrenzte Zeit übergeben werden können. Die Übergabe für die landwirtschaftlichen Genossenschaften ist kostenlos, während andere Institutionen der kollektivisierten Wirtschaft für die Benutzung der staatlichen Immobilien ein Jahresgebuhr zahlen mussten.

Das Rechtsdokument für die Formen der staatlichen Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist die Verordnung vom 16.-ten Januar 1976 des Ministerates über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaftswirtschaft /Monitor Polski, N°5. Artikel 22. und die weiteren Modifikationen /. Die Prinzipien der staatlichen Unterstützung werden zum Teil in dem Beschluss des Landwirtschafts- und Finanzministers vom 3.-ten März 1976 über die Prinzipien und Voraussetzungen der staatlichen Unterstützung für die Genossenschaftswirtschaft geregelt /Monitor Polski, N° 4. Artikel 66./

Die Verordnung führt solche Formen der staatlichen Unterstützung für die landwirtschaftliche Genossenschaften ein, wie z.B. die Abzahlung der Bankkredite, die staatliche Finanzierung der landwirtschaftlichen Investitionen, der Ankauf von Zuchttiere, die staatliche Dotation der landwirtschaftlichen Investitionen, die Übernahmen der Kosten im Falle der Beschäftigung von hochqualifizierten Fachleute, das Recht auf die Sicherung der Anlagen und Materialien auf Grund der selben Prinzipien, wie das der Fall in der staatlichen Landwirtschaft ist, die Aufhebung der Einzahlungen aufgrund der übernommenen Ver-

pflichtungen gegenüber den Staat im Falle solcher Bauer, die ihr Grundstück in die LPG einbringen. Die detaillierten Prinzipien für sämtliche aufgezählte Formen der staatlichen Unterstützung sind in der Verordnung des Landwirtschafts- und Finanzministers enthalten.

4/ In der Zusammenfassung der Ausführungen im Zusammenhang mit den rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der VR Polen muss man auf einige Fragen aufmerksam machen:

a/ Die rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich als Ergebnis einer Evolution herausgebildet, im Laufe derer auch gewisse Störungen vorgekommen sind, und zwar im Zusammenhang damit, dass man auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft nicht den entsprechenden Akzent gelegt hat.

b/ Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Entwicklung der Landwirtschaft und in ihrer sozialistischen Umgestaltung wird auch durch die Tatsache betont, dass die Verfassung eine diesbezügliche Verordnung enthält und dass die Grundlagen der Gültigkeit dieser Verordnung geregelt wurden.

c/ Die Selbstverwaltung der Genossenschaftsbewegung kommt darin zum Ausdruck, dass eine Reihe von Fragen der Tätigkeit und Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Verordnungen der obersten Organe der Genossenschaftsbewegung geregelt werden /Normen der gesellschaftlichen Organisationen/.

d/ Die Legislation über die landwirtschaftlichen Genossenschaften enthält viele Rechtsregel, die bedeutende Begünstigungen und Privilegien für die kollektive landwirtschaftliche Genossenschaften garantieren.

e/ Die als pflichtig geltenden Rechtsregel und ihre Anwendung spraxix ermöglichen die Feststellung, dass die Genossenschaftswirtschaft sich in der polnischen Landwirtschaft künftig entwickeln und verstärken wird.

Dr. Emese ÉGETŐ  
Universitätsdozent  
József Attila Universität  
Lehrstuhl für Politische Ökonomie  
/Ungarn, Szeged/

## VERÄNDERUNGEN DER GENOSSENSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFT UND DIE UNTERNEHMENSFORM

Zuerst muss ich mich entschuldigen, dass ich als Ökonom an einer Konferenz für Rechtswissenschaftlern ums Wort gebeten habe. Es diene zu meiner Entschuldigung, dass ich mich persönlich auch mit diesem Thema beschäftige - wenn von anderer Seite her -, und auch in den Ökonomenkreisen gibt es wenigstens so viel Diskussionen, entgegengesetzte Ansichten, die die Zukunft der Produktionsgenossenschaften betreffen, wie unter den Rechtswissenschaftlern / oder noch um eins mehr/. Sie müssen einsehen, es wäre äusserst schwer gewesen mich zu enthalten um das Wort zu bitten, besonders dann, wenn man so viele interessante Meinungen, Feststellungen hört - im Zusammenhang mit den am eigenen Fachgebiet diskutierten Fragen - als in dieser Konferenz.

Die Grundfrage kann - wenn wir das Problem vereinfachen - folgendermaßen formuliert werden: "wie weit ist die Produktionsgenossenschaft eine Genossenschaft?" Genauer gesagt: ob die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft im Bezug auf die Perspektive der Entwicklung eine Genossenschaft bleibt, oder sie gestaltet sich zu etwas anderem um - z.B. zu einheitlichem sozialistischem Eigentum oder zum Unternehmenseigentum. Auch ich möchte zu dieser Frage beitragen, nicht sosehr vom Gesichtspunkt der Eigentumsform, sondern vielmehr von dem der Wirtschaftsform, des Unternehmens, der Unternehmung.



Die Wiererlebung der Diskussionen in der letzten Zeit über die Entwicklung, die Perspektive des genossenschaftlichen Sektors kann man mit höchster Wahrscheinlichkeit jener Entwicklung zuschreiben, die die Produktionsgenossenschaften erreicht haben. Infolge einerseits der Erscheinung der wechselhaften Formen ihrer Aussenbeziehungen - der horizontalen und vertikalen Integration-, andererseits der Entwicklung ihrer internen - vor allem technisch-wirtschaftlichen Verhältnissen - hat die Verstärkung der unternehmensartigen Wirtschaft der Genossenschaften, man hat den Eindruck, eine neue Situation geschaffen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat nicht nur innerhalb der Landwirtschaft die Assoziationen der Genossenschaften notwendig gemacht, /verschiedene Formen der Produktionssysteme und gemeinsamen Unternehmungen/, sondern sie wirkt mit zwingender Kraft auch auf die Integration von der grundsätzlich genossenschaftlichen Landwirtschaft und der staatlichen Lebensmittelindustrie aus. Welchen Charakter soll jenes gemeinsame Unternehmen oder gemeinsame Unternehmung erhalten, bzw. auf welcher Basis soll sie funktionieren, in dem staatliche und genossenschaftliche Unternehmen teilnehmen? Die alte Frage stellt sich jetzt auf alternativer Weise. Das gemeinsame Unternehmen wird entweder staatlichen oder genossenschaftlichen Charakters sein, deshalb wird dann die Eigentumsintegration letzten Endes entweder die Verstaatlichung des genossenschaftlichen Eigentums, oder die Umwandlung des staatlichen Eigentums ins genossenschaftliche bedeuten. Dies ist der Grund wahrscheinlich auch

dafür, dass manche Ökonome in der letzten Zeit auch jene Möglichkeit aufwerfen, dass das einheitliche, sozialistische Volkseigentum der Produktionsmittel nicht nur im Kommunismus, sondern auch schon in der Periode des entwickelten Sozialismus sich herausbilden kann.<sup>2</sup>

Die innere Entwicklung der Produktionsgenossenschaften, die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Entwicklung der unternehmensartigen Wirtschaft hatten zugleich zur Folge, dass das Funktionieren der gemeinsamen Genossenschaften, sogar ihre zentrale Regelung immer weniger von denen der staatlichen Unternehmen abweichen. Die Verstärkung des Unternehmenscharakters hat höchstwahrscheinlich diejenigen Ansichten hervorgerufen, laut deren z.B. "die Existenz des genossenschaftlichen Sektors Frage einer politischen Entscheidung ist".

In Einverständnis mit all denen, die der Meinung sind, dass die Zeit "des Absterbens" des genossenschaftlichen Sektors noch nicht gekommen ist, möchte ich auf zwei Zusammenhänge hinweisen.

Erstens: die Annäherung der beiden Eigentumsformen bedeutet nicht unbedingt die Identifikation der Unternehmensform. Die Form der genossenschaftlichen Wirtschaft schließt die Unternehmenswirtschaft nicht aus. Im Gegenteil, zumindest in der Landwirtschaft kann man als "klassischen" genossenschaftlichen Typ eben den betrachten, bei dem die Kooperation der Kleinbetriebe die Gründung eines spezialisierten gemeinsamen Unternehmens zur Folge hatte. /Gewöhnlich zur Entfaltung von Verarbeitungs-, Versorgungs-, und Verkaufstätigkeit./

In unserer einheimischen Praxis sind die landwirtschaftlichen Fachgenossenschaften typische Beispiele dafür, wo die im Vergleich zu den Produktionsgenossenschaften wesentlich kleinere gemeinsame Tätigkeit von vornherein Unternehmenscharakter getragen hat / viel früher, als die Tätigkeit der Gemeinwirtschaft der Produktionsgenossenschaften/. Wie es aus dem Wesen der Genossenschaft als Wirtschaftsform hervorgeht, ist sie also nicht nur die Integrationsform von Gross- und Kleinbetrieben, sondern auch die der Verknüpfung der Kooperation zwischen dem gemeinsamen Unternehmen und der Familienwirtschaft. Eben deshalb konnte sie auch zur entsprechendsten Form der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft werden. Die Lebensfähigkeit und Wirksamkeit des Gruppeneigentums - die die sehenswerte Entwicklung in der vergangenen Zeit in der Landwirtschaft bewiesen hat - beruht auf jener Elastizität, die die durch die Konzentration und Zentralisation erforderte Unternehmenswirtschaft mit der Integration der kleinen Familienwirtschaften verknüpft. Es ist sogar derselbe charakteristische Zug - die Fähigkeit zur elastischen Verknüpfung von Konzentration und Integration - , der die Genossenschaft auch zu der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen befähigt. /Assoziationen, gemeinsame Unternehmungen. Partielle Zentralisation/

Die gemeinsamen Wirtschaften der Produktionsgenossenschaften müssen natürlich zu Unternehmen werden, und auch ihre Entwicklung geht in dieser Richtung voran.

Es wäre aber eine grosse Schade, wenn diese Entwicklung zugleich die Verlust der Elastizität, des kooperativen Charakters, der Eignung der Genossenschaften für die Form der Integration zur Folge hätte.

Die Unternehmenswirtschaft kann hingegen in besonders unterschiedlichen Rahmen existieren. Auch die heutige Organisationsform des staatlichen Eigentums ist eine mögliche Form auch für das Gruppeneigentum. Diese Form ist indessen ausserordentlich starr, und es erweist sich darüber immer häufiger, dass sie ungeeignet ist, eine wirksame Form der Integrationsprozesse und der Kooperation zwischen den produktiven Einheiten zu werden. Das Grossunternehmen und das Trustsystem, nicht dass sie begünstigen, aber vielmehr verhindern - wie es sich in unserer einheimischen Literatur immer prägnanter formuliert - die vertikale Integration /z.B. Lebensmittel, Lebensmittelwirtschaft/ und sie haben in der Industrie die Kleinbetriebe abgezehrt, "einverleibt", ohne die effektive Kooperation, Wirksamkeit und Organisiertheit der Produktion wesentlich verbessert zu haben. So könnte man keinesfalls als eine Entwicklung betrachten, wenn die Verstärkung des Unternehmenscharakters der produktionsgenossenschaftlichen gemeinsamen Wirtschaften die Annäherung zur heutigen Form des staatlichen Unternehmens bedeuten würde. Hauptsächlich würde die Integration eines Kleinbetriebs oder der Hauswirtschaft ein Problem bedeuten: wenn diese sich abzehren, ist es möglich, dass wir über gewinnbringende landwirtschaftliche - oder vielmehr nicht rein landwirtschaftliche - Grossbetriebe

verfügen werden, aber wir werden keine lebensfähige Landwirtschaft haben. / Es wird Keinen geben, der die grossbetrieblich nicht gewinnbringenden hohen Arbeitsqualität erfordernden, schwer, oder garnicht mechanisierbaren Produkte herstelle./

Auch der andere Zusammenhang, worauf ich die Aufmerksamkeit lenken möchte, ist mit der Integration der Gross- und Kleinbetriebe verbunden. Die produktionsgenossenschaftliche gemeinsame Wirtschaft integriert die Hauswirtschaft als Kleinbetrieb, aber nicht als Unternehmung.

Innerhalb der Produktionsgenossenschaften bilden der Grossbetrieb und der Kleinbetrieb, - die Gemein- und Hauswirtschaft - eine organische Einheit. Nicht nur deshalb, weil zwischen ihnen jene eigenartige Arbeitsteilung - wenn wir wollen Spezialisierung - sich herausgebildet hat, die in Bezug auf die Produkte ihr Profil charakterisiert, sondern hauptsächlich deshalb, weil die gemeinsame Wirtschaft immer mehr die Rolle des Integrators spielt: sie unterstützt, organisiert die Tätigkeit der Kleinbetriebe. Diese organische Einheit bezieht sich aber nur auf die Tätigkeit, genauer auf die technisch-wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht aber auf die Aneignungsverhältnisse. Es ist möglich, dass die Hauswirtschaft vom Gesichtspunkt der Produktion aus "nur" ein Betriebszweig der Produktionsgenossenschaft ist, aber vom Gesichtspunkt der Einkommen- und Interessenverhältnisse sieht die Situation ganz anders aus.

Die Hauswirtschaft, von welcher Seite wir sie auch betrachten, wenn sie ein warenproduzierender Kleinbetrieb ist - und sie ist es - , dann ist sie auch eine Unternehmung: eine Familienunternehmung. Über die organische Einheit, die Integration der gemeinsamen Wirtschaft und der Hauswirtschaft kann man dann reden, wenn eine gemeinsam Interessiertheit sie verbindet.

Inwiefern ist die gemeinsame Wirtschaft an der Hauswirtschaftstätigkeit interessiert? Sie ist daran interessiert, weil die Hauswirtschaft diejenige Arbeitskraft beschäftigt, die der Kollektive notwendig ist, aber ständig nicht ausgenutzt werden kann. Sie ist interessiert, denn ihre Mitglieder können in dieser Weise /mit individueller Arbeit/ das Einkommen verdienen, was sie durch die kollektive Arbeit nicht machen können.

Von der Seite der Gemeinwirtschaft knüpfen sich an die Hauswirtschaft mindestens genauso viele Gegeninteressen. Es ist wahr, dass auch die in der Hauswirtschaft verrichtete Arbeit zur kollektiven Arbeit gerechnet wird, aber der gemeinsamen Wirtschaft ist es doch nicht egal, wann, wo und wieviel ihr Mitglied arbeitet. / Besonders zur Zeit der Arbeitshochbetrieben/ Für die Gemeinwirtschaft entstehen nämlich Gewinne nur aus der in der Gemeinwirtschaft verrichteten Arbeit und nicht aus der Hauswirtschaft. /Es gibt zwar auch dafür eine gewisse Form - Teilung nach Grossbetriebsaufpreis -, sie bezieht sich aber nur auf die durch die Gemeinwirtschaft verkauften Produkte./Die Hauswirtschaft ist also keinesfalls eine private Wirtschaft, aber eine sich von der Gemein-

wirtschaft abgesonderte Familienwirtschaft: das daraus entstehende Einkommen gehört ausschliesslich dem Mitglied, es kommt davon keinerlei Teil der Gemeinwirtschaft zu.

Wenn wir noch hinzufügen, dass die Produktionsbasis der Hauswirtschaft die Gemeinwirtschaft ist, stellt sich heraus, dass die Gemeinwirtschaft bei ihren Entwicklungen auch die Bedürfnisse der Kleinbetriebe berücksichtigen muss. Der Mitglied bezahlt zwar die Leistungen der Gemeinwirtschaft, ihre ausgegebene Produkte, Waren, aber von der Seite der Gemeinwirtschaft kann das doch nicht als gewinnbringende Investition betrachtet werden. Für die Gemeinwirtschaft ist es viel rentabler, wenn sie, anstatt der Unterstützung der Hauswirtschaft einen gewinnbringenden Nebenbetriebszweig, oder nichtlandwirtschaftlichen Betriebszweig errichtet, und ihre provisorisch freie Arbeitskraft dort beschäftigt. Dort werden nämlich nicht nur Arbeitslohn, sondern auch Entwicklungsfonds entstehen.

So wird das Fehlen des Vermögensbeitrags in den Produktionsgenossenschaften zur Folge haben, dass während das aus der Familienwirtschaft entstehende Einkommen des Mitgliedes mit der Unterstützung der Gemeinwirtschaft starke positive Korrelation aufweist, wird das Einkommen der Gemeinwirtschaft durch das in der Hauswirtschaft entstehende Einkommen überhaupt nicht / oder nur in negativer Richtung / beeinflusst. Wahrscheinlich kann diesen zugeschrieben werden, dass in den Fachgenossenschaften, wo es einen Vermögensbeitrag gibt - und die Vermögensdividenden genauso nicht bezahlt werden, wie der Grundbeitrag durch die Produktionsgenossenschaften in

den 60er Jahren - die Integration der Mitgliedswirtschaften trotz der wesentlich kleineren Gemeinwirtschaft verhältnismässig viel effektiver ist, als in den Produktionsgenossenschaften; und sie integriert sie nicht nur als Tätigkeit, sondern auch als Unternehmung.

Aus der Analyse der internen Interessenverhältnisse der Produktionsgenossenschaften ergibt sich die Schlussfolgerung, dass ein viel stärkeres, volkswirtschaftliches, gesamtgesellschaftliches Interesse sich an die Produktion, an die Tätigkeitsintegration der Kleinbetriebe knüpft, als der Mass der Interessiertheit der Gemeinwirtschaften daran gross ist. Der Integrator selbst ist an der Integration weniger interessiert. Das Hinschwinden des Charakters der Vermögensvereinigung der Produktionsgenossenschaft kann in der Zukunft scheinbar nicht positive, sondern negative Folgen haben. Das Fehlen der Interessen der Gemeinwirtschaft macht - trotz des gesellschaftlichen Zwanges - die Zukunft der Entwicklung der Integration zweifelhaft.

Heute stellt niemand mehr in Frage, dass die Produktion der Kleinbetriebe noch eine verhältnismässig lange Zeit notwendig bleibt. Die Verdrängung ihrer Bedeutung wird durch die Entwicklung der Grossbetriebe bestimmt, bzw. wir können die Entwicklung unserer Landwirtschaft dann als optimal bezeichnen, wenn es wirklich so geschieht. Gewisse negative Erscheinungen /z.B. der Zuwachs der Brachfelder/ hingegen weisen darauf hin, dass mit dem Fortschritt des Prozesses der Generationswechsels das Interesse an der Familienproduktion sich auch von Seiten der



Mitglieder, der Individuen vermindert. Die neue Generation wünscht immer häufiger sein Einkommen nicht mehr mit zusätzlicher individueller Arbeit, sondern während der offiziellen Arbeitszeit, in seiner Arbeitsstelle, in der Gemeinwirtschaft zu verdienen. So kann die richtige wirtschaftspolitische Konzeption, die den Vorgang der technisch-wirtschaftlichen Umgestaltung der Landwirtschaft einerseits auf die Entwicklung der Grossbetriebe, andererseits auf die M-ssigung des Rückgangs der Tätigkeit der Kleinbetriebe gründet, infolge der entgegengesetzten Wirkung der Interessenverhältnisse in Frage gestellt werden. Meiner Meinung nach ist die Lösung nicht die Beschleunigung des Hinschwindens des genossenschaftlichen Charakters, sondern ganz im Gegenteil, seine Verstärkung: der Vermögensbeitrag der Mitglieder würde die Gemeinwirtschaft an der Unterstützung der Kleinbetriebe und an der Organisation ihrer Tätigkeit interessiert machen, und dies letztere den Kleinbetrieb an der Entwicklung dieser Tätigkeit.

Dazu wäre freilich auch das notwendig, dass unser Regelsystem - in erster Linie im Bezug auf den Einkommenabzug - die Produktionsgenossenschaft als einheitliches Ganze, als die organische Einheit von Gemeinwirtschaft und Hauswirtschaft und nicht gesondert als Privatwirtschaft behandle, / versteuere usw./. So könnte der Regulator der aus der Hauswirtschaft entstehenden persönlichen Einkommen, der Mittel zum Abzug der Pluseinkommen anstatt der Haushaltsformen mindestens zum Teil zu einem, das Entwicklungsfond der Gemeinwirtschaft vermehrenden Vermögensbeitrag werden.

Eine derartige Konstruktion wäre - vom Gesichtspunkt der Wirtschaftslenkung auch - schon deshalb vorteilhaft, weil dadurch die sich aus dem Zusammenstossen von Produktions- und Einkommenspolitik in der jüngsten Zeit nicht selten ergebenden wirtschaftlichen "Zick-Zacks" zu vermeiden wären. / Die entgegengesetzten Wirkungen der den entgegengesetzten Zielen der Versorgung und Einkommensregulierung entspringenden Stimulierung und Beschränkung./

#### Notizen

1. In der Frage der Perspektive der beiden Eigentumsformen gibt es ausserordentlich extreme Ansichten. Das eine Extrem ist, wenn man aus der Isoliertheit der staatlichen Unternehmen, aus der Notwendigkeit der Steigerung ihrer Selbständigkeit ausgegangen so weit gelangt, dass er das Staatseigentum zu Gruppeneigentum "zu entwickeln" wünscht. Das andere Extrem ist, wenn man unter der Sozialisierung des Gruppeneigentums die Verstaatlichung der Genossenschaften versteht.

2. Siehe: Kálmán Szabó: A fejlett szocialista társadalom hazai építésének egyes közgazdasági kérdéseiről. Tájékoztató, 1978 N<sup>o</sup> 3. p.40-66. 1.

Dr. M. I. KOZUR  
Professor  
Institut für Staats- und Rechtswissenschaft  
der Akademie der Wissenschaften der UdSSR  
/Sowjetunion, Moskau/

## RECHTSREGELUNG DER VERHÄLTNISSE INNERHALB DES KOLCHOS IN DER SOWJETUNION UND WEITERE PERFEKTIONSPROBLEME DER REGELUNG

1. Die Anwendung der modernen Agrarpolitik der KPdSU hat bedeutende Veränderungen in der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft der Sowjetunion ermöglicht, sie hat dem Emporkommen der Viehzucht und des Ackerbaus beigetragen. Dies ist eines der grössten wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse der Tätigkeit der KPdSU, des sowjetischen Staates in den letzten Jahren.

Der XV. Kongress der KPdSU und dann das Plenum des ZK der KPdSU im Juli 1978 hat die Richtlinie der KP für die allgemeine Intensivierung der Landwirtschaft, für die Erhöhung der Produktionseffektivität des Kolchos und Sowchos, für die weiterreichende praktische Umsetzung der fortschrittlichen Erfahrungsergebnissen. Diese Richtlinie in der Verfassung der Sowjetunion von 1977 festgelegt, die den Sowjetstaat dazu verpflichtet, die Entwicklung des Genossenschaftseigentums des Kolchos und seine Annäherung dem Volkseigentum zu befördern, bzw. dazu, dass er die Verwischung der bedeutenden Unterschiede zwischen Dorf und Stadt unterstütze /Artikel 12. 19./. Die sowjetische Landwirtschaft entwickelt sich auf dieser Grundlage dynamisch, sie geht aktiv auf die moderne Industriebasis über. Die Struktur der Landwirtschaft verändert und vervollkommt sich, die neuen Organisationsformen der

landwirtschaftlichen Produktion - die agrar-industrielle Unternehmen und Vereinigungen zwischen den Wirtschaften - entwickeln sich weitreichend, ihre Anzahl hat Anfang 1979 mehr als 8000 betragen.<sup>1</sup>

2. Den erzielten positiven Entwicklungsergebnissen der sozialistischen Landwirtschaft der Sowjetunion haben die Kolchosen in bedeutendem Masse beigetragen: die Genossenschaftsorganisationen der sowjetischen Bauer, die freiwillig gebildet wurden, mit dem Ziel, die grossbetriebliche landwirtschaftliche sozialistische Produktion kollektiv zu führen, aufgrund der kollektiven Arbeit, und des Volkseigentums der Produktionsmittel.

Die modernen Kolchosen sind sozialistische grossbetriebliche landwirtschaftliche Unternehmen. Ende 1977 gab es in der SU 26,7 Tausend Kolchosen /die Fischerkolchosen nicht dazugerechnet/, in denen die Zahl der Kolchoshöfe 13,1 Millionen ausmachte. Im Durchschnitt fielen auf ein Kolchos 491 Höfe, bzw. 6,6 Tausend Hektar von für die Landwirtschaft nützlichen Boden, wovon der Anteil der Acker 3,8 Tausend Hektar betrug. Im Jahre 1977 fiel auf ein Kolchos ein unteilbarer Fond durchschnittlich im Werte von 3,7 Millionen Rubel, der aus fixem und Umlauffond bestand.<sup>2</sup>

1978 betrug die Summe des Bruttoeinkommens der Kolchosen 24,6 Milliarden Rubel.

3. In der Verstärkung und weiteren Entwicklung der Kolchosen und der durch sie gebildeten Interkolchosunternehmen, in ihrer Ausbildung hat sich neben der

konsequenter Verwendung der Ergebnisse der Wissenschaft und Technik, neben der Durchführung der politischen und organisatorischen Massnahmen auch die Erhöhung der Rolle der die Entwicklung der Kolchosproduktion befördernden Rechtsmittel, das Sowjetrecht als ganzes aber insbesondere einer seiner wichtigen Zweige: das Kolchosrecht.

Der Gegenstand der Regelung des sowjetischen Kolchosrechtes ist das eng und untrennbar zusammenhängende Komplex von den Vermögens-, Arbeits-, u. Organisationsverhältnissen. Diese Verhältnisse beruhen auf der Kolchosmitgliedschaft als auf ein beständiges Konstitutionsverhältnis im Kolchos, das die rechtliche Voraussetzung für alle andere Kolchosverhältnisse darstellt.

Die Rechtsverhältnisse im Kolchosrecht werden ihrer Rechtsnatur nach in zwei Gruppen geteilt: Kolchoseninterne- und externe Verhältnisse. Diese Gruppen weichen voneinander in dem Mass ihrer Beziehung zur Kolchosmitgliedschaft ab.

In dem vorliegenden Vortrag beschäftigen wir uns mit der Analyse der Rechtsregelung der internen Kolchosverhältnisse.

4/ Für die Rechtsregelung der internen Kolchosverhältnisse ist die Verknüpfung von der staatlichen und der kolchosinternen Regelung charakteristisch. In der SU wird diese Verknüpfung dadurch erreicht, dass die Mustersatzung der Kolchosen vorhanden ist, auf Grund deren jedes Kolchos seine eigene Satzung ausarbeitet.

Die heute geltende Mustersatzung der Kolchosen ist ein eigenartiges normatives Dokument. Dieses Dokument wurde durch den dritten Gemeingenosenschaftlichen Kongress der Kolchosenmitglieder diskutiert und angenommen, es wurde dann am 28. November 1969 durch das Ministerrat der SU und den ZK der KPdSU mit einem Beschluss bekräftigt, so ist es zugleich von Kraft einer Parteivorschrift und einer Regierungsverordnung.

In der Mustersatzung vom Jahre 1969 wurde das Beste von alles zusammengefasst, was in den vergangenen Jahren durch die Praxis des Kolchosbaus zusammengesammelt wurde. Die Mustersatzung beruht auf den leninschen Prinzipien des Kolchosbaus, diese Prinzipien werden in ihr rechtlich festgelegt, infolge dessen werden diese zugleich zu Rechtsprinzipien. Die Mustersatzung der Kolchosen drückt in ihrem Inhalt die Einheit der vielseitigen Tätigkeit der Kolchosbauernschaft, die Gemeinsamkeit der Ziele sämtlicher Kolchosen. Die Satzung berücksichtigt in konkreter Weise die Eigenheiten des Kolchos, den spezifischen Charakter des Lebens der Tätigkeit des Kolchos, das Spezifikum der Kolchosmitglieder. Die Mustersatzung bildet die Grundlage für das ganze System der die gesellschaftlichen Verhältnisse der Kolchosmitglieder direkt regierenden Rechtsnormen, und in diesem Sinne ist sie die grundsätzliche Quelle des Kolchosrechtes.

Die Mustersatzung der Kolchosen von 1969 spiegelt vollkommen jene grossen, sozialistischen, wirtschaftlichen Umwälzungen wider, die sich im sowjetischen



Dorf, und jene, die in der Rechtslage der Kolchosen, in der Entwicklung der Boden-, Vermögens-, Arbeits- und Direktionsrelationen in der seit der Annahme der Mustersatzung der LPG-en von 1935 vergangenen Zeit vollzogen.

In der Mustersatzung der Kolchosen kommen die Grundrichtungen der Weiterentwicklung des Kolchosbaus in der SU kolr zum Ausdruck. Diese sind: die Stärkung und Entwicklung des Kolchoseneigentums, bzw. seine Erweiterung aufgrund der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Kolchosen, die Erweiterung gesellschaftlicher Rechte und Verpflichtungen der Kolchosmitglieder, die Niederlegung der Garantien der Rechte, die Entwicklung der Demokratie im Kolchos, die Einbeziehung der breiten Massen der Kolchosmitglieder in die Lenkung der Kolchosproduktion.

5/ Die Mustersatzung und die Satzungen der einzelnen Kolchosen regeln vor allem die Verhältnisse innerhalb des Kolchos, aber sie regeln auch gewisse externe Kolchosverhältnisse, obwohl nicht in vollem Ausmasse, sondern nur im Grunde genommen. Zahlreiche Beziehungen des internen Lebens des Kolchos werden mit der Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse und der Eigenheiten jedes einzelnen Kolchos durch die Regeln der internen Regelung, durch die Verordnungen über den Arbeitslohn, über die Abrechnung innerhalb des Kolchos geregelt. Ihre Ausarbeitung wurde in der Mustersatzung der Kolchosen vorgeschrieben. Dementsprechend hat der Beschluss des Budnesrates der Kolchosen von 4. 3. 1970 " Die Mustersatzung der internen

Regelung der Kolchosen" genehmigt, diese regeln die Fragen der Organisation der Produktion, die Fragen des Arbeitswesens, sie bestimmen die Dauer und Einteilung des Arbeitstages, die Ordnung der Feiertagen und des Urlaubs, das Arbeitsminimum der arbeitsfähigen Kolchosmitgl edern in den Kollektivwirtschaften, die Anwendung der Anregungsmassnahmen und der Disziplinarverfahren, sie schreiben die Arbeitsschutzmassnahmen und die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Kolchosmitglieder vor.

Die Mustersatzung von 1969 regelt die verschiedenen Seiten der kulturellen und Erziehungs-bzw. Produktionstätigkeit der Kolchosen viel weiter, sie bestimmt die Ziele und Aufgaben der Kolchosen, die Ordnung des Aus- und Eintritts auf Grund des Prinzips der Freiwilligkeit ausführlich und exact, sie erweitert die Rechte und Pflichten der Kolchosmitglieder. Die Mustersatzung hat die Befugnis des Kolchosrechtes in bedeutendem Masse erweitert, d.h. sie erstreckt sich auf einen weiteren Kreis der gesellschaftlichen Kolchosverhältnisse, die in der gegebenen Weise zu regeln sind. Diese Satzung hat die Rechtsfähigkeit des Kolchos als Wirtschaftsobjekt und die externen Vermögens- und sonstigen Rechtsverhältnisse im Bezug auf die Möglichkeit die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben viel exakter und erweiterter bestimmt. Ein wichtiges neues Element der Mustersatzung im Vergleich zu der vom Jahre 1935 ist die Tatsache, dass sie das Recht auf die freiwillige Teilnahme in der Tätigkeit der Interkolchosunternehmen, bzw. der Unternehmen, der Organisationen von Vereinigungen aus dem staatlichen und Kolchosbereich, auf die Vereinigung garantiert.



6/ Die Annahme der Mustersatzung der Kolchosen von 1969 hat zahlreiche Normen und Institutionen des Kolchosrechtes in bedeutendem Masse erneuert.

Sie hat in einer Reihe von Rechtsregelungen der Kolchosverhältnisse die Lücken ausgefüllt, sie hat die Rechtslage des Kolchos ausführlicher bestimmt.

Die Mustersatzung der Kolchosen von 1969 hat eine Reihe von Institutionen des Kolchosrechtes den Anforderungen des modernen Entwicklungsabschnittes des Kolchossystems angepasst, diese wurden durch einen neuen Inhalt erfüllt. Derartige Institutionen sind: die Kolchosmitgliedschaft, die Rechtsinstitutionen des Kolchoseneigentums, die Institutionen der Rechtsregel der Produktions-, Wirtschafts- und Finanztätigkeit, die Rechtsregelungsinstitutionen der Aufteilung des Einkommens und der Bruttoproduktion der Kolchosen, die Rechtsinstitutionen der Arbeitsorganisation und des Arbeitslohnens, die Rechtsinstitutionen der Lenkung der Kolchosangelegenheiten und eine Reihe von anderen Rechtsinstitutionen. Damit zusammen hat die Mustersatzung neue Rechtsinstitutionen eingeführt. Diese sind: das Sozialversicherungsrecht der Kolchosmitglieder, das Recht auf materielle und moralische Anregung im Interesse der ausgezeichneten Produktionsergebnisse und anderer Errungenschaften - hierher gehört die Zuerkennung der Titel "Ehrenmitglied des Kolchos" und "Würdiges Kolchosmitglied", die materielle Verantwortung des Kolchosmitglieds für die im Kolchosvermögen im Laufe der Erfüllung seiner Arbeitspflichten durch es verursachten Schaden usw.

Zugleich hat die Mustersatzung veraltete Normen und Institutionen weggelassen. Diese waren z.B. jene, die Ordnung der Kollektivisierung des Vermögens der eintretenden Einzelbauer, die Einrechnung dieses Vermögens in den unteilbaren Fond bzw. den Teilhaberschaftsbeitrag, das veraltete System der zentralen Planung der Kolchosproduktion, die Verteilung des Einkommens nach Arbeitseinheiten und die Art dieser Verteilung, die Geldstrafe als Mittel zur Disziplinierung bestimmten.

Die Mustersatzung des Kolchos und andere Beschlüsse des dritten Kongresses der Kolchosmitglieder haben das Kolchosrecht in erheblichem Masse entwickelt und bereichert, es mit neuem Inhalt erfüllt und der Entwicklung der Wissenschaft des Kolchosrechtes neue Perspektiven eröffnet.

Die auf dem Gebiet der Regelung der Kolchosverhältnisse auf der Grundlage der Mustersatzung von 1969 erworbenen 10jährigen Erfahrungen bezeugen einleuchtend, dass dieses wichtige politische und rechtliche Dokument die Verwirklichung der leninischen Agrarpolitik der KPdSU in dem Sektor der Kolchosproduktion innerhalb der Landwirtschaft der SU aktiv unterstützt. Diese Politik die von mehreren Plänersitzungen des ZK der KPdSU und von dem XXIII., XXIV. und XXV-ten Kongressen der Partei festgelegt wurde, bildet das langfristige Programm von den wirtschaftlichen, finanziell-technischen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Massnahmen, die das vielseitige Emporkommen der Landwirtschaft gewähren.

Diese Politik wird von tiefgreifender Wissenschaftlichkeit, Komplexität und Systemhaftigkeit charakterisiert.

7/ Die Mustersatzung von 1969 wird vom Gedanken der allgemeinen Stärkung und Entwicklung des Kolchoseigentums durchdrungen. Das Kolchoseigentum bildet mit dem vom Kolchos benutzten Boden, der dem Staat gehört, zusammen die wirtschaftliche Basis des Kolchos. Diese Satzung schafft die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen für die weitere Erhöhung des Sozialisierungsniveaus der Landwirtschaft, für die Konzentration und Spezialisierung der Produktion, für die weitere Annäherung des Kolchoseigentums und des Volkseigentums. Mit der Berücksichtigung dieser Ziele hat die Satzung die Rechtsordnung des Kolchoseigentums bestimmt, sie hat den ungefähren Kreis der Rechtsobjekte des Kolchoseigentums festgestellt, sie hat das Vermögen der Kolchosen in fixen und Umlauffonds, in wirtschaftliche und soziale Fonds /Kultur- und Wohlfonds, und für sozialistische Versorgung, Fond für materielle Hilfe den Kolchosmitgliedern, Fond für die materielle Anregung der Kolchosmitglieder und Experten, Reservefonds/abgetrennt, die die erweiterte Bestimmung ihrer Rechtsordnung ermöglichen.

Die Satzung hat die Ordnung der Erhöhung oder Auffüllung, der späteren Erneuerung oder der Entstehung sämtlicher Fonds geregelt, sie hat die Ordnung im Zusammenhang mit der Behandlung, Verwendung den Besitz der verschiedenen Fonds - jeweils ihren Zielen entsprechend - bestimmt.

Die fixen Produktionsfonds und die materiellen Umlaufmittel, die das Eigentum der Kolchosen bildeten /ausgenommen die Pächterkolchosen/, haben Ende 1976 auf Grund der Bilanzsumme 104314 Millionen Rubel ausgemacht, wovon die Summe der landwirtschaftlichen, fixen Produktionsfonds 72872 Millionen Rubel betragen hat. /siehe "Volkswirtschaft der SU in den 60er Jahren Statistikjahrbuch des Jubiläums" 1977, S.291./

Die Mustersatzung geht in der Bestimmung der Struktur der gesellschaftlichen Grundlagen des Kolchos, bei der Festlegung ihrer Rechtsordnung davon aus, dass sie die erweiterte sozialistische Reproduktion in den Kolchosen und die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Kolchosmitglieder garantieren muss. Sie besagt, dass nur das Kolchos über sein Vermögen und seine Geldsumme verfügt, und das Kolchos nützt sein Recht durch seine verschiedenen Organe.

Das Kolchos wird in der Satzung zugleich dazu verpflichtet, dass es nicht erlaube, seine Mittel für andere, mit seiner Tätigkeit nicht zusammenhängende Zwecke zu verwenden. Sie macht den Kolchomitgliedern zu Pflichten, das Staats- und Kolchoseigentum zu erhalten, schützen und verstärken, sie sollen die Verschwendung und die Nachlässigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Gütern nicht erlauben. Ein wichtiges neues Element der Satzung ist die Feststellung, in welcher Reihenfolge die Kolchomitglieder den materiellen Schaden ersetzen müssen, den sie durch eigenen Fehler in dem gesellschaftlichen Eigentum des Kolchos verursacht haben.

Die prinzipiell neue Ordnung der Einkommensverteilung der Kolchosen ist von grosser Bedeutung, durch ihre Einführung muss man die richtige Verbindung von Anhäufung und Verbrauch, die ständige Steigerung der Produktions-, Sicherungs-, Kultur-, Wohlfundfonds, die Erhöhung des Lebensniveaus der Kolchosmitgliedern sichern.

8/ Die Satzung spiegelt die Erweiterung der Wirtschaftlichen Autonomie der Kolchosen, die Planungs- und Organisationsfragen der Produktionstätigkeit, die Spezialisierung der Wirtschaft, die Definition der Bestimmung und des Ziels der Sozialfonds im Bezug auf ihre Charakter und ihre Verwendungsordnung.

Im Unterschied zur Mustersatzung von 1935, die die zentrale Planung der Kolchosproduktion vorschrieb, geht die Satzung von 1969 davon aus, dass die Entwicklungspläne der landwirtschaftlichen Produktion von den Kolchosen selbst genehmigt werden müssen.

Bei der Ausarbeitung der Pläne geht das Kolchos davon aus, dass die erweiterte Reproduktion, die Erfüllung des Planes der Verträge, die sich auf den staatlichen Aufkauf von landwirtschaftlichen Produkten beziehen, garantiert werden müssen, sowie der Verkauf über den Plan von Getreide und von anderen, dem Staat notwendigen Produkten, die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Kolchosmitglieder.

Der XXV. Kongress der KPdSU hat die Erhaltung der Aufkaufspläne von landwirtschaftlichen Produkten, bzw. die Anregung der Wirtschaften zu Verkäufen über den Plan durch erhöhten Preise für notwendig gehalten.

Immerhin - wie es von Genossen L.I. Bresniew in dem Vortrag auf dem Plenum von Juli 1978 des ZK der KPdSU hervorgehoben wurde - beginnt man in der letzten Zeit sogenannte allgemeine Aufkaufsvolumen neben der festgelegten Aufkaufspläne festzustellen. Im wesentlichen entfaltet sich in den Plänen eine Art Mannigfaltigkeit.

Hier und da ist die Praxis der unbegründeten und häufigen Veränderung der Pläne wiedergeboren. Dies verhindert die Aktionskraft des Planes, es schlägt sich in der Organisation der Wirtschafts- und Produktionstätigkeit negativ ab, regt schwach zum Kampf für die Steigerung der Produktion an.

Das Plenum des ZK der KPdSU hat in seinem Beschluss darauf hingewiesen, dass auf dem Gebiet der Planung des Aufkaufs von landwirtschaftlichen Produkten die Vielfalt der Pläne abgeschaffen werden muss, und vom 11ten Fünfjahrplan an muss man den Republiken, Grenzgebieten, Bezirken und Kreisen, den Kolchosen und Sowchosen einen strengen aber realen einheitlichen, auf Jahre gegliederten Plan für den Aufkauf von landwirtschaftlichen Produkten in 5 Jahren vorbereiten.

Das Plenum hat die Sicherung der weiteren Verbesserung der Anregungssysteme für jene Wirtschaften, die hohe Produktions- und Verkaufsindizes erreichen wollen, erfordert. /siehe Beschluss des ZK der KPdSU von 4. Juli 1978 "Über die Weiterentwicklung der Landwirtschaft der SU", KOLOS-Verlag, Moskau, S. 60./

All dies wird der Verstärkung des Prinzips der Planungsstabilität der Kolchosproduktion, bzw. der Steigerung der Produktion und der finanziellen Interessiertheit

an der Erhöhung des Verkaufs von landwirtschaftlichen Produkten an den Staat beitragen.

Diese begründen die Notwendigkeit der intensiveren Untersuchung der prinzipiellen Fragen über die Weiterentwicklung der Rechtsregelung, Planung und materielle Anregung der Kolchosproduktion.

9/ Die Satzung besagt, dass die Produktions- und Arbeitsorganisationsformen vom Kolchos festgestellt und angewendet werden, abhängig von den konkreten Verhältnissen der Wirtschaft, vom Niveau der Mechanisierung, von der Technologie und Spezialisierung der Produktion. Die Satzung garantiert den Kolchosern weitgehende Rechte auf die Entwicklung ihrer Hilfsunternehmen und Industriezweige. Ihre Gründung ist ein wichtiges Mittel für die Abschaffung der nachteiligen Folgen des Saisoncharakters der landwirtschaftlichen Produktion, sie trägt der Verstärkung der Kolchoswirtschaften bei, sie erhält die Rolle der Erhöhung der gesellschaftlichen Produktion bzw. der durch die Arbeit verdienten Einkommen der Kolchosmitglieder.

In den Kolchosen müssen in erster Linie jene Nebenbetriebszweige entwickelt werden, die sich mit der Aufarbeitung und Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten, mit der Fabrikation von Baumaterialien beschäftigen, oder aus örtlich gegebenen Materialien Konsumartikel herstellen.

10/ Ein grossartiges Ergebnis der Gesellschaften des entwickelten Sozialismus ist die Berücksichtigung jenes Annäherungsprozesses, der sich in den Produktions-, Arbeits-, sozialen Versorgungs-, Kultur- und Lebens-



bedingungen der Arbeiter, Angestellten und Kolchosmitglieder auf Grund der erzielten Ergebnissen in der Annäherung der Niveaus von den Kolchosesigntums- und Staatseigntumsformen des sozialistischen Eigentums vollzogen hat. Demzufolge stellt die Verfassung der SU von 1977 /Artikel 39-69/ gleiche Rechte und Pflichten für die Arbeiter Angestellten und Kolchosmitglieder. Im Artikel 41 der Verfassung der SU werden lediglich die Feststellung der Länge der Arbeitszeit und des Urlaubs, der Befugnis der Kolchossen selbst zugewiesen. Dabei muss man in Betracht ziehen, dass das moderne Entwicklungsniveau der Kolchoswirtschaften - genauso wie die Praxis zahlreicher Kolchossen des Landes - die Einführung der 41stundenwoche in allen Kolchossen, wiees auch in den Sowchossen der Fall ist, ermöglicht, und ebenfalls die Einführung des Jahresurlaubs von gleicher Länge, wie das von der sowjetischen Gesetzgebung im Arbeitswesen schon für die Arbeiter der Sowchossen festgelegt wird. Diese konkrete Fragen des Kolchoslebens werden durch die Satzung und die internen Organisationsregel jedes einzelnen Kolchos geregelt, mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse der Produktions- und Wirtschaftstätigkeit. Man muss extra betonen, dass sich das Verfassungsrecht der Sowjetbürger - darunter der Kolchosmitglieder - auf Arbeit wesentlich erweitert hat. Im Sinne des Artikels N. 40. der Verfassung enthält das Recht auf Arbeit nicht nur die Verpflichtung, dass der Staatsbürger garantierteine Arbeit und dafür den der Qualität und Quantität der Arbeit entsprechenden Lohn bekomme /dieser Lohn darf nicht niedriger als das vom Staat festgestellte Minimum sein/, sondern es enthält



das Recht auf die Auswahl einer Tätigkeit, eines Berufs, der mit der Befähigung, den Fähigkeiten, der Berufsausbildung, der Qualifikation übereinstimmt. Im Falle der Landwirtschaftsarbeiter drückt sich die Realisierung dieses Rechtes - unter Berücksichtigung des Saisoncharakters der landwirtschaftlichen Produktion darin aus, dass den Arbeitern die Grundlegenden landwirtschaftliche und die ergänzenden Arbeitsfunktionen garantiert werden /das letztere in den Perioden, wo die grundlegende Arbeitsfunktion nicht ermöglicht ist/. Die korrespondierenden Punkte der Mustersatzung und der konkreten Satzungen der einzelnen Kolchosen müssen mit den Artikeln der Verfassung der SU verglichen werden.

11/ Die Grundquelle der Einkünfte der Kolchosmitglieder ist die kollektive Wirtschaft des Kolchos. Gerade hier widerspiegelt sich das Prinzip der vollen Verknüpfung von der gesellschaftlichen und individuellen Interessen in den Kolchosen.

In den Kolchosen stimmt der Arbeitslohn mit der Quantität und Qualität der Arbeit, die jedes Kolchosmitglied in der kollektiven Wirtschaft verrichtet, überein. Die Grundlage dafür ist das Prinzip, dass der guten Arbeit, den besseren Ergebnissen höhere Belohnung zukommt.

Seit dem Plenum des ZK der KPdSU von März 1965 ist die Arbeitslohnung der Kolchosmitglieder auf das Doppelte gestiegen. /siehe Prawda, 5. Juli 1978/. Der XXV. Kongress der KPdSU hat zu Pflichten gemacht, die Organisation der Arbeitslohnung der Kolchosmitglieder zu perfektionieren in der Weise, dass das Lohnniveau von

von den Kolchosen und den staatlichen landwirtschaftlichen Unternehmen einander konsequent angenähert werden soll, in dem Masse, wie sich die Niveaus der Arbeitsproduktivität und die Arbeitsbedingungen ausgleichen, das Mass des Arbeitslohnes soll mehr von den Ergebnissen der Arbeit abhängen, es soll eine grössere Einheitlichkeit in der Belohnung der Arbeiten von gleichen Intensität, Komplexität und Schwierigkeit entstehen. /"Materialien des XXV.ten Kongresses der KPdSU" , Politizdat, S. 217, 1976 /russisch//.

Aufgrund der Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität hat man im X.ten Fünfjahrplan die durchschnittliche Erhöhung des aus der kollektiven Wirtschaft stammenden Einkommens der Kolchosmitglieder um 24-25 % vorgesehen.

Der Arbeitslohn der Kolchosmitglieder soll nach der vorherigen Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöht werden. Dem Punkt 30. der Mustersatzung nach wird das Lohnfond des Kolchos vom erzielten Bruttoeinkommen gebildet. Die Geldmittel, die aus dem Verkauf der Produkte und aus anderen Quellen stammen, wird dabei das Kolchos in erster Linie dafür verwenden, dass es mit seinen Kolchosmitgliedern aufgrund ihrer ausgerichteten Arbeit abgerechnet.

Nachdem die garantierte Arbeitszeit der Kolchosmitglieder eingeführt wurde, stellt der Bruttoeinkommensanteil für Arbeitslohnung durchschnittlich 60-63 % dar. /siehe "Buchführung und finanzielle Angelegenheiten in den Kolchosen und Sovchosen" №1. 1973, S. 2-3/

Die Aufgabe ist folgende: in den wirtschaftlich schwachen Kolchosen soll das Lohn auf das Niveau des garantierten Arbeitslohnes durch die Entwicklung der kollektiven Wirtschaft, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, der Arbeitsproduktivität gesteigert werden.

Aus dem Zwecke, die Bedürfnisse der Kolchosmitglieder an landwirtschaftlichen Produkten zu befriedigen, bildet man ein Naturfond, vorin ein bestimmter Teil von Getreide und von anderen Produkten bzw. von der Bruttoproduktion des Futters eingebracht wird. Diese werden entweder zum Arbeitslohn gerechnet, oder an die Kolchosmitgliedschaft verkauft, in solcher Menge und Ordnung, wie das die Generalversammlung der Kolchosmitglieder bestimmt. /siehe: Punkt 29. der Mustersatzung der Kolchosen/

In den Fällen, wo das Arbeitslohnfond im Kolchos ausschliesslich geldlich ist, werden die Naturprodukte in den Arbeitslohn eingerechnet und so den Kolchosmitgliedern verkauft. Auf Wunsch der Kolchosmitglieder kann man die Naturprodukte durch Geld ersetzen in der Weise, dass diese zum staatlichen Aufkaufspreis verkauft werden.

Im Zwecke, das Interesse der Kolchosmitglieder an der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, an der Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produkte und an der Reduktion der Selbstkosten der landwirtschaftlichen Produktion zu erhöhen,

werden ausserhalb des Grundlohnes noch Ersatzlöhne ausgezahlt, bzw. andere Formen der materiellen Anregung angewendet.

Das Plenum von Juli 1978 des ZK der KPdSU hat die Ausarbeitung ergänzender Massnahmen aus dem Zwecke als notwendig beurteilt, damit die Beziehung zwischen der materiellen Anregung der Kolchosmitglieder bzw. ihren Arbeitsleistungen, und im weiteren der effektiven Nutzung der Produktionsfonds und der materiellen Reserven sich verstärken. Das Plenum hat auch die Verbesserung des Systems der Prämienverteilung für die Experten und Leiter der Wirtschaften gefordert.

12/ Auf Grund der Mustersatzung der Kolchosen und der auch diese weiterentwickelnden Gesetzgebung wurden die Sozialversicherung, die soziale Versorgung bzw. die Kultur- und Wohlstandsdienstleistungen der Kolchosmitglieder in erheblichem Masse verbessert.

In Übereinstimmung mit dem Gesetz von 6. Juli 1978 über "Die weitere Verbesserung der Pensionsversorgung der Kolchosmitglieder" /siehe Iswestia, 8. Juli 1978/, wird die Summe der minimalen Altersrentne der Kolchosmitglieder ab 1. Januar 1980 auf 28 Rubel pro Monat erhöht. Renten werden für jene aus dem Kolchos austretende Kolchosmitglieder bestimmt, die in den Kolchosen, den staatlichen Unternehmen, den Organisationen und Institutionen die notwendige Zeit in der Arbeit verbracht haben. Die Renten der Invaliden erster

Gruppe und der sie versorgenden Personen werden durch  
Zusatzgelder Erhöht.

In dieser Weise sind die Sozialversicherung und  
soziale Versorgung der Arbeiter, Angestellten und  
Kolchosmitglieder so nahe aneinander gerückt, dass  
nach unserer Meinung alle Gründe dafür vorliegen,  
nach denen man die Frage, Aufstellung eines einheitlichen  
Sozialversicherungssystems für jeden Sowjetbürger,  
mit allen Rechtsfolgen zusammen aufwerfen könnte.

13/ Man muss aber betonen, dass in der Rechtsrege-  
lung der in den Kolchosen geltenden Arbeitsverhältnisse  
perspektivisch neue Schritte gemacht werden müssen um  
die Garantien der für die Kolchosmitglieder gesicherten  
Arbeit und für die Regelung ihrer Arbeit der Regelung  
der Arbeit von Arbeitern und Werktätigen anzuhähern.  
In diesem Zusammenhang scheint es für zweckmässig, den  
Kolchosmitgliedern solche Normen und Regeln auszuar-  
beiten, die zur Zeit für die Arbeiter und Werktätigen  
verwendet werden. Solche sind z.B. : 41stundenwoche,  
minimal 15 Tage bezahlter Urlaub, Erstreckung des  
Minimalgehaltes und der Minimalrentne auf die Kolchos-  
mitglieder, die Einrechnung der im Kolchos mit Arbeit  
verbrachten Zeit in die für die staatlich Renten not-  
wendige Zeit.

Solche Fragen, wie z.B. die provisorische Ver-  
setzung des Kolchosmitgliedes auf andere Arbeit,  
die Überstunden des Kolchosmitgliedes, die Zusammen-  
rechnung der im Kolchos mit Arbeit verbrachten Zeit,

die Einbeziehung der Jugendlichen zwischen 12-16 Jahren in die Arbeit, die Bezahlung der Dienstreisen der Kolchosmitglieder, die Bezahlung der Arbeitsunterbrechungen bzw. die materielle Verantwortung der Kolchosmitglieder für die in der Ausrichtung ihrer Arbeitsfunktionen im Kolchosvermöge verursachten Schäden bedürfen einer exakteren Rechtsregelung. /siehe: M.Kozur: Arbeitsverhältnisse im Kolchos und ihre Rechtsregelung, Buch: "Das sozialistische Recht und die technisch-wissenschaftliche Revolution" Nauka-Verlag, 1979, S. 232-244./

Es müssen auch die Rechtsgarantien des den Kolchosmitgliedern zukommenden Rechtes auf Arbeit bzw. die Gerichtsordnung der Verteidigung dieser Rechte erweitert werden.

Dies liefert die Begründung, worum der Kreis der Rechtsregelung im Zusammenhang mit der Arbeit und der materiellen Anregung der Kolchosmitglieder und die wissenschaftlichen Forschungen um diese Frage erweitert werden müssen.

14/ Die Kolchosmustersatzung von 1969 eröffnet der Teilnahme der Kolchosmitglieder in der Lenkung der kollektiven Produktion noch grösseren Raum, da sie die Brigaden- und Betriebseinheitsversammlungen einführt. Die Satzung bietet die Möglichkeit an, in den grossen Kolchosen die Abgeordnetenversammlungen als höchste Lenkungsorgane einzuberufen, und sie besagt, dass in den Kolchosen verschiedene Gesellschafts- und Aushilfeorganisationen ins Leben

gerufen werden sollen. Sie bestimmt die Aufgaben, Funktionen und Befugnisse der Lenkungsorgane und der Beamten der Kolchosen viel weitreichender. Sie besagt auch, dass der Vorsitzende und der Vorstand des Kolchos bzw. der Revisionskomitee der Meinung der Generalversammlung entsprechen durch offene oder geheime Abstimmung gewählt werden sollen.

Ein zweifellos bedeutender Schritt in der Entwicklung der Kolchosdemokratie und i. a. in der sozialistischen Demokratie ist die Gründung der Kolchosräte. Diese gewählten Kolchosorgane sind in den Kreisen, Bezirken, Grenzgebieten, Republiken und den Zentren dazu bestimmt, der Demokratisierung der Kolchosleitung im grossem Masse beizutragen, dadurch z.B., dass sie die wichtigsten Fragen des Lebens und der Tätigkeit der Kolchosen kollektiv beraten, die Erfahrungen der Produktionsorganisation zusammenfassen und Vorschläge für die beste Verwendung der Entwicklungsreserven der kollektiven Wirtschaft ausarbeiten. Man muss die Aufmerksamkeit ständig auf die Forderung des Rechtscharakters dieser Organe, auf die Verallgemeinerung ihrer Tätigkeit, auf ihre bilateralen Verhältnisse zu den Kolchosen richten.

15/ Die oben erwähnten Tatsachen beweisen, dass die Mustersatzung von 1969 ein derartiges grundlegendes normatives Dokument ist, das in der Periode des entwickelten Sozialismus auf dem Gebiete des Kolchosbaus die gesellschaftlichen Verhältnisse regelt,

und zugleich die durch unsere Partei im Sektor der landwirtschaftlichen Kolchosproduktion geführte leninische Agrarpolitik rechtlich festlegt. Die 10jährigen Erfahrungen der Anwendung der Mustersatzung von 1969 bezeugen aber, dass im Leben und in der Tätigkeit der Kolchosen - unter den Verhältnissen der weiten Spezialisierung und Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf Grund der agrarindustriellen Integration und der interwirtschaftlichen Kooperation - eine Reihe von neuen Fragen aufgetaucht sind, die durch Organisationssatzung zu regeln sind. Diese Fragen hängen unter anderen damit zusammen, dass die Produktion und die Lenkung in den Kolchosen betriebsartig organisiert wird, dass die Kolchosmitglieder in die Gewerkschaft eintreten, dass die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rechte der Kolchosmitglieder weiterentwickelt sind. Die gesetzlichen Garantien der Realisierung dieser Rechte dehnen sich aus. Die Rechte und Pflichten der Gewerkschaftskomitees der Kolchosen werden exakter festgelegt. Die Struktur und das Rechtssystem der gesellschaftlichen Grundlagen der Kolchosen entwickelt sich weiter und der Kreis der Vertragsverhältnisse der Kolchosen erweitert sich, neue Verträge erscheinen /z.B. über die Kooperation zwischen den Wirtschaften/. Die Kolchosen nehmen in der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsvereinigungen teil, und im Zusammenhang damit verändert sich oft die Rechtsstellung dieser Kolchosen.



Der Einfluss der Kolchosräte wächst in der Lenkung der in den Kolchosen vor sich gehenden Produktions- und Entwicklungsprozesse der Kolchosdemokratie heran.

Die rechtliche Regelung entwickelt sich in der nahen Zukunft wesentlich in diesen Richtungen weiter, sowohl hinsichtlich der kolchosinternen, als auch der externen Verhältnisse. Die Rechtsregelung kann durch die Genehmigung neuer normativen Dokumente erfolgen, die dazu berufen sind, die Rechtsregelung der verschiedenen Typen der Kolchosverhältnisse zu vervollkommen, auch in der Weise, dass sie in der geltenden Kolchossatzung Veränderungen und Ergänzungen vornehmen, wozu die Einberufung des neuen Kongresses der Kolchosmitglieder notwendig ist. Beide Wege in möglich.

#### Fussnoten

1. siehe Prawda N° 20. Januar 1979
2. siehe "Volkswirtschaft der SU" 1977, "Statistikjahrbuch" Moskau, "Statistik", 1978 S. 271-272 /russisch/

Dr. Ernest LUPAN  
Professor der  
Juristischen Fakultät an der  
Universität "Babes-Bolyai"  
/Cluj-Napoca, Rumänien/

REGELUNG DER INTERNEN VERMÖGENSVERHÄLTNISSE IN DEN  
LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN  
DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN

Zwischen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-  
schaften /LPG/ und deren Mitgliedern entstehen vom Beginn  
der Mitgliedschaft bis zu deren Erlöschen zahlreiche Ver-  
mögensverhältnisse, werden modifiziert und erlöschen auch.  
Die Regelung dieser Vermögensverhältnisse erfolgt mit Hil-  
fe der Normen des Genossenschaftsrechtes. Derzeitig sind  
die internen Vermögensverhältnisse der LPG-s einheitlich  
durch die vom Nationalverband der LPG-s im Jahre 1977  
veranstalteten Kongresse akzeptierten und vom Staatsrat  
mit der gesetzkraftigen Verordnung 346/1977 bestätigten  
Statuten geregelt. Manche der in den Statuten enthaltenen  
prinzipiellen Regeln werden in gewisser Hinsicht durch  
spezielle Gesetzgebung ergänzt. Die wesentlichsten dieser  
sind nachstehende: die Verordnung 27/1976 über die der  
verrichteten Arbeit angemessene Dotierung, die Gesetze  
29/1978 über die Verteilung des Einkommens und die Rente  
und sonstige Sozialversicherungen betreffende Gesetz  
4/1977. usw.

In der Folge erörtern wir kurzgefasst die wesentlich-  
sten Züge der wichtigsten internen Verteilungs- und Ver-  
mögensverhältnisse.

a/ Gewisse Varianten der internen Vermögensverhältnisse entstehen bereits bei Beginn der Mitgliedschaft; der in die Genossenschaft eintretende ist eine natürliche Person und die im Besitze der in gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen befindlichen Produktionsmittel /Feld, Arbeitstiere, landwirtschaftliche Maschinen, usw./werden vergesellschaftlicht /vergenossenschaftlicht/ demzufolge das diesbezügliche Privateigentum erlöscht und Genossenschaftseigentum entsteht.

In dieser Beziehung sind die - die Sozialisierung des Ackerlandes betreffenden - Verordnungen besonders wichtig, laut welcher die Verpflichtung der Bodenübergabe sich auf sämtliche Grundeigentümer der erwähnten Personen bezieht mit Ausnahme des Wohngebäudes, der Wirtschaftsgebäude und des Hofes, dessen Grösse jedoch  $250 \text{ m}^2$  nicht überschreiten darf. Dieser Grundboden verbleibt im persönlichen Besitze des Genossenschaftsmitglieds oder dessen Angehörigen. Falls die Grösse des Wohngebäudes, der Wirtschaftsgebäude und des Hofes die erwähnte maximale Grösse überschreitet, so wird dieser das Limit überschreitende Teil zu dem, dem Mitglied zugewiesenen Hauswirtschaftsfeld zugerechnet.

Vom Wert der sozialisierten Produktionsmittel werden 25-50 % dem unteilbaren, die übrigen 50-75 % dem Assoziationsfond zugeteilt. Dies bedeutet, dass die eintretenden Personen - falls diese über keine Produktionsmittel verfügen - keinen assoziativen Anteil erhalten. In solcher Lage ist ein beträchtlicher Teil der eintretenden Personen anzutreffen, die entweder Kinder der Genossenschaftsmitglieder sind und deren Eltern ihr Vermögen bereits sozialisierten, oder Personen die über derartiges Vermögen nicht verfügen.

Im Interesse der Beseitigung des mangelnden Assoziationsanteils und aus - die Genossenschaftsinteressen berücksichtigenden - wirtschaftlichen Erwägungen, wurde durch die rumänische Gesetzgebung mit dem Gesetz Nr. 29 vom 27. Dezember 1978 über die Bildung des Einkommens, Planung, Bestimmung und Liquidation, ab 1. Jänner 1980 eine neuartige, bisher unbekannte Rechtsverfügung eingeführt in das System der LPG-s. Das Wesentliche dieser juristischen Institution liegt darin, dass jedes Genossenschaftsmitglied berechtigt ist - unabhängig davon ob es bei dem Eintritt vom Wert der sozialisierten Produktionsmittel über einen Assoziationsanteil verfügt oder nicht - unter dem Titel eines Assoziationsanteils jährlich eine seinerseits bestimmte Geldsumme, für die Dauer einer mindestens fünfjährigen Periode, zu Gunsten des Entwicklungsfonds der Genossenschaft einzuzahlen. Nach diesen deponierten Summen entrichtet die Genossenschaft bei Überbietung des Plans 6-8 %, bei Nichterfüllung 5 %. Das Genossenschaftsmitglied kann diesen Assoziationsanteil auch nach seiner Pensionierung behalten und kann auch vererbt werden. Mangels einer diesbezüglichen Praxis können wir uns nur auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berufen. Die Praxis der folgenden Jahre wird die Existenzfähigkeit dieser juristischen Institution umso mehr bestätigen, nachdem gemäss der Rechtsvorschriften die Rückerstattung der eingezahlten Summe erst nach Ablauf von fünf Jahren gefordert werden kann und auch dann erst in Abhängigkeit der Summengrösse und der finanziellen Möglichkeiten der Genossenschaft; die Genossenschaft kann auch eine von zwei bis fünf Jahren dauernde Teilzahlung bestimmen.

Anders ist es bei der Rückerstattung der aus dem Wert der sozialisierten Güter entstandenen Assoziationsanteile; diese Summe wird dem Mitglied nur bei Austritt /mitinbegriffen eine Übertretung/, oder bei seinem Ausschluss rückerstattet an das ehemalige Mitglied. Bei Absterben des Mitglieds ist diese Summe nicht Erbgegenstand.

b/ Eine bedeutende Gruppe der internen Vermögensverhältnisse der Genossenschaft /im Rahmen der genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse/ steht mit der Dotierung gemäss der verrichteten Arbeit in Zusammenhang. Nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften zahlreiche Varianten der Dotierung erprobten, erfolgt dies derzeit im Sinne der gültigen Regeln /deren Details sind im Gesetz Nr.27 vom 29. Dezember 1976 enthalten/ der Menge der verrichteten Arbeit, deren Qualität, gesellschaftlichen Bedeutung, weiterhin bei Planerfüllung nach dem durch die Genossenschaftsmitglieder in der Produktion und in Bezug des finanziellen Erfolgs entsprechend. Der Erfolg der Tätigkeit der Genossenschaft ist jenes Element, welches die Dotation der Mitglieder bei diversen Genossenschaften ungleichmässig gestaltet und dadurch von den Dotierungen der im Arbeitsverhältnis arbeitenden unterscheidet. Das System der nach der verrichteten Arbeit der Genossenschaftsmitglieder erfolgenden Dotierung ist jedoch identisch, wobei das Gesetz die einzelnen Elemente für sämtliche Genossenschaften bestimmt. Diese sind: die Grunddotation, welche das Mitglied bei Erfüllung eines bestimmten, oder aus dem Produktions- bzw. Finanzplan folgenden Produktion, bei Verrichtung gewisser oder persönlicher Aufgaben erhält; weiterhin die Dotationsergänzung, welche das Mitglied bei Planüberbietung erhält.

Der globale Akkord ist die grundlegende Form der Dotierung. Deren Varianten können nachfolgende sein: auf eine Produkteneinheit oder realisierte Produktion bzw. für eine ausgeübte Dienstleistung im Werte von 1000 Lei festgelegtes konstantes Tarif; auf eine Produkteneinheit oder realisierte Produktion im Wert von 1000 Lei bestimmtes Tarif, jedoch nur bis zu dem geplanten Produktionsniveau und für eine Überbietung des Plans die Zusicherung einer Ergänzung. Ausserdem können noch nachstehende Formen der Dotierung nach verrichteter Arbeit angewandt werden: Direktakkord, Arbeitsnormtarif, Stunden- oder Taglohn, bei manchen Pflanzenarten ein gewisser Prozentsatz der Produktion oder des Produktionswertes.

Die Dotierung kann direkt in Geldform oder in Geld- und Naturform erfolgen.

Die Mitglieder erhalten auf ihre genehmigte Dotierung Vorschuss, welcher bei Pflanzenproduktion 80 %, bei Tierzucht 90 % erreichen kann. Im Laufe des Jahres kann nach der erfolgten Ernte 50 % der naturellen Dotierung als Vorschuss ausgezahlt werden.

Das Gesetz sanktioniert die garantierte Dotierung. Die garantierte monatliche Dotierung kann bei in der Tierzucht oder bewässerten Anlagen arbeitenden Mitgliedern 1500 Lei, bei in Gemüse-, Wein- und Obstbau arbeitenden Mitgliedern 1200 Lei im Monat erreichen. Genossenschaftsmitglieder erhalten 40 Lei Tageslohn im Gebiete der Halmpflanzen, Industrie- und Futterpflanzen, Hackkultur, Meliorationsarbeit, Pflanzenschutz, Transport usw. Diese garantierte Dotation erhöht sich in der Fünfjahrperiode von 1976-1980 um 24 - 28 %, in der nächsten Fünfjahrperiode von 1981 - 1985 um neue 20 - 25 %. Die Summe des monatlich garantierten Ein-

kommens wird für 25 Arbeitstage verrechnet und im Verhältnis der im Monat effektive geleisteten Arbeitstage mit der Voraussetzung ausgezahlt, dass das betreffende Mitglied die bestimmte Arbeitsmenge verrichtet und das übernommene Produktionsresultat verwirklicht.

c/ Die Pensionierung und sonstige Sozialversicherung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsmitglieder ist ebenfalls Erfolg einer längeren Entwicklung seit 1966. Die Sozialversicherung ist im Sinne der derzeitigen Regelung eine umfassende /von 1966 bis 1971 erhielten die Genossenschaftsmitglieder nur Pension und fallweise aus dem internen Genossenschaftsfond eine Unterstützung/ indem ab 1971 die Sozialversicherung die verschiedensten ärztliche Behandlungen, Versorgung mit Medikamenten und auch materielle Unterstützungen umfasst.

Das Gesetz Nr. 4 vom 8. Juli 1977 enthält folgende Pensionsgattungen: Pension nach der Altersgrenze und nach der verrichteten Arbeit; vollständige oder bedeutende Einbüßung der Arbeitsfähigkeit; Anfall; und das Recht zu einer Ergänzungspension.

Die Summe der Pension kann mit Rücksicht auf nachstehende Bedingungen zwischen 350 und 1000 Lei schwanken: /zur Vollpension sind bei Männern 30, bei Frauen 25 Jahre erforderlich, wobei ein Jahr in dieser Hinsicht gleich ist mit 200 Arbeitstagen/; die Grösse des von der Genossenschaft erhaltenen Einkommens /z.B. bei einer in der Tierzucht verbrachten minimum 10 jährigen Arbeitszeit erhält das Mitglied bei erreichter Arbeitsgrenze und durchschnittlichen Jahreseinkommen von 15,000 Lei, 650 Lei/; der Arbeitsort und die bekleidete Funktion /falls das Mitglied mindestens 10 Jahre

lang Brigadenleiter war und sein Durchschnittseinkommen die Summe von 15,000 Lei überschreitet, erhält das Mitglied als Pension 725 Lei und wenn es ebenfalls 10 Jahre lang Leiter einer Farm oder eines Sektors war, erhält es bei gleichgrossem Durchschnittseinkommen um 10 % grössere Pension/; Grad und Ursache der Invalidität; Zeitdauer und Summe des persönlichen Beiträge zum ergänzenden Pensionsfond.

Die Altersgrenze zur Pensionierung beträgt bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre.

Die Grundlage zur Errechnung der Pension ist das durchschnittliche Jahreseinkommen von 5 Jahren aus den letzten 10 Jahren, welche das Mitglied selbst auswählt. Falls das Mitglied während der letzten 10 Jahre in fünf aufeinander folgenden Jahren nicht arbeitstätig war, so geht man von dem Durchschnittseinkommen der in der LPG verbrachten letzten 5 Jahre aus. Nach Ablauf von 30 bzw. 25 Jahren Arbeitszeit wird dem Mitglied nach jedem weiteren Arbeitsjahr 0,5 % des der Pension als Grundlage dienenden durchschnittlichen Jahreseinkommen zugerechnet.

Wenn das Mitglied die Altersgrenze zur Pensionierung zwar erreicht hat, aber die erforderliche Dienstzeit noch nicht erreicht hat, so wird - falls das Mitglied mindestens über 10 Jahre in der Genossenschaft verrichtete Arbeitszeit verfügt - zur Pension berechtigt. In diesem Falle wird die Summe der Pension im Verhältnis zu den Dienstjahren errechnet.

Invalidenpension erhalten die Genossenschaftsmitglieder mit Invaliditätsgrad I und II. Falls die Arbeitsunfähigkeit I. Grades Folge eines Arbeitsunfalls ist, so wird die Pension in Abhängigkeit der Dienstzeit 50-90 % von der nach



der verrichteten Arbeit und erreichten Altersgrenze gebührenden Pension erreichen. Wenn die erstgradige Invalidität nicht Folge einer Krankheit oder eines Arbeitsunfalls ist, erhält das Mitglied nur in jenem Falle Pension, wenn es bereits über 10 Jahre Dienstzeit verfügt und so von der nach der Arbeit und der Arbeitsgrenze gebührenden Pension eine zwischen 35 und 75 % schwankende Summe erhalten. Im Falle einer Invalidität des Grades II ist die Summe der Pension gleich mit 85 % Pensionsgrösse, welche bei erstgradiger Invalidität errechnet wird.

Nachfolgapension erhalten die Waisen, wenn die verstorbenen Eltern oder einer der Eltern Genossenschaftsmitglied war, bis zu ihrem 16-jährigen Alter, resp. bis zur Beendigung ihrer Ausbildung, aber höchstens bis zu ihrem 25 jährigen Alter. Solche Pension erhalten Waisenkinder deren Eltern Pensionisten waren oder pensionsberechtigt waren. Bei Halbweisen beträgt die Summe der Pension 120 Lei, bei Vollweisen 180 Lei.

Ergänzungspension erhalten alle Genossenschaftsmitglieder, die während mindestens 5 Jahren monatlich mit 10, 15 oder 20 Lei zu dem Pensionsfond Beitrag leisteten. Die Mitglieder erhalten nach je fünfjähriger Beitragsdauer monatlich 10, 15 oder 20 Lei Pensionsergänzung.

Die im Rahmen der allgemeinen Sozialversicherung möglichen Unterstützungen sind folgende: kostenlose Krankenhauspflege und kostenfreie Medikamente, - bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit /wenn das Mitglied vorangehend seinen Produktionsaufgaben gerecht wurde/ erhalten die Mitglieder 60 Tage lang Mutterschaftsurlaub, Kinderbeihilfe, usw.

Am 1. Jänner 1978 wurde das Gesetz 4/1977 rechtskräftig, welches die Verhältnisse der Sozialversicherung regelt. Gleichzeitig wurde die Pensions- und Sozialversicherungskasse der Genossenschaftsmitglieder abgeschafft. Die anfallenden Operationen der Sozialversicherung und die Verwaltung der Fonds wird durch das Ministerium für Arbeitswesen verrichtet bei Mitarbeit der regionalen Direktionen und deren Büros. Die erforderlichen Fonds setzen sich aus 8,0 % der Gesamtproduktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften, 3,5 % der Gesamtproduktion genossenschaftlichen Vereinigungen, aus den durch die Mitglieder eingezahlten 10, 15 oder 20 Lei betragende Summen und aus staatlichen Subventionen zusammen. Zu dem Sozialversicherungsfond spendet der Staat 2 % des seitens der Genossenschaften im Rahmen des Plans den staatlichen Fonds eingezahlten Produktionswertes. Weiterhin erlegt der Staat in den Pensionsfond ebenfalls 2 % des durch die Genossenschaftsmitglieder dem Staatsfond abgelieferten Produktionswertes.

d/ Zwischen Mitglied und Genossenschaft entstehen im Zusammenhang mit den Hauswirtschaften ebenfalls zahlreiche verschiedene Verhältnisse. Die Staatsverfassung enthält die prinzipielle Regelung Nr. 9, laut welcher das Genossenschaftsmitglied mit seinen Familienangehörigen zusammen über das in den Statuten bestimmte Eigentum verfügen kann. Punkt 5 der Statuten lautet so, dass Wohn- und Wirtschaftsgebäude, deren Grund, welcher - wie bereits darauf hingewiesen wurde - 250 m<sup>2</sup> nicht überschreiten darf, wobei falls der Grund diese Grösse überschreitet, dieser zur Hauswirtschaft zugerechnet wird, weiterhin die Nutztiere /je Familie höchstens 3 Rinder, 15 Schafe oder Ziegen, in unbegrenzter Menge Geflügel, Schweine, Kaninchen und Bienenstöcke/ und das Inventar das Privateigentum des Mitglieds darstellen.

Ebenso ist Gegenstand des Privateigentumsrechtes das mit Arbeit verdiente Einkommen und die Ersparnisse, weiterhin der Ertrag der Hauswirtschaft.

Gemäss der - alle Staatsbürger betreffenden - rechtlichen Regelung /Gesetz Nr. 4 vom 31. März 1973/ darf eine natürliche Person zusammen mit den in gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen, nur ein Wohnhaus besitzen. Diese Regel bezieht sich selbstverständlicherweise auch auf die Genossenschaftsmitglieder. Inwiefern ein Mitglied /oder ein in gemeinsamen Haushalt lebender Angehöriger/ ein zweites Wohnhaus als Eigentum erwirbt, ist es verpflichtet das eine Haus, den Gesetzschriften entsprechend - d.h., innerhalb eines Jahres - zu veräussern. Falls diese einjährige Frist nicht eingehalten wird, so übergeht das eine Wohngebäude gegen Entschädigung auf den Staat als Eigentum und wird durch den Volkssrat verwaltet.

Inwiefern das Genossenschaftsmitglied über eine grössere Anzahl von Nutztieren und Inventar verfügt /als Ergebnis eines Ankaufs oder als Erbschaft/, ist es verpflichtet diese überschüssige Menge innerhalb der durch die Generalversammlung bestimmten Frist zu veräussern. Nach Ablauf dieses Termins werden diese Güter durch die Genossenschaft auf das Konto des Eigentümers verwertet.

Das geerbte Eigentum des Genossenschaftsmitglieds, wenn die Bodenfläche  $250 \text{ m}^2$  überschreitet so geht der überschreitende Teil in den Besitz der Genossenschaft über. Laut den bis 1974 gültigen Vorschriften war das Genossenschaftsmitglied verpflichtet die geerbte /oder auf andere Art erworbene/ Bodenfläche innerhalb des durch die Generalversammlung bestimmten Termins zu veräussern. Nachdem jedoch laut der

Ende 1974 in Kraft getretenen Gesetze Nr. 58 und 59, Bodenfläche nicht Gegenstand jeglicher Rechtssache von natürlichen Personen sein kann, wären die Genossenschaftsmitglieder nicht in der Lage den geerbten Boden nach Inkraftsetzung dieser Gesetze zu veräussern, wurde es notwendig diese erwähnte Verfügung der Grundregel einzuführen, gemäss welcher diese Bodenfläche in den Besitz der Genossenschaft übergeht.

Die Erwerbung eines Grundstücks für Wohnungsbau durch das Genossenschaftsmitglied, wurde ebenfalls in den allgemeinen Vorschriften der erwähnten beiden Gesetze geregelt. Wenn das Genossenschaftsmitglied kein derartiges Grundstück besitzt, so gewährleistet Punkt 6 der Statuten die Möglichkeit für den Ankauf eines geeigneten Grundstückes von der Genossenschaft. Natürlich in dem Falle, wenn ein solches Grundstück innerhalb der Ortsgrenzen im Besitze der Genossenschaft überhaupt existiert.

Eine bedeutende Gruppe der Vermögensverhältnisse zwischen Genossenschaftsmitglied und der Genossenschaft betrifft die Hauswirtschaft. Punkt 9. der Verfassung besagt, dass das durch das Genossenschaftsmitglied bewirtschaftete Feld Eigentum der Genossenschaft ist. Punkt 4 der Statuten enthält die Bestimmung, dass die Generalversammlung von dem Genossenschaftseigentum bildenden Feldern jedem Mitglied alljährlich Hauswirtschaftsland zur Verfügung gestellt werden kann in der Grösse von max. 15 Ar /im Bergland kann dies auch grösser sein/. Diesbezügliche Voraussetzung ist, dass das Mitglied im Vorjahr die durch die Generalversammlung vorgegebene Produktion rechtzeitig und in entsprechender Qualität geleistet hat. Hauswirtschaftsland kann auch solches Genossenschaftsmitglied erhalten, das bei Zustimmung der Generalversammlung in einer Wirtschaftsver-

einigungen oder bei einem landwirtschaftlichen staatlichen Unternehmen unmittelbar in der Produktion tätig ist. In Ausnahmefällen ist die Generalversammlung berechtigt das Hauswirtschaftsland auch dann weiterhin dem Mitglied überlassen oder zuteilen, wenn es im Vorjahr ohne eigenes Verschulden, infolge Krankheit, oder Mutter mit vielen Kleinkindern, usw., die vorgegebene Arbeitsmenge nicht verrichtete. Pensionierte Genossenschaftsmitglieder können ihr Hauswirtschaftsfeld ebenfalls behalten. Die landwirtschaftliche Bestimmung des Hauswirtschaftsfeldes darf das Mitglied - ohne Verlust des Nutzungsrechtes - nicht verändern. Das Hauswirtschaftsfeld hat das Mitglied selbst oder mit seinen Familienangehörigen zusammen zu bearbeiten. Das Hauswirtschaftsfeld kann das Mitglied unter keinen Umständen auf andere Personen übertragen.

Den derzeitigen Rechtsregelungen entsprechend wird das Hauswirtschaftsfeld nicht den Familien /wie vor 1972/, sondern den einzelnen Mitgliedern zugeteilt zur Nutzung. Während laut der früheren Rechtsregelung bei gewissen Bedingungen eine Familie höchstens 30 Ar Hauswirtschaftsland bearbeiten durfte, solange kann eine Familie so vielmal höchstens 15 Ar Land bearbeiten, als wieviele Familienmitglieder den zur Bodennutzung erforderlichen Bedingungen nachkommen. Mit anderen Worten, heute ist keine obere Grenze für die Familien bestimmt. Zur Beteiligung an der Arbeit und Verrichtung der gegebenen Verpflichtungen kann dies eine bedeutende Anregung darstellen.

e/ Eine eigenartige Gruppe der internen Vermögensverhältnisse steht mit der Einkommensverteilung in Zusammenhang, d.h. die Realisierung des Bestimmungsrechtes der Genossenschaft als Subjekt des Eigentumsrechtes, über das realisierte Jahreseinkommen.

Die diesbezüglichen Verordnungen der Statuten aus dem Jahre 1977 wurden durch das Gesetz Nr. 29/1978 modifiziert. Der neuen Rechtsregelung entsprechend wird der Wert der globalen Produktion ab 1980 und auch das Einkommen sonstigen Ursprungs, als Gesamteinkommen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, gemäss der nachfolgenden grundlegenden Skizze verteilt: vom Gesamteinkommen werden die materiellen Produktionskosten /Saatgut und Pflanzen, Kunst- und Naturdünger, Pflanzenschutzmittel, Bewässerung, Veterinärmedikamente, Futter, Kosten der Maschinenstationen und sonstige Kosten/ abgezogen; der verbleibende Teil bildet die Nettoproduktion, welche für folgende Zwecke aufgeteilt wird: Dotierung der verrichteten Arbeit gemäss, Beitrag zur Sozialversicherung, Grundsteuer, Steuer nach dem Dotationsfond, Steuer nach dem aus industrieller Tätigkeit entstammenden Einkommens, Versicherung, Unterstützungsfonds, Kaderbildung und praktische Einschulung, finanziellen Beitrag für kommunale Arbeiten, unverschuldete Verluste und auf andere, im Gesetz angeführten Ziele. Der verbleibende Teil bildet das netto Einkommen, welches folgenderweise verteilt wird: für den Entwicklungsfond, Umlaufmittelfond, Sozial- und Kulturfond, Sportfond, Produktions- und Dotationsreservenfond, Gegenseitigen Intergenossenschaftlichen Hilfsfond, Beteiligungsfond nach den Einzahlungen der Mitglieder, Beteiligungsfond des Gesamteinkommens.

Gegenüber der einstigen Verteilung des Einkommens erhält in der neueren Regelung der Dotationsfond dementsprechend eine besondere Bedeutung und Rolle, wobei dieser Fond nach Deckung der in entsprechender Reihenfolge anfallenden unmittelbaren materiellen Produktionskosten zu gründen ist. Dies wird sich insbesondere auf die rechtzeitige und entsprechende Sicherung der Arbeitskräfte, am Wege der

monatlichen garantierten Dotation, auswirken. Die Änderung des Ortes des Dotationsfonds bedeutet selbstverständlich noch keineswegs im System der Einkommensverteilung an und für sich die Sicherung der zur minimalen Entrichtung monatlich erforderlichen Dotierungen erforderlichen Geldsummen. Das Gesetz schafft nur den notwendigen Rahmen dazu, das natürlicherweise bedeutende und vorteilhafte Voraussetzungen dazu gewährleistet, dass die Genossenschaften jene Schwierigkeiten vermeiden, welche bisher anlässlich der Beschaffung der zur Dotierung benötigten garantierten Finanzmittel erschienen, - dies ist jedoch noch nicht ausreichend. In der Zukunft sind die zur Dotierung benötigten Finanzmittel durch die Genossenschaftsmitglieder und Maschinisten, Leiter und Fachleute in jeder einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaft zu beschaffen. Eben deshalb wird das - im März 1978 beschlossene und in der Nationalwirtschaft stufenweise eingeführte neue System des Finanz- und Wirtschaftsmechanismus, vom 1. Jänner 1980 auch in den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeführt, denn die autonome Geschäftsführung und Selbstverwaltung erfordert notwendigerweise solche energische Massnahmen, welche die Mobilisierung aller in den Genossenschaften existierenden inneren Reserven gewährleistet, weiterhin die Verwirklichung solcher verantwortungsvoller Tätigkeit, aus welcher eine Produktionserhöhung resultiert, in sämtlichen Arbeitsorten in der Arbeit Wirksamkeit erreicht und als Gesamtergebnis dieser Faktoren die Genossenschaften ein steigendes Einkommen realisieren.

f/ Die kurzgefasste Erörterung einiger Vermögensverhältnisse innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften

und die skizzenhafte Vorführung der zur Schlichtung von diestezüglichen Rechtsstreiten berufenen Organen und Mit der Beschreibung ihrer Befugnisse möchte ich meinen Beitrag abschliessen.

Zwischen der Genossenschaft und den Mitgliedern können im Prinzip dreierlei Rechtsstreite entstehen: 1/ über die Dotierung gemäss der Arbeit; 2/ im Zusammenhang mit Schädigungen oder Beanspruchung unbegründeter Vorteile; 3/ die Sozialversicherung betreffend.

1/ Das Gesetz Nr. 27/1976. § 77 und Punkt 14 der Statuten setzen die Lösung der im Zusammenhang mit - der verrichteten Arbeit angemessenen - Dotierungen entstandenen Rechtsstreite in die Kompetenz von vier verschiedenen Organen.

a/ Die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zur Lösung von Streitfragen im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Grunddotierung und Bestimmung der Ergänzungsdotationen zuständig.

b/ Der Komitatsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zusammen mit der Hauptdirektion der Lebensmittelindustrie /als Organ der Staatsverwaltung/ zur Lösung derselben Streitigkeiten zuständig, inwiefern der Kläger eine Leitungsfunktion bekleidende Person ist.

c/ Der in der Genossenschaft funktionierende Ausschuss für Rechtssprechung ist zur Lösung von Rechtsstreiten im Zusammenhang von sonstigen, mit der Dotierung nach der verrichteten Arbeit entstandenen Fragen zuständig, wenn die beanstandete Summe den Wert von 5000 Lei nicht überschreitet.

d/ Das Gericht ist ebenfalls zur Lösung sonstiger Probleme zuständig, wenn der Wert der Streitfrage 5000 Lei überschreitet.



2/ Die Lösung von mit der Verursachung von Schäden oder Beanspruchung unbegründeter Vorteile zusammenhängenden Streitigkeiten wird durch das Gesetz Nr. 59/1968 und Punkt 14 der Statuten der Kompetenz der folgenden beiden Organe zugeteilt:

a/ Der Ausschuss für Rechtsprechung ist zur Lösung von Rechtsstreiten zuständig, wenn deren Wert die Wertgrenze von 5000 Lei nicht überschreitet, falls der die Rückerstattung des Schadens betreffende verpflichtende Beschluss durch den Leitungsrat akzeptiert wird;

b/ Das Gericht ist zur Lösung derartiger Vermögenstreitigkeiten dann zuständig, wenn die zur Diskussion gestellte Summe den Wert von 5000 Lei überschreitet, oder wenn der die Rückerstattung des verursachten Schadens durch die Generalversammlung akzeptiert wurde.

3/ Die mit der Sozialversicherung zusammenhängenden Rechtsstreite und deren Lösung wurde nur hinsichtlich der Pensionierung in einem speziellen Gesetz geregelt. Im Sinne des Gesetzes Nr. 4/1977 § 37 ist zur Lösung von mit der Pensionierung des Genossenschaftsmitglieds verbundenen Streitigkeiten das im Rahmen des Arbeitsministeriums arbeitende regionale Rentenkomitee zuständig, welches die - gegen den Beschluss des innerhalb der Genossenschaft funktionierenden Renten- und Sozialversicherungskomitees, oder gegen den die Arbeitsfähigkeit bestimmenden Beschluss des Fachausschusses gerichteten - Klagen beurteilt. Gegen die Entscheidung des regionalen Rentenkomitees kann bei dem im Ministerium für Arbeitswesen funktionierenden Zentralen Rentenausschuss Berufung eingereicht werden.

Zur Lösung sonstiger Sozialversicherungsprobleme - mangels konkreter spezieller Rechtsregelung - sind den allgemeinen Regeln entsprechende Organe zuständig, d.h. diese fallen in den Wirkungskreis der Gerichte. Hier handelt es sich selbstverständlich um jenen Fall, wenn die Entrichtung der rechtmässig festgestellten Sozialversicherungshilfe abgelehnt wird.

x x x

Die Vermögensverhältnisse innerhalb der Genossenschaften sind das der Änderung am meisten ausgesetzte Gebiet der genossenschaftlichen Rechtsverhältnisse. Die diese Verhältnisse betreffende Rechtsregelung wird in irgendwelcher Form oder Hinsicht hanezu von Jahr zu Jahr modifiziert, vervollkommt. Die permanente Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse führt notwendigerweise auch die Fortentwicklung und Vervollkommnung des Genossenschaftsrechtes mit sich.-

Dr. habil. Günter ROHDE  
Professor  
Humboldt Universität, Fakultät  
für Rechtswissenschaft  
/DDR, Berlin/

## SPEZIALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION UND VERWIRKLICHUNG DES GENOSSENSCHAFTLICHEN BODENNUTZUNGSRECHTS

1. Die genossenschaftliche Nutzung der eingebrachten bzw. übergebenen Bodenflächen sind wichtiger Teil der ökonomischen Grundlage der Genossenschaften. Zusammen mit den genossenschaftlich-sozialistischen Eigentum der LPG und dem von der Genossenschaft genutzten Volkseigentum bildet sie die ökonomische Basis der LPG. Diese ökonomischen Verhältnisse schaffen auch für die Zukunft die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten für die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft. Auch für den planmäßige Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden und für die planmäßige sozialistische Intensivierung sowie für die damit verbundene Konzentration und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion sind diese ökonomischen Verhältnisse eine unverzichtbare Grundlage. Sie besitzen neben wie vor große Entwicklungspotenzen und breiten Raum für den Übergang der Klasse der Genossenschaftsbauern zu industriemäßiger Produktion.
2. Die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion führte in der DDR zu grundlegenden Veränderungen in der Nutzung des Bodens durch die LPG Pflanzenproduktion und die LPG-Tierproduktion. Sie veränderte auch die Stellung und Verantwortung dieser LPG für eine rationelle Bodennutzung.  
Die LPG Pflanzenproduktion nutzt den Boden als Hauptproduktionsmittel. Ihre Verantwortung wird dabei durch den Stellenwert bestimmt, der eine rationelle Nutzung des Bodens als eine der wichtigsten Naturressourcen zukommt. Alle Kräfte

und Mittel werden vorrangig auf die Intensivierung der Pflanzenproduktion konzentriert. Die effektive Nutzung des Bodens zur schnellen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist Aufgabe Nr. 1. Mit der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion war untrennbar eine Konzentration verbunden. Der Grad der Vergesellschaftung der Bodennutzung erhöhte sich beträchtlich. Gegenwärtig arbeiten im Bereich der LPH Pflanzenproduktion nur noch 936 LPG, 62 VEG, 161 kooperative Abteilung Pflanzenproduktion /sie werden in kurzer Zeit den Status einer LPH Pflanzenproduktion übernehmen/, und 217 GPG. Die Pflansenbaubetriebe bewirtschaften im Durchschnitt 5000 ha.

Die LPG Tierproduktion nutzen die Bodenflächen in erster Linie als Standort für Produktionsbauten und -anlagen sowie für andere Gebäude. Darüber hinaus ist in bestimmten Fällen auch eine landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung durch die LPG möglich. Das gilt vor allem für die Nutzung von Weiden und Wiesen sowie von gartenbaulich bewirtschafteten Flächen zur Eigenversorgung. In der DDR arbeiten z.Zt. 2887 LPG Tierproduktion, 33 VEG, 318 Zwischengenossenschaftliche bzw. Zwischenbetriebliche Einrichtungen und 32 volkseigene Kombinate.

3. Diese tiefgreifende Spezialisierung führte nicht nur zu einer generellen Veränderung in der Bodennutzung und in der Verantwortung in der LPG. Auch für die Arbeits- und Lebensbedingungen der LPG-Bauern veränderte sich vieles entscheidend. So arbeiten z.B. Genossenschaftsbauern, die ihre Wirtschaft seine Zeit in die LPG eingebracht haben, heute in der LPG Tierproduktion und haben keine bzw. nur noch geringe Beziehungen zur Bodennutzung. Damit wurden viele neue Fragen aufgeworfen für die Ausgestaltung und Verwirklichung des genossenschaftlichen Nutzangerechts aber auch für die Verwirklichung der Rechte, die sich aus dem Eigentum am Boden ergeben. Solche Fragen sind:

Besitzt jede LPG ein umfassendes genossenschaftliches Nutzungsrecht? Muß seine Ausgestaltung durch die spezialisierte wirtschaftliche Tätigkeit unterschiedlich sein? Wie werden die Beziehungen hinsichtlich des Bodens zwischen der LPG Tierproduktion und Pflanzenproduktion geregelt? Welche Rolle hat die Kooperation zwischen den LPG bei der Gestaltung der Bodennutzungsbeziehungen? Welche Anforderungen werden durch die Landeskultur und den Umweltschutz an die Ausübung der Bodennutzung gestellt? Wie werden die Rechte verwirklicht die sich aus dem Eigentum am Boden ergeben? Die gegenwärtige Regelung enthält dafür folgende grundsätzliche Festlegungen oder Orientierungen.

4. Der sozialistische Staat bestimmt die Verantwortung der LPG für den Bereich der Bodennutzung genau und exakt. Er begründet für die Genossenschaft die rechtliche Verpflichtung, den Boden als einen der kostbarsten Naturreichtümer, als Hauptproduktionsmittel in der Landwirtschaft sowie als Standort für Investitionen effektiv zu nutzen. Die sich daraus ergebenden Rechtspflichten der LPG werden in den Musterstatuten umfassend und differenziert nach der Tätigkeit der LPG auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion und der Tierproduktion ausgestaltet. Der Staat nimmt damit unmittelbar Einfluß auf die Bestimmung der Anforderungen an eine rationelle Bodennutzung und an ihre Verwirklichung.
5. Von dieser Verantwortung ausgehend wird sowohl den LPG Pflanzenproduktion als auch den LPG Tierproduktion ein umfassendes Nutzungsrecht an den von ihr genutzten Flächen gewährt. Es ist ein wichtiges juristisches Mittel, um den genossenschaftlichen Bodenfonds auf rationelle Weise zu nutzen. Es berechtigt und verpflichtet die LPG, die Bodenflächen unabhängig von den an ihnen bestehenden Eigentumsrechten nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Anforderungen industriemäßiger Produktionsmethoden in der pflanzlichen bzw. tierischen Produktion zu nutzen. Die juristische Ausgestaltung ist im Grundsatz einheitlich. Die Bedeutung der einzelnen Rechte

und ihre Verwirklichung ist jedoch entsprechend den Anforderungen der pflanzlichen bzw. tierischen Produktion unterschiedlich.

6. Mit der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion erhält die Kooperation zwischen den LPG eine noch höhere Bedeutung. Das gilt auch für die Gestaltung der Bodenbeziehungen zwischen der LPG Pflanzenproduktion und der LPG Tierproduktion. Besonders bei der Bestimmung von Standorten für künftige Investitionen ist das Zusammenwirken der Partner im Kooperationsrat Pflanzen- Tierproduktion besonders wichtig. Auch die Bereitstellung des notwendigen Baulandes durch die LPG Pflanzenproduktion an die LPG Tierproduktion führt zu Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion. Durch gemeinsame Bemühungen sind diese auszugleichen bzw. soweit wie möglich zu mindern. Auch dafür bietet die Kooperation günstige Möglichkeiten. Solche Maßnahmen wie die Änderung der Anbaustruktur Ausschöpfung aller Ertragsreserven bessere Nutzung der Abprodukte der Tierproduktionsanlagen, Verringerung der Ernteverluste, Übernahme von zu kultivierenden Flächen, gemeinsame Folgeinvestitionen usw. können nur auf dem Wege der Kooperation erfolgreich verwirklicht werden.
7. Charakteristisch für die Entwicklung der Bodenbeziehungen zwischen der LPG ist der Ausbau der vertraglichen Beziehungen. Der von der LPG Pflanzenproduktion bewirtschaftete Boden hat für andere Betriebe die Funktion des Standortes. Daraus ergibt sich die Verantwortung der LPG, anderen Betrieben Bodenflächen für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die LPG Pflanzenproduktion muß den anderen Betrieben der Tierproduktion Flächen für Produktionsbauten und -anlagen, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie für den Eigenheimbau zur Verfügung zu stellen. Über die Bereitstellung der Bodenfläche sind Verträge abzuschließen. Für beide Betriebe besteht eine Vertragsabschlußpflicht. Die erforderlichen Flächen sind zum notwendigen Zeitpunkt und im notwendigen Umfang bereit zu stellen. Die Organe der LPG und die Kooperationsräte haben das zu

sichern. Gelingt es in Ausnahmefällen nicht, eine Vereinbarung zu erreichen, muß das Staatliche Vertraggericht zuständig sein, um die Verpflichtung der Betriebe zum Abschluß des Vertrages zu verwirklichen.

8. Das enge kooperative Zusammenwirken zwischen den LPG und der Abschluß von Verträgen sind auch entscheidende Wege dafür, damit die in der LPG Tierproduktion anfallenden organischen Substanzen für die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und der Ackerkultur eingesetzt werden können. Das Musterstatut orientiert auch hier auf den Abschluß von Verträgen zwischen der LPG Tierproduktion und ihren Kooperationspartnern, in denen insbesondere die Termine und Preise vertraglich zu vereinbaren sind.
9. Mit der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion wurde auch die persönliche Nutzung von Bodenflächen erweitert. Die Möglichkeiten, die von LPG bewirtschafteten Flächen persönlich zu nutzen, wurden vergrößert. Das geschieht
  1. durch die persönliche Nutzung von Bodenflächen und die damit oft verbundene persönliche Tierhaltung. Die persönliche Bodennutzung und die persönliche Tierhaltung gehören zu den wesentlichen Rechten, die für die Genossenschaftsbauern und Arbeiter in den LPG begründet wurden. Die Initiative der Genossenschaftsbauern und Arbeiter zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch auf diesem Wege werden unterstützt. Alle hemmenden Faktoren sind zu beseitigen.
  2. wird durch die Bereitstellung genossenschaftlich genutzter Flächen für den Eigenheimbau die persönliche Bodennutzung und das persönliche Eigentum gefördert. In den Musterstatuten wird für die LPG die Verpflichtung begründet, den individuellen Wohnungsbau mit zu organisieren und zu fördern. Die Genossenschaftsbauern und Arbeiter erhielten das Recht, die Unterstützung durch die LPG und den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung zu erreichen. Nicht nur Ge-

nossenschaftsmitglieder und Arbeiter der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft können von der LPG Bodenflächen zur Errichtung von Eigenheimen erhalten, sondern darüber hinaus auch anders auf dem Land wohnende Bürger. Damit wird der Kreis der Nutzungsberechtigten beträchtlich erweitert. Des weiteren können LPG und kooperative Einrichtungen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft mit dem Bau von Eigenheimen beginnen, ohne dass die künftigen Eigentümer bekannt sind. Diese Eigenheime sind während oder nach der Errichtung an Werktätige dieser Genossenschaften oder Betriebe zu veräußern. Im Zusammenhang damit ist den Berechtigten das Nutzungsrecht an der Bodenfläche durch den Vorstand der LPG zuzuweisen.

10. Mit der Bildung der LPG Pflanzenproduktion und LPG Tierproduktion entstehen besondere Fragen bei der Verwirklichung der Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, die sich aus dem Eigentum am Boden ergeben. Die eingebrachten Bodenflächen werden überwiegend von der LPG Pflanzenproduktion genutzt; Viele Bodeneigentümer arbeiten aber in der LPG Tierproduktion. Die Musterstatuten orientieren darauf, die entstehenden Fragen durch beide LPG gemeinsam zu lösen. Beide LPG gewährleisten gemeinsam die Rechte und Pflichten der Genossenschaftsbauern, die sich aus dem Bodeneigentum ergeben. Die mit den eingebrachten und eingetragenen Boden verbundenen Rechte und Pflichten regelt die LPG Tierproduktion insgesamt für ihre Mitglieder in Zusammenarbeit mit der LPG Pflanzenproduktion. Dabei werden Entscheidungen über die Gewährung von Bodenanteilen von der Vollversammlung getroffen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Die Spezialisierung und Konzentration führt gesetzmäßig zu einer höheren Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Bodennutzung. Dieser Prozeß wird charakterisiert durch -:

- einen Ausbau der staatlichen Leitung der Bodennutzung, besonders durch die exakte Bestimmung der Anforderungen an



eine rationelle Bodennutzung entsprechend den differenzierter Bedingungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion; ihre Ausgestaltung als Rechtspflichten der LPG.

- Durch eine Erhöhung der Verantwortung der LPG bei der Bodennutzung, die ihren Ausdruck in der Ausgestaltung des Nutzungsrechts der LPG findet;
- in der wachsenden Kooperation zwischen den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben bei der Gestaltung der Bodennutzung und im Ausbau entsprechender kooperativer und genossenschaftlicher Leitungsformen,
- Durch den Ausbau der vertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten;
- Die Erweiterung der persönlichen Nutzung genossenschaftlich bewirtschafteter Flächen
- Die weitere Gewährleistung der Rechte aus dem Bodeneigentum.

B = ss

Dr. Krystyna STEFANSKA  
Universitätsadjunktin  
Universität zu Lodz, Fakultät für Rechtswissenschaft  
/Polen, Lodz/

## RECHTSSYSTEM DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTS- EIGENTUMS IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN

1./ Die Deutung des Eigentums ist in juridischem Sinne eine Widerspiegelung der in wirtschaftlichem Sinne betrachteten Eigentumsverhältnisse im juristischen Aufbau und damit gleichzeitig auch grundlegende Institution des juristischen Aufbaus. Das obligatorische System der Rechtssprechung ist in der gegebenen Gesellschaft bestrebt den Schutz einer bestimmten Eigentumsart zu verstärken, welcher die Grundlage der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung bildet.

Die im Sinne der Wirtschaft genommenen Eigentumsverhältnisse und das aus diesen folgende gesellschaftliche und wirtschaftliche System führte zur Formulierung eines neuartigen juristischen Begriffs des Eigentums. Im Rahmen des Eigentums trennten sich die Eigentumsarten und Eigentumsformen und ausserdem änderte sich auch der Inhalt und die Realisierung des Eigentums. Die Eigentumsarten und Eigentumsformen wurden in Polen zuerst in der Verfassung vom 22. Juli 1952 normalisiert /Amtsblatt Nr. 7/1976. Seite 36./. Ähnliche Normen sind im Erlass des Jahres 1946 nicht enthalten. - Sachenrecht.

Die Verfassung unterscheidet zweierlei Eigentumsarten: das gesellschaftliche Eigentum und das Privateigentum. Ausserdem wird in den Normen der Verfassung das persönliche Eigentum erwähnt, welches jedoch keine autonome Eigentumsform bildet. Das persönliche Eigentum ist nur eine Form

des Eigentums von Verbrauchsgegenständen und nicht Eigentum von Produktionsmitteln. Erwähnenswert ist, dass sich die Verfassung nicht auf die Existenz der verschiedenen Eigentumsformen beschränkt. Die Verfassung zeigt auch die Rolle und die Dynamik in der Entwicklung der einzelnen Eigentumsformen an /Z.Nowakowski, Sachenrecht, Warschau, 1969. Artikel 23./. Anhand dieses Beispiels können wir auch auf nachfolgende Normen hinweisen: Artikel 12 "das gesamtstaatliche Eigentum....muss Gegenstand der sorgfältigen Betreuung seitens des Staates und sämtlicher Staatsbürger sein"; Artikel 15, Punkt 3.: die Volksrepublik Polen sorgt für die Volksernährung und widmet deshalb den Einzelwirtschaften der arbeitenden Bauern besondere Aufmerksamkeit, unterstützt sie bei der Produktionserhöhung und Erhöhung des technischen Niveaus der Landwirtschaft, unterstützt sie in der Fortentwicklung der autonomen Landwirtschaft und insbesondere in Bezug der Genossenschaften und Bauernzirkel, unterstützt sie bei der Fortentwicklung der Produktionskooperativen und bei der Spezialisierung, erweitert schliesslich die Kontakte zwischen den Einzelwirtschaften und den sozialistischen Wirtschaften.

Im Rahmen der Eigentumsarten betont die Verfassung die einzelnen Eigentumsformen. In Bezug des gesellschaftlichen Eigentums bezeichnet die Verfassung klar deren Formen: das Staatseigentum und das Genossenschaftseigentum.

Wie es in der Literatur richtig bemerkt wird, ist der Begriffskreis des Eigentums in konstitutionellem Sinne die Widerspiegelung des prinzipiellen Eigentumbegriffs im juristischen Aufbau. Dieser Begriffskreis beschränkt sich nicht nur auf jene Rechtsformen, welche hinsichtlich des Pri-

vateigentums die Kategorie der sachlichen Güter bilden. Dieser Begriffskreis umfasst auch jene Rechte, welche sich nicht auf nichtsachliche Rechte beziehen /z.B. auf Literaturschöpfungen/, weiterhin auf jene Rechte, welche sich auf das Gebiet der Verbindlichkeitsverhältnisse beziehen /Verschuldung/, /E.Wasilkowski, Eigentumsrecht VRP, Warschau, 1969, Artikel 14./. Die das Eigentum betreffenden konstitutionellen Normen sind im Bürgerlichen Gesetzbuch eingehend erörtert /Verordnung vom 23. April 1964 - Amtsblatt Nr. 16, Artikel 93; Modifizierung: Amtsblatt 1971. Nr. 17, Artikel 252/. Die Eigentumsarten und Eigentumsformen sind im Kodex ausführlich erörtert.

Der Kreis des sachlichen Eigentums ist in der Auslegung des Bürgerrechtes wesentlich beschränkter, als im Sinne des Verfassungsrechtes. In der Deutung des Bürgerlichen Gesetzbuches bezieht sich der Eigentumsbegriff nur auf jene Objekte, welche materielle Gegenstände sind /Gesetzbuch Artikel 141 und 45./. Der im Sinne des Verfassungsrechtes genommene Unterschied zwischen Kreise des Eigentumbegriffs und der Deutung des Eigentumbegriffs im obligatorischen Bürgerrecht kann mit der allgemeinen Differenz erklärt werden, welche zwischen dem Charakter der das Grundgesetz bildenden Verfassungsnormen und zwischen dem Charakter der einen Zweig der gewöhnlichen Rechtsprechung bildenden Normen des Bürgerrechtes besteht. Die Normen des BGB stehen mit den Verfügungen des Verfassungsrechtes in engem Zusammenhang. Artikel 44 des BGB beweist mit voller Klarheit die Beziehung mit dem konstitutionellen Begriff des Eigentums. Es ist zu betonen, dass manche Kategorien der subjektiven Rechte, welche im Bürgerrecht erscheinen, die Präzisierung des konstitutionellen Eigentumbegriffs bilden.

2./ Die unterscheidenden Eigenartigkeiten der Eigentumsformen sind mit derartigen Konsequenzen verbunden, welche unter anderen auch den Inhalt und die Realisierung des Eigentums betreffen. Diese betreffen weiterhin den Gegenstand des Eigentums, die Art der Beschaffung und den Verlust des Eigentums usw. Im polnischen Bürgerrecht ist der Inhalt des Eigentums im Artikel 140 des BGB geregelt, aus dessen Bestimmungen nachstehende Züge des Eigentums entstehen:

- 1/ Das Eigentum ist ein Recht, welches sich auf sachliche Dinge bezieht.
- 2/ Das Eigentum ist ein absolutes Recht, dies bedeutet, dass es im Prinzip für jeden gültig ist /negativer Inhalt des Eigentums/.
- 3/ Der Inhalt des Eigentumsrechtes besteht vor allem aus dem Besitze der Sachen, deren Nutzung und besteht aus der Möglichkeit über die Sachen zu verfügen /positiver Inhalt des Eigentums/.
- 4/ Sowohl der negative, als auch der positive Inhalt des Eigentums bewegt sich zwischen Grenzen, welche die gesamte obligatorische Gesetzgebung bestimmen und welche, in der Gesellschaftsordnung der VRP festgelegt sind, weiterhin die gesellschaftlich-wirtschaftliche Bestimmung des konkreten Eigentumsrechtes.

Man kann keineswegs behaupten - insbesondere heute nicht - dass das Eigentumsrecht durch nichts eingeschränkt wird. Dabei wird es zunehmend offensichtlich, dass bei gewissen gesellschaftlichen Verhältnissen - in erster Linie in der Landwirtschaft - dieses Recht mehr ist, als die Möglichkeit zur Benützung der Sachen, zur Erreichung eines Nutzens aus der Sache und aus der Verfügung über diese Sachen.

Das Eigentumsrecht wird überall zur gesellschaftlichen Verpflichtung, wo die Effekte der Erfüllung dieses Rechtes die ganze Nation betreffen. Demzufolge ist auf Grund des landwirtschaftlichen Eigentums ein neuerer Inhalt des Eigentumsrechtes entstanden. Die innere Umwandlung des Eigentumsrechtes in der Landwirtschaft wird auch dadurch bestätigt, dass es notwendig wurde die Produktionspflicht des Eigentümers zu bestimmen, - dies bedeutet in der Sphäre der Rechtskonstruktion eine neue Qualität und kann trotzdem jenem Eigentumsrecht nicht gegenübergestellt werden, welches der polnische Landwirt im traditionellen Sinne versteht  
/M. Koziczka, Schutz des landwirtschaftlichen Eigentums, Warschau, 1979. Abschnitt 4/.

Hinsichtlich der Umgestaltung des landwirtschaftlichen Eigentums ist die wachsende Bedeutung der Nutzung der Felder von besonderer Wichtigkeit. In dem Zusammenhang, dass die Bedeutung der Bodennutzung steigt, wachsen gleichzeitig auch die Anforderungen den Nutzungsarten des Bodens gegenüber. Eben die Nutzung der Böden, als gesellschaftlicher Güter wurde als konstitutionelles Prinzip anerkannt. Die Ackerfelder, welche den juristischen Kategorien entsprechend persönliches Eigentum bilden, sind den gesellschaftlichen Kategorien gemäss gesamtstaatliche Güter. Damit steht im Zusammenhang, dass das Eigentum des Ackerlandes nicht nur als System der Gesetze, sondern auch als System der Verpflichtungen zu untersuchen ist. Die Grundlagen der inhaltlichen Bestimmung des landwirtschaftlichen Eigentums sind im Artikel 140 des BGB enthalten. Die Bestimmung des Ackerlandes hat im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sinne die landwirtschaftliche Benützung zu bedeuten. In Bezug der besonderen Bedeutung des Gegenstandes des landwirtschaftlichen Eigentums

begnügte sich die Gesetzgebung trotzdem nicht mit der allgemeinen Annäherung im Gesetzbuche. Spezielle Rechtsdokumente wurden verfasst in welchen gewisse Sanktionen vorgesehen sind für den Fall, dass die landwirtschaftliche Produktion nicht entsprechend ist /Siehe die Verordnung vom 15. Juni 1961, Amtsblatt Nr. 32, Artikel 31./, weiterhin wurde durch den Ministerrat am 5. August 1961 eine Verordnung veröffentlicht über das Problem der verlassenen Felder /Amtsblatt Nr. 39, Artikel 198/; dazu gehört weiterhin die Verordnung vom 24. Jänner 1968 über die obligatorische Ablösung der zu den Landwirtschaftsbetrieben gehörenden landwirtschaftlichen Güter /Amtsblatt Nr. 3, Artikel 14; und dessen Modifizierung: Amtsblatt Nr. 27/1971, Artikel 251/. Abgesehen von diesen Verordnungen erfolgen auch in der Folge Versuche, dass im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Eigentum nicht nur die Annäherung im Sinne des BGB erfolge. Ein juridischer Ausdruck dafür könnte die am 26. Oktober 1971 erlassene Verordnung unter dem Titel "Schutz und Nutzung der Forste und des Ackerlandes, Bestellung des Ackerlandes" als Norm des Artikels 16 dieser Verordnung /Amtsblatt Nr. 27, Artikel 249; Modifizierung: Amtsblatt Nr. 38. Punkt 230/, hier werden die Eigentümer des Ackerlandes verpflichtet, die Felder für landwirtschaftliche Ziele zu bestellen, wobei die administrativen Organe verpflichtet sind, die Erfüllung dieser Verpflichtung zu kontrollieren.

A. Stelmachowsky lenkt die Aufmerksamkeit dahin, dass der Artikel 16 der erwähnten Norm in den Inhalt des Eigentumsrechtes ein neues Element einführt, nämlich die Verpflichtung. Die Verordnung verpflichtet den Eigentümer aktiv zu sein und solche Tätigkeit zu verrichten, welche die positive Erfüllung seines Rechtes zum Ausdruck bringt. Ausserdem wurden

auch gewisse Sanktionen für den Fall eingeführt, wenn der Eigentümer seinen Verpflichtungen nicht gerecht wird. Dies sind jedoch bloss administrative Sanktionen. Die administrativen Organe können entsprechende Beschlüsse erlassen.

Letzten Endes kann das Eigentum vom Eigentümer entzogen werden /A.Stelmachowsky "Befindet sich das Bürgerrecht in einer Krise?" Juridische, Ökonomische und Soziologische Bewegung" 1974, Heft 3; V.Panko, "Grundeigentum in der räumlichen Planwirtschaft", Katowice, 1978./.

Wenn wir nun die Schlussfolgerungen ziehen, so müssen wir feststellen, dass das landwirtschaftliche Eigentum als derartige spezielle Kategorie des Eigentums verkörpert, in dessen Inhalt sich ausser der Last administrativer Sanktionen, auch zu verrichtende Verpflichtungen erscheinen. Sehr richtig ist jene Bemerkung von A. Stelmachowsky, dass die funktionelle Separiertheit des landwirtschaftlichen Eigentums durch die eigenartigen Züge der landwirtschaftlichen Produktion verursacht ist, und dass dies schon jeweils so war. Als aber dazu noch die gesellschaftlich-politischen Elemente erschienen, erhöhte sich die Separiertheit der der juristischen Normalisierung derartig, dass es schwierig wird, das landwirtschaftliche Eigentum anders zu betrachten, als eine klar umrissene Eigentumsart /A.Stelmachowsky, "Einführung in die Theorie des Bürgerrechtes", Warschau, 1969. Artikel 220/.

3./ Die auf die Umgestaltung des landwirtschaftlichen Eigentums bezüglichen Bemerkungen beziehen sich in erster Linie auf das persönliche Eigentum. Im Zusammenhang mit der Problematik des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft wurde mit Rücksicht auf die eigenartigen Züge der polnischen Landwirtschaft eine kurze Kennzeichnung



notwendig, da in der polnischen Landwirtschaft der Sektor der Einzelwirtschaften dominiert. Auch das ist zu erwähnen, dass die im persönlichen landwirtschaftlichen Eigentum erfolgende Umwandlungen auch hinsichtlich jener landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bedeutung sind, welche in grösserem Ausmasse mit einzelnen Hauswirtschaften, vorwiegend im Rahmen von Kooperationsverträgen zusammenarbeiten. Die rechtliche Basis beruht in erster Linie auf den Normen der am 4. August 1978 veröffentlichten Verordnung des Ministerrates, welche die Einzelwirtschaften und die Genossenschaften der Landwirte profilieren, weiterhin die Probleme der landwirtschaftlichen Kooperationen regeln. /Monitor Polski, Nr. 30. Artikel 108./.

Die juristische Problematik der landwirtschaftlichen Genossenschaften bildet einen Teil der allgemeineren Problematik des Genossenschaftsrechtes. Dies ergibt sich daraus, dass sämtliche genossenschaftlichen Tätigkeiten auf einheitlichen rechtlichen Grundlagen erscheinen, welche in dem über die Genossenschaften und Verbände der Genossenschaften erlassenen Verordnung vom 17. Februar 1961 enthalten sind /Amtsblatt Nr. 12, Artikel 61; Modifizierung: Amtsblatt Nr. 47, Artikel 281/1974/. Bevor wir uns eingehenden Untersuchungen widmen würden, müssen wir auf einige allgemeine Probleme hinweisen, welche in der Regel das genossenschaftliche Eigentum betreffen. Das genossenschaftliche Eigentum ist neben dem Eigentum sonstiger gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen, eine Form des Gesellschaftsvermögens /dies wird in den Artikeln 44 und 126 des BGB erwähnt/. Abweichend vom Staatseigentum ist das Genossenschaftseigentum nicht das einzig und unteilbare /BGB Artikel 128/.

In ökonomischer Hinsicht befindet sich das Vermögen der Genossenschaften im Eigentum der Genossenschaftsmitglieder. In rechtlicher Hinsicht bilden nicht die Genossenschaftsmitglieder das Subjekt dieses Eigentums, sondern die Genossenschaft als Rechtsperson.

Im Vergleich mit dem völkischen sozialistischen Eigentum /Staatseigentum/ ist das genossenschaftliche Eigentum eine niedrigere Form des Eigentums. In der Umformung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse ist das genossenschaftliche Eigentum kein entscheidender Faktor, sondern nur ein solcher Faktor, welcher die ökonomischen Prozesse ergänzt, die auf der Basis des Staatseigentums vor sich gehen. Dieses Eigentum, als gesellschaftliches Gruppeneigentum, kennzeichnet gegenüber dem gesamtnationalen Eigentum, eine niedrigere Form des Gemeingutes. Dieser niedrigere Grad der Sozialisierung entwickelt sich nicht nur im Gruppencharakter der im Eigentum der Genossenschaften befindlichen Produktionsmittel, sondern auch im Gruppencharakter der produzierten Produkte. Diese zwei Formen des Eigentums können nicht einander gegenübergestellt werden, da diese zu ein und derselben Eigentumsart gehören und somit Formen des gesellschaftlichen Eigentums darstellen.

In der Verfassung der VRP ist der Gegenstand des genossenschaftlichen Eigentums nicht bestimmt. Eine allgemeine Definierung des genossenschaftlichen Eigentums ist weder im Bürgerlichen Gesetzbuch, noch in den, die Genossenschaften und die Verbände der Genossenschaften betreffenden Verordnungen vorhanden. I. Wasilkowsky bemerkte, dass auf der Grundlage der einheitlichen Gesetzgebung jene These formuliert werden kann, dass all jene Güter welche zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind, das Eigentum der genossenschaftlichen Organisation bilden können. Eigentum der Genossen-

schaft bilden auch die daraus erzeugten Güter. Diese Formulierung präzisiert in Bezug der genossenschaftlichen Organisation auch das kennzeichnende Prinzip der sozialistischen Gesetzgebung, für die Rechtsfähigkeit von Rechtspersonen als Spezialität./Artikel 36 des BGB/. Der Umfang der Rechtsfähigkeit ist weitgehend von der Art der genossenschaftlichen Organisation abhängig. Beispielsweise: eine Genossenschaft für Wohnungsbau kann nicht Eigentümer der Wirtschaft sein, - eine landwirtschaftliche Genossenschaft kann jedoch Eigentümer des landwirtschaftlichen Bodens sein, da seine Rechtsfähigkeit die mit dem Gegenstande des Eigentums verbundene Rechte und Verpflichtungen beinhaltet. In der Wissenschaft Polens war das Problem diskutabel, ob die landwirtschaftlichen Genossenschaften Eigentümer des Landeigentums sein können. Diese Frage wurde in der Verordnung vom 13. Juli 1957 positiverweise gelöst /Amtsblatt Nr. 9, Artikel 172/, wo Punkt 6 im Absatz 2 klar festlegt, dass landwirtschaftliche Genossenschaften, Zirkel der Landwirte und genossenschaftliche Landwirtschaftsorganisationen mittels Kauf-Verkaufsverträgen oder Tauschverträgen in den Besitz von landwirtschaftlichen Gütern gelangen können.

Die Verordnung aus dem Jahre 1961 über die Genossenschaften und genossenschaftliche Organe schliesst hinsichtlich der typischen Formen bei der Nutzung der eingeführten Güter durch die Genossenschaften und genossenschaftlichen Organe die Möglichkeit nicht aus, dass das Landgut zum Eigentum der Genossenschaft wird /Artikel 100, §1./ und für den Fall, dass das Genossenschaftsmitglied das eingeführte Landgut verlor /der Genossenschaft übergebenes Gut/, bestimmt die Verordnung die provisorischen Bedingungen

3

des Vorrechtes zur Ablösung /Artikel 102/. Wir teilen auch die Ansicht von I. Wasilkowsky, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften sich der Möglichkeit der Beschaffung von Landeigentum nicht intensive bedienen dürfen, insbesondere wenn es sich um Ankauf handeln sollte, da zu berücksichtigen ist, dass die seitens des Produzenten zwecks Ankauf von Liegenschaften zur Verfügunggestellte Geldsumme keine landwirtschaftliche Investition darstellt, sondern im Gegensatz - mit dieser Summe - die zur landwirtschaftlichen Produktion bestimmte Finanzmittel verringert werden. Wenn der Produzent Ackerland kauft ist dies jeweils mit einer Verminderung des intensiven Charakters der landwirtschaftlichen Produktion verbunden /I. Wasilkowsky, Eigentumsrecht in der VRP, Seite 60/.

Es ist scheinbar richtig, wenn wir hier die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der neuen Regelung des Rentensystems der Landarbeiter lenken. Alldies ist in dem Decretum über die Ruhestandsversorgung, weiterhin die Bestimmungen für die den Landarbeitern und ihren Familienmitgliedern zukommende Zuwendungen enthalten /Decret vom 27. Oktober 1977, Amtsblatt Nr. 32. Artikel 140/; dies ermöglicht die Übergabe der Wirtschaft an den Erben ohne Produktionsunterbrechung ebenso, wie es früher bei den in Dörfern üblichen, bis Ableben gültigen Verträgen häufig vorgekommen ist.

Mit Rücksicht auf die vorangehenden Erörterungen ist zu bemerken, dass nicht das Eigentum, sondern die Nutzung der eingeführten Felder die Form der Behandlung seitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist. Die Verordnung aus dem Jahre 1961 erhöht die Verpflichtung der Landeinführung zu einem Prinzip in der Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der 97. Artikel dieser Verordnung lautet folgendermassen: "Die Statuten der landwirtschaftlichen Genossenschaft müssen voranschlagen, dass

das Landgut besitzende Mitglied verpflichtet ist dieses in die Genossenschaft einzuführen". Diese Verpflichtung kann sich auf die ganze Zukunft des Mitglieds, des Gutes oder eines gewissen Gutteiles auswirken. Demzufolge kann nur der Verpflichtungskreis der Landeinführung Gegenstand einer kategorischen Regelung sein, nicht aber das Prinzip selbst. Eine landwirtschaftliche Genossenschaft deren Statuten eine derartige Verpflichtung nicht projektieren, wäre nicht registrierbar. Gleichzeitig ist auch das zu bemerken, dass in Polen die landwirtschaftlichen Genossenschaften über einen speziellen Zug verfügen, und zwar dass der Anteil von keinerlei Grundboden besitzender Mitglieder sehr gross ist; etwa 60 % der Familien der Genossenschaftsmitglieder führten zur Genossenschaft weder Felder, noch Bodenteile, auch keinerlei Inventar ein. Ausserdem erfordert die laufende Spezialisierung in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, das steigende Niveau der Mechanisierung und Industrialisierung die Aufnahme solcher junger Bauern, die über keinerlei Grundboden oder Inventar verfügen.

Auf die Benützung der eingeführten Felder durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehen sich die Normen des BGB /Artikel 271-282/, welche diese Nutzung als grundlegende Nutzungsart regeln. Im Sinne dieser Normen:

- 1/ sind zur Nutzung der eingeführten Landgüter keine notarielle Dokumente erforderlich /Artikel 277. § 2/;
- 2/ die Genossenschaft wird auf Grund des über die effektive Übernahme der eingeführten Felder lautenden Dokuments Benutzer des Landgutes /BGB Artikel 277, §1 und Artikel 100 § 1 der Verordnung vom Jahre 1961 über die Genossenschaften/;

- 3/ wenn die Erfüllung der Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaft es erfordern, so kann die Genossenschaft die ursprüngliche Bestimmung der benützten Felder ändern /BGB Artikel 278/;
- 4/ falls die Felder nicht durch die Genossenschaftsmitglieder benützt werden, kann das Prinzip der Verbindung des Landeigentums und der Gebäude, weiterhin das Eigentums von sonstigem Inventar nicht angewandt werden, da die Genossenschaft dadurch in den Eigentumsbesitz jener Objekte gelangen würde, welche sich auf den durch das Mitglied eingeführten Feldern befinden und wo auch die Bäume und Pflanzen Eigentum der Genossenschaft bilden.

Vor der Veröffentlichung der über die Genossenschaften handelnden Verordnung aus dem Jahre 1961 war die Frage des Eigentums der durch die Genossenschaftsmitglieder eingeführten, auf den Feldern befindlichen Gebäude und sonstiger Objekte nicht eindeutig geklärt /gemäss des vorangehend verpflichtenden Dekretums aus dem Jahre 1946/. /Der Artikel 5. des Realrechts besagt, dass die mit dem Landboden dauerhaft zusammenhängenden Bauten und Objekte dessen Bestandteile sind und im Sinne des Artikels 72 ebenso Eigentum des Landbesitzers sind, wie auch die Bäume und sonstigen Pflanzen. Dies bedeutet, dass zwischen den Statuten der landwirtschaftlichen Genossenschaften resp. den darin ausgedrückten Ansprüchen und den Normen des Realrechtes ein Unterschied entstanden ist./ Derzeitig erklärt die über die Genossenschaften lautende Verordnung aus dem Jahre 1961 eindeutig, dass die Gebäude und sonstige Objekte, welche die Genossenschaft auf den durch die Mitglieder eingeführten Grundstücken errichtet, Genossenschaftseigentum bilden /Ebenso lautet Artikel 279. des BGB/.

5/ Die seitens der Genossenschaft erfolgende Nutzung ist ein zeitlich streng bestimmtes Recht. Dieses Recht steht der landwirtschaftlichen Genossenschaft solange zu, solange das Mitgliedschaftsverhältnis besteht,- nach einem Erlöschen des Mitgliedschaftsverhältnisses besteht das Recht bis zur Rückerstattung der eingeführten Felder. Das Mitglied der landwirtschaftlichen Genossenschaft kann das seinerseits in die Genossenschaft eingeführte Feld während der bestehenden Mitgliedschaft nicht zurücknehmen /Artikel 104, § 1/1961 der über die Genossenschaften lautenden Verordnung/. Gleichzeitig kann das Mitglied jedoch über das Landgut verfügen, kann das Eigentum übertragen /Artikel 102 der Verordnung aus dem Jahre 1961/, wenn die Landnutzung auf einem Feld eingestellt wird, auf welchem sich durch die landwirtschaftliche Genossenschaft errichtete Gebäude befinden, so kann das Mitglied den bebauten Grund in eigenen Besitz nehmen und kann dessen zur Zeit der eingestellten Benützung gültigen Wert bezahlen. Bäume und Pflanzen übergehen im Zeitpunkt der durch die Genossenschaft eingestellten Nutzung in den Besitz des Feldeigentümers /BGB Artikel 279, § 9/.

In Bezug der eingeführten Inventare verfügt die über die Genossenschaften lautende Verordnung aus dem Jahre 1961 im Artikel 109 und § 1., dass die durch das Mitglied eingeführten Inventargegenstände auf Grund der Statuten der Genossenschaft oder laut eines Abkommens mit dem Mitglied, Eigentum der Genossenschaft bilden können bei Entrichtung eines bestimmten Preises /bezahlte eingeführte Gegenstände/, oder diese sind bestimmten Prinzipien gemäss zurück zu geben /zurückerstattende eingeführte Gegenstände/. Im ersten Falle verschafft sich die landwirtschaftliche Genossenschaft die Gegenstände als Eigentum, dies beweist eindeutig die

Rechtsfähigkeit. Im zweiten Falle ist eine Regelung möglich, inwieferne die Gegenstände in naturam oder in Bargeld bezahlt werden, oder dass jenes Prinzip befolgt wird, dass die Genossenschaft das Nutzungsrecht der eingeführten Gegenstände erhält. In der Praxis wird in der Regel jenes Prinzip akzeptiert, dass die Genossenschaft über die eingeführten Inventargegenstände verfügen kann, wodurch die Möglichkeit entsteht, die veralterten Gegenstände zu renovieren. Es ist zu bemerken, dass die Erbfolge der eingeführten Felder durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften nach speziellen Prinzipien erfolgt, welche die Mitglieder und die Werktätigen der landwirtschaftlichen Genossenschaften begünstigen. In solchem Falle werden die Normen der Vererbung laut BGB Artikel 1086 und 1087 bei Genossenschaften, weiterhin die diesbezüglichen Modifikationen angewandt.

x x x

Die bisherigen Erörterungen zusammengefasst kann festgestellt werden, dass diese Form der landwirtschaftlichen Produktionsorganisationen - der landwirtschaftlichen Genossenschaften - hervorgehobener Gegenstand der staatlichen Entwicklung und Vervollkommenung darstellen. Im Artikel 16 der Verfassung wird verlautbart, dass die VRP die Entwicklung der diversen Formen der Genossenschaftsbewegung in Stadt und Land unterstützt, der Genossenschaftsbewegung bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben vielseitige Hilfe leistet und das gesellschaftliche Eigentum bildende Genossenschaftseigentum mit besonderer Sorgfalt umgibt und schützt. Die Bestimmungen der Verfassung erweitern den Kreis der üblichen Gesetzgebung. Im Laufe der jüngsten Jahre wurden durch den Ministerrat juristische Dokumente verfasst, wie z.B.: Beschluss des Ministerrates vom 16. Jänner 1976 über die Fort-



entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften /Monitor Polski, Heft 5. Artikel 22./, weiterhin die Verordnung des Landwirtschafts- und des Finanzministers vom 3. März 1976 über die Prinzipien und Voraussetzungen der den landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Verfügung zu stellende staatliche Subventionen /Monitor Polski, Heft 14. Artikel 66/. Die Entwicklung der die landwirtschaftlichen Genossenschaften betreffenden Gesetzgebung, weiterhin die im Rahmen der polnischen Landwirtschaft vor sich gehenden Umwandlungen: die Dorfbevölkerung altert, in den Wirtschaften gibt es nicht ausreichende Erben, das Lebensniveau von Stadt und Dorf gleicht sich aus, in der Landwirtschaft erscheinen diverse Formen der Produktionsgenossenschaften - alldies zwingt uns dazu, die Probleme des Eigentums der landwirtschaftlichen Genossenschaften eingehender zu studieren und zu analysieren, denn die Bedeutung des Eigentums befindet sich in ständigem Steigen.-

## II. T E I L

### INNERE VERHÄLTNISSE DER ORGANISATION UND LEITUNG IN PRODUKTIONSGEWOSSENSCHAFTEN

Dr. Imre MOLNÁR  
Universitätsprofessor  
Stellvertretender Vorsitzende des  
Zentralen Volkskontrollausschusses  
/Ungarn, Budapest/

GRUNDFRAGEN DER GENOSSENSCHAFTSLEITUNG  
/Einleitender Vortrag zur Diskussion/

1. Die Wissenschaft und die gesellschaftliche Praxis erwiesen ein grosses Interesse für die Fragen der Genossenschaftsleitung. Das Interesse ist verständlich, weil sowohl die Forscher der verschiedenen Gesellschaftswissenschaften, als auch die Repräsentanten des gesellschaftlichen, politischen, staatlichen Lebens, sowie die Leiter und Mitglieder der Genossenschaften an dem Themenkreis unmittelbar interessiert sind. Aus diesem ausbreiteten Interesse ergibt sich die Tatsache, dass einerseits : die Genossenschaften in den sozialistischen Verhältnissen eine bedeutende Rolle spielen; andererseits: die Genossenschaftsleitung eine komplexe interdisziplinäre Kategorie ist; und zuletzt: das Niveau der Leitung der Genossenschaften ist ein wichtiger Teil der aktuellen Vorgängen der sozialistischen Entwicklung.

Das Interesse für die Fragen der Genossenschaftsleitung war früher nicht immer gleichmässig, wie es auch in unseren Tagen nicht der Fall ist.

Solange sich die Perspektive der Genossenschaften mit mehr oder weniger Eindeutigkeit nicht aufgeklärt hat, war die Forschung nach den Fragen im Zusammenhang mit den Genossenschaften ziemlich beschränkt. Die Reform der Wirtschaftslenkung und die darauffolgende Periode brachten auch auf diesem Gebiet einen Aufschwung. Immer neuere Wissenschaftszweige haben sich in das Aufdecken der prinzipiellen Fragen der Genossenschaften - im engeren der Leitung - eingeschaltet, und auch das öffentliche Leben widmete den Genossenschaften grössere Aufmerksamkeit.

Der Aufschwung der wissenschaftlichen Arbeit und des öffentlichen Interesse hatte einen auch heute noch geltenden und hoffentlich auch auf die Zukunft auswirkenden, sehr wichtigen Zug. Und zwar, dass die Verstärkung des Interesses nicht sosehr durch das Spezifikum der Genossenschaftsleitung motiviert war, sondern vielmehr durch jenen allgemeineren Gedanken, wie man die Leitung und Führung der Institutionen der Gesellschaft unter den Bedingungen der sozialistischen Entwicklung so modernisieren könnte, womit die Entwicklung der Ganzheit der Gesellschaft beschleunigt werde. Hier widerspiegelte sich letzten Endes die Erkenntnis der Notwendigkeit der harmonischen Entwicklung der zweisektorigen sozialistischen Wirtschaft.

Eine gleichwertige Erkenntnis ist die Anerkennung, dass die Genossenschaftsleitung nicht irgendeine besondere einzelwesende Kategorie, sondern ein integrierter Teil der Wirtschaftslenkung und der sozialistischen Demokratie ist.

Wie das staatliche und genossenschaftliche Eigentum zwei Arten vom gleichen Typ des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums sind, ist auch die Genossenschaft und ihre Leitung ebenso eine Erscheinungsform der sozialistischen gesellschaftlichen Einrichtung.

Diese Fragen, bzw. die Anschauungen in ihrer Annäherung haben vom Standpunkt der Beurteilung, Lage und Entwicklung der Genossenschaftsleitung aus eine grundlegende Bedeutung.

2. Die Herausbildung eines mehr oder weniger "kristallisierten" Begriffs der Genossenschaftsleitung ist der bedeutende Erfolg der Gesellschaftswissenschaften, in erster Linie der Rechtswissenschaft. Die verschiedenen Wissenschaften haben die unterschiedlichen Aspekte, Elemente der Konzeption der Genossenschaftsleitung ihren eigenen Gesichtspunkten entsprechend aufgebaut.

Man kann sagen, die Genossenschaft funktioniert auf Grund demokratischer Selbstverwaltung, und die Mitgliedschaft entscheidet in diesem Rahmen über alle grundsätzliche Fragen der Genossenschaft. Dies hat Rechtskraft erlangt, und auch unser Genossenschaftsgesetz formuliert das.

Die genossenschaftliche demokratische Selbstverwaltung spiegelt die wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit der Genossenschaft, sowie das aus der Selbständigkeit folgende unmittelbare Betriebs- und persönliche Interesse der Genossenschaft und ihrer

Mitgliedschaft wider. Die Autonomie und das Interesse sind also jene beiden, einander bedingenden grundsätzlichen Faktoren, die den Inhalt der Genossenschaftsleitung ihre organisatorische Form und die Funktionsordnung bestimmen.

Die Genossenschaftsleitung ist natürlich eine Kategorie mit wechselndem Inhalt, sowohl hinsichtlich der prinzipiellen Beurteilung, als auch der praktischen Verwendung. Mit der Berücksichtigung der heutigen Lage kann man sie als eine allgemeine Kategorie bezeichnen, von der hier drei Elemente besonders beachtenswert sind:

- erstens: sie ist in ihren Grundprinzipien und ihrem Ziel mit der Leitung von anderen Wirtschaftseinheiten identisch;
- zweitens: sie gilt in ihrem System für alle in unserem Lande funktionierende Genossenschaften, unabhängig von ihrem Zweig, Typ und ihrer Form;
- drittens: sie weicht von der Leitung der staatlichen Unternehmen der Wirtschaftssphäre in ihren Mitteln, in ihrer Organisation und ihrem Mechanismus ab, Unterschiede sind aber zugleich innerhalb des genossenschaftlichen Sektors vorhanden, besonders zwischen der Leitung der Genossenschaften produktiven und Verbrauchertyps;

Die angeführten Kriterien beinhalten teils Tatsachenfeststellungen und Folgerungen, teils Erfordernisse. Es ist nämlich offensichtlich, dass das staatliche Unternehmen

und die Genossenschaft in den Verhältnissen des Sozialismus die beiden gesellschaftlichen Sektoren von derselben Wirtschaft gleichen Typs repräsentieren und so können auch die Grundprinzipien und Ziele ihrer Leitung einander nicht entgegengesetzt werden. Auf dem Gebiet der Verhältnisse von Eigentum, Verteilung und Organisation gibt es allerdings wesentliche Unterschiede zwischen dem staatlichen Unternehmen und der Genossenschaft, diese betreffen die Mittel, organisatorischen Lösungen und Funktion der Leitung. Der genossenschaftliche Sektor ist zugleich hinsichtlich einer allgemeineren Ebene einheitlich, dementsprechend beruht das System der Genossenschaftsleitung auf dieser Einheit. Die Unterschiede zwischen den Genossenschaftstypen, Zweigen und Formen sind jedoch bedeutend. Ein Teil der Unterschiede ergibt sich aus dem Charakter der durch die Genossenschaft entfalteten Tätigkeit, ein anderer Teil aus dem Lauf der geschichtlichen Entwicklung, aber auch konkrete und praktische Bedürfnisse spielen in der Herausbildung und dem Fortdauern der Unterschiede eine Rolle. Es ist natürlich, dass diese Unterschiede an einigen Elementen des gesellschaftlichen Leitungssystems und in ihrer konkreten Erscheinung Änderungen hervorrufen.

Der Inhalt des Begriffes der Genossenschaftsleitung ist also einerseits homogen, andererseits differenziert. Die Homogenität und die Differenziertheit weisen aber im wesentlichen nur auf die Rahmen, auf die Art und Weise der Annäherung und der Beurteilung der Konzeption der Genossenschaftsleitung hin.

Das kann zugleich zu dem Beweis fähig sein, dass die Genossenschaftsleitung keine abgetrennte und extreme Kategorie ist, sondern ein organischer Teil unseres Lenkungs- und Führungssystems, wobei sie auch gewisse Eigenheiten aufweist.

Wenn wir uns hingegen der Sache von der Seite der Eigenheiten nähern, kann die Genossenschaftsleitung folgendermassen charakterisiert werden: die konsequente Anwendung

- des Prinzips der Mitgliedschaftsleitung,
- der gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Leitung und Mitgliedschaft,
- der Harmonie der körperschaftlichen und der Einpersonaleitung,
- der Abstimmung der Entscheidungsbefugnis und der Verantwortung

sichern den Erfolg der Genossenschaftsdemokratie in den Machtverhältnissen, also in denen der Leitung entscheidend.

Die angeführten Prinzipien sind eigentlich Bestandteile der Genossenschaftsleitung, sie bestimmen die Struktur der genossenschaftlichen Führungsvariante. Eine auf solchen Grundlagen beruhende Leitungsstruktur - zusammen mit ihren organisatorischen und funktionellen Verhältnissen - entspricht den allgemeinen Anforderungen der Lenkung und Führung und der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Natur der Genossenschaften. Sie ermöglicht nämlich einerseits die Befriedigung der staatlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse, andererseits die gemein-



same Geltendmachung der Führungsrechte der Genossenschaftsmitgliedschaft, sowie der Anforderungen nach der internen Lenkung / Entscheidung, Organisation, Durchführung und Kontrolle / der von den Genossenschaften entfalteten Tätigkeit.

Die hier charakterisierte Leitungskonzeption und die hinzugefügten Anforderungen und Möglichkeiten bilden im wesentlichen den prinzipiellen Rahmen der Struktur der Genossenschaftsleitung. Der prinzipielle Rahmen und die Praxis decken sich aber nicht vollkommen. Einerseits darf man die entworfene prinzipielle Konzeption nicht als einheitlich angenommen betrachten, andererseits folgt auch die Praxis der Genossenschaften nicht in jedem Fall der entworfenen Interpretation der Genossenschaftsleitungsstruktur.

Die Diskussion im Themenkreis der Genossenschaftsleitung ist sozusagen permanent und sie beschränkt sich - verständlicher Weise - nicht nur auf die Fachliteratur. Die Diskussion geht auf der Oberfläche nicht sosehr in den konzeptionellen Fragen vor sich, sondern es handelt sich grösstenteils um die Beurteilung der einzelnen Elemente der Genossenschaftsführung, um die Art und Weise der Lösung. Diese partiellen Diskussionen sind aber von der prinzipiellen Konzeption nicht unabhängig, im Gegenteil, ihr Ziel ist die Bildung einer Konzeption, ihre Verstärkung oder Schwächung. Das weist aber darauf hin, dass man immer noch nicht über die konzeptionellen Diskussionen hinaus gekommen ist.

3. Wie alle gesellschaftswissenschaftliche Kategorien, ist auch die Genossenschaftsleitung verhältnismässig raschen Änderungen ausgesetzt, in erster Linie nicht als Ergebnis ihrer Selbstentwicklung, sondern entscheidend deshalb, weil sich die genossenschaftlichen, gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse, die als Grundlage des Leitungssystems dienen, verändern.

Diese grosse Entwicklung und Änderung ist allbekannt, und deshalb ist sie keiner Erklärung bedürftig, sie hat sich in den letzten Jahren in den Genossenschaften, - besonders in den LPG-en - vollzogen. Die Schwerpunkte dieser Veränderungen können im Vordringen der Technik, in der grossen Konzentration, in dem Übergang zur industrieartigen Produktion, in der Ausdehnung der Kooperation, in der Umgestaltung des gesellschaftlichen Inhaltes der Genossenschaften, in der Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen zusammengefasst werden.

Die Wirtschafts-, Interessen- und Mitgliedschaftsverhältnisse haben sich in dem selben Zeitabschnitt - hauptsächlich in den letzten Jahren - wesentlich verändert. Es haben sich z.B. das Wirtschaftslenkungssystem der Genossenschaften, die Arbeitslohnung, die Regel der Verrichtung der Arbeit verändert, usw.

Die Veränderung der Produktionsvoraussetzungen, der Regel der Wirtschaft und der Verrichtung der Arbeit haben auch die Regel der Genossenschaftsleitung berührt. In diesem Rahmen ist z.B. die Befugnis der Generalversammlung eingeschränkt worden, die Arbeitsberatungen sind institutionell geworden, bei einer bestimmten Mitgliederzahl

ist die Abgeordnetenversammlung pflicht geworden, die Gewerkschaft hat eine Rolle bekommen usw.

4. Diese Wirtschafts- und Funktionsänderungen haben im wesentlichen im Rahmen permanenter Diskussionen stattgefunden. Ein wenig vereinfacht steht in dem Mittelpunkt der Diskussionen die Frage, auf welcher Weise und in welchem Masse die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Veränderungen, die sich im Rahmen der allgemeinen Entwicklung auch in den Genossenschaften vollzogen haben, bzw. in der Herausbildung begriffen sind, die genossenschaftlichen Eigenheiten betreffen. Im Näheren, welche neue Anforderungen an die Genossenschaftsleitung werden durch sie gestellt.

Man kann und konnte auch nicht bestreiten, dass auch das System der Genossenschaftsleitung den Veränderungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse folgen muss. Die auch heute noch aktuelle Frage ist danach gestellt, wie sich die Genossenschaftsleitung den schon eingetretenen und auf dieser Basis den sich entfaltenden Entwicklungsvorgängen anzupassen muss: mit besonderer Berücksichtigung der Tatsache, dass jede Veränderung positive und negative Züge und Folgen hat. Man weiss aber aus den praktischen Erfahrungen, dass durch die Lenkung und Führung alle Züge effektiv beeinflusst werden können. Dieses Moment ist deshalb der Hervorhebung wert, weil unser Denken geneigt ist alle Veränderungen als eine Entwicklung, also als einen zu unterstützenden Prozess zu betrachten.

Die Struktur der Genossenschaftsleitung wurde durch weitere zwei Faktoren grundsätzlich beeinflusst / neben der erwähnten Entwicklung der Produktionsverhältnisse /. Erstens die Verstärkung des Unternehmenscharakters der Genossenschaften, zweitens die Bedürfnis der Integration zwischen den staatlichen Unternehmen und die Genossenschaften.

Die Anerkennung der Genossenschafts mit Unternehmenscharakter und Unternehmenswirtschaft war eine Folge von prinzipieller Bedeutung, weil dies im Grunde genommen - wenn auch ein bisschen verspätet - die wirtschaftspolitischen Anerkennung erworben hat, dass die Genossenschaft ein organischer Teil der auf dem gesellschaftlichen Eigentum beruhenden sozialistischen Wirtschaft ist. Dadurch hat sich auch die Perspektive der Genossenschaften für eine lange Zeit geklärt.

Die Diskussionen über den Unternehmenscharakter der Genossenschaften wurden schon wesentlich früher abgeschlossen. Sie wachzurufen ist nicht wegen ihrer Aktualität notwendig, sondern weil der Prämisse "die Genossenschaft als Unternehmen" sind auch nachteilige Tendenzen angeschlossen worden. Diese These wird nämlich von vielen auch heute noch wort-wörtlich interpretiert, ohne dass selbst der Begriff des Unternehmens genügend geklärt wäre. Beim Fehlen eines alle wissenschaftliche Ansprüche befriedigenden und allgemein akzeptierten Unternehmensbegriffs haben sich auch die Unternehmensbegriffe der sozialistischen Wirtschaft nicht eindeutig herausgebildet. Da die allgemeine wirtschaftsorganisatorische Form der sozialistischen Wirtschaft das staatliche Unternehmen ist,

werden alle andere Unternehmensformen diesem Begriff zugeordnet.

Der Anerkennung des Unternehmencharakters der Genossenschaft folgte die Anforderung der Integration zwischen staatlichen Unternehmen und Genossenschaft, bzw. das Drängen nach der Integration zwischen den beiden Unternehmenskategorien. Dies war als erster Schritt solange natürlich und notwendig, bis es der Verstärkung der gemeinsamen progressiven Züge der beiden Unternehmenskategorien diene. Da aber das absolute Modell das staatliche Unternehmen war, und blieb, ist die Integration - sowohl im Denken als auch in der Praxis - auf halbem Wege gescheitert, einseitig geworden. Die Gegenseitigkeit der Integration - anders gesagt die gegenseitige Annäherung - wird heute sogar als theoretische Argumentation immer seltener erwähnt. Im Rahmen der einseitigen Integration erfolgte die wesentliche Vereinheitlichung des Wirtschaftslenkungssystems, der Regel für die Wirtschaft, das Interesse, der Arbeitslohn und die Arbeitsverrichtung. In diesen Fragen sind die genossenschaftlichen Züge im Zeichen der Bestrebung nach Einheitlichkeit genügend verblasst.

5. Ein wesentlicher Faktor der einseitigen Integration war und blieb die Modifikation der Regel der Genossenschaftsleitung, vom gleichen Prinzip aus und in der gleichen Richtung. Ein bedeutender Teil der Modifikationen war tatsächlich im Interesse der Entwicklung und Modernisierung des Systems der Genossenschaftsleitung notwendig. Die gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Umstände der Ausbreitung und Verstärkung des Demokrismus drängte nach der Entwicklung des Leitungssystems.

Auch hier erfolgte aber der Prozess, wobei die Züge der staatlichen Unternehmensleitung in den Vordergrund rückten und zahlreiche Elemente der genossenschaftlichen Leitung formalisiert wurden. In der Leitung darf man aber gewisse genossenschaftliche Eigenheiten nicht ausser Acht lassen. Sie zeigen sich in diesem Rahmen hauptsächlich in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle der Genossenschaften, bzw. in der Struktur der Organisation.

Die spezifische gesellschaftlich-wirtschaftliche Rolle und Organisation bedeutet auch ein Dilemma. Einen Ausweg stellt die immer allgemeinere Beurteilung, dass die Genossenschaftsleitung aus Selbstverwaltungsleitung und Unternehmensleitung besteht. In dieser Auffassung der gesellschaftlich- wirtschaftlichen Rolle der Genossenschaft die Selbstverwaltung und dem Unternehmenscharakter das System der Unternehmensleitung. Die Selbstverwaltung schränkt sich also in der Tat auf das Funktionieren der Körperschaftsorgane der Genossenschaft ein, während alle Leitungstätigkeiten, die mit dem Funktionieren der Wirtschaft der Genossenschaft als Unternehmen im Zusammenhang stehen, gehören in den Bereich der Unternehmensleitung.

Diese schematische und die körperschaftliche Leitung im wesentlichen auf die gesellschaftliche, organisatorische Tätigkeit beschränkende Auffassung ist freilich die ausschliessliche. Sie fasst vielerlei Stellungnahmen zusammen. Die Standpunkte sind auch in einer Reihe von Nuancen abgefasst. Die unterschiedlichen Gesichtspunkte legen den Akzent auf verschiedene Elemente des Genossenschaftsleitungssystems.

Das Gesamtbild sieht doch so aus, dass in unserem Wissenschaftsleben ein System solcher Ansichten vorhanden ist, das die der Doppelnatur der Genossenschaft entspringenden Anforderungen durch die Abtrennung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seite, bzw. - dementsprechend - durch die funktionelle und organisatorische Abtrennung der Einpersonen- bzw. Körperschaftsführung zur Geltung zu bringen versucht.

Eine unmittelbare Folge dieser Ansichten ist die Einengung, Schwächung der Genossenschaftsdemokratie, bzw. die Herausbildung einer derartigen Situation, in der die entsprechenden Voraussetzungen der Entwicklung der Genossenschaftsdemokratie nicht geschaffen sind. Die Tatsache ist nämlich die folgende. Wenn die wirtschaftliche Natur der Genossenschaft ausschliesslich durch das Unternehmenswesen ausgedrückt wird, und wenn dieses Unternehmen als ein staatliches vorgestellt wird, muss die Genossenschaft zu einem solchen Unternehmen adäquat geführt werden. Dies scheint auf der Oberfläche logisch zu sein. Das Problem kann aber auf dieser Grundlage nicht gelöst werden.

Wenn man nämlich nicht vergisst, dass die Inhaber der Genossenschaft - Eigentümer und Arbeiter - zugleich ihre Mitglieder sind, ist es gesetzmässig, dass auch die Leitung der Genossenschaft durch sie verrichtet werden muss. Dazu braucht man aber ein effektives Institutionssystem, das diesem Zwecke untergeordnet ist. Wenn man aber die Körperschaftsforen der Mitgliedschaft im wesentlichen nur zu gesellschaftlichen, organisatorischen Funktionen bestimmt, entzieht man der Mitgliedschaft das Mitbestimmungsrecht in den grundsätzlichen Fragen.

Es ist wahr, dass die Körperschaftsorgane der Mitgliedschaft solche demokratische Foren sind, die der gegenseitigen Information von Leiter und Mitglieder und der Beeinflussung der Entscheidungen seitens der Mitgliedschaft gut und erfolgreich dienen können, aber das ist noch mit der Entscheidung selbst nicht identisch.

Die Hauptfrage ist nicht danach gestellt, welche Körperschaftsorgane der Mitgliedschaft die grundsätzlichen Entscheidungen treffen, weil dies eine Frage der Bestimmung der Befugnisse und der zweckmässigen Arbeitsteilung ist. Die prinzipielle Frage besteht daraus, wo man eine Grenze zwischen den Einpersonen- und Körperschaftsbefugnisse ziehen soll. Wenn man den Standpunkt annimmt, dass in die Befugnis der breiteren Körperschaften der Mitgliedschaft nur einige Personen- und Bestätigungsakte gehören, gibt man die wesentlichen Entscheidungen zum Teil den engen Körperschaften, zum grössten Teil der Einpersonenföhrung, also dem Apparat.

Hier liegt das eingetliche Wesen des Problems. Auch in den Genossenschaften sind die Leitungs- und Sachbearbeitungsapparate ausgebaut. Dieses Apparat ist aber wegen seiner Umstände nicht in der Lage - es handelt sich also nicht um persönlichen Fähigkeiten -, die Leitungsrechte der Mitgliedschaft zu üben, und die Verantwortung und das Risiko der Entscheidungen selbst zu tragen. Es heisst nämlich einerseits: ein überwiegender Teil der Mitarbeiter dieses Apparats - mit Ausnahme des Vorsitzenden an der Spitze, des unabhängigen stellvertretenden Vorsitzenden



und eventuell einiger anderen Leiter - ist kein Mitglied der Genossenschaft, sondern ein Angestellter im Arbeitsverhältnis. Andererseits ~~müssen~~ die Aufgabe, Befugnis und Verantwortung der verschiedenen Niveaus des Apparats je Arbeitsgebiet genau eingeschränkt werden. Drittens: die Tätigkeit, Bewegung und das Verhalten des Apparats werden durch seine Eigengesetze bestimmt, und das wesentliche dabei ist eine bürokratische, einseitige Hierarchie in dem Apparat.

Diese Charakteristika des Apparats schaffen eine gesonderte Stellung gegenüber die Mitgliedschaft und ihre Körperschaftsorgane. Auch in ihrer Gesamtheit lenken die auf Arbeitsgebiete gegliederten Funktionen die Tätigkeit des Apparats auf eine eigene Bahn. Seine Empfindlichkeit für die Interessen und Ansprüche der Mitgliedschaft ist eingeschränkt. Die Tätigkeit des Apparats ist in der Vorbereitung der Entscheidungen, in den Entscheidungen über die fachlichen Fragen der Funktion und Wirtschaft, in der Durchführung der Mitgliedschafts- und Leitungsentscheidungen, in der Organisation der Arbeitsprozesse der Produktion und Wirtschaft usw. unentbehrlich.

Die Entscheidungen in den Grundfragen der Genossenschaft müssen die Körperschaftsorgane der Mitgliedschaft treffen, weil ihr Schicksaal, ihre Arbeit, ihr Wohlstand von diesen abhängen. Das Recht darauf ergibt sich aus dem Besitz, der Arbeit und der Genossenschaftsdemokratie.

6. Eine andere Konzeption der Genossenschaftsleitung ist die Erarbeitung und das Folgen des Prinzips der

Mitgliedschaftsleitung. Auch diese Konzeption hat Anhänger, Folger und eine Fachliteratur. Auch hier kommen unterschiedliche Standpunkte, abweichende Ansichten zur Geltung. Ein tertium comparationis ist aber die Annahme des Prinzips der Mitgliedschaftsleitung und das Bestreben nach ihrer Geltendmachung.

Die Konzeption der Mitgliedschaftsführung ist ebenfalls nicht problemlos. Man muss viele Tatsachen in Betracht ziehen, die vor allem die Effektivität der Leitung bestimmen, und in mancher Hinsicht ausserhalb des Rechts stehen. Ein wahrhaftes Problem ist z.B. die Schwerfälligkeit des Funktionierens der Körperschaften mit grosser Mitgliederzahl, die Gefahr seines Formalismus. Es darf aber eine für richtig gehaltene Konzeption mit dem Verweisen auf praktische, aber nicht unüberwindbare Hindernisse nicht aufgegeben werden. Die relevanten Hindernisse auf diesem Gebiet sind nämlich zu beheben. Es ergeben sich zwei Arten der Lösung.

Die eine ist eine adäquate Organisation der Befugnis- und Organisationsverhältnisse, die Klärung der Fragen, welche der körperschaftlichen und welche der Einpersonnenführung bedürfen, und andererseits auf welchem Niveau der Hierarchie der Körperschafts- und Einpersonnenleitung die Entscheidungsbedürfnisse gesetzt werden. Zur Erläuterung dieser Fragen müssen keine unbekannten Wege entdeckt werden. Die Erfahrung von mehreren Jahrzehnten der sozialistischen Genossenschaftsbewegung dient als zuverlässiges Kompass. Die den Genossenschaften zukommenden Befugnisse haben sich den Anforderungen einer

gegebenen Periode nach herausgebildet, sie sind schon in den Rechtsregeln und den internen Regelungen abgefasst. Es sind auch die Organisations-, Personen- und Funktionsvoraussetzungen der Übung der Befugnisse zu schaffen, sie stehen sogar im Grunde genossen zur Verfügung. Man müsste nur ein wenig tapferer die Möglichkeiten in der Ausbildung neuerer Organisationsformen ausnützen.

Heute ist z.B. nicht zu bezweifeln, dass die Generalversammlung zu operativen Entscheidungen unfähig ist. Dies bedeutet aber nicht soviel, dass die Generalversammlung aus dem Leitungssystem der Genossenschaft ausgeklammert werden muss. In den Fragen, die die Grundinteressen der Mitgliedschaft berühren, kann nur das Forum der Generalversammlung der Mitgliedschaft entscheiden, weil dies das Interesse der Mitgliedschaft und der Gesellschaft ist. Die weiteren, körperschaftliche Entscheidungen erfordernden Fragen kann die Entscheidungsbefugnis den Arbeitskollektiven, der Abgeordnetenversammlung, den Komiteen, den Vorständen usw. geben. Eine nicht mindere Umsicht wird in der Verteilung der Befugnisse, die der Betriebsleitung angehören, im Kreise der Einpersonenleiter verlangt. Man darf aber der Absicht, wonach einerseits die Entscheidungsbefugnisse gemäss ihrer Inhalte unterschieden werden /ob die Entscheidung gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Natur ist/, und sie dementsprechend auf den verschiedenen Niveaus der Körperschafts- und Einpersonenleitung verteilt werden sollen, keinen Spielraum lassen, dann alle Entscheidungen verfügen über gesellschaftliche und wirtschaftliche Inhalte.

Die Grundlage der Regelung der Befugnisse kann nur eine Differenzierung der Entscheidungen nach ihrer Schwere bilden. Die Abtrennung und irgendwelche Gegenüberstellung von Körperschafts- und Einpersonenleitung ist auch kein gangbarer Weg. Die Genossenschaftsleitung muss als ein einheitliches System, ein identischer Prozess angesehen werden. Nicht nur das gleiche Ziel, sondern auch die wechselseitige Abhängigkeit verbinden die unterschiedlichen Formen der Leitung. Dieses wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis ist die Eigenart der Genossenschaftsleitung. Ihre Verblässung in der Praxis ist eine reale Gefahr, wobei es gerade befördert werden müsste, denn es ist ein effektives Gegenmittel - wenn sogar nicht die Garantie - für die Absonderung von Mitgliedschaft und Leitung, die Verweisung von gegenseitiger Verantwortung, die Auflösung einer einheitlichen Kollektive.

Eine andere Art der Behebung der Hindernisse der Mitgliedschaftsleitung ist die Steigerung der Interessiertheit der Mitgliedschaft an der Leitung. In diesem Falle sichern die rechtlichen Mittel nur zum Teil eine Lösung. Die Rechte der Mitgliedschaft auf Leitung, auf die organisatorischen und Befugnisvoraussetzungen der Leitung - hauptsächlich im Bereich der Körperschaftsleitung - können nur die Rahmen bedeuten. Die ganze Geschichte der Genossenschaftsbewegung beweist, dass die Leitungsaktivität der Genossenschaftsmithliedschaft nur durch moralische und politische Einwirkung nicht ausgelöst, oder zumindest beständig gemacht werden kann. Eine effective Aktivität gab es immer dann und dort, wann und wo die Mitgliedschaft

persönliches und materielles Interesse an der Teilnahme an der Entscheidung bzw. an ihren Folgen hatte.

Die Interessiertheit der Mitgliedschaft in den Genossenschaften geht freilich über die "Leistungsaktivität" hinaus, sie fasst aber ihre Wurzel letzten Endes darin. Dieser allgemeineren Interessensbereich kann durch das praktische Funktionieren des Leitungssystems beeinflusst werden, und auch er selbst verfügt über Eigengesetze.

Die erste Frage ist, in welchen Problemen darf die Genossenschaft eintreten. Dies wird durch das gegebene System der Wirtschaftslenkung und die staatliche Aufsicht im wesentlichen vorgeschrieben. Die zweite Frage ist, welche Wirkung wird durch die Entscheidungen der Genossenschaft auf die Mitgliedschaft ausgeübt, oder inwiefern werden die Lebensbedingungen, das Einkommen, die Arbeit, die Lage der Mitglieder unmittelbar beeinflusst. Wenn diese Wirkung bemerkbar ist, wird die Mitgliedschaft sofort an der Entscheidung interessiert. Die letzte Frage ist, wer die in die Befugnis der Genossenschaft gehörende Entscheidung tatsächlich treffen wird: die Körperschaft, die es betrifft, oder eine andere Person von innerhalb oder ausserhalb der Genossenschaft. Das ist das praktische Problem. Es hat die meisten Möglichkeiten geboten, und bietet auch heute noch, die Mitgliedschaft grob oder fein zu manipulieren, zu täuschen, die körperschaftliche Entscheidung zu formalisieren.

Das Problem liegt nun darin, ob die Manipulierung dadurch beseitigt werden kann, dass man die Entschei-

dungsbefugnis der Körperschaft entzieht, oder in der Weise, dass man die Voraussetzungen der körperschaftlichen Entscheidung schafft. Dies ist der einzige gangbare Weg, sei er gar so schwer, da das Entziehen der Befugnis ein grundlegendes Mitgliedschaftsrecht verletzt, und damit zusammen die Kontrolle der Entscheidung durch die Mitgliedschaft beinahe unmöglich macht, obwohl das Risiko der Entscheidung auch in dem Falle von der Mitgliedschaft übernommen wird, wenn sie nicht durch sie getroffen wurde.

7. Die Genossenschaftsleitung kämpft also mit lebenden theoretischen und praktischen Problemen. Es sind intensive Arbeit und grosse Anstrengungen notwendig, durch die Leitung der Genossenschaften die gesellschaftlichen Bedürfnisse, genauso wie die Bedürfnisse der Effektivität der Leitung zu befriedigen. Die Lösung darf man nicht auf einer Ebene suchen. Alle Versuche, die entweder die körperschaftliche oder die Einpersonenleitung als alleinseigmachend ansehen würden, sind unernst.

Man darf aber nicht bezweifeln, dass der Demokrismus der Genossenschaftsleitung sich verstärken, entwickeln muss. Es ist nicht wahr, dass der Entwicklungsstand der Genossenschaften die demokratische Leitung überholt hätte. Selbst die demokratischste Leitung trägt formale Elemente in sich. Diese können sich in zwei Richtungen anhäufen. Einerseits, wenn man kollektiv nicht zu entscheidende Fragen in die Befugnis der Körperschaftsorgane überweist, andererseits, wenn man die Körperschaftsorgane nur als Informations- oder Beratungsforen ansieht.

In keiner der beiden Richtungen darf man Illusionen nachjagen. Meiner Meinung nach darf aber die Grundlage nur der Demokratismus sein. Auf dieser Grundlage kann man noch zahlreiche, bis heute nicht entdeckte oder nicht ausgenutzte Möglichkeiten finden. Viele Möglichkeiten werden durch die Nuancierung der Arbeitsteilung der Leitung, durch ihre permanente Anpassung an die sich verändernden Umstände dargeboten. Die Effektivität der Leitung kann weiterhin in grossem Masse durch die Entwicklung der Leitungsorganisation, der Betriebs- und Arbeitsorganisation gesteigert werden. Die Modernisierung des internen Mechanismus der Genossenschaft befördert ebenfalls die Entwicklung der Leitung. Man muss solche elementare Voraussetzungen berücksichtigen, wie z.B. Steigerung der Qualifikation, Entwicklung der Bewusstheit, Steigerung der Organisiertheit der Mitgliedschaft usw.

Nicht zuletzt verfügt man noch über grosse Reserven in der Entwicklung der staatlichen Lenkung und Aufsicht der Genossenschaft und in der Tätigkeit der Interessenvertretungsorgane der Genossenschaft.

Zusammenfassend erscheint uns also, dass die Genossenschaftsleitung auch theoretisch ein bedeutender Themenkreis ist, der weiterhin der Aufmerksamkeit wert bleibt. Sie wird vielleicht noch wichtiger als vorher. Die Ausnutzung der in dem erreichten Entwicklungsniveau liegenden Möglichkeiten und die Schaffung der Voraussetzungen der Weiterentwicklung liegt vielmehr an der Genossenschaftsleitung, als in früheren Zeiten, wo die Schwächen der

Leitungstätigkeit eine, im Vergleich zur heutigen intensivere Tätigkeit der externen Organe - mindestens zum Teil - kompensieren könnte.

Das immergrüne Thema steht in kräftigen Farben vor uns.



Dr. András BENKŐ  
Universitätsadjunkt  
Universität Pécs  
Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
/Ungarn, Pécs/

DAS PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTLICHE RECHTSSTATUT , MITTEL  
DER STAATLICHEN FÜHRUNG

I.

1. Es ist allbekannt, dass die sozialistischen Organisationen ihre Tätigkeit nicht nur der unmittelbaren Führung untergeordnet entfalten, sondern überdies auch unter solche Führung stehen. Diese vereinfachte wissenschaftliche These gilt grundsätzlich für die Genossenschaften als wirtschaftlich-gesellschaftliche Organisationen und ebenfalls für das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In dieser letzteren Relation spielt das Rechtsstatut der LPG-en eine wichtige Rolle, die einerseits das spezifische Mittel der staatlichen Führung, andererseits die bedeutende Manifestierung der produktionsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung ist. In dieser Beziehung schliesst sich mein Diskussionsbeitrag dem vielumfassenden, gedankenerregenden Vortrag von Professor Imre Molnár an.

Was die Themenwahl betrifft, möchte ich mich deshalb mit diesem Themenkreis auf dieser Stelle und auf diesem Wege beschäftigen, weil - meiner Kenntnissen nach - die Entwicklung des ungarischen landwirtschaftlichen produktionsgenossenschaftlichen Rechtes auf diesem Gebiet

einen einigermaßen spezifischen Charakter gegenüber die Entwicklung der ähnlichen Rechtsinstitutionen der anderen europäischen sozialistischen Länder trägt. Diese Feststellung wird - meiner Meinung nach - von den folgenden Tatsachen untermauert.

2.1. In ersten 10 Jahren der sozialistischen Umstrukturierung der Landwirtschaft /von 1948 bis 1958/ ist die wichtigste Charta der Organisation, Funktion und Wirtschaft der Produktionsgenossenschaften unter dem Namen der Mustersatzung, dann später Musterrechtsstatut genannt, in Form der Rechtsquelle von Regierungsverordnung, bzw. Regierungsbeschluss erschienen. Das Musterrechtsstatut hatte einen kognitiven Charakter: es war nicht erlaubt von seinen Regeln abzuweichen, eine Geltung bedurfte - in jedem konkreten Falle - eines eigenen Staatsverwaltungsaktes /ministerielle Genehmigung/. Es ist zweifellos, dass das Musterrechtsstatut in der Herausbildung des gesellschaftlichen Charakters der LPG eine wichtige Rolle spielte, genauso wie in der Stabilisation ihres Organisationslebens. In der späteren Zeit hat aber das Musterrechtsstatut immer mehr Schwierigkeiten vor die eigenen Initiativen der LPG-en gestellt, hauptsächlich infolge seiner starren Regelung.

2.2. In der folgenden Periode der Entwicklung /von 1959 bis 1968/ - die, wie allbekannt, die Vollendung der sozialistischen Umstrukturierung der Landwirtschaft und die Epoche der Konsolidation der produktionsgenossenschaftlichen Wirtschaft umfasst - musste die Institution des Rechtsstatuts in solcher Richtung weiterentwickeln,

die in der Formulierung der Satzung der Funktion und Wirtschaft gleichermassen ein entsprechendes Spielraum für die, die Interessen, Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft widerspiegelnden, verallgemeinbaren Standpunkte, sowie dem Erfolg der örtlichen Eigenheiten der einzelnen Produktionsgenossenschaften sichert. Zu diesem Zwecke sollte sich ein auch in seiner Benennung und seinem Charakter verändertes Rechtsstatutsmuster eignen. Obwohl der Landwirtschaftsminister dieses Rechtsstatutsmuster - im Einverständnis mit dem Produktionsgenossenschaftsrat - auf dem Wege des Rechtsstatuts ergehen liess, waren aber die LPG-en berechtigt dieses Muster lokal zu ergänzen. Es bestand auch die Möglichkeit, jene Verordnungen des Rechtsstatutenmusters, die nicht auf Rechtsregeln beruhten, örtlich zu verändern. Es ist eine andere Frage, dass die Mehrheit der LPG-en das Rechtsstatutenmuster in diesem Zeitabschnitt faktisch, ohne jegliche Ergänzung angenommen hat.

2.3. Das am 1. Januar 1968 in Kraft getretene Produktionsgenossenschaftsgesetz und dessen Durchführungsbestimmungen /im weiteren das Gesetz = G, die Verordnung des Ministerrates = V, die Verordnung des Landwirtschafts- und Ernährungsministers = VLE/ brachten, gleichzeitig mit dem Reform des Wirtschaftslenkungssystems, die wesentlichste Veränderung auf diesem Gebiet. Ihre Bedeutung ist folgendermassen zusammenzufassen. Man hat die rechtsregelartig erfolgende Ausgabe des pflichtigen Musters weggelassen, statt diesem hat man das Nationalrat der LPG-en bevollmächtigt, die für die Bearbeitung der weiteren internen Regelungen und der

Satzung als Richtlinien dienenden Muster auszugeben. Das Gesetz selbst hat nur die wichtigsten inhaltlichen Kriterien des Rechtsstatuts vorgeschrieben, gleichzeitig jene Möglichkeit garantierend, dass die Produktionsgenossenschaft alle solche Vorschriften, die sich auf ihre Organisation, Funktion und Wirtschaft beziehen, in ihr Rechtsstatut aufnehmen, die durch die örtlichen Verhältnisse und Eigenheiten begründet werden. So wurde die rechtliche Möglichkeit eigentlich dafür geschaffen, dass jede LPG über ein eigenes, autonomes Rechtsstatut verfüge.

Auch die Ausbreitung der, den organischen Teil der genossenschaftlichen Selbstverwaltung bildenden internen Rechtssphäre hat begründet, dass der Staat ein umfassendes Garantiesystem aus dem Zweck ausbaue, damit die LPG-en einerseits die Möglichkeit der Selbstregelung entsprechend benützen und andererseits auf Grund eines gesetzlichen Rechtsstatuts funktionieren. Diese Garantien erscheinen auch auf drei Ebenen:

- der Staat formuliert, bestimmt in der Rechtsnorm schon vor der Statutenbildung jene Bewegungsbahnen, innerhalb denen das produktionsgenossenschaftliche Rechtsstatut funktionieren darf. Die Methode und der Gegenstand der Rechtsregelung kann in dieser Beziehung besondere Achtung verdienen;

- die Rechtsregeln schreiben bei der Formulierung /Modifikation/ des Rechtsstatuts die Geltung der, im Vergleich zu den anderen produktionsgenossenschaftlichen

normativen körperschaftlichen Akten spezifischen, einschränkenden Regel vor, und

- zum Schluss ist das dritte Element des Garantiesystems die nachträgliche staatliche Genehmigung, die zugleich die Voraussetzung für die Gültigkeit des Statuts ist.

In meinem Beitrag möchte ich mich von den Vorerrwähnten ausschliesslich mit dem ersten Thema, nämlich mit der Methode und dem Gegenstand der staatlichen /äusseren/ Regelung in Verbindung mit dem Rechtsstatut beschäftigen, und zwar aus dem Aspekt der Reichweite der internen Rechtssphäre. Vom Gesichtspunkt des positiven Rechts also damit, was es konkreter bedeutet, dass die LPG-en ihr Statut in den Rahmen der Rechtsregeln formulieren dürfen.

## II.

1. Über die Methode der rechtlichen Regelung. Im Vordergrund dieses Fragenkomplexes steht das Verhältnis der staatlichen /als äusseren/ und der Statuten- /als internen/ Regelung; und vom Gesichtspunkt meines Beitrags aus rückt die Untersuchung in den Vordergrund, welche Eigenheiten die Entwicklung des einheimischen produktionsgenossenschaftlichen Rechtes in dieser Relation aufweist.

Ich meine, dass die prinzipielle Erwartung gegenüber der Rechtsschaffung auf diesem Gebiet die Ausarbeitung und Verwendung verschiedener Lösungsmöglichkeiten werden kann, davon abhängig, wie intensiv der

Eingriff des Staates, vom Gesichtspunkt des Erfolgs des gesellschaftlichen Interesses aus, in die Lebensverhältnisse der Produktionsgenossenschaften mit externer Regelung gegebenenfalls begründet ist. Es folgt aus dem engen Zusammenhang zwischen der externen und internen Regelung, dass die angewandte Methode der rechtlichen Regelung auch das Spielraum der Selbstregelung bestimme.

Auf Grund der Analyse der Regeln des positiven Rechtes können die folgenden bedeutenden Regelungsarten erwähnt werden.

2. Die Laufbahn der Rechtsregelung ist in jenen Rechtsfragen die breiteste, die die Produktionsgenossenschaft ohne jegliche staatliche Orientation, hinsichtlich auf die eigene Organisation, Funktions und Wirtschaft, mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und Eigenheiten in ihrem Rechtsstatut festlegen kann. Die einzige objektive Beschränkung dieser Bevollmächtigung ist - auf Grund der "V", § 3. Absatz /1/ - der Erfolg der Bedingung der Gesetzlichkeit.

3. Eine ebenso verbreitete Variante ist der Fall, wo die externe Norm nur auf den Themenkreis der Selbstregelung hinweist, aber zur lokalen Lösung keinerlei weitere Direktive bietet. In dieser Lösung kommt eigentlich zum Ausdruck, dass der Staat die Regelung des genannten Themas für begründet hält, aber die lokale Regelung - ohne die Bestimmung von zentralen Erwägungsstandpunkten - als hinreichend beurteilt. Der Hinweis auf die Verordnung im Rechtsstatut, die auf dem Absatz /2/ § 71. des "G" über die Regelung des in der Hauswirtschaft zugelassenen

Viehbestandes beruht, demonstriert vielleicht diese Variante adäquat.

4. Der Bereich der Selbstregelung ist hingegen in jenen Fällen, wo die Rechtsnormen die Regelung des konkreten Themas dem Statut überlassen, aber für die Erarbeitung der Entscheidungen auch pflichtig zu erwägende Gesichtspunkte für die lokale Regelung vorschreiben, ist enger. Die Regelung im Zusammenhang mit den Arbeitskollektiven kann ein typisches Beispiel für diese Variante werden. Die Produktionsgenossenschaft kann das System der Arbeitskollektiven im Sinne des positiven Rechts in ihrem Statut festlegen - wobei ihr die lokalen Verhältnisse zugrunde liegen - aber sie ist verpflichtet, die einzelnen arbeitsorganisatorischen Einheiten bei der Entscheidung zu berücksichtigen. In diesem Falle kommt jene Wille der Rechtsbringenden zum Ausdruck, dass die Produktionsgenossenschaft ihre eigenen Arbeitskollektiven nicht unabhängig von den vorhandenen arbeitsorganisatorischen Einheiten, sondern auf sie erbauend regeln soll.

5.1. Auch das ist eine angewandte Methode, dass die externe Norm die interne Regelung mit der Vorschrift eines sogenannten gesetzlichen Minimums einschränkt, ohne die Angabe sonstiger Direktiven. Im Bereich der Normalisierung der Funktion der Produktionsgenossenschaft ist die gesetzliche Regelung, wonach die Zahl der jährlich abzuhaltenden Generalversammlungen im Falle einer Abgeordnetenversammlung nicht weniger als eins, beim Fehlen dieser mindestens zwei sein muss, ein solcher Fall.

5.2. Die Lösung, wo die Rechtsnorm auch bloss das Minimum festsetzt, aber auch die unübersehbaren Gesichtspunkte der Abweichung davon aufwärts bestimmt, ist der vorangehenden ähnlich, was die interne Regelung betrifft. Ein Beispiel dafür ist die Verordnung im Zusammenhang mit der Anzahl der vorstandsmitglieder, wonach die Produktionsgenossenschaft in dem Statut für ihre operative leitende Körperschaft minimal 5 Mitglieder festlegen muss, aber bei der Mitgliederzahlbestimmung dieser Körperschaft müssen die Grösse der Kollektivwirtschaft, ihre weiteren Begebenheiten berücksichtigt werden. Dies kann für die Rechtsverwendung soviel bedeuten, dass z.B. ein Grossbetrieb mit zehntausend Hektar in seinem Statut keine Vorstandsanzahl von 5-7 Personen rechtmässig festlegen kann, weil es die Betriebsgrösse nicht genügend berücksichtigen würde.

6. Die staatliche Regelung ist, im Vergleich zur vorangehenden Lösung, schon strenger in jenen Fällen, wo die externe Rechtsnorm für die interne Regelung nicht nur das Maximum, sondern auch das Minimum vorschreibt. Auch bei dieser Variante kann man auf Grund der Analyse der Regelungen des positiven Rechts zwei Teillösungen vorfinden.

6.1. Es ist einerseits eine oft angewandte Methode, dass der Staat in der Rechtsnorm nur die Minimum-Maximum-Rahmen festlegt, er überlässt aber die Gesichtspunkte für die Erwägung innerhalb dessen der lokalen Normschaffung. So ist z.B. die Produktionsgenossenschaft



frei berechtigt die Grösse des Wertanteils, der dem fixen Fond und dem Umlaufmittelfonds angeschlossen wird, in ihrem Statut festzulegen, aber nur innerhalb der in der Rechtsregel vorgeschriebenen Grenzen von 20-25 %.

6.2. Man kann sich aber solche Varianten vorfinden, bei denen die Rechtsnorm ausser der prozentuellen Grenzen als Rahmen, auf anderer Weise, z.B. ziffermässig, in absoluten Zahlen das Pflichtminimum bzw. Maximum, das geltendzumachen ist, festlegt. So kann sich z.B. die Anzahl der Abgeordneten um den 5-10 % der Mitgliederzahl der Produktionsgenossenschaft bewegen, abhängig von dem Beschluss des Statuts. Sie darf aber auch innerhalb dieses Kontingents nicht weniger als 25 bzw. mehr als 150 Abgeordneten umfassen. Der Spielraum der Selbstregelung ist im Vergleich zu den vorangehenden bereits einigermaßen enger, demnach die interne Normschaffung zweierlei Einschränkungen berücksichtigen muss.

6.3. Die weitere, intensivere Einschränkung der internen Regelung der Produktionsgenossenschaft wird durch die mehrfach angewandte Rechtsmethode demonstriert, wonach der Rechtsschaffende nicht nur den Minimum-Maximum-Rahmen festlegt, sondern auch die näheren Gesichtspunkte für die innere Erwägung bestimmt. So kann z.B. der Termin der Anmeldung der Kündigung in einem Intervall von 30 Tagen bis 6 Monate festgelegt werden, aber im Statut müssen dafür die einzelnen Arbeitsgebiete zugrunde liegen. In diesem konkreten Fall ist die Erwartung des Rechtsschaffenden gegenüber dem Statut offensichtlich:

einerseits soll die Festlegung der Kündigungsfrist auf die einzelnen Mitgliedergruppen differenziert werden, andererseits können als Gesichtspunkt für die Differenzierung die verschiedenen Arbeitsgebiete innerhalb der Produktionsgenossenschaft in Frage kommen.

7. Es ist eine oft angewandte Methode, dass die externe Rechtsnorm Alternativen für die Statuten bietet, die Produktionsgenossenschaft kann von diesen wählen. Das positive Recht hat auch für diese Methode zwei Varianten entwickelt.

7.1. Hierher ist einerseits einzuordnen, dass die in der Rechtsregel angebotenen Alternativen nur einen Orientierungscharakter tragen, die Produktionsgenossenschaft ist nicht dazu verpflichtet, diese Möglichkeiten zu nützen. Solche Alternative ist z.B. in dem Vermögensverhältnis der Produktionsgenossenschaft und des Mitglieds die Regelung des Produktions- und Entwicklungsbeitrages oder der Mitgliedschaftszulage.

7.2. Die in der Rechtsregel angebotenen Alternativen sind im anderen Fall pflichtig für die Produktionsgenossenschaft, sie kann ausschliesslich von diesen wählen, andernfalls darf sie gar nicht verwenden. Die Produktionsgenossenschaft entscheidet dementsprechend z.B. in dem Statut darüber, ob sie ihren Mitgliedern für den Zweck der Hauswirtschaft Boden oder Ernte zur Verfügung stellt.

8. Man kann auch solcher Lösung begegnen, wo die Regelung des positiven Rechts die Statuten bevollmächtigt von der Rechtsregel teilweise oder vollkommen abzuweichen. Die Abweichung zulassende Regeln beziehen sich ohne Ausnahme auf solche Fragen, deren Regelung im Statut der Rechtsschaffende den Produktionsgenossenschaften überlässt. Der Staat verwendet diese Methode mit der Zulassung der produktionsgenossenschaftlichen partiellen Generalversammlung, mit der Sicherung des bezahlten Urlaubs für die Saisonarbeiter - oder, aus den neueren Regeln, bei der Regelung im Zusammenhang mit der begünstigten Jubiläumsbelohnung der Mitarbeiter, die vor der Pensionierung stehen.

9. Zum Schluss kann man von den vielfältigen Lösungen erwähnen, dass die externe Rechtsnorm sehr oft den Schöpfer des Statuts bevollmächtigt, den Rechtssatz durch Selbstregelung zu erweitern und ergänzen. Hier kann man auch auf zweierlei Kombinationen stossen.

9.1. Die Rechtssphäre der Autonomie ist in dem einen Fall, bei der Erweiterung und Ergänzung der Selbstregelung des Rechtssatzes dann breiter, wenn die Produktionsgenossenschaft die Ergänzung der externen Norm ohne weitere Gebundenheit vollbringen kann. So kann z.B. die Ausdehnung der Befugnis der Abgeordnetenversammlung in dem Statut völlig auf dem Beschluss der Produktionsgenossenschaft beruhen.

9.2. Das Wesentliche bei der anderen Lösung ist, dass der Staat die Gewährung der Bevollmächtigung an sich für unzureichend beurteilt, er hält die Abgrenzung der unerlässlichen Gesichtspunkte der Entscheidung im positiven Recht für notwendig. So kann z.B. die Produktionsgenossenschaft die ausschliessliche Befugnis der Generalversammlung - die gesetzliche Regelung ergänzend - auch selbst ausdehnen, sie kann ihr aber ausschliesslich solche Themen zuweisen, die die Interessen der Funktion und der Wirtschaft, den Rechtsstand der Mitglieder und die Ordnung der Führung grundsätzlich betreffen./ § 17. der "V"/

Zum Schluss dieses Teiles unseres Themas ist es zusammenfassend festzustellen, dass, im Laufe der Entwicklung, verschiedene Varianten der mit dem Rechtsstatut unmittelbar in Berührung kommenden Rechtsnormen sich herausgebildet haben, und das vorgestellte Bild nicht vollkommen und keinesfalls endgültig ist. Ihre Erweiterung ist aus der Rechtsentwicklung folgend zu erwarten, weil es eine Tatsache ist, dass - bei adäquaten Garantien - immer mehrere Themen aus der staatlichen Regelung in die Sphäre der produktionsgenossenschaftlichen internen Regelung umgehen, vor allem in die Statutenregelung. Diese Feststellung führt aber schon zu einem anderen Thema, nämlich zur Untersuchung des Gegenstandes der Statutenregelung.

### III.

Der Gegenstand der Regelung. Meines Erachtens ermöglicht die Untersuchung des Themenkreises der Statutenregelung

weitere wichtige Schlussfolgerungen. Näher betrachtet ist das eine Analyse darüber, im Hinblick auf welche produktionsgenossenschaftliche Lebensbedingungen der Staat die Statuteregelung erlaubt. Anders formuliert: wie entwickelten sich jene Themen, die die Produktionsgenossenschaft verpflichtet bzw. berechtigt war in ihrem Statut zu regeln. Ich werde diesmal die Regelung nach 1968 zum Gegenstand der Untersuchung machen. Man kann bei dem Vergleich der gegenwärtigen und der am 1. Januar 1968 in Kraft getretenen Regelung i.a. feststellen, dass die Statuten der Produktionsgenossenschaften solche Themenkreise haben, die seit 1968 im Prinzip unverändert blieben /konstante Elemente/, aber hauptsächlich ihre Veränderung, besonders ihre Erweiterung zu beobachten ist /variable Elemente/. In der Entwicklung kommt die folgende Tendenz zur Geltung.

1. 30-40 % der in dem Rechtsstatut geregelten Themen haben sich während der Untersuchungsperiode nicht verändert. Darunter stellen die Regelungen die mit dem Organisationsleben /zum Beispiel der Zeitpunkt der Einberufung der Generalversammlung, Entscheidung über die partiellen Versammlungen, die Anzahl der Vorstandsmitglieder usw./, mit den Vermögensverhältnissen /z.B. die Vermögenseinfuhr, die Erhöhung des Anlage- und Umlaufmittelfonds, die Fondsbildung, usw./, sowie mit der Verrichtung und Belohnung der Arbeit /z.B. die untere Grenze der Arbeitsverpflichtung, die Mutterbeihilfe und das Krankengeld usw./ zusammenhängen, ungefähr die gleiche Proportion dar. Man muss hier bemerken, dass diese sog. konstanten Elemente nur

ihren engeren Bereich betreffend so bezeichnet werden, was aber nicht ausschliesst, dass die Lösungsmethoden der Regelung von den einzelnen Themen sich entwickelt hätten.

2. Die Veränderung der Statutenthemenkreise hat i.a. Erweiterung, in manchen Fällen Einschränkung bedeutet. Den Zuwachs grössten Ausmasses hat die Novelle des Gesetzes 1977 ergeben. Der prozentuelle Anteil der im Statut regulierbaren Themen hat sich im Vergleich zu den früheren annähernd um ein Drittel ergänzt.

3. Die Aufdeckung der Quellen der Erweiterung bedarf einer näheren Untersuchung. Auf diesem Gebiet kann man die folgenden wichtigeren Erscheinungen beobachten:

- die Rechtsnorm erfasst in vielen Fällen nur das wichtigste Element der produktionsgenossenschaftlichen Lebensverhältnisse, die der Regelung bedürfen, die eingehendere Regelung weist sie dem Bereich der Selbstregelung zu. Der Austritt, die Funktion der Abgeordnetenversammlung, die externe Regelung der Arbeitskollektiven, die Mitgliedschaftszulage usw. enthalten eine solche Lösung.

- es ist zu beobachten, dass der Rechtsschaffende selbst die frühere Regelung in der Rechtsregel im späteren der produktionsgenossenschaftlichen internen Normschaffung überlässt. Kogente Rechtsnorm bestimmte früher z.B. den Viehbestand, den man in der Hauseirtschaft halten darf, gegenwärtig ist diese Frage in ihrer ganzen Breite der Gegenstand der produktionsgenossenschaftlichen Selbstregelung.

- die Umgruppierung der Rechtssphäre innerhalb des internen produktionsgenossenschaftlichen Normsystems kann manchmal auch eine Quelle des Anwachsens der Statuten-themenkreise sein. Ein Beispiel dafür kann vielleicht die lokale Regelung der Grösse der Grundrente sein, die früher durch einen allgemein in Kraft bestehenden Generalversammlungsbeschluss festgestellt werden konnte, ihre Normalisierung gehört im Sinne der geltenden Rechtsregel in den Bereich des Statuts.

4. Wie ich das schon vorausgeschickt habe, werden im Rechtsstatut einige lokale Regelung bedürfendn Themen auch weggelassen. Der Anspruch auf die Stabilität des Statuts spielt in dieser Bewegung die entscheidende Rolle. Alldies zieht die Konsequenz nach sich, dass die lokale Regelung mancher, früher in dem Statut geregelten Themen auf einer niedrigeren Stufe der internen Norm der Produktionsgenossenschaft geregelt wird. So z.B. laut alter Regelung des positiven Rechtes bedarf die Beauftragung des Hauptbuchhalters mit den Anschaffungs- und Verkaufsaufgaben einer Regelung im Statut / Absatz /2/, § 34. der alten "V"/, heute kann das eine Frage der Organisations- und Funktionssatzung werden.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass einerseits die Umgestaltung der Rechtsnormen der beständigen Fälle der in dem Rechtsstatut zuregulierenden Themen zu Statutennormen, und andererseits - besonders im Falle der neu erscheinenden Regelungsansprüche - die Zuweisung

der Einzelheiten der Statutenregelung, allgemeine Tendenzen sind.

Zum Schluss möchte ich im Bezug auf die Satzungen der Produktionsgenossenschaft eine wesentliche Feststellung machen. Es heisst nämlich einerseits, dass das Rechtsstatut ein wichtiges Mittel der staatlichen Führung der LPG-en ist, in engem Zusammenhang mit der rechtlichen Regelung, andererseits, dass das Rechtsstatut eine "sui generis" Erscheinungsform der genossenschaftlichen Autonomie und ihr wesentlicher Index ist.



Dr. Mária DOMÉ

Dozent

Eötvös Lóránd Universität

Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften

/Ungarn, Budapest/

## DIE AUSWIRKUNG DES DOPPELCHARAKTERS DER GENOSSENSCHAFT AUF DIE FUNKTIONEN DER LEITUNG

In der ungarischen Genossenschaftsliteratur ist allgemein anerkannt worden, dass die Genossenschaft eine spezifische wirtschaftliche und gesellschaftliche Formation ist; anders ausgedrückt ist sie eine spezifische Legierung des Unternehmens und der gesellschaftlichen Organisation. Man pflegt das auch so zu beschreiben, dass die Genossenschaft zwei Seiten oder zwei Eigenschaften hat, denn sie erfüllt gesellschaftliche organisatorische Funktionen und entfaltet gleichzeitig eine Wirtschaftstätigkeit. Es gibt aber keine Übereinstimmung darüber, was hinter der Unternehmensseite bzw. der gesellschaftlichen oder gesellschaftlich-organisatorischen Seite steckt. Die Formulierung eines einheitlichen Standpunktes wird höchstwahrscheinlich dadurch verzögert, dass man die Frage von unterschiedlichen Annäherungen aus behandelt, deshalb ist es fast notwendig, dass auch die Schlussfolgerungen abweichend seien.

Keines Erachtens soll der Doppelcharakter der Genossenschaft primär im Zusammenhang mit der genossenschaftlichen Führung untersucht werden.

Wenn man ihn nämlich von diesem Gesichtspunkt aus untersucht, wird sofort ersichtlich, dass es sich im Grunde genommen um die Doppeltorientiertheit der durch die Genossenschaft zu realisierenden Aufgaben handelt. Und zwar um eine derartige Doppeltorientiertheit, die im Falle anderer Organisationen i.a. getrennt und nicht einheitlich vorkommt. Wenn nämlich auch bei den anderen sozialistischen Organisationen die mit den wirtschaftlichen und den gesellschaftlich-organisatorischen Aktivitäten verbunden vorkommenden Elemente hervorzufinden wären, müsste man sie nicht als genossenschaftliche Eigenheiten hervorheben. Und hier verwende ich den Ausdruck im Zusammenhang mit der "gesellschaftlich-organisatorischen" Tätigkeit mit Absicht, weil die Doppeltorientiertheit, meiner Meinung nach, eben darin ihre Wurzeln findet. Der Gebrauch eines sonstigen anderen Ausdruckes verwischt die Eigenheiten, oder mindestens kann sie mit denen des staatlichen Unternehmens verwischen. Der Vortragende hat recht, wenn er bei der Untersuchung der Frage vom Begriff des staatlichen Unternehmens ausgeht. Das ist aber deshalb so, weil in der Volkswirtschaft, also in der Sphäre der Produktion zwei Grundinstitutionen existieren: das staatliche Unternehmen und die Genossenschaft. Die beste Vergleichsmöglichkeit zwischen denen liegt auf der Hand.

Als Ergebnis des Vergleichs kann man erweisen, dass die Genossenschaft eine derartige eigentümliche Institution ist, in der die Grundcharakteristika des sozialistischen Unternehmens und der gesellschaftlichen Organi-

sation entgegengesetzt erscheinen. Die Genossenschaft trägt seit ihrer Gründung, während ihr Funktionieren hindurch bis ihr Hinschwinden die Spezifika der gesellschaftlichen Organisationen, weil 1/ die Genossenschaft von den Mitgliedern gegründet wird, während das staatliche Unternehmen kein Ergebnis freiwilliger Assoziation ist, 2/ weil die Mitglieder der Genossenschaft ein Mitgliedschaftsverhältnis und kein Angestelltenverhältnis herstellen, 3/ die Mitgliedschaft der Genossenschaft entscheidet in jeder grundlegenden Frage - während die Produktionsberatungen der Angestellten in erster Linie als begutachtende, vorschlagbringende Foren funktionieren, 4/ die Leiter der Genossenschaft und ihre führenden Organe werden von der Mitgliedschaft gewählt - die Leiter der Unternehmen werden ernannt, 5/ den Genossenschaftsmitgliedern kommt das Aufsichtsrecht über die ganze Tätigkeit der Genossenschaft zu - die Angestellten haben keine ähnlichen Rechte, 6/ die Mitglieder einer Produktionsgenossenschaft können die Produktionsgenossenschaft abschaffen, sie können sich mit anderen Genossenschaften vereinen, sich zu einer Genossenschaft in anderer Form umgestalten - die Angestellten haben in solchen Fragen kein Mitbestimmungsrecht.

In den Genossenschaften, ähnlich den gesellschaftlichen Organisationen, dominiert also die mitgliedschaftliche Führung, die sich in der Generalversammlung bzw. den gewählten führenden Organen realisiert.

Die grundsätzliche Funktion der Genossenschaft ist aber die Wirtschaft. Infolgedessen sind aber im Bezug auf die Organisation der Wirtschaft, die Herausbildung der Betriebsorganisation, die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen, die finanzielle Wirtschaft, die Planung und Direktion usw. auch solche gemeinsame Züge nachzuweisen, die für die gesellschaftlichen Organisationen nicht charakteristisch sind. Während der Erfolg der Genossenschaftsdemokratie aus dem gesellschaftlich-organisatorischen Charakter folgend vollkommen garantiert ist, muss in der Wirtschaftssphäre, d.h. bei der Durchführung der durch die Organisationen der Selbstverwaltung gebrachten Entscheidungen schon der Zentralismus zur Geltung kommen, ein jeder muss sich dem zentralen Willen unterwerfen. Die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse kann nämlich nur in dieser Weise gesichert werden.

Aus den erwähnten folgt also, dass die Wortwahl nicht nebensächlich ist, weil sie auch einen unterschiedlichen Inhalt in sich trägt. Nur die Genossenschaften besitzen nämlich einen gesellschaftlich-organisatorischen Charakter, wobei gesellschaftliche Aufgaben durch alle sozialistische wirtschaftlichen oder nichtwirtschaftlichen Organisationen gelöst werden. Interessenschutz und Führungsrolle der Mitgliedschaft sind jedoch nur für die Genossenschaften charakteristisch.

Im Falle staatlicher Unternehmen oder anderer Institutionen wird der Interessenschutz von der institutionellen Führung abgetrennt. Die Funktion des Interessenschutzes wird durch die Gewerkschaften, also durch getrennte gesellschaftliche Organisationen verwaltet./Frauenbund, Kommunistische Jugendverband, usw./. Die Mitglieder haben innerhalb der Genossenschaft keine abgesonderte Organisation für den Interessenschutz, weil aus dem Wesen der Genossenschaft hervorgeht, dass die Verwaltung des Interessenschutzes ebenso zur Funktion gehört, wie die Wirtschaft.

Die Frage stellt sich jedoch mit Recht danach, ob es sich bei den zusammengesetzten Funktionen der Genossenschaft, die sie verwalten muss, solche, für die Verwaltung der einzelnen Funktionen geeignete Organe in dem Leitungssystem herausbilden - die Spezialisierung ist ja auch in der internationalen Kooperation in den Vordergrund gerückt; ob in dem Leitungssystem solche Foren notwendig sind, die nur die Funktionen des Interessenschutzes übernehmen, bzw. nur wirtschaftliche Funktionen verwalten? Die Diskussion über diese Fragen reicht etwa zehn Jahre zurück, ohne dass die Annahme eines einheitlichen Standpunktes erfolgte, geschweige darüber, dass auch innerhalb des sozialistischen Lagers sehr unterschiedliche Lösungen zur Geltung kommen.

Was sich klar abzeichnet ist eben die Tatsache, dass man wirtschaften, produzieren muss, und dies kann nur

in dem Fall realisiert werden, wenn in der Direktion die geeigneten Experten teilnehmen - eine Laienführung ist in der Periode der wissenschaftlich-technischen Revolution einfach unvorstellbar; es ist auch offensichtlich, dass wir heute noch nicht soweit sind, dass die Genossenschaft nur aus qualifizierten Mitgliedern bestehe. Es ist auch evident, dass die Mitgliedschaft deshalb eine Genossenschaft gründet, weil ihre bestimmten Interessen mit der Gesellschaft als Ganzes, bzw. mit der kleineren Kollektive in Übereinstimmung bringen, oder auf diesem Wege geltendmachen möchte. Dieses Interesse kann man nicht ausser Acht lassen; dieses Interesse muss geschützt werden, ohne den Erfolg der Interessen gibt es keine Genossenschaft. Im Zusammenhang mit dem sich nach den Aufgaben richtenden Führungssystem sind zahlreiche Meinungen erschienen. Jede von ihnen hatte aber einen Schönheitsfehler. Die Weiterentwicklung des Führungssystems hingegen erfordert von uns, dass wir über diese Eigenheiten der genossenschaftlichen Führung auch einige Worte verlieren.

Bei dieser Frage müssen wir Folgendes - was bis jetzt vielleicht erkannt, aber doch nicht im notwendigen Masse überlegt war - klar sehen: die Genossenschaftsführung ist ein sehr zusammengesetzter, komplizierter Prozess. Die Führungsebenen - die einerseits vom Gesichtspunkt des Entscheidungstreffens, andererseits bei der Durchführung der gefassten Beschlüsse notwendigerweise harmonisieren müssen - sind verschieden. Die Stufen der Entscheidung und der Durchführung dürfen nicht identifiziert werden,

auch in dem Falle nicht, wenn in nicht wenigen Fällen das Entscheidungstreffen und die Organisation der Durchführung in einer und dergleichen Organisation verläuft. Man muss noch einen Unterschied zwischen den Selbstverwaltungsorganen und denen, in der Sphäre der Produktion und der Wirtschaft vorhandenen, aber sich nicht als Selbstverwaltungorgane erweisenden Organen machen. Letztere haben auch ein Entscheidungsrecht. Dieses Entscheidungsrecht kann aber nur zur Organisation der Durchführung der von den Selbstverwaltungsorganen gefassten Beschlüsse dienen. Der Zentralismus kommt in diesen letzteren Organisationen oder in der Einmannführung zur Geltung. Hier muss nämlich ein Beschluss verwaltet werden und die Durchführung kann nicht zum Gegenstand der Erwägung oder der Diskussion werden. Die Meinungsäußerung hat im Entscheidungsmechanismus eine Rolle, die Meinungen müssen in dieser Phase kontrastiert werden, denn in der Phase der Durchführung gibt es dazu schon keine Möglichkeit.

Wenn man also die Führungsfunktionen untersucht, wird es eindeutig klar zu sehen, dass ein jeder der Selbstverwaltungsorgane nicht nur einen wirtschaftlenkenden, sondern auch mitgliedschaftlichen Interessenschutz, Interessenvertretung verwaltenden Charakter bekommt, da die mitgliedschaftliche Führung sich unter anderem eben auf die Geltendmachung der mitgliedschaftlichen Interessen erbaut. In der Führung mit Verwaltungscharakter muss die Fachleitung entscheiden - diese Entscheidung realisiert sich zwar ebenfalls durch die Mit-

gliedschaft - dies ist aber trotzdem nicht identisch mit dem Inhalt der mitgliedschaftlichen Führung, die in der Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane zur Geltung kommt, selbst in dem Falle nicht, wenn die Führung im Grunde genommen die Elemente der Entscheidung, Verwaltung und Kontrolle in sich verkörpert. Ihr Inhalt verändert sich nämlich dementsprechend, um welche Ebene und Befugnis der Organe es sich handelt, und welches der Führungselemente in dem Vordergrund steht.



JUDr. Valér FÁBRY Dr.Sc.  
Professor  
Fakultät für Rechtswissenschaften  
der Karl-Universität  
/Tschechoslowakei, Prag/

#### RECHTSAKTE IN DEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

Der Frage der internen Verhältnisse der LPG-en kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus angenähert werden. Man kann die Organisation der Produktionsgenossenschaftsorgane, ihre Befugnis und Zuständigkeit, ihr gegenseitiges Verhältnis bei der Entfaltung ihrer Tätigkeit, die Organisationsstruktur der Produktionsgenossenschaft und ihre interne Gliederung auf verschiedenen Organisationseinheiten, den Inhalt der Komponenten des produktionsgenossenschaftlichen Rechtsverhältnisses innerhalb der Genossenschaft, d.h. die inneren arbeits-, vermögens-, grundrechtlichen und Lenkungsverhältnisse untersuchen.

Es ist aber auch eine andere, allgemeinere Annäherung möglich, die rechtlichen Formen der Aktivitäten der genossenschaftlichen Organisationen können auch analysiert werden. Ich möchte in diesem letzten Sinne eine gewisse Analyse der produktionsgenossenschaftlichen Rechtsakte entwerfen.

Die LPG erfüllt ihre Funktion und Aufgaben durch die Tätigkeit ihrer Organe, die auch eine rechtlich relevante Willenserklärung der Genossenschaft in dem Sinne bedeuten kann, dass die Rechte und Verpflichtungen der Subjekte des produktionsgenossenschaftlichen Rechtsverhältnisses dadurch entstehen, sich verändern oder sich aufheben können.

#### I.

Man muss einen Unterschied machen zwischen den rechtlich relevanten Rechtsangelegenheiten, die innerhalb der Produktionsgenossenschaft ihre Rechtswirkungen haben /und zwar im Hinblick auf das Rechtsverhältnis zwischen der Genossenschaft und ihrem Mitglied, z.B. im Falle des Ausschlusses eines Mitglieds aus der Genossenschaft, oder nur aus dem Gesichtspunkt der Genossenschaft, z.B. bei der Annahme des Plans/, und andererseits zwischen denen, deren Rechtsfolgerungen sich nach aussen richten. In den externen Angelegenheiten der Genossenschaft braucht man gewöhnlich die Mitwirkung eines anderen Subjekts, und zwar in erster Linie aufgrund eines vertraglichen Verhältnisses, dessen Gültigkeit manchmal den vorangehenden internen Akt der Genossenschaft voraussetzt /z.B. Beschluss der Genossenschaft über die Gründung eines gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmens/, aber diese können auch auf Grund von einem einseitigen Akt, im Rahmen der Kooperation der Genossenschaften entstehen.

Wenn aber die Rechtsangelegenheiten innerhalb der Genossenschaft untersucht werden, muss ein Unterschied

zwischen den bilateralen Rechtsangelegenheiten der Genossenschaft und dem Mitglied /z.B. über die Vereinbarung über die Voraussetzungen der Arbeit / und zwischen den von den Organen der Produktionsgenossenschaft erlassenen einseitigen Rechtsangelegenheiten gemacht werden, wobei die letzteren die Genossenschaft und ihre Mitglieder einseitig berechtigen oder verpflichten.

Die Angelegenheiten der Genossenschaften und ähnlicherweise die der anderen kollektiven Organe von LPG-en die einseitig sind, können als produktionsgenossenschaftliche Rechtsakten genannt werden.

Wenn die Übereinstimmung der Subjekte vom Gesichtspunkt der Entstehung, Veränderung oder Aufhebung irgendeines Rechtsverhältnisses notwendig ist, dann ist der einseitiger Akt nicht angebracht, ausgenommen den Fall, wenn ihn die Rechtsregel ausgesprochen genehmigt. Wenn z.B. keine Vereinbarung über die Arbeitsstelle des Mitglieds zustande kommt, wird diese durch einen einseitigen Akt der Genossenschaft bestimmt.

## II.

Die Kriterien der weiteren Klassifizierung der produktionsgenossenschaftlichen Rechtsakten sind jene, durch die

- 1/ ein Rechtsverhältnis zwischen der Genossenschaft und ihrem Mitglied entsteht, sich verändert, oder sich aufhebt;
- 2/ die Genossenschaft als Ganzes, ihr Dasein, wirtschaftliche Organisation usw. betroffen sind. Das genossen-

schaftliche Mitgliedsverhältnis erscheint hier nur indirekt, also dadurch, dass die Mitglieder über diese Fragen selbständig entscheiden;

3/ die notwendige Voraussetzung zu den nach aussen gerichteten rechtlich relevanten Angelegenheiten entsteht. z.B. eine Genossenschaft kann nur in dem Fall mit der anderen eine Assoziation bilden, wenn diese der eigene Beschluss der Genossenschaft erlaubt.

In der ersten Gruppe, also dort, wo das Rechtsverhältnisse zwischen der Genossenschaft und ihrem Mitglied zustande kommt, unterscheiden wir produktionsgenossenschaftliche, normative, individuelle, vereinzelte und Aufsichtsakten.

a/ Die produktionsgenossenschaftlichen, normativen Rechtsakten verpflichten oder berechtigen gegenüber die Produktionsgenossenschaft sämtliche Mitglieder, oder bestimmte Gruppen von ihnen, die durch allgemeine Gesichtspunkte festgelegt sind, in allen gleichen Fällen die in der Zukunft bei gewissen Rechtsfakten vorkommen können.

Diese normative Akte sind gewöhnlich in der Form von internen genossenschaftlichen Vorschriften ausgegeben /z.B. Rechtsstatut, Arbeitsordnung usw./. Sie können aber auch andere, einfache Beschlussformen haben.

Der normative Akt der Genossenschaft richtet sich auf die Realisation der Rechtsregel, der Geboten der höchsten Partei- und Staatsorgane und die internen Instruktionen des Ministeriums, aber auch auf die eigene Initiative der Genossenschaft möglich sind. Obwohl diese Akte keine Rechtsregel sind, sind sie doch rechtlich relevant

und enthalten Verhaltensregel von bindender Kraft, die durch den Staat erzwungen werden können.

Die Schaffung der normativen Akte gehört in die Rechtssphäre der höchsten Genossenschaftsorgane.

b/ Durch die einzelnen Akte werden die Rechtsregel oder der normative Akt der Genossenschaft realisiert, er wird auf den konkreten Fall verwendet. Das oberste Verwaltungsorgan der Genossenschaft, eventuell auch ein höheres Organ, wenn das in der Rechtsregel vorgeschrieben ist, treffen die Entscheidung über sie.

c/ Die massenhaften einzelnen Akte regeln eine bestimmte Angelegenheit für sämtliche Mitglieder oder für ihre Gruppen /z.B. Prämienverteilung/.

d/ Die Aufsichtsakte verändern oder setzen ausser Kraft die rechtswidrigen oder falschen Bestimmungen der Verwaltungsorgane, auf die Initiative eines Mitglieds oder der Genossenschaft /im letzteren Fall gegen das Interesse des Mitglieds/.

Diejenige produktionsgenossenschaftliche Rechtsakte, die sich auf die Ganzheit der Genossenschaft und ihren Wirtschaftsgang beziehen, bezeichnen wir als landwirtschaftliche produktionsgenossenschaftliche leitende Rechtsakte. Diese Akte können:

a/ solche sein, die die Basis des Daseins und der Organisation der Genossenschaft bilden. Diese können in den internen Vorschriften der Genossenschaft vorkommen /z.B. die Zusammensetzung der Organe/, aber es ist auch ein einmaliger Akt möglich /z.B. die Fusion/.

- b/ Wahlakte,
- c/ Planungs- und Wirtschaftsakte,
- d/ Kooperations- und Integrationsakte,
- e/ Kontrollakte

Die Leitakte sind einmalige, und zwar auch dann, wenn sie eine längere Wirkung haben. Eine scharfe Grenze gibt es aber nicht zwischen den normativen und einzelnen Akte bzw. den vorhergenannten. Die Wahl des Funktionärs ist z.B. ein Leitakt, aber gleichzeitig ist sie auch so eine die das genossenschaftliche Mitgliedschaftsverhältnis unmittelbar betreffen.

Die produktionsgenossenschaftlichen Rechtsakte können nach anderen Kriterien folgenderweise klassifiziert werden:

- a/ Akte mit Rechtsstatutencharakter oder ohne, davon abhängig, ob sie zur Satzung gehören oder nicht,
- b/ perfekte Akte und solche, die die nachträgliche Zusammenarbeit der führenden staatlichen Organe erfordern,
- c/ Rechte und Verpflichtungen unmittelbar vorschreibende Akte, oder solche, die nur für die Verwaltungsorgane Verordnungen beinhalten,
- d/ Akte, die die Rechte und Verpflichtungen für die Genossenschaften feststellen, und solche, die ausschliesslich den Willen der Genossenschaft in rechtlich relevanter Form ausdrücken /z.B. Beschluss über die Vereinigung/.
- e/ originale oder Aufsichtsakte.

Dr. Sándor ORBÁN

Dozent

Universität der Agrarwissenschaften

/Ungarn, Debrecen/

EINIGE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN DER PRODUKTIONSGE-  
NOSSCHAFTSDEMOKRATIE UND DEN EIGENTUMS- UND LEITUNGSVER-  
HÄLTNISSE

In meinem Diskussionsbeitrag möchte ich mich mit einigen Gedanken den Vorträgen von Professoren Molnár und Seres anschliessen.

Zwei wesentliche Stellungnahmen von Professor Seres bewegen mich ums Wort zu bitten. Seine erste Feststellung: von den internen und externen Verhältnisse der Produktionsgenossenschaften spielen die äusseren Umstände eine determinierende Rolle; die andere: was für eine Rolle müssen die Produktionsgenossenschaften in der Hilfe der Produktion der kleinwarenproduzierenden Wirtschaft spielen.

Ich muss vorausschicken, dass ich mit beiden seiner Feststellungen weit einverstanden bin, ich möchte nur seine Gedanken weiterentwickeln.

- Was die determinierende Rolle der äusseren Umstände über die internen Verhältnisse anbelangt, gilt dies in erster Linie für die wirtschaftliche Funktion der Produktionsgenossenschaften.

Das erscheint in der Begrenztheit der internen Regelung durch das wirtschaftliche Regelsystem und auf dem ganzen Gebiet der Wirtschaft. Das ist der Fall, obwohl es so scheint, als ob die Genossenschaften auf diesem Gebiet über eine bedeutende Selbständigkeit verfügten. Dieser Schein entspringt der Indirektheit unseres Wirtschaftslenkungssystems. Aber in unserer gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Lage vermitteln unsere Wirtschaftslenkung realisierenden Rechtsregelungen, die sog. Wirtschaftslenkungssysteme, die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft immer deutlicher. Unsere Rechtsregelung wird dadurch begründet und verständlich. Dennoch ist es eine Tatsache, dass die kognenten Verordnungen in den Rechtsregelungen unseres Wirtschaftslenkungssystems immer zahlreicher sind /z.B. für die Bestimmung des Minimums bei der Fondsbildung, für die Einkommensregelung und Entziehung usw./ Ein wesentlicher Teil der Rechtsregeln ist aber auch heute noch dispositiv, d.h. sie beinhalten eine Wahl zulassende Bestimmungen. Für diese ist charakteristisch, dass man zwischen Alternativen wählen kann, es besteht aber ein Wahlzwang der Produktionsgenossenschaft, d.h. die Verantwortung für die Wahl. Es muss noch einmal betont werden, dass die Begründetheit dieser Regelungstendenz nicht zu bezweifeln und nicht besonders erklärungsbedürftig ist, trotzdem stellt sich die Frage, ob die eventuelle Überspannung der Tendenz die Produktionsfreudigkeit der Produktionsgenossenschaften und die dynamische Weiterentwicklung ihrer erzielten Ergebnisse nicht gefährdet.



Die Rolle der Produktionsgenossenschaften, die sie in Bezug auf die Kleinwarenproduzierenden Wirtschaften spielen und spielen müssen, hat Professor Seres überzeugend erleuchtet. Ich möchte dazu - um es zu unterstützen - zwei Bemerkungen hinzufügen. Erstens: ihre Rolle ist nicht nur aus wirtschaftspolitischem Gesichtspunkt gerechtfertigt, und sie entspringt nicht dem zwingenden Wesen der Befriedigung der Bedürfnisse, sondern sie ist auch in der Rechtsregel begründet. Absatz 1/, § 63. der Produktionsgenossenschaftsverordnungen bestimmt nämlich die Hauswirtschaft als Grundtätigkeit der Produktionsgenossenschaft, und die Anschaffung, Herstellung Erneuerung, Instandhaltung der auf ihrem Wirkungsgebiet anwesenden, die landwirtschaftlichen Bedürfnisse der Kleinproduzenten befriedigenden Materialien, Mittel, Einrichtungen. Ich bin einverstanden mit Professor Seres, dass die Kleinwirtschaften als integrierte Teile der grossbetrieblichen Landwirtschaft notwendig sind, ich muss aber hinzufügen, dass die Produktionsgenossenschaften unvermeidlich auch die Integranten dieser Wirtschaften werden müssen. Ihre in dieser Richtung entfaltete Tätigkeit wird in der Praxis immer mehr ausgebreitet, reicht auch über die hinaus, die in der Rechtsregelung festgelegt sind. So ist z.B. ihre derartige Tätigkeit auf dem Gebiete der Organisation und der Verwaltung der Produktion allbekannt, und sie wird immer breiter, das ist aber auch bekannt, dass sie als Kommissionäre - im Auftrag von den dafür zuständigen Unternehmen - auch Aufkäufe erledigen. Alldas beweist, dass neben ihrer bisherigen

Funktionen, um Bezug auf die Hauswirtschaft und die sog. ausbelfenden Kleinbetriebswirtschaften, eine wirtschaftsorganisierende Funktion im Stadium der Vorausbildung ist. Ich sehe die Bedingung der Weiterentwicklung auf diesem Gebiet darin, dass sie noch beteiligter gemacht werden, man bedarf im wesentlichen der Zusicherung der Interessengemeinschaft zwischen den Kleinbetriebswirtschaften und dem Grossbetrieb.

Professor Molnir hat in seinem Vortrag einen bedeutenden Raum derjenigen, die Fachliteratur beschäftigen, der Frage gewidmet, auf welcher Weise die sich auch in der genossenschaftlichen Führung widerspiegelnde Dualität zur Geltung kommt: bildet sie eine Einheit oder trennt sie sich ab. Seiner Meinung nach entspricht das Führungssystem, das die auf der gegenseitigen Abhängigkeit beruhende körperschaftliche und individuelle Führung in Einheit legt, den genossenschaftlichen Eigenheiten, den Verhältnissen der sozialistischen Entwicklung und den Anforderungen des Demokratismus. Mit seiner Feststellung einverstanden und mich daran knüpfend möchte ich - aus dem Bereich der Grundfragen der genossenschaftlichen Führung - einen heute noch nicht genügend erörterten Fragenkomplex, nämlich die begrifflichen und inhaltlichen Fragen der Genossenschafts-, Betriebs- und Arbeitsdemokratie behandeln.

Auch die Verschmelzung, die Verbindung der Genossenschafts-, Betriebs- und Arbeitsdemokratie macht sich in den Genossenschaften der Verschmelzung und der einheitlichen Erscheinung der selbstverwaltenden und unternehmens-

artigen oder vereinfacht der körperschaftlichen und individuellen Führung ähnlich bemerkbar. Heutzutage werden diese Begriffe nach Geschmack und eigener Auffassung von einem jedem gebraucht. Der Gebrauch des Begriffs wird im beträchtlichen Masse dadurch beeinflusst, in welchem Wirtschaftszweig die gegebene Genossenschaft angehört, welchen Charakter ihre Tätigkeit trägt und inwiefern ist sie konzentriert, und zum Schluss, welche Organe der Genossenschaft als Träger der Demokratie betrachtet werden.

Nach den Erfahrungen vermischen sich die Begriffe, sie grenzen sich voneinander zumeist nicht ab. Auch der nach Wirtschaftszweigen unterschiedliche Gebrauch des Begriffs ist beachtenswert. In den landwirtschaftlichen Genossenschaften spricht man gewöhnlich über Genossenschaftsdemokratie, die im Hinblick auf die körperschaftlichen Organe der Träger der Demokratie ist. In den Industriegenossenschaften werden sowohl der Begriff der Genossenschaftsdemokratie als auch der der Betriebsdemokratie verwendet. Über Genossenschaftsdemokratie wird dann gesprochen, wenn man an die Selbstverwaltungsorganisationen und an die Mitgliedschaft denkt, über Betriebsdemokratie dann, wenn man auf die sich immer mehr konzentrierende industrielle Tätigkeit hinweist und als ihren Träger die Gewerkschaft betrachtet. In den Konsumgenossenschaften wird der Begriff der auf die Selbstverwaltung hinweisenden Genossenschaftsdemokratie schon weniger gebraucht, die Verwendung des Begriffs der Arbeitsdemokratie rückt in den Vordergrund, denn hier werden die Zerstreutheit der Genossenschaftseinheiten und die Doppeltqualifiziertheit ihrer Mitarbeiter /Mitglied und Angestellter/ berücksichtigt.

Hinsichtlich des Begriffgebrauchs begegnen wir zahlreichen Fragestellungen und noch mehreren Meinungsunterschieden. Einige werfen als Frage auf, wo sich die Grenze zwischen der Genossenschaftsdemokratie und der Arbeitsdemokratie befindet. Es gibt auch solchen Standpunkt, demnach es richtiger ist in den Konsumgenossenschaften über Arbeitsdemokratie zu sprechen, weil diese ein allgemeinerer Begriff ist als die Betriebsdemokratie, und die Genossenschaft bzw. ihre Abteilungen sind nicht als Betriebe zu betrachten. Nach diesem Standpunkt ist die Betriebsdemokratie für die industrielle Tätigkeit charakteristisch, und es ist schwer, sie in einen anderen Zweig zu übersetzen. Einer anderen Ansicht nach ist die Betriebsdemokratie nur auf solche Betriebsarbeiter zu beziehen, die in Angestelltenverhältnis stehen, ihr Träger kann also nur die Gewerkschaft sein. Demgegenüber erklären die Gewerkschafter, dass die Absonderung der Betriebsdemokratie - als Angestellten-demokratie - von der Genossenschafts -, als Mitgliedschaftsdemokratie auf Grund der Eigentümereigenschaft nicht annehmbar ist.

Ich habe nur deshalb auf das hingewiesen, weil ich die im Gebrauch der Begriffe erscheinenden Irrtüme, abweichende Standpunkte aufdecken und ihren Bedarf zur Klärung unterstreichen wollte. Dies ist über den theoretischen, prinzipiellen Bedarf hinaus auch für die Praxis ehestens notwendig, wenn wir den Anforderungen des Demokratismus nachkommen wollen, wenn wir uns die weitere Verschmelzung der körperschaftlichen und

individuellen Führung und die Weiterentwicklung der Teilnahme der Arbeitnehmer /Mitglieder und Angestellten/ in der Führung zum Ziele setzen

Auf dieser Stelle habe ich natürlich nicht die Absicht eine Erörterung und Erklärung des Themas zu unternehmen. Ich beschränke mich höchstens darauf einige Gedanken zur Erleuchtung beizutragen.

- Vor allem möchte ich betonen, dass man nicht der Absonderung oder der Abgrenzung der erwähnten geltenden Formen der Demokratie, oder eventuell ihrer Adaptation auf gewisse Genossenschaftszweige bedarf, sondern der inhaltlichen Klärung der Begriffe und der organisierten, bewussten und gemeinsamen Geltendmachung dieser Formen des Erfolgs der Demokratie.

- Auch das muss betont werden, dass bei den verschiedenen Formen der Demokratie die identischen Züge die dominierenden sind, und deshalb muss man von diesen ausgehen, und nicht den abweichenden Zügen, auch dann nicht, wenn die Erarbeitung dieser abweichenden Züge notwendig ist.

- Zum Schluss müssen wir als eine Tatsache anerkennen, dass die verschiedenen Formen der Demokratie in jedem Genossenschaftszweig mit unterschiedlicher Betonung erscheinen, und deshalb ist ihre Analyse je Genossenschaftszweig zweckmässig. Das Identische in den verschiedenen Formen der Demokratie ist ihr Ziel, nämlich das Einbeziehen der Arbeitnehmer in die Führung,

die Entscheidungen, die Interessiertheit, das Risiko und in die Verantwortung. Sämtliche Formen sind im Grunde genommen die Mittel zum Erreichen dieses grundsätzlichen Ziels. Die Unterschiede liegen darin, auf welcher Stufe, in welcher Funktion /als Staatsbürger oder Arbeitnehmer, darin als Mitglieder oder Angestellten / und auf welcher Weise /unmittelbar oder indirekt, durch Vertretung/ die Arbeitnehmer einbezogen werden.

Meine Gedanken möchte ich nur hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ausführen. Im Bezug auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften halte ich die Genossenschaftsdemokratie für das Grundprinzip der Funktion, ich betrachte sie als umfassend und determinierend, und ich fasse die Arbeitsdemokratie als ihr Teil auf. Ich bestreite nicht, dass auch der Gebrauch des Begriffes "Betriebsdemokratie seine Daseinsberechtigung haben kann /z.B. im Falle einer verhältnismässig autonomen, spezialisierten Einheit /, trotzdem halte ich den Gebrauch dieses Begriffs in den LPG-en für vermeidlich.

Beim Vergleich der Genossenschaftsdemokratie und der Arbeitsdemokratie, die im Rahmen der ersten zur Geltung kommt, sehe ich die bedeutenden Abweichungen in ihren Subjektenkreis, Inhalt, in ihrer Tendenz, ihrem Wirkungsmechanismus, ihrer Ebenen und in den Kozeptionen ihrer Träger.

Der Träger, der Subjektenkreis der Genossenschaftsdemokratie ist - wie allgemein bekannt - die Mitgliedschaft

der Genossenschaft, die ihre demokratischen Rechte durch die Generalversammlung und die hier gewählten körper-schaftlichen Vorstandsorgane ausübt. Die Gebiete, wo die Arbeitsdemokratie zur Geltung kommt, werden durch die arbeitsorganisatorischen Einheiten dargestellt, die die Gesamtheit der Werktätigen umfassen.

Die Genossenschafts-demokratie als umfassenderer Begriff erstreckt sich in ihrem Inhalt auf die ganze Funktion der Genossenschaft als wirtschaftlich-gesell-schaftliche Organisation, also auf sämtliche Bereiche des Eigentümer-, Organisations- und Werktätigenrechts-verhältnisses, während die Arbeitsdemokratie mit der Verrichtung der Arbeit verbunden ist und entscheidend in diesem Rahmen zur Geltung kommt.

Die Genossenschafts-demokratie erbaut sich, hin-sichtlich des Aufbaus des demokratischen Forumsystems, seiner Richtung, von unten nach oben, ihre Pfeiler, ihre Grundeinheiten bilden die Arbeitskollektiven, ihr Gipfel ist die Generalversammlung, und beide sind Foren der unmittelbaren Demokratie. Die Arbeitsdemokratie kommt verbunden mit der Unternehmenstätigkeit, von oben ge-lenkt und kontrolliert und im engeren Kreis zur Geltung, ihre Realisatoren sind die von den Selbstverwaltungs-organen in grossem Masse abhängigen Betriebsleiter.

Was den Wirkungsmechanismus betrifft, lassen sich die Selbstverwaltungsorgane auf die Initiative der ver-antwortlichen Beamten funktionieren, während der Erfolg der Arbeitsdemokratie im wesentlichen davon abhängt, in wiefern die Selbstverwaltungorgane und ihre erwählten

Leiter das beanspruchen, stimulieren oder von den Betriebsleitern erzwingen. Sie hängt davon ab, ob diese die Beratung mit den Werktätigen direkt beanspruchen, nach ihrer Meinung fragen, ob sie ihre Verpflichtungen von der Information, der Beantwortung ihrer Bemerkungen und Fragen erfüllen.

Die Abweichung hinsichtlich der Ebene zwischen der Genossenschaftsdemokratie und der Arbeitsdemokratie, die einen Teil des ersten bildet, ist evident, sie bedarf keiner Erklärung. Im Falle der Arbeitskollektiven, die auf der Arbeitsorganisation erbaut sind und als Selbstverwaltungsorgan funktionieren, ist ein glücklicher Zusammenfall, dass die Selbstverwaltungs- oder Genossenschaftsdemokratie bzw. die Arbeitsdemokratie zusammen erscheinen und zur Geltung kommen. Sie kommt auch in der doppelten, d.h. Entscheidungs- und Interessenvertretungsfunktion der Arbeitskollektiven zum Ausdruck, die auch vom Professor László Nagy ausgeführt worden ist.

Die Abweichung in der Konzession der demokratischen Foren folgt notwendiger Weise aus ihrer Stellung innerhalb des Forumsystems. Heute ist z.B. die Befugnis der Arbeitskollektiven ausserordentlich eingeschränkt, sie sind nur zu Bemerkungen, Begutachtungen, Vorschläge und Initiativen berechtigt. Man kann aber erwarten, dass diese Befugnis parallel zu der Erweiterung und Vervollkommenung ihrer Funktion und ihres Entscheidungsrechts sowohl in der Führung als auch auf dem Gebiete der Interessenvertretung umfassender sein wird.



Aus den herangeführten Fakten folgt, dass die Genossenschaftsdemokratie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften den Begriff der Arbeitsdemokratie umfasst und voraussetzt, dies letztere ist die Verwirklichungsform der Genossenschaftsdemokratie. Die Übereinstimmung und gemeinsame Geltendmachung von diesen beiden ist eine grundsätzliche Aufgabe. Dies dient unbedingt der Weiterentwicklung der körperschaftlichen und individuellen Leitung, was bei den wechselhaften Bedürfnissen ein ununterbrochener Prozess ist.

Dr. Tamás PRUEBERGER  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Institut für Genossenschaftsforschung  
/Ungarn, Budapest/

EIN DISKUSSIONSBEITRAG ZUM VORTRAG VON HERRN IMRE MOLNÁR  
UNTER DEM TITEL " GRUNDFRAGEN DER GENOSSENSCHAFTSFÜHRUNG "

Aus den verschickten Thesen des Vortrags ausgehend kann man feststellen, dass Imre Molnár die charakteristischen Züge der Genossenschaftsführung und der internen genossenschaftlichen Selbstverwaltung auf Grund der Genossenschaftstheorie und der genossenschaftlichen Rechtsregelung umreißt. Dabei hat er aber auch darauf hingewiesen, dass "infolge des Einflusses der in der letzten Zeit erfolgten Veränderungen" - auch ins positive Recht hinübergeführt /Ergänzung von mir, T.P./ - die Befugnisse sich ungeordnet haben, die Organisation und Funktionsordnung haben sich modifiziert, was aber wegen der heutzutage zur Geltung kommenden einseitigen, die genossenschaftlichen Züge schwächenden Integration nicht immer positiv ist. Dieser Diskussionsbeitrag möchte die diesbezüglichen Feststellungen des Vortragenden von Seiten der Rechtssoziologie an einigen Stellen ergänzen.

Mit dem Beginn der Integration und der Konzentrationsbestrebungen der staatlichen Wirtschaftspolitik lastete ein schwerer Druck von aussen auf die Genossenschaften,

damit sie sich vereinen. Wir kennen mehrere Fälle, wo finanziell stabile, gut arbeitende Produktionsgenossenschaften mit der Abbrechung von der Flüssigmachung von Bankkrediten zur Vereinigung gezwungen worden sind, und es kam noch die Manipulierung der kollektiven Körperschaftsorgane /Führung, Generalversammlung/ hinzu. Das Ergebnis wurde in allen Genossenschaftstypen und Zweigen eine solche Zentralisation ohne Konzentration, in der ein Effektivitätsrückfall wegen des Überwachses über die bestimmten, gesunden Grössen entstanden ist. Dieser Wirksamkeitsrückfall wurde bezüglich der Staatlichen Konsum- und Verkaufsgenossenschaften in dem Institut für Genossenschaftsforschung von József Domonkos, der LPG-en in einer Analyse des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährungswesen nachgewiesen, wo die letzte auf die Kampagneartigkeit und unwissenschaftliche Vorbereitung der Assoziationen der Produktionsgenossenschaften hinweist. In dem Anhang dieses Berichtes werden mehrere LPG-en aufgezählt, deren Grösse über die Durchschnittsgrössen der sovjetischen Kolchosen hinausgehen, trotz der wesentlich kleineren einheimischen Landes- und Verwaltungsgrenzen.

Das heute schon erkennbare Resultat von all diesen ist, dass die Einmannführung innerhalb der genossenschaftlichen Selbstverwaltung in den Vordergrund gerückt ist, und parallel damit haben sich die Befugnisse der kollektiven Vorstandskörperschaft eingeengt, ihre mentorische Arbeit wurde entleert, die Führung hat sich der Mitgliedschaft losgerissen, die Passivität der Mitglieder wurde

vorherrschend und die Besitzergefühle wurden versiegt. Alldies wird aus der Untersuchung über die Produktionsgenossenschaftsdemokratie des Staats- und Rechtswissenschaftsinstitutes der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1972 und der repräsentativen Produktionsgenossenschaftsuntersuchung des Instituts für Genossenschaftsforschung 1977, bzw. aus den zum Teil schon bekanntgegebenen Ergebnissen der sich auf alle Gebiete, alle Genossenschaftstypen und Zweige erstreckenden staatlichen Aufsichtsuntersuchungen unseres Instituts ersichtlich.

Die mitwirkende andere Erscheinung dieses Integrations- und Zentralisationsprozesses ist, dass die Wirtschaftslenkung der Genossenschaften immer direkter geworden ist. In Ungarn erfolgte das neben der formellen Aufrechterhaltung der indirekten Wirtschaftslenkung, mit den informellen Mitteln des sog. "staatlichen Erwartungssystems".

Bei uns können alle externe und interne genossenschaftliche, gesellschaftliche, partielle, kollektive und individuelle Interessen nur durch eine derartige, indirekte Methoden verwendende Wirtschaftslenkung in Einklang gebracht werden, die auch in ihrem Inhalt und ihren Grenzen ebenfalls die sich auf der wahrhaften genossenschaftlichen Autonomie beruhenden internen genossenschaftlichen Selbstverwaltung und Selbstlenkung gewährleistet. Die langfristige rechtliche Garantierung der obengenannten würde die Entwurf einer auch in dieser Richtung konkrete

Garantien gewährenden wirtschaftlichen Verfassung erfordern, deren Gedanke schon im Jahre 1967 von György Kálmán aufgeworfen worden ist.

Die zum Teil auf dem Gebiete der Rechtsschaffung und zum Teil auf dem der Praxis erfolgte Verletzung der genossenschaftlichen Selbstverwaltung in den letzten Jahren könnte folgenderweise zusammengefasst werden:

Die vorsitzendenzentrische Betrachtung, die auch rechtlich gesicherte Beeinflussungsmöglichkeit der Wahl des Vorsitzenden und der Vertreter, die Einschränkung des Wirkungskreises der Generalversammlung in der Rechtsregel und die ähnliche Begrenzung der Anzahl der Abgeordneten in der Abgeordnetenversammlung der LPG, die Trägheit des Aufsichtskomitees, die auch seinem zurückgedrängten Status in der Funktion entspringen mag, bzw. die Indifferenz der Mitgliedschaft gegenüber den Angelegenheiten der Genossenschaft begünstigten die auf informellem Wege abgelaufenen direkten staatlichen Wirtschaftslenkungsstendenzen.

Was den Status des Vorsitzenden und die Art der Vorsitzendenwahl betrifft, ist die geltende Rechtsregelung, die in der Rechtsliteratur als erstes von József Bak kritisiert wurde, ein Anakronismus, und verletzt empfindlich die genossenschaftliche Selbstverwaltung, die das Besetzen des Vorsitzendenstatus nicht nur an die Ausfertigung eines Sittenzeugnisses bindet, sondern ausser dem an die sog. "Treuebestätigung", die der Vor-

sitzende des Bezirksrates erteilen kann. József Bak erörtert in der jüngsten Rechtsliteratur die Kehrseiten dieser Erscheinung sehr eingehend. Ihn wiederholend weisen wir nur darauf hin, dass dadurch äussere Organe in der Wahl der Person des Vorsitzenden mit der Verletzung der genossenschaftlichen Selbstverwaltung unmittelbar mitreden können, denn die Kriterien einer solchen Bestätigung ganz unfassbar sind, also ihre Erteilung oder Nichterteilung vollständig von dem diskretionellen Standpunkt des Rates abhängt. Diese Manipulierungsform der Vorsitzendenwahl wird durch diejenige, von Antal Gyenes und ebenfalls von József Bak untersuchte praktische Methode ergänzt, wonach auf dem Stimmzettel bzw. auf der Liste der Kandidaten ein Name steht, oder im Falle von mehreren Namen einer von diesen hervorgehoben ist. Die einzige Lösung zur Wiederherstellung der genossenschaftlichen Selbstverwaltung wäre, in Übereinstimmung mit dem Standpunkt der erwähnten Experten, ausschliesslich die Ausserkraft-Setzung der Verordnung des Fachministeriums, die die Tadellosigkeitsbestätigung vorschreibt, bzw. dass auf dem Stimmzettel mehrere Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge stehen sollen, d.h. die Einführung des Systems der Stellung von mehreren Kandidaten mit gleichen Chancen.

In den grossen, durch Vereinigungen entstandenen Genossenschaften ist die Generalversammlung tatsächlich zu einem schwerfälligen Entscheidungsforum geworden, auch schon deshalb, weil die Mehrheit der Mitgliedschaft

die Ganzheit des genossenschaftlichen Lebens und der Tätigkeit nicht übersieht. Dies ist zum Teil ein objektiv wirkender Prozess, der die ex lege Einschränkung der Refugnis der Generalversammlung bzw. die Einbürgerung der Abgeordnetenversammlung und des Systems der Beratungen der Arbeitskollektiven notwendigerweise nach sich gezogen hat. Es gibt sehr bemerkenswerte Ansichten, die gerade deshalb bei fast vollkommener Neglierung der Generalversammlung die Abgeordnetenversammlung zum Hauptentscheidungsforum machen würden, wo die Meinung der gesamten Mitgliedschaft dem sich in den Arbeitskollektiven herausbildenden Standpunkt gemäss, durch den Abgeordneten der Arbeitskollektive zur Geltung käme. Diese Ansicht würde das System der indirekten Genossenschaftsdemokratie ausschliesslich machen, in erster Linie wegen der Schwerfälligkeit und Beschlusssmanipulierbarkeit der Foren der partiellen Versammlung /Bak, Cyenes/. Bei der Beurteilung dieser Konzeption müssen einige Umstände noch erwogen werden.

Erstens den Umstand, dass die geltenden Verordnungen des LPG-Kodexes die Anzahl der Abgeordneten auf den Kontingent von 5-10 % der Mitgliedschaft beschränken, im Gegensatz zum Genossenschaftsgesetz, wonach der Stand der Abgeordneten nicht kleiner als 10 % der Mitgliedschaft sein darf. Wegen dieser Einschränkung kann die Abgeordnetenversammlung in den LPG-en den partiellen Versammlungen ähnlich manipuliert werden. Gleichzeitig kann aber mit Hilfe eines Dispatsherdienstes mit telefonischer oder

Autoverbindung, im Falle der Abhaltung der partiellen Versammlungen zum gleichen Zeitpunkt, ein neuer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Anfang der 70er Jahre wurde diese Lösung mit Erfolg bei einigen Staatlichen Konsum- und Verkaufsgenossenschaften am Südufer des Balatón verwendet. Auch das bedeutet noch ein Problem, dass - wie es aus konkreten Ermessungen hervorgeht - die Arbeitskollektiven sich nicht von sich selbst bewegen, sie funktionieren nur dann, wenn sie von oben aus bewegt werden, was schon ab ovo die Manipulierungsmöglichkeit des Forums in sich trägt. Den Grund für diese Passivität sehen wir in der übertriebenen Einschränkung des Entscheidungsrechts der Arbeitskollektive in der Rechtsregel, in dem verabsolutisierten öffentlichen Abstimmungssystem, bzw. in der ex lege existierenden Überadministrierungspflicht ihres Funktionierens. Die Erhöhung der Effektivität der Funktion der Arbeitskollektiven würde deshalb von der Rechtsschaffung vor allem die weitgehende Erweiterung der gemeinsamen und ausschliesslichen Entscheidungssphäre dieses Forums mit einem, einigen ausländischen Mitbestimmungsrechten ähnlichen Inhalt, und bezüglich der Personalfragen die Kombination des öffentlichen und des geheimen Abstimmungssystems erfordern. Man müsste die Administration der Funktionsregistratur ebenfalls vereinfachen, sie in erster Linie auf Beschlussfassung und Fixierung von gefassten Beschlüssen beschränkend.



Auch im Falle der Realisierung der oben erwähnten bliebe die volle Eliminierung der Befugnis der Generalversammlung zu überlegen. Unserer Meinung nach müsste man die Befugnis der Generalversammlung in den Statusfragen und bei der Wahl der Abgeordneten auf jeden Fall aufrechterhalten. Dies kann in den grossen, aber innerhalb der gesunden Grössen verbleibenden Produktionsgenossenschaftstypen realisiert werden. Man kann nämlich mit dem Transport der Mitglieder ins Zentrum - wie es die früheren Erfahrungen zeigten - auch ohne partielle Versammlung eine Generalversammlung abhalten. In den Genossenschaften, die nicht diesem Produktionstyp angehören, ist die schon oben erwähnte Methode des Dispatchesherdienstes eine angemessene Garantie für die von der Manipulierung entfrete, fließende Abwicklung der partiellen Versammlungen. Die Fragen des Status und der Wahl der Beamten beeinflussen nämlich die Interessen der gesamten Mitgliedschaft unmittelbar, und diese Fragen können selbst von dem einfachsten Mitglied sachlich beurteilt werden.

Hierher knüpft sich das Problem der Einheit oder Abtrennung der Betriebs- und der Selbstverwaltungsleitung. In dieser Frage besteht die Polemie vor allem zwischen Molnár und Gyenes, Molnár verfechtet das erste, Gyenes dagegen tritt im Falle der Nichtproduktionstypen fürs letzte ein. Unseres Erachtens hat die Frage eine engere und eine weitere Projektion. Die engere bedeutet die Vorsitzendenproblematik, wobei in dem Typ der Produktionsgenossenschaft der Status des Vorsitzenden in Einheit zu behalten ist, da die Besitzer- und Arbeitnehmer-

position des Mitglieds eine Einheit bilden. In den Nichtproduktionstypen sind dagegen die genossenschaftlichen Mitgliedsverhältnisse und die Arbeitsverhältnisse voneinander getrennt. Das Gleichgewicht der Mitgliedschafts- und Angestellteninteressen wird deshalb auf alle Fälle durch die Zweiteilung des Vorsitzendenstatus in einen gesellschaftlichen Vorsitzenden und einen geschäftsführenden Direktor garantiert. Die weitere Projektion des Problems ist die Aituation des Kontroll- und Aufsichtskomitees. Diese Körperschaft ist besonders in den Produktionsgenossenschaften wenig wirksam. Sie ist nicht nur deshalb nicht zu einer umfassenden Kontrolle fähig, weil sie es nicht versteht, sondern auch darum, weil ihre Mitglieder als Arbeitnehmer in Abhängigkeitsverhältnis mit der Führung stehen. Wie bereits József Bak und László Nagy in der Fachliteratur darauf hingewiesen haben, ist das Problem des Aufsichtskomitees ein Statusproblem. Auf dieser Ausgangsbasis weitergehend meinen wir, dass das Aufsichtskomitee zu einem von der mitgliederschaftlichen Arbeitsverrichtung unabhängigen Selbstverwaltungsorgan werden müsste, der Direktion und Leitung nicht nebengeordnet, sondern den Aufsichtsausschüssen der ausländischen Aktiengesellschaften ähnlich, der Direktion übergeordnet. Es wäre richtig, diese auch in der positiven Rechtsregelung zum Ausdruck zu bringen mit der Umkehrung der Reihenfolge des Direktions- und Aufsichtsausschusses in der Regelung.

Zum Schluss, um meinen Diskussionsbeitrag damit zu beenden womit angefangen, könnten die durch die genossen-

schaftlichen Vereinigungen hervorgerufenen übertriebenen Grössen in allen Genossenschaftstypen und Zweigen durch die Aufstellung derartiger, eine relative rechtliche Autonomie und damit zusammen eine auch kleinkollektive, reale genossenschaftliche Selbstverwaltung garantierenden selbständigen genossenschaftlichen Abrechnungseinheiten gutgemacht werden, wo die gegebene Einheit zugleich Unterbesitzer des durch sie verwalteten Vermögens wäre. Diese könnte eine, der sozialistischen Praxis ähnliche Organisation werden, wo sich die Konsumgenossenschaften in kleinere territoriale, fast vollkommen autonome und über alle körperschaftliche und Personalfragen verfügende Einheiten auflösen, deren Beschlüsse auch die Organe der übergeordneten Einheit verpflichten. Die Rechtsregelung bezüglich der Genossenschaften nichtproduzierenden Typen sieht etwa so aus. Die hier aufgestellten territorialen Organisationsinstitutionen müssten auch in den produktionsgenossenschaftlichen Gesetzen übernommen werden, in den Nicht-Produktionstypen dagegen könnte man sie schon heute besser funktionieren lassen, als das gegenwärtig der Fall ist. Wenn die grossen Genossenschaften effektiv zu erhalten sind und ihre Führung demokratisierbar ist, sollen sie weiter bestehen. Wenn aber das nicht der Fall ist, ist es richtig ihre Trennung mit dem § 46. des Genossenschaftsgesetzes zu fördern. Um die weiteren unbegründeten Vereinigungen zu Verhindern wäre es gerechtfertigt, in allen Genossenschaftstypen und Zweigen die Assoziation der Genossenschaften den LPG-en ähnlich an die Genehmigung des für den Zweig zuständigen Ministers zu binden. In der aktuellen Situation würde das nicht die Verletzung der genossenschaftlichen Selbstverwaltung, sondern gerade ihre Verteidigung bedeuten.

Dr. sc. Erich SIEGERT  
Docent  
Karl Marx Universität, Sektion Rechtswissenschaft  
/DDR, Leipzig/

#### AKTUELLE RECHTLICHE FRAGEN

#### DER GESTALTUNG DER GENOSSENSCHAFTLICHEN LEITUNG UND DER VERTRETUNG IM RECHTSVERKEHR UNTER DEN BEDINGUNGEN DES ÜBER- GANGS ZU INDUSTRIEMÄSSIGER PRODUKTION IN DER LANDWIRTSCHAFT

In der Landwirtschaft der DDR hat sich im Ergebnis des schrittweisen Übergangs zu industriemässiger Produktion, quantitativ zunächst vorrangig auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion, auf dem Wege der Kooperation in den letzten Jahren eine wesentliche Veränderung in der Betriebsstruktur und den betrieblichen Größenordnungen vollzogen.

Die gegenwärtige Betriebsstruktur ist wie folgt zu kennzeichnen: Auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion bestehen 936 LPG /Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/ Pflanzenproduktion, 62 VEG /Volkseigene Güter/ Pflanzenproduktion, 161 KAP /Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion/ und 217 GPG /Gärtnerische Produktionsgenossenschaften/. Auf dem Gebiet der Tierproduktion bestehen 2887 LPG /Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/ Tierproduktion, 333 VEG /Volkseigene Güter/ Tierproduktion, 318 ZGE/ZBE /Zwischengenossenschaftliche bzw. Zwischenbetriebliche Einrichtungen/ der Tierproduktion und 32 KIM /Kombinate für industriemässige Tierproduktion/ /1/. Die genannten Betriebe der Pflanzen- und der Tierproduktion verwirklichen ihre Produktionsaufgaben im engen Zusammenwirken mit den KfL /Kreisbetrieben für Landtechnik/, LTA /Volkseigene Betriebe des Landtechnischen Anlagenbaus/ und LTI /Volkseigene Betriebe der Landtechnischen Instandsetzung/, den DCZ /Agrochemische Zentren/, Meliorationsbetrieben /Meliorationsgenossenschaften und volkseigene Meliorationsbaubetriebe/, Trocknungsbetrieben,

Pelletierbetrieben und anderen zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben.

Im Ergebnis dieses Prozesses haben sich Betriebe der Pflanzenproduktion in einer Größenordnung von durchschnittlich 5000 ha LN /landwirtschaftliche Nutzfläche/ und 450 bis 500 Beschäftigten /Genossenschaftsmitglieder bzw. Arbeiter/ Angestellte/ herausgebildet. In der Tierproduktion steht der Konzentrationsprozess noch am Anfang; hier beträgt die durchschnittliche Konzentration an Tieren je Betrieb 1500 GV /Großvieh-Einheiten; 1 GV = 1 Tier mit 500 kg Lebendmasse, z.B. 1 Milchkuh/.

Unter den Bedingungen der Konzentration, wie sie in den Betrieben der Pflanzenproduktion bereits erreicht ist und sich in den Betrieben der Tierproduktion - wenn auch in einem längerfristigen Prozess - herausbilden wird, ergeben sich neue Erfordernissen an die rechtliche Ausgestaltung der genossenschaftlichen Leistungsverhältnisse, wenngleich diese auch künftig auf Grund der bestehenden genossenschaftlichen Eigentumsverhältnisse durch die spezifischen Merkmale der genossenschaftlichen Demokratie bestimmt sind und sich deshalb deutlich von der rechtlichen Gestaltung der Leistungsverhältnisse in den volkseigenen Betrieben unterscheiden.

Die neuen, weiterentwickelten materiellen Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion erfordern, das Wesen, den Inhalt und die Formen der genossenschaftlichen Demokratie neu zu bestimmen. Dem tragen in der DDR die rechtlichen Regelungen in den Musterstatuten und Musterbetriebsordnungen für LPG Pflanzenproduktion bzw. LPG Tierproduktion vom 28. Juli 1977 /2/ unter anderem in folgender Weise Rechnung.

# 1. Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise der Vollversammlung

Eine wesentliche Weiterentwicklung hat die Zusammensetzung und Zuständigkeit der Vollversammlung der LPG erfahren.

Infolge der Beteiligung von genossenschaftlichen und volkseigenen Betrieben an den kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion ist in den daraus weiterentwickelten LPG Pflanzenproduktion heute auch eine größere Anzahl von Arbeitern Beschäftigt. Sie stehen in einem Arbeitsrechtsverhältnis anstatt in einem Mitgliedschaftsverhältnis zur LPG. Um ihre gleichberechtigte demokratische Mitwirkung an den die Genossenschaft und damit auch ihre eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen betreffenden Entscheidungen zu ermöglichen, wurde die Zusammensetzung der Vollversammlung der LPG als deren höchstes Organ neu bestimmt. Nunmehr bilden sowohl die Genossenschaftsmitglieder als auch die in einem Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG stehenden Werktätigen zusammen die Vollversammlung der LPG. Hinsichtlich der durch die Vollversammlung zu treffenden Entscheidungen haben damit die in einem Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG stehenden Verktätigen die gleiche rechtliche Stellung wie die Genossenschaftsmitglieder.

Sie haben diese Stellung - im Unterschied zu den Genossenschaftsmitgliedern - nicht als sozialökonomische Träger des kollektiven genossenschaftlichen Eigentums, sondern Kraft ihres Arbeitsrechtsverhältnisses zur LPG. Darin kommt zum Ausdruck, dass in der LPG grundsätzlich alle diejenigen die die Genossenschaft betreffenden Fragen kollektiv beraten und mitentscheiden, die die Produktionsprozesse durchführen. Das bedeutet, dass sich die Arbeiter und Angestellten in der LPG, obwohl sie sozialökonomisch gesamtgesellschaftliche Eigentümer sind, zu den genossenschaftseigenen Produktionsbedingungen verhalten wie zu eigenen. Seine theoretische Rechtfertigung findet dies nicht zuletzt darin, dass in den

LPG neben dem genossenschaftlich-sozialistischen Eigentum zunehmend auch Volkseigentum- und zwar direkt in Form von Produktionsmitteln als auch indirekt über Kredite vom sozialistischen Staat - genutzt wird.

Ausgehend von der Grösse der Kollektive und dem territorialen Einzugsbereich der LPG, der in den Betrieben der Pflanzenproduktion regelmässig, in den Betrieben der Tierproduktion teilweise mehrere Orte umfasst, wurde auch der Kreis der Zuständigkeit der Vollversammlung neu bestimmt. Es erfolgte eine stärkere Konzentration auf Grundfragen, so dass hinsichtlich der operativen Durchführung der Wirtschaftstätigkeit der LPG deren Vorstand als ausführendem Organ der Vollversammlung eine grössere Selbständigkeit und zugleich höhere Verantwortung auferlegt wird. Dennoch wurde die ausschliessliche Zuständigkeit der Vollversammlung in der Einheit von Fragen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung der LPG und der wirtschaftlichen Tätigkeit der LPG beibehalten. Und natürlich können sich die Entscheidungen der Vorstandes nur im Rahmen des von der Vollversammlung beschlossenen und vom Rat des Kreises bestätigten Betriebsplan der LPG bewegen.

Damit im Zusammenhang wurde auch möglich, dem praktischen Bedürfnis nach Verringerung der Anzahl der Vollversammlungen im Jahr Rechnung zu tragen: Während in den vorhergehenden Statuten die Durchführung monatlicher Vollversammlungen gefordert war, ist nunmehr die Festlegung getroffen worden, dass Vollversammlungen mindestens 4 mal im Jahr /d.h. im Prinzip vierteljährlich/ durchzuführen sind.

Schliesslich mussten auch für die Arbeitsweise der Vollversammlung den neuen Bedingungen entsprechende praktikablere Lösungen gefunden werden. Insbesondere musste berücksichtigt werden, dass auch unter den Bedingungen der durchgehenden Mehrschichtarbeit die Funktion der Vollversammlung als höchstes Organ der LPG damit verknüpft sein muss, dass sie a l l e n Genossenschaftsmitgliedern und Arbeitern zugänglich bleibt. Dem-

entsprechend wurde die Möglichkeit vorgesehen, dass die Vollversammlung auch in Form von Schichtversammlungen durchgeführt werden darf, so dass die Beratung und Beschlussfassung in diesen Fällen auf der Grundlage einer einheitlichen Tagesordnung in mehreren Versammlungen, die zeitlich auseinanderfallen, erfolgt. Ebenso wurde die Möglichkeit eingeräumt, für Kollektive, die aus sonstigen Gründen an der Teilnahme verhindert waren, in einer gesonderten Versammlung dieser Kollektive die Beratung und Beschlussfassung nachzuholen.

Für LPG mit einer grossen Zahl von Genossenschaftsmitgliedern und Arbeitern wurde darüber hinaus die Möglichkeit eingeräumt, die Vollversammlungen zwischen der Halbjahresversammlung und der Jahreshauptversammlung als Delegiertenversammlung durchzuführen. Dabei wurde der Kreis der von der Delegiertenversammlung zu treffenden Entscheidungen im Vergleich zu den Entscheidungen, die zur ausschliesslichen Zuständigkeit der Vollversammlung gehören und deshalb weder von LPG-Vorstand noch von anderen genossenschaftlichen Organen getroffen werden können, eingeschränkt. So kann die Delegiertenversammlung insbesondere keine wirksame Änderung des Statuts oder der Betriebsordnung der LPG, keine Änderung der Beschlüsse zur perspektivischen Entwicklung der LPG oder zum jährlichen Betriebsplan herbeiführen; sie kann kein gewähltes Mitglied des Vorstandes oder der Revisionskommission vorzeitig abberufen und keinen Ausschluss eines Mitgliedes aus der LPG vornehmen.

## 2. Verstärkung der Rolle der Demokratie in den Produktionskollektiven

Der Neubestimmung der Fragen, für die die Vollversammlung ausschliesslich zuständig ist, im Sinne ihrer stärkeren Konzentration auf Grundfragen entspricht als Pendant die Verstärkung der Rolle der Demokratie in den Produktionskollektiven.



Das heisst, eine Reihe von Fragen, die in der Vergangenheit im Rahmen der Vollversammlung beraten wurde, muss unter den neuen Bedingungen in die Produktionskollektive verlagert werden. Damit wächst aber, wenn die stärkere Konzentration der Vollversammlung auf Grundfragen nicht zu einem Rückgang in der aktiven, schöpferischen Mitwirkung der unmittelbar in den Produktionskollektiven tätigen Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter führen soll, die Bedeutung der regelmässigen Durchführung von Beratungen der Produktionskollektiven auf Brigade- oder Abteilungsebene monatliche Versammlungen durchzuführen sind, auf denen über den Stand der Planerfüllung und des sozialistischen Wettbewerbs zu informieren sowie über die bevorstehenden zu lösenden Aufgaben, über Massnahmen zur Verbesserung der sozialistischen Arbeitsdisziplin, zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit usw. zu beraten ist.

Der stärkeren Führung dieser Demokratie in den Produktionskollektiven durch dessen aktiven Kern dient ausser die nach dem Vorbild des sowjetischen Kolchosstatuts vorgesehene Bildung von Brigaderäten. Sie stehen dem Brigadeführer beratend zur Seite und wirken als Motor bei der Entfaltung von Initiativen im Wettbewerb um eine allseitige Planerfüllung sowie um ein hohes Niveau von Ordnung, Disziplin, Sicherheit und Gesetzmässigkeit in dem jeweiligen Produktionskollektiv. Gegenwärtig bestehen in etwa 25 % der LPG Pflanzenproduktion solche Brigaderäte.

### 3. Kommissionen des LPG-Vorstandes als weitere Mitwirkungsform

Eine wichtige Form der Mitwirkung der Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter aus den Produktionskollektiven an der Leitung der LPG stellen desweiteren die beim LPG-Vorstand bestehenden Kommissionen dar. Das Musterstatut sieht - neben der bei der Vollversammlung bestehenden Revisionskommission -

9 weitere Kommissionen beim LPG-Vorstand vor: die Kommission für Kaderentwicklung, Aus- und Weiterbildung; die Kommission für Arbeitsökonomik; die Wettbewerbskommission; die Neuerer-kommission; die Kommission für Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz; die Kommission für Ordnung und Sicherheit; die Kultur- und Sozialkommission; den Frauenausschuss; das Solidaritätsaktiv. In jeder Kommission sind zwischen 8 bis 15 Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter tätig. Dabei hat sich bewährt, dass möglichst aus jeder Brigade bzw. Abteilung ein Vertreter in jeder Kommission tätig ist. Auf diese Weise wird erreicht, dass über diesen Vertreter alle Kollektive im Rahmen der Kommissionssarbeit sowohl an der Leitungstätigkeit des Vorstandes als auch an der Vorbereitung von Beschluss-vorlagen für die Vollversammlung aktiv mitwirken.

#### 4. Zusammenwirken von genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Demokratie

Obwohl die in der LPG tätigen Arbeiter und Angestellten im im Rahmen der Vollversammlung, in den Abteilungs- bzw. Brigaderversammlungen, im Vorstand und in den Kommissionen an der Beratung und Beschlussfassung zu den die genossenschaftliche Tätigkeit und Entwicklung betreffenden Fragen gleichberechtigt mit den Genossenschaftsmitgliedern teilnehmen, bleibt die Spezifik der gewerkschaftlichen Demokratie für diesen Personenkreis auch unter den Bedingungen der Tätigkeit dieses Personenkreises in einer LPG tätigen Arbeiter und Angestellten primär die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs gelten. Damit im Zusammenhang kommen auch die Formen der gewerkschaftlichen Mitwirkung im genossenschaftlichen Leitungsprozess zur Anwendung. Bei diesen Mitwirkungsformen handelt es sich insbesondere um folgende: Abschluss von Vereinbarungen zwischen der betrieblichen Gewerkschaftsleitung und dem Betrieb; erforderliche Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung und dem Betrieb; erforderliche Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung

als Wirksamkeitsvoraussetzung für bestimmte betriebliche normative Regelungen; das Recht der betrieblichen Gewerkschaftsleitung, Informationen und Rechenschaft von der Betriebsleitung zu fordern, zu vorgesehenen Entscheidungen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten und die Kontrolle über die Wahrung der Rechte der Werktätigen auszuüben. Darüber, wie dies unter den konkreten Bedingungen der jeweiligen LPG zu verwirklichen ist, hat der Vorstand der LPG tätigen Arbeiter und Angestellten eine Vereinbarung abzuschliessen.

#### 5. Vertretung der LPG im Rechtsverkehr

Neue Anforderungen ergeben sich schliesslich auch hinsichtlich der rechtlichen Gestaltung der Vertretung der LPG im Rechtsverkehr. Insbesondere muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die für die LPG zu tätigen Rechtsgeschäfte wertmässig an Umfang bedeutend zunehmen. Das hat Konsequenzen in mindestens zwei Richtungen: Einerseits bedarf die Befugnis des LPG-Vorsitzenden zur Alleinvertretung der LPG einer Heraufsetzung der gegenwärtig bei Rechtsgeschäften mit einem Wert bis 500 M liegenden Grenze, wobei die Ausübung dieser Befugnis auch künftig an den bestätigten Betriebsplan der LPG zu binden ist. Andererseits bedarf es der Beibehaltung der Kollektivvertretung der LPG /Vertretung durch den Vorsitzenden zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied/ einer zusätzlichen Kontrolle aller Verfügungen über die genossenschaftlichen Mittel bzw. staatlichen Kredite. Dem entspricht die in den Musterstatuten getroffene Festlegung, dass Verträge der LPG sowie alle anderen Festlegungen, die zu finanziellen Verpflichtungen der LPG führen, zwecks Kontrolle der Finanzdisziplin durch den Hauptbuchhalter der LPG gegenzuzeichnen und alle Zahlungsanweisungen von ihm mitzuunterzeichnen sind. Wenngleich die Unterschrift des Hauptbuchhalters ihrem Inhalt nach keine Verfügungen über das genossenschaftliche Vermögen darstellen - dieses Recht steht dem Hauptbuchhalter

nicht zu und er handelt folglich bei der Unterzeichnung der genannten Dokumente auch nicht als gesetzlicher Vertreter der LPG - ist diese Regelung doch von grundsätzlicher Bedeutung für den wirksamen rechtlichen Schutz des *genossenschaftlich-sozialistischen* Vermögens der LPG unter den neuen Bedingungen.

+

Damit sind nur einige, aber m.E. Wesentliche Aspekte der sich abzeichnenden neuen Erfordernisse bezüglich der rechtlichen Gestaltung der Leitungsverhältnisse der LPG unter den Bedingungen des Übergangs zu industriemässigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft angesprochen.

#### Fussnoten

- /1/ Vgl. G. Grüneberg, Die schöpferische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplans in der Landwirtschaft der DDR, "Einheit" Heft 9/10 - 1979, S. 944
- /2/ Vgl. Beschluss vom 28. Juli 1977 über die Musterstatuten und Musterbetriebsordnungen der LPG Pflanzenproduktion und der LPG Tierproduktion /GBl. I. Nr. 26 S. 317/; Anlagen zu diesem Beschluss /Musterstatut und Musterbetriebsordnung der LPG Pflanzenproduktion, Musterstatut und Musterbetriebsordnung der LPG Tierproduktion/ in: Gesetzblatt-Sonderdruck Nr. 937

JUDr. Milan STEFANOVIC

Professor

J.A. Komensky Universität Rechtswissenschaftliche Fakultät  
/CSSR, Bratislava/

#### ASPEKTE DER ENTWICKLUNG DER GENOSSENSCHAFTSDEMOKRATIE

Die Vertiefung der sozialistischen Demokratie ist ein charakteristischer Zug der Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse in allen sozialistischen Ländern. Dies wird auch auf den Kongressen der Kommunistischen Parteien betont. Eine spezifische Form der Demokratie ist die Genossenschaftsdemokratie, die Demokratie vor allem der Produktionsgenossenschaften.

Die Genossenschaftsdemokratie entwickelt sich auf einer interessanter Weise. Ihre Grundzüge bleiben unverändert, da sie von der Genossenschaftsbau als immanenter Zug erfasst wird. Die Genossenschaftsdemokratie erscheint in unterschiedlichen Formen. Diese hängen von den Umständen der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung und dem Niveau der Genossenschaft ab. Die Erklärung für die Erscheinung und Realisierung der spezifischen Formen der Genossenschaftsdemokratie liegt einerseits in den Prozessen der wissenschaftlich-technischen Revolution, andererseits in der Tatsache, dass die Entwicklung der sozialistischen Demokratie sich unter verändernden Klassenverhältnissen vollzieht, und dadurch hat sich die Klasse der Genossenschaftsbauer ausgebildet, die industrielle und landwirtschaftliche Arbeit haben sich einander angenähert, genauso wie die körperliche und geistige Arbeit, der Unterschied zw. Dorf und Stadt verschwindet.

Der wesentlichste Zug der Genossenschaftsdemokratie realisiert sich in der landwirtschaftlichen genossenschaft-

lichen Produktion auf traditioneller Weise, sie wird auf klassischer Art garantiert. Das höchste Organ der Genossenschaft ist die Generalversammlung der Mitglieder, die eine spezifische und eine allgemeine Befugnis besitzt. Genauso wie in den sonstigen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten ist auch in den Genossenschaften die Mitgliederversammlung das höchste Organ. Der Inhalt der Demokratie für die Entwicklungsperiode unserer Zeit wurde vom XV. Kongress der KP der CSSSR bestimmt: " Der grundlegende Inhalt der sozialistischen Demokratie ist die aktive Teilnahme der Werktätigen in der Führung und Lenkung der Wirtschaft und des Staates, in der Entscheidung über die Fragen des Gesellschaftslebens" /siehe: "XV. Kongress der KP der CSSSR", Bratislava, 1976 S.40./ . Vom Gesichtspunkt der Genossenschaftsdemokratie aus besagt das soviel, dass die Genossenschaftsmitglieder in der Lenkung der Genossenschaft aktiver teilnehmen, sowohl in den wirtschaftlichen als anderen Tätigkeiten. Auf dem XV-ten Kongress wurde auch betont, dass nicht nur die Realisierung der Rechte einen Teil der Demokratie bildet, sondern auch die selbstbewusste Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten. Im Sinne des § /5/ des Gesetzes N° 122 des Zivilgesetzbuches "liefert die Genossenschaftsdemokratie greifbare Möglichkeiten, damit die Genossenschaftsmitglieder sich in der Lenkung und Führung der Genossenschaft mit wachsender Aktivität und Initiative beteiligen"

Trotz der Tatsache, dass die gegenwärtige Praxis auf den erwähnten Regeln und Prinzipien beruht und

von diesen ausgeht, macht die Zeit notwendig der Verwirklichung der Genossenschaftsdemokratie neue, moderne Formen zu schaffen. Das bedeutet nicht, dass die Genossenschaftsdemokratie in der Krise sei. Die Feststellung, dass die Genossenschaften, die die Vorteile der Genossenschaftsdemokratie nützen, in ihrer Entwicklung grosse Fortschritte gemacht haben, scheint richtig zu sein. Es haben sich auch solche Meinungen formuliert, dass die Genossenschaftsdemokratie, die der Anregung der Arbeitsaktivitäten und Initiativen der Arbeiter dient, auf anderen Gebieten des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens verwendet werden muss.

Die Realisierungsformen des Prinzips der Genossenschaftsdemokratie betreffen das Lenkungssystem unmittelbar, in unserem Fall vom Gesichtspunkt der staatlichen und Parteiführung, bzw. der Führung der Genossenschaften selbst aus.

Der Prozess der technisch-wissenschaftlichen Revolution macht die Entwicklung der Formen und Methoden der Lenkung notwendig. Die Entwicklung der Genossenschaftsdemokratie verläuft vom einfachen zum Komplexen, bzw. in der Richtung der höheren Effektivität. Ursprünglich war es auch von der Satzung hervorgehoben, dass die Generalversammlungen in den kleineren Genossenschaften monatlich abgehalten werden müssen, im Zwecke der Lösung verschiedener Fragen des Genossenschaftslebens. Später, infolge der Vereinigungen sind die Genossenschaften grösser geworden und ihre Mitglieder sind nicht in der Lage, alle aktuellen Probleme direkt zu diskutieren; im Laufe der Arbeitsprozesse spezialisieren sich die



Arbeiter, sie kennen nicht mehr sämtliche Seiten der Probleme der Genossenschaft, sie können viele fachliche Fragen nicht mit voller Verantwortung beantworten, aber es brauchen zugleich viele Fragen garnicht in der Generalversammlung beantwortet zu werden. Solche Frage ist z.B. die Anwendung spezieller Anlagen und Maschinen, der Ackerbauplan usw. Der gegenwärtigen Praxis nach wird die Form der Abgeordneteversammlung verwendet, die Generalversammlungen werden selten abgehalten, vielleicht ein oder zweimal im Jahr, mit dem Ziel, die Richtlinien der Entwicklung der Genossenschaft, ihren Plan und Jahresbericht zu genehmigen, die Genossenschaftsorgane zu erwählen.

Dementsprechend muss die heute verstandene Genossenschaftsdemokratie mit dem Prinzip der Einheit der gesellschaftlichen, genossenschaftlichen und individuellen Interessen in Übereinstimmung gebracht werden, bzw. mit der Tatsache, dass neue Formen der Lenkung eingeführt werden müssen und es muss auch ein beruflich hochqualifiziertes Apparat innerhalb der Organisation verwendet werden muss.

Die Lenkung ist ständig unter dem Einfluss der Realisierung der Genossenschaftsdemokratie. Die Genossenschaft wird vom auf demokratischem Wege erwählten Genossenschaftsvorstand und dem Vorsitzenden geführt, die aus den Reihen der einfachen Genossenschaftsmitgliedern für eine bestimmte Zeit gewählt werden.



Heutzutage sind die Vorsitzenden i. d. Ingenieure, aber es haben sich auch jene Mitglieder der Genossenschaft in dieser Position bewährt, die damals in der Organisierung der Genossenschaft aktiv teilnahmen. Das Prinzip der Wahl der Genossenschaftsorgane widerspiegelt sich auch in dem Gesetz über die landwirtschaftliche Vereinigungen und andere gemeinsame landwirtschaftliche Unternehmen. Allerdings wird in diesem Gesetz auch eine Ausnahme genannt, da es besagt, dass in der Genossenschaft neben dem Vorsitzenden auch ein Direktor ernannt werden muss und das genossenschaftliche Unternehmen wird vom Vorsitzenden und dem Direktor vertreten. Ich bin der Meinung, dass wir bei Kaderfragen schon gelöst haben und dass man leicht eine Person finden könnte, die das genossenschaftliche Unternehmen allein vertreten würde, wie das in anderen Unternehmen der Fall ist.

Als Ergebnis der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft werden einerseits die Anforderungen gegenüber die Fachqualifikation höher, andererseits steigern sich die Erwartungen auch gegenüber die berufliche Spezialisierung. In den Genossenschaften arbeitet eine fachlich gebildete Jugend. In der CSSSR wurde ein neues System der Bildung eingeführt: nämlich die Berufserziehung in den Mittelschulen. Dies ermöglicht die Bildung hochqualifizierter Arbeiter, darunter hochqualifizierter Genossenschaftsmitglieder. Die Erwartungen gegenüber die berufliche Qualifikation wachsen auch in den Genossenschaften selbst.

Zur Zeit ist der Anteil der Facharbeiter in den Genossenschaften 27,5 %, und dies muss nach den Angaben der XIIIten Sitzung des Zentralkomitees auf 50 % erhöht werden, in der Perspektive bis 1990 auf 70 %. In den Genossenschaften wächst vor allem die Anzahl der technischen und wirtschaftlichen Facharbeiter. Es wäre erwünschenswert, die Ausbildung der Interesse an der genossenschaftlichen Arbeit durch das Lohnsystem und die Rechtsregelung nicht zu verhindern. Man müsste sich hingegen danach streben die landwirtschaftliche Arbeit anreizend zu machen, denn wir wollen die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht steigern, wollen aber auch nicht, dass die Anzahl der Jugendlichen zwischen 20-30 Jahren sich vermindere.

Die Steigerung des Bildungsniveaus in der Lenkung in der Genossenschaft wird auch durch die im Jahre 1976 gemachten Beschlüsse unterstützt, die die Institution der "Wirtschaftsleitung" als Aushilfeorgan eingeführt haben. Dies kann die alltäglichen Fragen operativ lösen, ihre Mitglieder sind der Agronom, der Ökonom, die Techniker usw. In den Genossenschaften arbeiten heutzutage zahlreiche Ingenieure und mittelqualifizierte Fachleute. Dies hängt damit zusammen, dass ihre Ausdehnung noch grosse Wirtschaftskollektiven entstanden sind, in denen die Spezialisierung und Konzentrierung der Produktion hochentwickelt ist. Es stellt sich zugleich die Frage der Lenkung, die mit der Realisierung der Genossenschaftsdemokratie im Zusammenhang steht. Bei der Gründung der landwirt-

schaftlichen Kreisdirektionen im Jahre 1963, genauso wie in der SU, hat man ein Instruktorennetz aufgestellt. Die Aufgabe der Instruktoren war die Unterstützung der Genossenschaften bei der Verallgemeinerung ihrer positiven Erfahrungen. Die Anstellung hochgebildeter Fachleute hat die Veränderung der Leitungsstruktur notwendig gemacht. Wenn eine Genossenschaft 5-10 Ingenieure hatte, gedurfte die Kollektive keines Instruktors mehr, da sie ihre Probleme auf dem notwendigen Niveau lösen konnte. Das System der Instruktoren wurde abgeschaffen.

Die staatliche Führung wird zur Zeit von den landwirtschaftlichen Bezirks- und Kreisdirektionen geübt. Vor kurzem hat man die Genossenschaften vereinigt, wonach eine Genossenschaft 2373 Hektar Boden besitzt; die Zahl der Genossenschaften war im Jahre 1959 die höchste: 12560, heute, nach den Vereinigungen wirken nur noch 1813. Deshalb muss auch die Leitung innerhalb der Kreise verändert werden.

Wir schlagen vor, jene Formen der Wirtschaft breiter anzuwenden, die den genossenschaftlichen Unternehmen ermöglichen, eine Reihe von Genossenschaftsorganisationen zu bilden. Diese würden die Funktionen z.B. der Kreisleitung übernehmen können. Die staatliche Führung ist auch ein Gegenstand für tiefgreifende Analysen. Sie berührt die Fragen beider Formen des sozialistischen Eigentums bzw. der Genossenschaftsdemokratie, anders formuliert der internen Führung.

Die Genossenschaften erfreuen sich einer relativen Autonomie. Es ist offensichtlich, dass zwischen den beiden Formen des sozialistischen Eigentums gewisse Unterschiede gibt, dies bedeutet aber keinen Gegensatz. Vom staatlichen Gesichtspunkt aus müssen sowohl die Genossenschaften als auch die Staatsgüter den gleichen Anforderungen der Gesellschaft entsprechen. Die genossenschaftliche Form verhindert die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte überhaupt nicht, man kann sogar oft feststellen, dass die Genossenschaften bessere Leistungen bringen, als die Staatsgüter.

Die Genossenschaften verfügen über besondere Lenkungs- und Selbstlenkungsformen, sie können die Aktivität und Initiative der Genossenschaftsmitglieder so verwenden, damit sie die Entwicklung der Produktivkräfte effektiv beeinflussen. Der Staat muss aber die Ansprüche der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bevorzugen. Die Arbeitsteilung wird weiterhin von der technisch-wissenschaftlichen Revolution beeinflusst. So ist also die Bedürfnis, wonach der Staat die Genossenschaftsverhältnisse entwickeln soll, vollkommen berechtigt. Dies wurde auf dem Plenum des ZK der KP der UdSSR hervorgehoben: " Das Finanzministerium und das Ministerium für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie müssen die Voraussetzungen schaffen, das Selbstverrechnungssystem der staatlichen Unternehmen einzuführen und zu diesem Zwecke müssen wirtschaftliche Mittel in Anspruch genommen

werden. /Pravda, 23. März 1976/.

Die Vervollkommnung der Lenkung ist eine Voraussetzung der weiteren Erfolge auch in der Landwirtschaft. Die Methode der systemhaften Annäherung, die Schaffung der Voraussetzungen für die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Fortschritte aufgrund der wissenschaftlichen Revolution, die Fachausbildung, die Steigerung der Spezialisierung und der Automatisierung bilden zusammen die Grundlage für die weiteren Entwicklungswege der Landwirtschaft, und dies kommt in der Perfektionierung des Lenkungssystems, der Realisierung der Genossenschaftsdemokratie zum Ausdruck.

Dr. Lajos SZABÓ  
Abteilungsleiter,  
Zentralrat der Konsumgenossenschaften  
/Budapest, Ungarn/

#### FRAGEN DER GENOSSENSCHAFTLICHEN LEITUNG IN DER PRAXIS DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Ich möchte dem Vortrag des Herrn Dr. Imre Molnár mit zwei Gedanken beitragen. Schon jetzt muss ich aber um ihre Nachsicht bitten, dass ich in meinem Diskussionsbeitrag in erster Linie auf meine, in der Praxis der Konsumgenossenschaften und nicht auf die in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erworbenen Erfahrungen hinweise. Es ist nämlich meine Überzeugung, dass die Erscheinungen, die sich in der Leitung der Genossenschaften beobachten lassen, in grossem und ganzen, unabhängig vom Typ und Art der Genossenschaft, identisch sind. So kann ich mit Recht hoffen, dass die meinerseits auf Grund der Erfahrungen der Konsumgenossenschaften zu ziehenden Folgerungen, auch für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gelten dürften.

Zunächst als erste Frage möchte ich darüber sprechen, welche Wirkungen die Erweiterung der Kompetenzen der gewählten Kollektivorgane /Delegiertenversammlung, Vorstand/ auf die Durchsetzung der genossenschaftlichen Demokratie zeitigte.

Aus dem Vortrag habe ich den Eindruck bekommen, als ob der Vortragende eine im Verhältnis zu dem früheren Zustand weitergehende Erweiterung der Kompetenzen der operativen Leitungsorgane nicht eindeutig befürworten würde. Wir können in der Frage Übereinstimmen, dass bei der Umgestaltung der Kompetenzen - so bei der Aus-

gestaltung der Befugnisse der Generalversammlung, als Organ mit breitester Mitgliedsbasis, die Errichtung irgendwelcher instanzmässigen und quantitativen Beschränkung als angebracht erscheint. Es wäre nämlich nicht richtig, wenn die wichtigsten Fragen der Tätigkeit der Genossenschaft aus der ausschliesslichen Kompetenz der Generalversammlung herausgeklammert würden. Es berührt den Kern der genossenschaftlichen Demokratie, dass in solchen Fragen die Generalversammlung entscheiden soll, als direktes Forum, welches die Meinung der Mitgliedschaft im grössten Umfang repräsentiert. Auch das ist nicht unwichtig, welche Fragen als solche erachtet werden, die als wichtigste Belange der Genossenschaft gelten sollten. Aus dieser Sicht dürften, meines Erachtens nach, die Eigenartigkeiten des Wirtschaftszweiges nicht unberücksichtigt bleiben. Ich meine aber, dass man in den Folgerungen unbedingt so weit bei jedem Genossenschaftszweig gehen sollte, wie weit die zweiglichen Rechtsvorschriften über die Konsumgenossenschaften bei der genossenschaftlichen Kodifikation von 1977 gelangt sind.

Ich möchte hoffen, dass es den grundsätzlichen Folgerungen des Vortragenden nicht widersprechen, - sowie weder der genossenschaftlichen Demokratie, noch den genossenschaftlichen Prinzipien zuwiderlaufen wird, wenn ich meine Ansicht derartig formuliere, dass ein weiterer Fortschritt auch in den Zweigen des Produktionstyp in der nächsten Zukunft auch als angebracht erscheint, d.h. man sollte den Kreis der Fragen neu regeln, welche zur ausschliesslichen Kompetenz der Generalversammlung gehören. Freilich sehe ich auch im Konsumbereich Möglichkeiten zur weiteren Einschränkung der ausschliessli-

chen Kompetenz der Generalversammlung, wobei ich keineswegs daran denke, dass nicht die Generalversammlung in den wichtigsten, die Existenz und Wirtschaft der Genossenschaft betreffenden Fragen entscheide. Solche Fragen sind die Konstituierung, die Annahme und Abänderung der Satzungen /des Statuts/, die Festlegung des mittelfristigen Plans, sowie die Fragen bezüglich der Fusion, Trennung, Umwandlung und Aufhebung der Genossenschaft. Es erscheint für mich so, dass sich die Kompetenzen des höchsten Forums, der Generalversammlung, binnen absehbarer Zeit auf die Entscheidung dieser Fragen beschränken werden.

Nach diesen Gedanken möchte ich die Folgerung ziehen, dass die Übergabe der Akzeptierung des Jahresplans und der Jahresbilanz in die Kompetenz der Delegiertenversammlung im Bereiche der Konsumgenossenschaften - auch in mehrerer Hinsicht günstige Wirkungen zeitigte. Wir haben sehr günstige Erfahrungen, weil die Modifizierung der Kompetenzregeln die fachliche Richtigkeit des Jahresplans und der Bilanz erhöht hat. Die Mitsprache der Mitglieder bei der Vorbereitung dieser Fragen wurde nicht verengt, sondern eher erweitert, somit wurde also die genossenschaftliche Demokratie verbessert, gleichzeitig wurden zwei wesentliche Fragen aus dem Kompetenzbereich der Generalversammlung ausgeklammert, bei welchen übrigens - angesichts der vielfältigen und zahlreichen staatlichen Vorschriften - die Entscheidungen der Generalversammlung sowieso fast als rein formell anzusehen waren.



Eine weitere Erklärung erfordert nur meine Aussprache über die Erweiterung der genossenschaftlichen Demokratie, denn so könnte für den oberflächlichen Betrachter als Widerspruch erscheinen, dass bei Aussonderung wichtiger Fragen aus der Kompetenz der Generalversammlung und ihrer Zuteilung zur Kompetenz der Delegiertenversammlung man über eine Ausweitung der Mitsprechnöglichkeiten der Mitglieder spricht. In Bezug auf diese Frage möchte ich mich darauf berufen, dass in den Konsumzweigen, wo die Generalversammlung über den Jahresplan und die Bilanz entscheidet, in der Vorbereitungsphase sowohl der Jahresplan, als auch das zuerwartende Bilanzergebnis an Mitgliederberatungen ausführlich erörtert wurden. An diesen Mitgliederberatungen sprechen sich die Genossenschaftsmitglieder in erster Linie über Fragen aus, die ihr eigenes Gebiet betreffen, sie machen Vorschläge in Fragen der Entwicklung der Gewinnaufteilung, ihres Schlüssels und Betrages, also hinsichtlich alljener Fragen, deren Entscheidung für die Mitgliedschaft von Belang sein könnte. Diese Meinungen und Vorschläge werden seitens des Vorstandes an der Delegiertenkonferenz ausführlich dargelegt, nötigenfalls werden die Delegierten die sie unmittelbar interessierenden Vorschläge durch Argumente bekräftigen, diese begründen. Auf dieser Grundlage wird erst dann die Entscheidung der Generalversammlung gefällt.

Ich bin sicher, dass meine Schlussfolgerung richtig ist; die Meinungsäusserung, die Vorbereitung der Entscheidungen, die Beschlussfassung und die Kontrolle

der Beschlüsse seitens der Mitglieder wurde im Bereich der Konsumgenossenschaften - im Verhältnis zu dem früheren Zustand - auf eine zuverlässigere, umfangreichere, in der Sache besser verankerte Basis verlegt.

Die zweite Frage, die ich im Zusammenhang mit der Leitungsarbeit, mit der kollektiven Leitung anschnelden möchte, berührt die Zusammensetzung der engeren Leitgremien. Auch ich bin im Klaren darüber, dass die restlose Verwirklichung unserer wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die Lösung der ökonomischen Aufgaben der Genossenschaft stets höhere Anforderungen stellt sowohl den Einmannleitern, als auch den Leitgremien gegenüber. Es ergibt sich also die Frage: ist es erforderlich, dass die Mitglieder der Leitungsgremien über irgendwelche fachliche Qualifikation oder Kenntnisse /z.B. auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, Rechnungswesen, Agrarwissenschaften, oder bei den Konsumgenossenschaften auf dem Gebiete des Warenumsatzes/ verfügen? Ich könnte die Frage auch so formulieren: ob ein Fachmann und ein über Fachkenntnisse nicht verfügendes Mitglied mit demselben Effekt an der Arbeit der genossenschaftlichen Leitungsgremien teilnehmen kann? Ich bejahe diese Frage ganz eindeutig.

Die Vorbereitung der Fragen, die den Leitungsgremien der Genossenschaft vorgelegt werden, erfolgt in der Regel durch Fachleute. Die Vorlage soll auch fachlich begründet so vorbereitet werden, dass ihre Gründe, ihre Übereinstimmung mit den staatlichen und politischen Beschlüssen eindeutig hervorgehe, dass die Hintergründe und Zusammenhänge der Vorlage auch für den Nichtfachmann

verständlich werde. Es lässt sich nur bejahen, wenn die Fachleute im Laufe der Vorbereitung eine Vorlage mit mehreren Variationen ausarbeiten, wobei auch die Gründe und die Interessen der Genossenschaft dargelegt werden. Freilich soll alldies so formuliert werden, dass nicht nur der Fachmann, sondern alle Mitglieder des Gremiums aus den Variationen jene gesetzliche und fachgerechte Lösung auswählen können, die am meisten den Interessen der Genossenschaft entspricht. Bei einer derartig gründlichen Vorbereitung ist es nicht zu befürchten, dass der mit speziellen Fachkenntnissen ausgerüstete Genossenschaftler in der vorgelegten Frage zu keiner Beschlussfassung zu kommen und sich zu entscheiden vermag, welche aus den Möglichkeiten zu wählen ist, ob der Vorschlag befürwortet oder abgelehnt werden soll.

Nach Annäherung dieser Frage möchte ich zu der Folgerung gelangen, dass eine derartige Beeinflussung der Zusammensetzung der Leitgremien, wonach die fachlichen Aspekte überaus hervorgehoben, die Fachkenntnisse sozusagen fetischisiert werden, damit das Gremium aus lauter Fachleuten bestehe, bei keinem der Genossenschaftstypen als angebracht erscheint. Meinem Standpunkt nach ist es kein Nachteil, sondern ausgesprochen ein Vorteil, wenn die leitenden Gremien auch weiterhin mit einer Besetzung gebildet werden, welche der territorialen Verteilung der Mitgliedschaft entspricht und zur Durchsetzung ihrer Schichteninteressen geeignet ist. Man dürfte also in keinem Zweige der genossen-

schaftlichen Bewegung solche Bestrebungen zulassen,  
dass bei Verdrängung der Interessen der Mitgliedschaft  
pure Expertengremien technokratischen Charakters ge-  
bildet werden.-

III. T E I L

RECHTSVERHÄLTNISSE DER MITGLIEDSCHAFT IN  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

Dr. József VERES

Professor

József Attila Universität

Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft

/Ungarn, Szeged/

NEUE ZÜGE IM MITGLIEDSCHAFTS-RECHTSVERHÄLTNIS  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSEN-  
SCHAFTEN

/Einleitender Vortrag/

Die Veranlassungen zu einer Themenwahl sind in der Regel objektive und subjektive. In vorliegendem Fall bildet den objektiven Teil jene Tatsache, dass die Analyse der internen Verhältnisse einer Produktionsgenossenschaft ohne Rücksicht auf das Mitgliedschaftsverhältnis als Grundverhältnis, ein Torso wäre; den subjektiven Teil bildet meine Überzeugung, dass sosehr das sozialistische genossenschaftliche Mitgliedschaftsverhältnis auch eine historische Kategorie darstellt, deren Absterbungsperiode - oder schöner ausgedrückt - der Zeitpunkt der Abschaffung bei uns noch nicht eingetreten ist. Demzufolge kann bei den neuen Zügen des Mitgliedschaftsverhältnisses, anstatt des Attributs "neu", auch das Attribut "andersartig" als Bezeichnung eingesetzt werden, denn im Vergleich mit den früheren, sind die neuen Züge mit der "Andersartigkeit" der heutigen und der zukünftigen Produktionsverhältnisse begründet.

Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse determiniert die Gestaltung der internen Verhältnisse sowohl bei den Unternehmen, als auch bei den Genossenschaften. Wenn man nun die heutigen Probleme

der Mitgliedschaftsverhältnisse der LPG behandelt, muss man aus drei - auch theoretisch bewiesenen - Thesen ausgehen:

- "die Genossenschaftsbauern nähern sich in Betracht ihrer gesellschaftlichen Lage, dem Charakter ihrer Arbeit nach, mit Rücksicht auf ihre Fachbildung, Lebensverhältnisse, Anschauung und ihrer materiellen und kulturellen Ansprüche der Arbeiterklasse an",
- "die sozialistische Demokratie ist ein organischer Teil der genossenschaftlichen Demokratie. Die Genossenschaftsmitglieder üben ihre Entscheidungs-, Lenkungs- und Kontrollrechte im Rahmen ihrer Autonomie aus".
- "...infolge der Gründung der Genossenschaften entsteht und entwickelt sich das genossenschaftliche Eigentum".<sup>1/</sup>

Die angeführten Thesen sind allbekannt, trotzdem hielt ich es notwendig diese zu wiederholen und zwar zwecks Aufrechterhaltung der eindeutigen und allverständlichen Formulierung der Kriterien des Charakters und der Funktion der Produktionsgenossenschaften.

Was für eine Rolle die ungarischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften während 30 Jahren /1949 - 1979/ auf Grund der planmässigen Entwicklung der Produktionskräfte bei der Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse bekleideten und welche Entwicklungsperioden ihre internen Verhältnisse durchliefen, wird heute nichtmehr umstritten. In Bezug der Beurteilung

des gesellschaftlichen Charakters der Produktionsgenossenschaften bestehen auch heute gewisse Anschauungsunterschiede, welche letzten Endes zu einer Diskussion über den "genossenschaftlichen Charakter" der Produktionsgenossenschaften führt.<sup>2</sup> Es ist weiterhin zu bemerken, dass diese Erscheinung nicht nur in der Rechtssphäre vorkommt, sondern auch im Gebiete der theoretischen Genossenschaftsforschung. Unlängst hatte der stellvertretende Generalsekretär der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und der Direktor des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen gemeinsam festgestellt, dass "obwohl die Stabilität und Konsequenz unserer Politik in jedem Dokument betont wird, entsteht trotzdem in gewissen Zeiträumen eine ungünstige Atmosphäre für die theoretische Genossenschaftsforschung. Immer wieder wird die Gleichberechtigung der staatlichen Unternehmen und der Genossenschaften ganz offen, oder auch verblümt verneint und diese Auffassung konnte bis heute nicht vollständig überwunden werden."<sup>3</sup> Gleichzeitig erhielt im Rahmen der genossenschaftstheoretischen Forschungen das Thema der theoretischen Probleme in Bezug des Zusammenhanges zwischen dem entwickelten Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung einen hervorgehobenen Rang, aus welchem Themenkreise - meiner Ansicht nach - die rechtswissenschaftliche Forschung ebenfalls nicht ausbleiben kann.

1. Nach diesen vorangehenden Bemerkungen ist die eigentliche Frage zu beantworten, nämlich das, ob das



Mitgliedschaftsverhältnis tatsächlich, neue Züge besitzt und zwar auf welcher Grundlage. Der erste Teil der Frage kann jedoch erst dann bejaht werden, wenn die im zweiten Teil angeführte bestimmende Grundlage exakt formuliert werden kann.

Ich gehe von jenem Grundsatz aus, laut welchem die innerlichen Veränderungen der inhaltlichen Elemente der Mitgliedschaftsverhältnisse in Produktionsgenossenschaften mit dem Entwicklungstakt der Produktionsverhältnisse der Produktionsgenossenschaften im Gleichschritt verlaufen sollen; die Innenverhältnisse der Unternehmen und Produktionsgenossenschaften - ebenso wie auch die, die Grundlage bildenden Eigentumsformen - nicht mittels einer Verschmelzung, sondern mittels inhaltlicher Erweiterung die vorhandenen Phasenverschiebungen zu überwinden haben; dass die höchstmögliche Synthese durch Selbsterlöschten erreicht wird und nicht durch Einverleibung des Anderen.<sup>4</sup>

Diese einleitenden Erörterungen abschliessend - auch mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit - möchte ich betonen, dass ich mich im Zusammenhang mit den diskutierten Problemen des Mitgliedschaftsverhältnisses, nur vom Gesichtspunkte der juridischen Beurteilung aus betrachtet, befassen möchte.

2. Eine Kernfrage des Genossenschafts-, Arbeits- und des "Unternehmensrechts" ist folgende: die progressive Regelung der internen Verhältnisse der Unternehmenskollektiven /Arbeiter/, bzw. der Genossenschaftskollektiven /Mitglieder/ und innerhalb dieser

die progressive Regelung der internen persönlichen Verhältnisse /Unternehmen und Genossenschaften/. Das Wesentliche der zubeantwortenden Frage ist also: auf welche Weise modifiziert sich - den objektiven Bedingungen entsprechend - das Mitgliedschafts- und das Arbeitsverhältnis; wie beeinflussen sich diese wechselseitig; in welchen Gebieten erscheint die Integration und wo ist die Differenzierung unentbehrlich.

a/ Was die erste Frage betrifft, nämlich wie sich das Arbeitsverhältnis bei Unternehmen und das Mitgliedsverhältnis - den objektiven Bedingungen entsprechend - modifiziert, wird die Beantwortung auf die Art und Weise der typischen Erscheinung der Wechselwirkungen gesucht.

Die nahezu zu einer klassischen Form versteinerten theoretischen Thesen des Arbeitsrechts wurden in der jüngsten Vergangenheit durch die Zeit, - genauer ausgedrückt durch die dringende und zwingende Wirklichkeit - keineswegs verschont. Eben darum - und dies ist kein Zufall - erschienen begründete Anforderungen seitens des Bürgerrechts, welche darauf hinwiesen, dass z.B.:

- das Arbeitsrecht und die organisatorische Struktur des Unternehmens nur die eine Seite der betriebsinneren Verhältnisse regelt, wobei die internen Verrechnungsverhältnisse ein juridisches "Niemandland" darstellen.<sup>5</sup>

- das Unternehmensrecht als sekundärer Rechtszweig vorstellbar ist, welcher die Existenz des Arbeits- und Genossenschaftsrechts nicht berührt.<sup>6</sup>

- Das derzeitige Arbeitsrecht könnte auch zu einem Unternehmensrecht fortentwickelt werden, in welchem den kollektiven Rechten und Verpflichtungen, weiterhin den bipersonalen Elementen des Arbeitsrechtes Platz eingeräumt werden kann.<sup>7</sup>

Ohne momentan die theoretischen und praktischen Fragen des nebeneinander oder der wechselseitig durchdringenden Existenz des Genossenschaftsrechts und des Unternehmensrechts zu erörtern, die das Teil- oder Gesamtrechtsverhältnis und den Zusammenhang mit Darlegungsdiskussionen zu berühren. /welches verfügt über mehr Traditionen in Geschichte und Politik, usw./,- steht die Tatsache fest, dass "sich für den Arbeiter als Mitglied einer Unternehmenskollektive ein gewisser und mittels Rechtsregel bestimmter "Status" heranbildete; das Verhältnis zu dem Unternehmen aus drei wesentlichen Elementen besteht, und zwar aus dem Verhältnis der Arbeitsverrichtung, der Verteilung und der Beteiligung an der organisativen, d.h. an der Leitungstätigkeit des Unternehmens."<sup>8</sup>

Die über die Beziehung und Einordnung der internen Verhältnisse des Unternehmens, über die kollektiven Arbeitsverhältnisse und die bipersonalen Arbeitsverhältnisse geführte theoretische Diskussion ist bis heute noch nicht beendet worden, dies übt sogar auch auf die Beurteilung der genossenschaftlichen Verhältnisse ihren Einfluss aus.

Die gesellschaftlichen und Produktionsverhältnisse der Produktionsgenossenschaften arstellenden Eigentums-, Verteilungs-, Personal- und Organisationsverhältnisse spiegeln sich in den genossenschaftlichen Rechtsverhältnissen /diese können noch erweitert werden/.

Heutzutage nehmen immer mehr und mehr Fachleute von dieser Gliederung Abstand, welche zwar vereinfacht, "trotzdem darin zum Ausdruck kommt, dass das Subjekt des produktionsgenossenschaftlichen Rechtsverhältnisses einerseits stets die Genossenschaft und andernteils das Mitglied bzw. die Familienangehörigen sind".

Diese Auffassungsart - schreibt László Nagy - "beschränkt nicht nur den Begriff des genossenschaftlichen Rechtsverhältnisses auf den Begriff des Mitgliedschaftsverhältnisses, sondern denkt unwillkürlich auch in Begriffen des Zivilrechtes: es gibt natürliche und Rechtspersonen." Dieser seiner Thesen entsprechend werden die genossenschaftlichen Rechtsverhältnisse horizontal in drei Gruppen eingereiht. Es gibt also:

- kollektiv funktionierende Rechtsverhältnisse,
- genossenschaftliche Rechtsverhältnisse von relative selbstständigen Einheiten, und
- bipersonale Mitgliedschaftsrechtverhältnisse.<sup>9</sup>

Wenn wir nun diese Gruppierung auf die Sprache des Unternehmensrechtes übersetzen, so erhalten wir die Kategorien der Innenverhältnisse der Genossenschaften, die kollektiven Rechtsverhältnisse und die Kategorie der bipersonalen Rechtsverhältnisse. Dies ist

selbstverständlich, im Genossenschaftsrecht kann man jedoch - und hier weichen sie von der ursprünglichen Konzeption ab - sich eine Relation zwischen dem Unternehmensrecht und dem Arbeitsrecht nur sehr schwer vorstellen. Darum wäre es besser - mit Beruf auf die von Weltner und Eörsi geführte Diskussion, welche inhaltliche Fragen anzeigende terminologische Bezeichnungen wie Arbeitsrecht oder Unternehmensrecht behandelt - anhand der erwähnten Konzeption über eine Dreiergruppe des Mitgliedschaftsverhältnisses zu sprechen. In den genossenschaftlichen, so auch in den produktionsgenossenschaftlichen Rechtsverhältnissen ist jeweils die Kollektive, eine Kleinkollektive oder das Mitglied der Genossenschaft anwesend: d.h. die Mitgliedschaft. Abgesehen von dieser terminologischen Frage betrachte ich als grundlegenden neuen Zug des Mitgliedschaftsverhältnisses, diese komplexe, inhaltlichen Charakter führenden Gruppen als eine, sich gegenseitig voraussetzende Einheit; auf diese Art werden die rechtlichen Beziehungen der internen Kontakte in den Genossenschaften klar und gut übersichtlich.

b/ Die zweite Frage: was für eine Wechselwirkung besteht zwischen dem Arbeitsverhältnis der Unternehmen und dem Mitgliedschaftsverhältnis, weiterhin ob diese Einflüsse das Mitgliedschaftsverhältnis bereichern? Im Inhalt des Rechtsverhältnisses der produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaft machen sich - infolge der Entwicklung - Verschiebungen des Schwerpunktes bemerkbar. Das Element des Arbeitsverhältnisses wird in

den Vordergrund gerückt, die Vermögensverhältnisse mancher Gruppen sind in den Hintergrund verdrängt. Gleichzeitig werden die Verteilungs- und Verwaltungselemente im Inhalt des Arbeitsrechtsverhältnisses der Unternehmen bereichert bzw. erweitert.

Voranehend möchte ich feststellen, dass ich unverändert - vielleicht sogar hartnäckig - bei meinem Standpunkt verharre, laut welchem im mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnis des Mitglieds und der Kollektiven der Produktionsgenossenschaften /der Tonfall liegt hier auf dem "produktionsgenossenschaftlichen"/ die Berechtigung und Verpflichtung zur regelmässigen Arbeitsverrichtung als inhaltliches Element fungiert und dass man über ein mitgliedschaftliches Arbeitsverhältnis nur theoretisch sprechen kann.

Es liegt fern von mir, dass ich jetzt und hier über die längst vergessene Differenzierung bzw. Integration des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses spreche, es scheint jedoch interessant zu sein, dass während die Anhänger des genossenschaftlichen Rechts bestenfalls von einem über relative Selbstständigkeit verfügenden partiellen Rechtsverhältnis innerhalb des einheitlichen mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses sprechen, solange versuchen die Vertreter des Unternehmensrechts dessen Daseinsberechtigung eben mit dem genossenschaftlichen Recht zu beweisen, indem sie behaupten "auch das genossenschaftliche Recht regelt gleichweise die Mitgliedschafts- und die Arbeits-

verhältnisse; diese ergeben zusammen die Eigentums-, Organisations-, Funktions- und Arbeitsverhältnisse der Kollektive."<sup>10</sup>

Nun möchte auch ich mich der Argumente des Unternehmensrechtes bedienen: ebenso, wie ein individueller Arbeitsvertrag den Arbeiter der Kollektive anschliesst, oder die Aufhebung des Arbeitsvertrags ihn aus der Kollektive ausschliesst, - wird ein genossenschaftliches Mitglied durch das Entstehen oder durch die Einstellung eines Mitgliedschaftsverhältnisses in die bereits vorerwähnte Dreiergruppe der Mitgliedschaftsrechtsverhältnisse eingesetzt, bzw. aus dieser disloziert. Und diese Behauptung erweist sich auch darum als richtig, nachdem die Arbeitsabkommen der Mitglieder ausschliesslich nur die verallgemeinerten Rechte und Verpflichtungen konkretisieren. Der Ausdruck "mitgliedschaftlich" bedeutet nämlich die Zusammenfassung verschiedener Bereiche auch dann, falls irgendein Element der einzelnen Rechtsverhältnisse der Mitgliedschaften entfallen sollte /z.B. aus dem Mitgliedschaftsverhältnis der Handelsgenossenschaften fehlt die Verpflichtung der regelmässigen Arbeitsverrichtung/.

Zweifelsohne sind auch derartige Ansichten bekannt, laut welchen die Existenz eines als Funktion eines mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses behandelten genossenschaftlichen Arbeitsrechtsverhältnisses als notwendig und in der Praxis als anwendbar betrachtet werden, wobei der Weg der ungarischen Entwicklung trotzdem in Richtung der inhaltlichen Erweiterung der Rechtsregeln des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses verläuft.<sup>11</sup>

Dieser verfolgte Weg zeigt mehrere genossenschaftsrechtliche und arbeitsrechtliche Probleme an. Diese Probleme können in zwei Gruppen eingeordnet werden. Die eine dieser Gruppen ist: die Umstellung des Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses zu einem Arbeitsrechtverhältnis; die andere Gruppe: das Eindringen der Rechtsregeln des Arbeitsrechts in das Rechtssystem der Genossenschaften. Die zur ersten Gruppe gehörenden Probleme sind noch mit der bereits erwähnten Frage verbunden, - die Probleme der zweiten Gruppe bilden eigentlich den Kern der nächsten Frage.

Die Auffassung des produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsverhältnisses als Arbeitsverhältnis offenbart sich erscheinende Ansicht sowohl im Gebiete der Theorie, als auch in der Praxis. Verursacht wird diese Ansicht entweder durch die Verneinung des Genossenschaftsrechtes oder dadurch, dass das Wesen des Mitgliedschaftsverhältnisses nicht erkannt wird, bzw. eine vereinfachende, praktische Anschauung.

Ganz anderen Ursprung hat jene Ansicht, welche das Mitgliedschaftsrechtverhältnis vom Gesichtspunkte des voll arbeitsfähigen und vollbeschäftigten "aktiven" Mitglieds aus betrachtet analysiert und den grundlegenden Inhalt des Mitgliedschaftsverhältnisses in der Vereinigung der menschlichen Arbeitskraft mit den in Form der gegebenen, im gesellschaftlichen /genossenschaftlichen/ Eigentum befindlichen Produktionsmitteln sieht; in den Mittelpunkt des genossenschaftlichen Verhältnisses das Arbeitsverhältnis stellt; das



Arbeitsverhältnis zu einem grundlegenden, bestimmenden inhaltlichen Element, zum Ziel und Wesen des Mitgliedschaftsverhältnisses erhebt.<sup>12.</sup>

Bis jetzt wurde diese Theorie noch keiner zusammenfassenden kritischen Analyse unterzogen, dazu haben wir auch hier keine Möglichkeit, nachdem diese Anschauung jedoch das Mitgliedschaftsverhältnis "von innen" einengt, muss man doch einige Worte über den Ausgangspunkt dieser These verlieren. Auch das muss man feststellen, dass der grundlegende Inhalt des derzeit schon als klassisch betrachtete bipersonalen Arbeitsverhältnisses nicht nur ausschliesslich durch die Verbindung der menschlichen Arbeitskraft mit den - in der gegebenen gesellschaftlichen Eigentumsform vorhandenen - Produktionsmitteln bestimmt wird. Abgesehen davon, existieren zahllose Formen der Verbindung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln, wobei die Betonung dieses Zusammenhangs nicht bloss objektive, sondern auch subjektive Elemente beinhaltet. Weiterhin sind die Fragen der Verbindung nur Bedingung und nicht Inhalt, die Fragen des "wie" und "weshalb" stehen nicht nur mit der Arbeitskraft, sondern auch mit deren Träger, dem Menschen in Zusammenhang.

Abgesehen von den abweichenden Ansichten sind die erwähnten Fragen so zu beantworten, dass auch mit Rücksicht auf die in der Praxis kontrollierbare innere Entwicklung des Mitgliedschaftsverhältnisses, die inhaltlichen Bewegungen des Arbeitsverhältnisses und des

Mitgliedschaftsverhältnisses eine bedeutende Wechselwirkung ausüben und dass als neuer Zug die Elastizität und die rasche Anpassung an den Fortschritt der Produktionsverhältnisse in Bezug des Mitgliedschaftsverhältnisses zu verzeichnen sind. Jener marxistische Satz, dass dieselben Menschen die ihre gesellschaftlichen Verhältnisse ihren materiellen Produktionstätigkeiten entsprechend heranzubilden, produzieren auch ihren gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend die Prinzipien und auch die Kategorien.<sup>13</sup> Die inhaltliche Elastizität des Mitgliedschaftsverhältnisses könnte noch weiter erhöht werden durch die Zurückhaltung des zentralen Regelsystems, durch Erkennung der die Änderungen des internen Regelsystems rasch registrierenden Eigenschaften und durch die Ermöglichung einer Erweiterung des Wirkungskreises.

c/ Unsere dritte Frage: in welchem Gebiet erscheint in der Verbindung des Genossenschaftsrechtes und des Arbeitsrechtes die Integration und wo ist die Differenziertheit unentbehrlich?

In der Fachliteratur erscheint immer häufiger die Ansicht, dass die Rechtsverhältnisse der Person im Rahmen der Kollektivverhältnisse zu regeln sind; gleichzeitig sind sowohl für die Kollektive, als auch für die Person den Inhalt des Rechtsverhältnisses bedeutende Rechte und Verpflichtungen genau zu bestimmen.

Ich bin überzeugt davon, dass sich der kennzeichnendste neue Zug des Rechtsverhältnisses in der Mit-

gliedschaft der Produktionsgenossenschaften darin offenbart, dass determiniert durch die den Charakter der Produktionsgenossenschaft widerspiegelnde kollektiven Verhältnisse, zunehmende mehr und mehr, schliesslich gleichgrosse persönliche Rechte und Verpflichtungen im Genossenschaftsrecht bestimmt werden, welche mit den Rechten und Verpflichtungen der in staatlichen Wirtschaftsorganisationen werktätigen Arbeitern übereinstimmen.

Als Anforderung erscheint also die Ausarbeitung des meinerseits als mitgliedschaftliche Rechtsverhältnisse betrachteten, seitens anderer als genossenschaftlich betrachteten Rechtsverhältnisse in Bezug ihres Inhalts, weiterhin die Erschliessung der Tendenz ihrer Wechselwirkungen. Die Betonung dieser Thesen ist nämlich unzureichend, sondern man muss diese der Reihe nach auf den Inhalt der Rechtsverhältnisse untersuchen, auf die effektive existierenden Inhalte. Ein gutes Beispiel liefert dafür die positive juristische Formulierung der Rechte und Pflichten der Arbeitsgemeinschaften als produktionsgenossenschaftliche Kleinkollektiven, oder die Festlegung des Interessenschutzes der Mitglieder in Produktionsgenossenschaften, - und die Anführung solcher Beispiele könnte man noch fortsetzen.

Ein viel schwierigeres Problem bildet der Grundsatz der Frage, nämlich die derzeitige und die zukünftige Regelung des Verhältnisses der differenzierten und der integrierten Regelung. Hier kämpfen drei

Theorien miteinander, manchmal, manchmal völlig entfremdet von der Wirklichkeit.

Nach der ersten Theorie gehören die auf die Arbeitsverrichtung der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften bezüglichen Regel zu dem Genossenschaftsrecht, diese Regel müssen jedoch die Grundsätze der Arbeitsrechtes berücksichtigen, so auch die Prinzipien des Arbeitsgesetzbuches. /Derzeitig zeigt sich auch hier ein Riss, denn hinsichtlich der industriellen Genossenschaften ist die Arbeitsverrichtung der Genossenschaftsmitglieder mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches und der aus dem Mitgliedsverhältnis entspringenden Eigenheiten zu regeln./<sup>14</sup>.

Das zweite Problem reicht weiter, als das erste, denn die ursprüngliche Ausnahme wird dann allgemein, wenn ein derartiger Anspruch angezeigt wird, dass die mit der Arbeitsverrichtung der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften /mitinbegriffen die Genossenschaften beider Typen/ zusammenhängenden Fragen zwar durch das Genossenschaftsrecht, bei Berücksichtigung des aus den Eigenheiten des Mitgliedschaftsrechtes entstehenden, jedoch gemäss den Verfügungen des Arbeitsrechtes entsprechend zu regeln sind. Demnach bekleidet das Genossenschaftsrecht - im Verhältnis zu dem Arbeitsrecht - nur die Rolle des Kompillators.

Und letzten Endes ist heute der Gedanke an eine einheitliche Regelung der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse wieder an der Tagesordnung /in den Jahren

um 1950 war dies bereits der Fall/, welcher jetzt in der Anforderung zum Ausdruck kommt, dass ein auf einheitlicher Grundlage beruhendes, auch in seinen Einzelheiten einheitliches System der zusammengefassten Rechtsregeln im Gebiete der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse grundlegender Bedeutung zu bilden ist, wobei selbstverständlich auch das Mitgliedschaftsverhältnis mitinbegriffen ist.<sup>15</sup>

Die heutige Kodifikation des Arbeitsrechtes nimmt den an zweiter Stelle erwähnten Standpunkt ein. So wird bei uns in der Zukunft die Arbeit der Genossenschaftsmitglieder, d.h. der grundlegende Inhalt des mitgliederschaftlichen Rechtsverhältnisses wird zwar durch das Genossenschaftsgesetz und die Rechtsregeln der Zweige geregelt, jedoch im Sinne der Arbeitsrechtsregeln. Der motivierende Faktor ist: "die aus dem Mitgliedschaftsverhältnis entstehenden Eigenartigkeiten".

Darüber möchte ich jetzt gar nicht sprechen, dass der vorerwähnte Ausdruck nur in seiner Dreifachheit akzeptierbar ist, aber für die differenzierte Regelung ist trotzdem dieser Ausdruck die Garantie. Genauer, die externe Garantie, nachdem die Typen der Genossenschaften selbst ebenfalls Differenzierungsfaktoren darstellen.

Die Art der differenzierten Regelung ist jedoch auch eine der Kernfragen des Arbeitsrechts/ Andor WELTNER/.

Das Dilemma liegt meiner Ansicht nach darin, dass das Arbeitsrecht heute bestrebt ist eine Integration herbeizuführen, welche in dem Anspruch einer Einverleibung und Umfassung sämtlicher Kategorien der Arbeitsverhältnisse zum Ausdruck kommt. In diesem Sinne wird auch der Anspruch erhoben, ein inhaltliches Element des mitgliederschaftlichen Rechtsverhältnisses der Produktionsgenossenschaften zu regeln. Ein derartiger Integrationsanspruch hat - meiner Ansicht nach - einen reellen, akzeptablen Kern, und zwar die Notwendigkeit einer auf einheitlichen Prinzipien beruhenden Regelung der mit der Arbeit des werktätigen Menschen verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen, den Schutz des arbeitenden und schaffenden Menschen. Wie kann sich nun diese Bestrebung als positives Recht offenbaren. Beispielsweise durch eine generell vereinheitlichte Regelung der Arbeitsverrichtung, Arbeitszeit und Freizeit, soziale und kulturelle Dienstleistungen, Entlohnung, Gesundheitsschutz und Unfallverhütung, Schutz der arbeitenden Frauen und Jugendschutz. Ein derartig integriertes Regelsystem ist ohne Zweifel geeignet eine positive Bewegung der Produktionsverhältnisse maximalerweise zu fördern und zu beschleunigen.

Demgegenüber, wenn man das Arbeitsrecht im Zusammenhang mit dem Unternehmensrecht prüft, so ist das Normsystem des Arbeitsrechtes zuerst vom Gesichtspunkte des die internen Verhältnisse des Unternehmens regelnden Normsystem als zu prüfen. Wenn man nun das Arbeitsverhältnis nicht bloss als bipersonales Rechtsverhältnis, sondern auch als Verhältnis der Kollektive

betrachtet und ein solches Arbeitsverhältnis mit den inneren Verhältnissen des Unternehmens verbindet, so wird es offensichtlich, dass die Regelung des Arbeitsverhältnisses ein Janusangesicht führt, d.h.:

- die Arbeitsverrichtung hat gemeinsame grundlegende Regeln und
- in die Gesamtheit der internen Verhältnisse eingesetzte spezielle Regeln.

Das Dilemma kann also nur dann und so gelöst werden, wenn bei genauer Formulierung der mit der Arbeit zusammenhängenden allgemeinen /integrierten/ Regeln der gesellschaftlichen Verhältnisse, auch im System der internen Verhältnisse des Unternehmens eine differenzierte Regelung der innerhalb des Unternehmens verrichteten Arbeit, - im System der inneren Verhältnisse der Genossenschaft /Mitgliedschaftsverhältnisse/ sich die differenzierte Regelung der innerhalb der Genossenschaft verrichteten Arbeit herauskristallisiert.

3. Die Wirtschaftsmethoden moderner Produktionsgenossenschaften und die Formen der Kooperation üben auch auf das Mitgliedschaftsverhältnis ihre Wirkung aus. Diese Wirkung erscheint zum Teile in der Änderung des Inhalts der Rechtsverhältnisse und zum Andren in der Umschaltung beider Rechtsverhältnisse. Zum Beispiel: die Arbeiter eines durch mehrere Produktionsgenossenschaften gegründeten gemeinsamen Unternehmens sind nicht Subjekte eines mitgliedschaftlichen, sondern eines Arbeitsverhältnisses. Man muss also alljene wirtschaftlichen Kooperationsformen der Reihe nach prüfen, welche

auf das mitgliedschaftliche Rechtsverhältnis eine Wirkung ausüben; schliesslich sind auch jene Umstände zu untersuchen, welche ein mitgliedschaftliches Rechtsverhältnis zu einem Arbeitsrechtsverhältnis umgestalten, bzw. alljene welche diese Umwandlung notwendigerweise erfordern.

Es ist ein allgemein akzeptierter Satz, dass die verschiedenen Vereinigungen dem Fortschritt des genossenschaftlichen Vermögens, der Erreichung eines höheren Grades der sozialisierten Arbeit und Produktion dienen.<sup>16</sup> Es ist allbekannt, dass gemäss der im Jahre 1978 erschienenen Verordnung mit Gesetzeskraft staatliche Unternehmen, Genossenschaften und sonstige Wirtschaftsorganisationen mittels Vereinigungsverträgen über juristische Persönlichkeit verfügende und solche entbehrende wirtschaftliche Vereinigungen erzeugen können.<sup>17</sup> Die Anregung und die Verbreitung der grossbetrieblichen Produktion wurde und wird gemeinsam durch die gemeinsame Anregung der Staatsgüter und der Genossenschaften eingeleitet. Diese Produktionssysteme sind in erster Linie horizontale, identische landwirtschaftliche Tätigkeiten vereinigende Beziehungen, deren landwirtschaftliche Tätigkeiten vereinigenden Ziele und auch über die Rechtsregeln der landwirtschaftlichen Produktionsregelsysteme.<sup>18</sup> Schliesslich sind auch die, die vertikale Integration der landwirtschaftlichen Vereinigungen fördernden landwirtschaftlichen Vereinigungen bedeutende Komponenten des ungarischen Mooperationsystems.<sup>19</sup>



Die Kooperationsmöglichkeiten sind vielleicht übermäßig vielfältige, verursachen jedoch im Gebiete des Rechtes erscheinende Probleme. Jetzt möchte ich mich nur mit einer einzigen Frage, in zweierlei Beziehungen befassen.

a/ Die eine Seite der Frage betrifft, was für Kooperationsformen existieren, welche auf das Mitgliedschaftsverhältnis eine Wirkung ausüben. Die Antwort sollte eigentlich so lauten, dass alle Kooperationsformen eine Wirkung ausüben auf das Mitgliedschaftsverhältnis, und zwar auf die Vermögens- und Organisationselemente. Trotzdem muss man unterscheiden zwischen den verschiedenen Formen umfassenden Wirtschaftsgesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit und den speziell geregelten Produktionssystemen, landwirtschaftlichen und industriellen Vereinigungen bzw. über juristische Persönlichkeit verfügenden, in der Form von Wirtschaftsvereinigungen erscheinenden gemeinsamen Unternehmen, Depositen- oder Kommanditgesellschaften.

Die zur ersten Gruppe gehörenden Formen erweitern den Inhalt des Mitgliedschaftsverhältnisses in Produktionsgenossenschaften dadurch, dass die Unternehmungen der Produktionsgenossenschaften notwendigerweise auch auf die Rechte und Verpflichtungen der Kollektive und deren Mitglieder ihre Wirkung ausüben.

Die zur zweiten Gruppe gehörenden Formen üben scheinbar auf das Mitgliedschaftsverhältnis keinen Einfluss aus, nachdem diese in der Regel durch Produktionsgenossenschaften, staatliche Wirtschaftsorganisationen

gegründete selbstständige Rechtspersonen sind, welche über eine eigene Arbeiterbelegschaft verfügen. Bei den früheren gemeinsamen genossenschaftlichen Unternehmungen konnten auch die Arbeiter der Mitgliedgenossenschaft auf Grund ihres Mitgliedsverhältnisses Arbeit verrichten. Heute darf das Genossenschaftsmitglied bei Wirtschaftsvereinigungen nur bei Berücksichtigung der auf provisorische Arbeitsaufträge bezüglichen Bestimmungen beschäftigt werden und nur Mitglieder von Industrie-Genossenschaften können zur Arbeitsverrichtung aufgefordert werden.<sup>20</sup> Ansonsten sind in Bezug der Rechte und Verpflichtungen der Werkstätten in Wirtschaftsvereinigungen die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches und der betreffenden Rechtsregeln gültig.

Es wird jedoch nicht umstritten, dass sich der Inhalt des Mitgliedschaftsverhältnisses folgenderweise offenbart:

- in der Zustimmung zur Gründung einer Wirtschaftsvereinigung,
- in der Absicht des Zutritts zu einer bereits existierenden Wirtschaftsvereinigung und
- in der Verfassung von den Austritt und die Vereinigung betreffenden Entscheidungen, welche das Vermögen der Genossenschaft wesentlich betreffen.

Die Wirkung selbst kann im Gebiete des Eigentums, der Verteilung und Verwaltung abgemessen werden. Ohne von der Wirklichkeit abzuweichen, muss man doch - in Kenntnis der Tatsachen - einsehen, dass wirtschaftliche

Vereinigungen keine staatlichen Unternehmen und auch keine Produktionsgenossenschaften sind. Diese Wirtschaftsorganisationen vereinigen einestails staatliches und genossenschaftliches Eigentum über Rechtspersonen, andernseits - um mich wieder mit der ausgeliehenen und bereits erwähnten Formulierung zu bedienen - wird die menschliche Arbeitskraft nicht mit einer, sondern mit zwei Formen der staatliches Eigentum bildenden Produktionsmitteln verbunden, welche als gesellschaftliches Eigentum erscheinen.

b/ Die andere Seite des Problems ist die Möglichkeit einer Umstellung des Mitgliedschaftsverhältnisses. Aus den bisherigen Erörterungen geht hervor, dass die inneren Verhältnisse einer Wirtschaftsvereinigung nicht nur durch das Genossenschaftsrecht oder durch das Unternehmensrecht gekennzeichnet werden. Demzufolge ist ein System der Rechtsverhältnisse zu gestalten, welches die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsvereinigungen richtig widerspiegelt und in welchem auch das Vereinigungs-Arbeitsverhältnis seinen Platz fordert: mit Rücksicht auf die aus dem Gesellschaftsverhältnis entstammende Eigenheiten.

Sowie man die Rechtsstellung des Personalstandes der staatlichen Unternehmen und der Produktionsgenossenschaften ausarbeiten kann, ebenso kann man Rechte und Verpflichtungen des Personalstandes der Wirtschaftsvereinigungen - d.h. für deren Kollektiven und Kleinkollektiven - weiterhin die Äusserungen der Betriebsdemokratie genau formulieren. Dies umsomehr,

nachdem die kategorische Rechtsregelung derzeit noch Ankündigungsformig ist und nur den Anspruch zum Ausdruck bringt, dass in den Organisations- und Betriebsstatuten der gegebenen Wirtschaftsvereinigung die Instanzen der Betriebsdemokratie, die Ordnung, Bildung dieser Instanzen, ihren Wirkungskreis und die grundlegenden Regeln ihres Verfahrens zu bestimmen sind.

4. Wir stehen also dem System der selbstständigen, jedoch gegenseitige Wechselwirkungen ausübenden inneren Verhältnisse der staatlichen Unternehmen, der Produktionsgenossenschaften und der Wirtschaftsvereinigungen gegenüber. Teile dieses Systems sind die Arbeiter staatlichen Unternehmen und Vereinigungen, die Genossenschaftsmitglieder und deren Arbeits- bzw. Mitgliedsverhältnisse

Infolge des Fortschritts der Produktionsverhältnisse erscheinen zwangsläufig bei allen drei Gesellschaftsgruppen und Gruppen der Rechtsverhältnisse neue Züge. Diese neuartigen Züge erscheinen nicht nur in dem meinerseits bereits erwähnten Gebiete der Arbeitsverrichtung, sondern auch in sonstigen Gebieten und üben Einfluss aufeinander aus. Das Mitgliedschaftsverhältnis der Produktionsgenossenschaften ist nicht mehr dasselbe, wie vor 20 Jahren. Das Mitgliedschaftsverhältnis der Zukunft wird jedenfalls inhaltsreicher sein als das heutige, und dies ist der Fall auch in Bezug der Arbeitsverhältnisse der staatlichen Unternehmen.

Ich war bemüht mit der Überexponierung der - wenn auch nicht ganz neuen, aber andersartigen - Züge des produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsverhältnisse eben auf die objektiven gesellschaftlichen, Produktionsprozesse bestimmende - nicht uniformisierende, verschmelzende, sondern auf die den Inhalt erweiternden Charaktere hinzuweisen.-

## L i t e r a t u r

1. XI. Kongress der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Parteiprogramm Seite 200-203.
2. Siehe ausführlich bei Dr. Lajos Tóth: "Gesellschaftliche Charakter der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften". Der Autor reiht die verschiedenen Ansichten in zwei Gruppen ein und stellt fest: "in die eine Gruppe können jene Ansichten eingeordnet werden, laut welchen die Differenzen zwischen den inneren Verhältnissen der Genossenschaften bzw. Staatsunternehmen derzeitig vom juristischen Standpunkt aus bereits irrelevant sind; demgegenüber gehören zur anderen Gruppe jene, laut welchen die Unterschiede wesentlich sind und dass deren verschmelzung die dynamische Entwicklung der Genossenschaften behindert".  
Jogtudományi Közlöny, 1979. Heft 9 S. 568-569.
3. Gyenes Antal - Köpeczi Béla : Genossenschaftliche Forschung und Unterricht: Berechnung".  
Közgazdasági Szemle, 1979. Nr. 6. S. 668.
4. Veres József: "Arbeitsverhältnis der Mitglieder in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Ungarn" /Kandidatursdissertation, Szeged, 1967. S.26.
5. Eörsi Gyula: "Komparatives Bürgerrecht" Akadémiai Verlag, Budapest, 1975. S. 95.
6. Sárközy Tamás: "Zu den rechtswissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Unternehmenstheorie" Inauguraldissertation. Budapest, 1978. S.6.

7. EÖRSI Gyula: "Gliederung von Recht - Wirtschaft - Rechtssystem". AkademieVerlag, Budapest, 1977. S. 132-134.
8. Andor WELTNER: "Arbeitsrecht und Unternehmensgesetz". Jogtudományi Közlöny 1978. Nr.8. S. 453-460.  
"Zusammenhang der Betriebsdemokratie mit dem gesellschaftlichen Eigentum, Organisation des Unternehmens und dem kollektiven Rechtsverhältnis". Gazdaság és Jogtudomány, VIII. Heft 3-4. 1974. S. 390-391.
9. László NAGY: Kernprobleme des Genossenschaftsrechts. AkademieVerlag, Budapest 1977. S. 149-152.
10. EÖRSI: Siehe Seite 125-130.
11. Ferenc ERDEI: "Theoretische Probleme der Genossenschaften". Társadalmi Szemle 1967. Nr.2 S. 36.
12. István HEGEDŰS: "Über die Harmonie des gesellschaftlichen Inhalt des Mitgliedschaftsverhältnisses in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und dem System der Rechtsregeln" Jogtudományi Közlöny 1976. Nr. 9. S. 493-501.
13. MÉM 1959. Band 4. S. 125.
14. Arbeitsgesetzbuch § 7 1-2.
15. István HEGEDŰS: Thesen im Zusammenhang mit der Modifizierung des Arbeitsgesetzbuches unterbreiteten Kodifizierungsvorschlags"  
Budapest, 1979. Manuscript.

16. János GYENIS: "Geltendmachung der leninistischen Genossenschaftsprinzipien in der sozialistischen Genossenschaftsbewegung".  
Közgazdasági Szemle 1978. Nr. 2. S.138.
17. Verordnung Nr. 4, 1978. über die Wirtschaftsvereinigungen.
18. MÉM Verordnung Nr. 29/1979 /15. VI./ über die Produktionssysteme.
19. Verordnungen 2011/1976. /22.IV MT; 14/1976 /19.VI./  
PM-MÚM über Regelung des Einkommens der agrarindustriellen Vereinigungen und die Regeln des Arbeitswesens.
20. Verordnung N3.12/1978. /5.IX./ MÚM über die Probleme des Arbeitswesens bei Wirtschaftsvereinigungen.



Dr. sc. Richard HÄHNERT  
Professor  
Karl Marx Universität, Sektion Rechtswissenschaft  
/DDR Leipzig/

PROBLEME DER RECHTLICHEN REGELUNG DER MITGLIEDSCHAFT IM  
LPG-RECHT DER DDR

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, unseren Gastgebern, dem Lehrstuhl für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht der Attila-Joszef-Universität Szeged, der Genossenschaftsabteilung der Vereinigung Ungarischer Juristen und dem Präsidium des Landesrates der Produktionsgenossenschaften Ungarns herzlich für die Einladung zu danken, an dieser bedeutungsvollen internationalen Konferenz teilzunehmen. Unsere Zusammenkunft und freundschaftliche Diskussion setzt eine seit vielen Jahren in den Ländern unserer Staatengemeinschaft bestehende Tradition fort: ausgehend von den gemeinschaftlichen Grundinteressen gemeinsam interessierende juristische Probleme des LPG-Rechts und angrenzender Rechtszweige zu beraten. Dies geschieht sowohl auf der Ebene der Akademien wie der Universitäten und Hochschulen unserer Länder. Wertvolle Anregungen sind von diesen Konferenzen für die Forschungsarbeit, die Publikationstätigkeit und die Ausbildung der studierenden Jugend ausgegangen, und ich bin sicher, dass auch diese Konferenz solche nützlichen Auswirkungen haben wird.

In unserer Diskussion gehen wir von gemeinsamen Zielstellungen aus, die der Landwirtschaft in unseren Ländern gestellt sind, nämlich den erforderlichen Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen durch die Intensivierung der Agrarproduktion auf der Grundlage der zwischenbetrieblichen Kooperation und Integration von Landwirtschaft und Industrie. Der Übergang zu industriemässigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft erfordert vielfältige Veränderungen des LPG-Rechts, insbesondere auch im

Hinblick auf das grundlegende Rechtsverhältnis, die Mitgliedschaft. Ich möchte in Anlehnung an die von Dekan Veres gemachten Ausführungen dazu sprechen, wie im LPG-Recht der DDR die Mitgliedschaft unter den Bedingungen der Intensivierung der Agrarproduktion in den jüngsten Gesetzgebungsakten ausgestaltet worden ist. Dabei möchte ich von folgenden Prämissen ausgehen:

1. Solange das genossenschaftliche Eigentum und damit die Klasse der Genossenschaftsbauern existieren, besteht notwendigerweise das Rechtsinstitut der Mitgliedschaft; es ist Ausdruck der Rechtsstellung der Genossenschaftsbauern in der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft und erfasst insbesondere die Beziehungen der Mitglieder untereinander, zur LPG sowie zu den zwischenbetrieblichen kooperativen Organisationen;
2. Da die Mitgliedschaft Ausdruck der genossenschaftlichen Produktionsweise ist, verändert sich der rechtliche Inhalt der Mitgliedschaft entsprechend den Erfordernissen, die von den Veränderungen in der genossenschaftlichen Produktionsweise hervorgerufen werden. Die Intensivierung der Agrarproduktion, die damit verbundene Kooperation zwischen Landwirtschaftsbetrieben, heben die Begrenzung der Mitgliedschaft auf die einzelne LPG auf. Mit der Einführung industriemässiger Produktionsmethoden kommt es ferner zu einer Annäherung der Klasse der Genossenschaftsbauern an die Arbeiterklasse, was zur Folge hat, dass Rechte und Pflichten der Arbeiter in die Regelung der Mitgliedschaft einfließen.
3. Die Elemente der Mitgliedschaft als komplexes Rechtsverhältnis - Arbeits-, Leitungs- und Vermögensverhältnisse - verändern sich in ihrem Wirkungsgrad in dem Mass, in dem die LPG allmählich zu industriemässigen Methoden der Produktion übergeht. Für die Verhältnisse in der DDR ist charakteris-

ti tisch, dass die Vermögensbeziehungen, die durch die Vergesellschaftung des Privateigentums der Bauern entstanden waren, zurücktreten, ohne allerdings ihre Bedeutung gänzlich verloren zu haben. Andere Vermögensbeziehungen, insbesondere die, die mit der persönlichen Hauswirtschaft zusammenhängen, nehmen hingegen an Bedeutung zu.

Die in der DDR 1977 in kraft getretenen Musterstatuten für die LPG Pflanzenproduktion und LPG Tierproduktion gehen von dem bekannten Rechtsgrundsatz aus, dass die Mitgliedschaft ein auf Dauer, also grundsätzlich auf Lebenszeit begründetes Rechtsverhältnis ist. Über die Aufnahme entscheidet nach wie vor ausschliesslich die Vollversammlung. In bezug auf die Beendigung der Mitgliedschaft gehen die Musterstatuten der DDR von der Überlegung aus, dass die Beendigung im allgemeinen nur im wege einer gegenseitigen Übereinkunft zwischen Genossenschaftsbauern und LPG möglich ist. Folgende Tatbestände sind in den Musterstatuten der DDR neu geschaffen worden: Nimmt ein Genossenschaftsbauer eine Tätigkeit in einem anderen Betrieb der Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft auf, kann dies auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Vorstand erfolgen. Ist der neue Betrieb eine LPG, wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen beiden Genossenschaften und dem Mitglied durch Aufnahmebeschluss der Vollversammlung die Mitgliedschaft auf die neue LPH übertragen. In diesen Fällen sprechen die Musterstatuten der DDR von der "Fortsetzung der Mitgliedschaft", im Unterschied zur Neuaufnahme. Hat ein Genossenschaftsbauer die Absicht, aus gesellschaftlich gerechtfertigten Gründen eine berufliche Tätigkeit ausserhalb der Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft aufzunehmen, kann die Mitgliedschaft durch eine zweiseitige Vereinbarung zwischen Vorstand und Mitglied beendet werden. Die Vollversammlung ist nicht berechtigt, diese Vereinbarung aufzuheben. Die Praxis zeigt, dass die Aufhebung der Mitgliedschaft durch

diese Vereinbarungen - die sich offensichtlich an die gut geeigneter Weg ist, alle mit dem Ausscheiden aus einer LPG entstehenden Fragen zu klären. Weitaus die meisten Beendigungen der Mitgliedschaft geschehen in Gestalt dieser Vereinbarungen. Kommt eine Vereinbarung mit dem Vorstand nicht zustande, hat der Genossenschaftsbauer das Recht, einen Antrag auf Austritt an die Vollversammlung zu stellen, über den innerhalb von 4 Monaten zu entscheiden ist. Die Vertiefung der Kooperationsbeziehungen bringt es mit sich, dass Genossenschaftsbauern ständig oder vorübergehend in anderen Betrieben der Landwirtschaft, aber auch anderer Volkswirtschaftszweige tätig sind. In der DDR ist es unter den Bedingungen der arbeitsteiligen Zusammenarbeit zwischen Pflanzen- und Tierproduktionsbetrieben z. B. notwendig, dass Mitglieder der LPG Pflanzenproduktion in den Wintermonaten in LPG oder VEG Tierproduktion arbeiten. Hierfür und für andere Fälle haben die Musterstatuten das Rechtsinstitut der "Delegierung" entwickelt und festgelegt, dass Genossenschaftsbauern, die in andere LPG, VEG, kooperative Einrichtungen usw. delegiert werden, durch diese Tätigkeit gegenüber der eigenen LPG ihre Arbeitspflicht erfüllen. Die Delegierung kommt durch schriftliche Vereinbarung zwischen Vorstand der LPG, Genossenschaftsbauern und anderen Betrieben zustande. Die Delegierten behalten gegenüber ihren LPG den Anspruch auf Land zur persönlichen Nutzung, auf die persönliche Tierhaltung und auf Bodenanteile entsprechend den Beschlüssen der Vollversammlung.

Die von Kollegen Veres in seinem Referat begründete These, dass Rechte und Pflichten der Arbeiter zunehmend in das LPG-Recht einfließen, bestätigt sich aus der Sicht des LPH-Rechts der DDR in vollem Umfang. Auch bei der Gestaltung der Arbeits- und Sozialverhältnisse zeigt sich z. B. dieser Einfluss. So ist festgelegt, dass die Vollversammlung die Grundsätze der leistungsgerechten Vergütung und Prämierung

für die Genossenschaftsbauern unter Berücksichtigung gesellschaftlich gerechtfertigter Relationen zur Entlohnung der Arbeiter für gleiche Leistungen beschliesst.

Verursachen Genossenschaftsbauern der LPG schuldhaft einen Schaden, sind die für Arbeiter geltenden Rechtsvorschriften für Genossenschaftsbauern bei der Festlegung des Umfangs der Schadensersatzpflicht entsprechend zu berücksichtigen.

In nicht wenigen Fällen, vor allem auf sozialpolitischem Gebiet, gelten für Genossenschaftsbauern gleiche Rechte wie für Arbeiter. Beispiele hierfür sind die Vorschriften zum Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz, zur sozialen Sicherstellung bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit, Arbeitsunfall oder Quarantäne sowie zur Regelung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter und vollbeschäftigte Mütter mit 2 oder mehr Kindern. In anderen Fällen ist die LPG verpflichtet, nach Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen in Anlehnung an die für Arbeiter geltenden Rechtsvorschriften entsprechende Festlegungen zu treffen. Dies gilt z. B. für die Gewährung von vergütetem Grundurlaub, die Gewährung von Zuschlägen für Nachtarbeit usw.

Die Übernahme arbeitsrechtlicher Vorschriften durch das LPG-Recht beruht auf der weiteren Vergesellschaftung des genossenschaftlichen Eigentums und entspricht der Tatsache, dass das Volkseigentum und das genossenschaftliche Eigentum einen qualitativ einheitlichen sozialistischen Charakter haben. Gleichzeitig muss jedoch betont werden, dass die Aufnahme dieser Rechte und Pflichten in das LPG-Recht nicht willkürlich beschleunigt werden darf und auch in Zukunft die durch das genossenschaftliche Eigentum hervorgerufenen spezifischen Merkmale der Rechtsstellung der Genossenschaftsbauern bestehen bleiben werden.

JUDr. Juraj KOLESAR  
Professor  
J.A. Komensky Universität,  
Fakultät für Rechtswissenschaft  
/CSSR, Bratislava/

## ARBEITSVERHÄLTNISSE DER MITGLIEDER DER EINHEITLICHEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN

I. Entstehung der Arbeitsverhältnisse mit den einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften

1. Die Einheitliche Landwirtschaftliche Genossenschaft /ELG/ ist die freiwillige Vereinigung von den arbeitenden Bauern und anderen Werktätigen für die gemeinsame Verrichtung der grossbetrieblichen sozialistischen landwirtschaftlichen Produktion. Die ELG ist eine Volksgenossenschaft und zugleich eine freiwillige, gesellschaftliche Organisation.<sup>1</sup>

Im Unterschied zu den Genossenschaften der kapitalistischen Gesellschaft ist die Volksgenossenschaft durch den spezifischen Zug charakterisierbar, dass die Mitglieder mit ihrer Arbeit in der kollektiven Wirtschaft der Genossenschaften persönlich teilnehmen. Deshalb zählt also der persönliche Arbeitsanteil in der kollektiven Wirtschaft der Genossenschaft zu den Grundrechten und Pflichten der Mitglieder der ELG. Die Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechts betonen den persönlichen Arbeitsanteil der Mitglieder der ELG in der Genossenschaft, da dieses Moment einerseits als Mitgliedschaftsrecht, andererseits als Pflicht des Mitgliedes angesehen wird.

Die Normen widerspiegeln die Tatsache, dass das Recht auf Arbeit in der Genossenschaft und auf Arbeitslohn für die Genossenschaftsmitglieder garantiert wird. Der Arbeitslohn muss der Quantität, Qualität und gesellschaftlicher Bedeutung der Arbeit angemessen sein, weiterhin aber muss von den wirtschaftlichen Ergebnissen der Genossenschaft abhängen. Zugleich wird dem Mitglied zu Pflichten gemacht, dass es gemäss seiner Kraft und Bildung, seines Wissens persönlich in der Genossenschaft tätig sein soll, solange, bis es daran durch seinen Gesundheitszustand, Alter oder sonstige andere kennbare Gründe nicht verhindert wird. Das Mitglied muss während seiner Arbeit in der ELG die Verordnungen seiner Vorgesetzten durchführen, es muss die Vorschriften bezüglich der von ihm verrichteten Arbeit einhalten und es muss die Prinzipien der genossenschaftlichen Zusammenarbeit vor Augen behalten.

Aus den Thesen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes ergibt sich die Tatsache, dass das Recht auf die Arbeit in der Genossenschaft und die persönlichen Arbeitspflichten untrennbare Bestandteile der ELG-Mitgliedschaft darstellen.

2/ Die Theorie des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes und die praktische Tätigkeit der ELG gehen von der Tat aus, dass die Mitgliedschaft in der ELG ein komplexes Rechtsverhältnis bildet, dessen Bestandteile die folgenden sind: Vermögensverhältnisse, Bodenverhältnisse, Teilnahme in der Direktion und Leitung der ELG, und /heutzutage/ vor allem die Arbeitsverhältnisse.

Die ELC-Mitgliedschaft ist das wichtigste Rechtsfaktum vom Gesichtspunkt der Herstellung von Rechtsverhältnissen mit der ELG aus. Die Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder bilden den bedeutendsten Bestandteil der Mitgliedschaftsverhältnisse. Die Herstellung der Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder beruht nicht darauf, ob das ELG-Mitglied eine besondere Vereinbarung schliesst oder nicht, /wie dies der Fall von Personen im Arbeitsverhältnis ist/, sondern sie folgt aus dem Mitgliedschaftsverhältnis der ELG, aus den Rechten und Pflichten des ELG-Mitgliedes. Die entgegengesetzte Auffassung, wonach in der ELG zwischen der Genossenschaft und ihren Mitgliedern solche Arbeitsverhältnisse als gesellschaftliche Verhältnisse zustande kommen würden, aus denen später selbst die ELG-Mitgliedschaft folge, ist unrichtig. In dieser Hinsicht hat auch jene Tatsache keinerlei Bedeutung, dass das Gesetz über die landwirtschaftlichen Vereinigungen für die Mitglieder der ELG solche Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen vorsieht, die wir im späteren behandeln werden.

Im Bezug auf seine eigene Genossenschaft steht das Mitglied der ELG nicht im Arbeitsverhältnis, es ist kein "Arbeiter" seiner Genossenschaft, sondern ein Mitbesitzer derselben. Die einheitliche landwirtschaftliche Genossenschaft beruht auf dem sozialistischen Eigentum der grundlegenden Produktionsmittel / die Grundstücke bilden eine Ausnahme, da sie i.a. zu dem Besitz der ELG-Mitglieder gehören/, die gemeinsame Arbeit in der ELG erbaut sich auf solche



sozialistische Produktionsverhältnisse, die im Arbeitsprozess die Möglichkeit der Ausbeutung ausschliessen. Die Rechtsregelung der Produktionsverhältnisse gehört im wesentlichen in die Sphäre der landwirtschaftlichen Gesetzgebung.

Bei der Verwendung der normativen Dokumente im Zusammenhang mit der Arbeit für die Arbeitsverhältnisse in der ELG muss man aus der These des Artikels /2/ vom § /3/ des Arbeitskodizes ausgehen. Hier findet man Folgendes über diese Frage: "Die Arbeitsverhältnisse jener Staatsbürger und Mitglieder der Einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in der Genossenschaft auf Grund eines von den Organen der Genossenschaft erhaltenen Arbeitsauftrages arbeiten, aber keine Mitglieder der Genossenschaften sind, und sie stehen in keinem Arbeitsverhältnisse mit ihnen, werden im Arbeitskodex nur sofern geregelt, in wiefern diese Regelung im Arbeitskodex selbst oder in spezifischen normativen Dokumenten oder Satzungen unmittelbar vorgeschrieben oder bestimmt wird."

Aus den oben zitierten Thesen des Arbeitskodizes folgt eindeutig, dass die Rechtsregelung der Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder im Grunde genommen die Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes beinhalten und nicht die des Arbeitsrechtes. Dies bezeugt in erster Linie Artikel /2/ des §-s 45. des Gesetzes über die landwirtschaftliche Vereinigung. Diese Thesen des Arbeitskodizes hingegen erstrecken sich nur in den Fällen auf die Mitglieder der ELG, wo dies unmittelbar vom Kodex bestimmt wird, wenn spezifische Vorschriften oder die Satzungen der

jeweiligen Genossenschaften dies vorschreiben.

Auf die Rechtsregelung der Arbeitsverhältnisse der ELG - Mitglieder sind nur jene Thesen des Arbeitskodex zu erstrecken, die bei ihrer Realisierung in der ELG zugleich den Interessen der sozialistischen Gesellschaft entsprechen. Solche sind z.B.: die Vorschriften des Arbeitskodex für Arbeitsschutz und Arbeitshygiene, bzw. die Vorschriften für die Arbeitsaufnahme von Frauen und Jugendlichen, Vorschriften, die sich auf die Kaderbildung beziehen und die Frage der Schäden, die durch Arbeitsunfälle, Erkrankungen und Berufsschäden verursacht werden.

Was die Erstreckung der Geltung der weiteren Thesen des Arbeitskodex für die mitgliedschaftlichen Arbeitsverhältnisse in der ELG anbelangt, wird die Regelung dieser Thesen in den spezifischen Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes abgefasst. Die Erstreckung der anderen Thesen des Arbeitskodex auf die Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder trägt einen zweifachen Charakter. Die spezifischen Normen verweisen entweder auf die entsprechenden Thesen des Arbeitskodex /dies kommt in der Praxis öfter vor/, oder die entsprechenden Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes wiederholen die gesetzliche Regelung, die der Arbeitskodex beinhaltet, in der Weise, dass die Verhältnisse in der ELG berücksichtigt werden. Die Wiederholung der anderen Thesen des Arbeitskodex mit dem Zweck, sie auf die Arbeitsverhältnisse der ELG zu erstrecken, löst die innere Harmonie des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes auf.

Deshalb ist die buchstäbliche Wiederholung der Thesen des Arbeitskodex nicht erlaubt; es handelt sich lediglich um die Übernahme der Idee der in dem Arbeitskodex festgelegten Regel, wobei die grundsätzlichen Prinzipien des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes berücksichtigt werden müssen.

## II. Inhalt der mit der ELG hergestellten mitglied-schaftlichen Arbeitsverhältnisse

1/ Durch die Herstellung der Mitgliedschaft in der ELG bekommen die Mitglieder der Genossenschaft erweiterte Mitgliederrechte und nehmen weite Verpflichtungen auf sich, von denen wir auf dieser Stelle das Arbeitsrecht und die sich aus diesem ergebenden Pflichten behandeln werden.

Wenn eine Person zu Mitglied der Genossenschaft wird, verpflichtet sie sich mit ihrer individuellen Arbeit, gemäß ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten in der Genossenschaft teilzunehmen. In den Normen des positiven landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes, wo man auf die Verwirklichung des in der Verfassung der CSSSR garantierten Rechtes auf Arbeit hinweist, handelt es sich um diese Pflicht des Mitglieds. Die in der ELG persönlich verrichtet Arbeit ist einer der charakteristischen Züge der Produktionsgenossenschaft sozialistischer Art. Die ELG ist eine Produktionsgenossenschaft sozialistischer Art, so gibt es in unseren einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften keine sogenannte Ehrenmitgliedschaft, wo das Mitglied der ELG keine Arbeitsverpflichtungen hat.

Die Entscheidung über die Frage der durch die ELG-Mitglieder im Sinne der Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen zu verrichtenden Arbeit wird von der Direktion der Genossenschaften getroffen. Die Mitglieder der Genossenschaft werden in die einzelnen Produktions- und Organisationseinheiten auf Aushilfsarbeit, in Baubrigaden usw. eingeteilt. Bei der Entscheidung über die Fragen der Arbeitseinteilung bzw. der Quantität der in der kollektiven Wirtschaft zu verrichtenden Arbeit werden von der Direktion die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Genossenschaft und weiterhin der Gesundheitszustand und die Fähigkeiten des Mitglieds berücksichtigt. Die Direktion beachtet gemäss ihrer Möglichkeiten auch die Produktionsqualifikation des Genossenschaftsmitglieds. Der Beschluss der Direktion über die Arbeitseinteilung wird dem Mitglied schriftlich mitgeteilt, aber die Fragen der Einteilung des Mitglieds werden vorher, beim Eintritt des Mitglieds in die Genossenschaft abgesprochen.

2/ Wenn man die Lage der im Arbeitsverhältnis stehenden Werktätigen, ihre sich aus dem Arbeitsvertrag ergebenden und im Arbeitskodex garantierten Rechte mit der Lage der ELG-Mitglieder und ihren Rechten, die sie während ihrer Arbeit in der ELG geniessen vergleicht, muss man darauf hinweisen, dass es auf diesem Gebiet vor der Verabschiedung des Gesetzes über die landwirtschaftlicher Vereinigung gewisse Unterschiede gab.

Während der Arbeitsvertrag der Werktätigen im Arbeitsverhältnis, der Arbeitsgesetzgebung entsprechend, den bestimmten Bereich der Pflichten und die Ordnung der Arbeitslohnung relativ genau beinhaltet, war für die Lage der Genossenschaftsbauer im Arbeitsprozess eine gewisse Unkonsequenz charakteristisch. Im Interesse der Sicherung der Erfüllung der Aufgaben in der Genossenschaft war die Direktion in der Lage die Genossenschaftsmitglieder für solche Arbeit zu ernennen und versetzen, worüber sie vor ihrem Eintritt in die ELG nicht übereingekommen sind.

Die Gründe für diese Lage sind in der historischen Entwicklung der ELG und in ihren Wirtschaftsverhältnissen zu suchen. In dem Masse, wie sich die Genossenschaften unter den Verhältnissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wirtschaftlich verstärkt haben, ist auch die Sicherung einer solchen Lage im Arbeitsprozess für die ELG-Mitglieder notwendig geworden, worüber die Werktätigen im Arbeitsverhältnis auf Grund normativer Arbeitsdokumente verfügen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Vereinigung haben auf diesem Gebiet wesentliche Veränderungen stattgefunden.

3/ Zwecks Abschaffung der obenerwähnten Unterschiede zwischen ELG-Mitglieder und Werktätigen im Arbeitsverhältnis wurden in dem Gesetz über die landwirtschaftliche Vereinigung für die ELG-Mitglieder die Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen eingeführt.

Diese Vereinbarungen sind aber keine Arbeitsverträge. Ihr Ziel war, die ELG-Mitglieder auf das Niveau zu erheben, auf dem die Werktätigen anderer Zweige der Volkswirtschaft stehen. Die Vereinbarungen sollen als derartige Rechtsgrundlagen dienen, die die Arbeit für die Genossenschaftsmitglieder nicht nur von den Bedürfnissen der Genossenschaft abhängig garantieren, sondern mit Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und Produktionsqualifikation. Durch die Mechanisierung der Landwirtschaft, durch die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und im Einklang mit der Erhöhung der Produktionsqualifikation der ELG-Mitglieder wird es schon heute notwendig, den Kreis der Arbeitsrechte und Pflichten jedes einzelnen ELG-Mitglied zu bestimmen. Diese Umstände müssen sich in den Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Über die Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen besagt das Gesetz wort-wörtlich, dass sie aus dem Zwecke geschlossen wird, die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Recht des Genossenschaftsmitgliedes auf Arbeit, und aus der Pflicht in der Genossenschaft zu arbeiten ergeben, ausführlicher zu bestimmen. /Artkil /1/ des §-s /48/ des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen muss Hinweise auf folgende Fragen beinhalten.

a/ Art der von dem Genossenschaftsmitglied zu verrichtenden Arbeit /Einteilung/,

b/ Ort der Arbeitsverrichtung /Stellen, Wirtschaft, Produktionseinheit, oder anderer angegebener Ort,

c/ Tag des Arbeitsbeginns.

In dem Falle, wenn die Genossenschaft nicht in der Lage ist, die Arbeit ihren Mitgliedern das ganze Jahr hindurch zu gewähren, oder wenn sie die Möglichkeit in voller Arbeitszeit zu arbeiten nicht garantieren kann, muss in der Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen die Quantität der während des Kalenderjahres zu verrichtenden Arbeit mit Bezugnahme auf das Mitglied festgelegt werden. Es können in der Vereinbarung andere solche Voraussetzungen angegeben werden, an denen die Genossenschaft oder das Genossenschaftsmitglied interessiert sind. Solche Bedingungen sind i.a. die Präzisierungen im Zusammenhang mit der Arbeitslohnung. Die Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen muss schriftlich abgefasst werden, im entgegengesetzten Falle ist sie nicht gültig. Ein Exemplar von der Vereinbarung wird dem Mitglied zugeschickt. Was die Gültigkeitsdauer der schriftlichen Vereinbarung betrifft, besteht die Regel, darnach die Vereinbarung für unbestimmte Zeit geltend angesehen werden muss, wenn im Zusammenhang mit dieser Frage keine weitere Hinweise vorhanden sind.

Entsprechend der schriftlichen Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen muss die Genossenschaft ihrem Mitglied die in der erwähnten Vereinbarung festgestellte Arbeitsquantität garantieren.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, dem Genossenschaftsmitglied eine minimale Arbeitsquantität zu gewähren, die dazu ausreicht, dass sie für die Sozialversicherung als ein Kalenderjahr verrechnet werden kann. In dem Falle, wenn die Genossenschaft dem Genossenschaftsmitglied keine entsprechende Beschäftigung durch das ganze Jahr garantieren kann, muss die Genossenschaft mit dem Genossenschaftsmitglied die Möglichkeit anbieten, anderswo, vorübergehend bei einer anderen Organisation die Arbeit aufzunehmen, und in einem solchen Falle muss sie ihm beim Arbeitsbeginn effektiv behilflich sein.

Veränderungen in der Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen können auf die Initiative der Genossenschaft oder des Genossenschaftsmitglieds durchgeführt werden. Das Genossenschaftsmitglied darf die Modifikation der Vereinbarung wegen seines Gesundheitszustandes oder anderer berechtigten Ursachen verlangen. Seitens der Genossenschaft kann die Veränderung der Vereinbarung wegen der technischen oder organisatorischen Veränderungen, die sich in der ELG vollziehen, stattfinden, oder dann, wenn das Genossenschaftsmitglied wegen seines Gesundheitszustandes nicht in der Lage ist seinen in der Vereinbarung festgelegten Arbeitsbereich zu verwalten, oder wenn es aus seinem eigenen Fehler regelmässig keine befriedigende Arbeitsleistung bringt.



Die Aufhebung der Gültigkeit der schriftlichen Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen erfolgt in erster Linie dann, wenn die Mitgliedschaftsverhältnisse in der ELG aufgehoben werden /wenn die ELG selbst aufgelöst wird/. Im weiteren ist es auch in dem Falle möglich, wenn die Zeit, wofür die Vereinbarung geschlossen wurde, abgelaufen ist, bzw. dann, wenn das Genossenschaftsmitglied und die Genossenschaft darüber übereingekommen sind. In dem Falle, wenn das Genossenschaftsmitglied pensionsberechtigt wird, verliert die Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen ihre Gültigkeit nicht, ausser dass das pensionierte Genossenschaftsmitglied dies verlangt.

Die ausführlichen Bedingungen der Veränderung und der Gültigkeitsaufhebung der Verträge über die Arbeitsbedingungen ist im Beschluss N<sup>o</sup>138/1975 der Regierung der CSSSR beinhaltet.

### III. Aufhebung der mitgliedschaftlichen Arbeitsverhältnisse mit der ELG

Im Sinne des Gesetzes über die landwirtschaftliche Vereinigung hebt sich die ELG-Mitgliedschaft auf folgender Grundlagen auf: a/ Vereinbarung, b/ Austritt, c/ Austritt für kurze Zeit, d/ Ausschluss, e/ Tod des Genossenschaftsmitglieds, f/ Abschaffung der bestehenden Genossenschaft, wenn sie zum Staatsgut wird, oder ihre Bodengrundlage endgültig verliert. /§ 19./

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der ELG-Mitgliedschaft werden auch jene Mitgliedschaftsrechte und Pflichten aufgehoben, die sich aus dem Mitgliedschaftsverhältnis ergeben.

Mit der Aufhebung der ELG-Mitgliedschaft werden auch die Recht und Pflichten des Mitglieds aufgehoben.

+ + +

1/ Zum Schluss muss man im Zusammenhang mit der Frage des mitgliedschaftlichen Arbeitsverhältnisses in der Genossenschaft bemerken, dass in der Genossenschaft ausser der ELG-Mitglieder auch Werk tätigen arbeiten dürfen, die im Arbeitsverhältnis mit der Genossenschaft stehen.

Daraus folgt, dass der Arbeitskodex die Arbeitsverhältnisse jener Werk tätigen, mit denen die ELG einen Arbeitsvertrag schliessen darf, vollkommen bestimmt. Die ELG hat das Recht darauf mit den Werk tätigen ein provisorisches oder festes Arbeitsverhältnis herzustellen. Die Rechtsgrundlage des mit der ELG hergestellten provisorischen oder festen Arbeitsverhältnisse ist der Arbeitsvertrag, dessen Voraussetzungen durch den Arbeitskodex und andere normative Dokumente des Arbeitswesens vorgeschrieben werden.

2/ Um die Frage der Rechtsregelung der Mitgliedschafts- und Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder abzuschliessen muss man feststellen, dass die Rechtslage der ELG-Mitglieder im Zusammenhang mit der Genossenschaft durch die Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes in komplexer Weise geregelt wird.

Dies bezieht sich auch auf die Rechtsregelung der Mitgliedschaftsverhältnisse der ELG. In dieser gesetzlichen Regelung gelten die allgemeinen Prinzipien der Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft. Dies bedeutet vor allem das Recht auf die jede Ausbeutung ausschliessende Arbeit, das Recht auf Erholung, das Recht auf einen Gegenwert der Arbeit, der den sozialistischen Prinzipien entspricht, die soziale Versorgung der Werktätigen usw.

Diese Prinzipien wurden bereits in der Verfassung der CSSSR von 1960 festgelegt. Daraus folgt, dass diese solche Verfassungsprinzipien sind, die später - ähnlich dazu, wie sie in den normativen Dokumenten des Arbeitswesens ausgearbeitet wurden - auch in den Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes ausführlicher erarbeitet wurden, trotz der Tatsache, dass es Unterschiede in der gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse des Arbeitswesens, die in den normativen Dokumenten des Arbeitswesens geregelt wurden, und der in den Normen des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes festgelegten Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder gibt, ist das Wesen von diesen das Gleiche. Es ergibt sich aus den obenerwähnten Verfassungsprinzipien und weiterhin aus der Tat, dass diese Prinzipien auf der sozialistischen Produktionsweise der staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen beruhen.

Im Zusammenhang mit der Frage, die Verhältnisse der ELG-Mitgliedschaft im Arbeitswesen der Lage der Werktätigen im Arbeitsverhältnis angeglichen werden muss

- was langfristig nach unserer Meinung richtig ist -, muss man die Bemerkung machen, dass diese nicht nur eine rechtliche, sondern in erster Linie eine ökonomische Frage ist. Zugleich muss man immer wiederholen, dass die Mitgliedschaftlichen Arbeitsverhältnisse lediglich ein Element des Mitgliedschaftsverhältnisses darstellen. Das Mitgliedschaftsverhältnis wurde später ausführlicher ausgearbeitet - ähnlich zur Ausarbeitung dieser in den normativen Dokumenten des Arbeitswesens -, und nach der allgemeinen Regel entsteht es mit der Entstehung der Mitgliedschaft in der ELG, bzw. es hört mit ihrer Aufhebung auf. Deshalb ist es wünschenswert, dass die Fragen der ELG-Mitgliedschaft, bzw. die der Mitgliedschaftsrechte und Pflichten durch ein einheitliches komplexes normatives Dokument der landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechte geregelt werde. Zur Zeit ist das Gesetz über die landwirtschaftliche Vereinigung ein derartiges normatives Dokument.

3/ Aus der kurzen Erörterung, wobei wir die Rechtsregelung der Arbeitsverhältnisse der ELG-Mitglieder überschaut, und sie mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Gesetzgebung im Arbeitswesen verglichen haben, folgt eindeutig, dass der Unterschied in der Rechtsregelung - da beide oben erwähnten Kategorien in der sozialistischen Gesellschaft ihre Arbeit verrichten -, veraltet ist. Diese richtige Richtlinie folgt aus der marxistisch-leninistischen Lehre über die Abschaffung der bedeutenden Unterschiede zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit, zwischen dem Leben in der Stadt oder im Dorf.

Die KP der CSSSR legt grosses Akzent auf diese Tatsache und sie stützt sich auf sie, wie z.B. auf der Plänarsitzung von 1975 des ZK der KP der CSSSR wo man sich mit den Fragen der Landwirtschaft befasste.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum 15-ten Kongress der KP der CSSSR kamman in dem Rechenschaftsbericht des Präsidiums des ZK der KP über die Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie sthet Folgendes: " Als die dritte grundlegende Schlussfolgerung, die sich aus der Verwirklichung der Beschlüsse des 13ten Kongresses ergeben, muss man hervorheben, dass die Entwicklung der Produktivkräfte, die die materielle Basis zur dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, zur Vertiefung ihres sozialistischen Charakters geschaffen hat, damit wir einen weiteren riesigen Schritt vorwärts auf dem Gebiet der Annäherung der Lebensbedingungen auf dem Dorfe und in der Stadt, der Arbeitsbedingungen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeit machen können."

Auf der obenerwähnten Plänarsitzung der KP der CSSSR hat man die Prinzipien des neuen Gesetzes über die landwirtschaftlichen Vereinigung diskutiert und angenommen, bzw. die Mustersatzung der ELG, die Ende 1975 als normatives Dokument unserer genossenschaftlichen Landwirtschaft von der Budnesversammlung der CSSSR bestätigt wurde. Auch die progressiven normativen Dokumente müssen die weitere wirtschaftlichen Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft befördern.

Diese ergeben sich unmittelbar aus der Landwirtschaftspolitik der KP der CSSSR und bei ihrer Ausarbeitung hat man die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder vor allem der Sowjetunion breit verwendet. Unsere Regelung des landwirtschaftlichen Genossenschaftsrechtes geht bei der Widerspiegelung der in diesem Artikel behandelten Fragen der Mitgliedschaftsverhältnisse in der EWG von diesen Prinzipien aus.

#### Fussnoten

1. siehe Gesetz n° 122/1975. Artikel /1/ § 6. des Landwirtschaftlichen Genossenschaftlichen Gesetzbuches

JUDr. Zdeno KORDIK  
Docent  
U.PJS. Fakultät für Rechtswissenschaft  
/CSSR, Kosice/

## ARBEITVERHÄLTNISSE IN DER KOOPERATION DER LANDWIRTSCHAFT- LICHEN PRODUKTIONSGESELLSCHAFTEN

Die Einleitung des Gesetzes Nummer 122/1975 über die landwirtschaftliche Vereinigung fasst das Ziel der Rechtsregelung der landwirtschaftlichen Vereinigung zusammen. Dieses Gesetz regelt in erster Linie sowohl inhaltlich als auch formmässig die internen Fragen der Genossenschaften, und bietet Möglichkeiten zur weiteren Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Vereinigungen, aber es ermöglicht - auf dem Wege der Kooperation und Integration - die ähnliche Zusammenarbeit auch mit anderen Produktionsunternehmen. Die Zusammenarbeit der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften wird ausser dieses Gesetzes auch durch die Verordnung Nummer 159/1975 des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährungswesen über die landwirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmt. Die Rechtsregeln bieten in der CSSSR die Möglichkeit auch dafür, die Formen der Zusammenarbeit der sozialistischen landwirtschaftlichen Vereinigungen den Vorschriften des Wirtschaftskodizes entsprechend zu entwickeln. Diese Rechtsregelungen werden hauptsächlich deshalb erwähnt, weil sämtliche Funktionen der Rechtsregelungen im Geiste der Beschlüsse des xv. ten Kongresses der Kommunistischen Partei der CSSSR und des II. ten Kongresses der Einheitlichen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in dem Masse und aus jenem Zwecke wirksamer angewendet werden müssen, damit diese auf dem Wege der Entwicklung unserer Gesellschaft in vollem Masse alle Vorteile der grossbetrieblichen sozialistischen Landwirtschaft sichern.

Die Partei- und Regierungsorgane - das Bedürfnis der grossbetrieblichen landwirtschaftlichen Produktion betonend - leugnen die genossenschaftliche Form der Landwirtschaft nicht. Unser Ziel ist die während der Periode der Entstehung der ELG-en gemachten Erfahrungen, in erster Linie bei der Verwirklichung unserer sich auf die interne Genossenschaftsdemokratie richtenden eigenen Initiativen, besser durchdacht zu verwenden. Die interne Genossenschaftsdemokratie ist ein wichtiges Element der sozialistischen Demokratie. Die Ausbreitung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie bewirkt die Verstärkung der sozialistischen Rechtlichkeit und der Rechtsordnung. Die sozialistische Vereinigung unserer Landwirtschaft entwickelte sich auf Grund des sozialistischen kollektiven Genossenschaftseigentums, und hing mit der Entstehung der neuen Klasse der sozialistischen Gesellschaft - der Klasse der Genossenschaftsbauer - dialektisch zusammen.

Dieser Prozess geht zur Zeit unter den Umständen der Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Herausbildung der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftsformen vor sich. Die Annäherung des sozialistischen genossenschaftlichen und staatlichen Eigentums vollzieht sich in diesem Rahmen der Wirtschaftsformen.

Die grossbetriebliche landwirtschaftliche Produktion hat im Laufe der vergangenen 30 Jahren ihrer Entwicklung vom sozialistischen Staat ständige Unterstützung bekommen. Dies kam auch dadurch zum Ausdruck, dass der



Start die grossbetriebliche sozialistische Produktion mit aktiven Rechtsmitteln beförderte. Diese sozialistische Form der Landwirtschaft ist zu fester Produktions- und Wirtschaftsgrundlage unserer sozialistischen Gesellschaft geworden. Durch die Einflüsse der die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion betreffenden vorerwähnten objektiven Tatsachen, wie auch auf Grund der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution trat unsere Landwirtschaft in jene Epoche ein, die durch die Konzentration und Spezialisierung der Produktion, sowie dadurch charakterisiert wird, dass viele Elemente der Industrialisierung in der Landwirtschaft erschienen sind. Diese objektiven Gesetzmässigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft erfordern die Herstellung adäquater Rechtsverhältnisse im allgemeinen für die landwirtschaftliche Produktion, aber besonders für die landwirtschaftliche Genossenschaftsproduktion.

Diese neuen Verhältnisse werden vom Genossenschaftsrecht besonders auf dem Gebiete der Zusammenarbeit geregelt.

Die Zusammenarbeit wird in unserer Landwirtschaft in zwei Formen realisiert:

a/ Im Rahmen der genossenschaftlichen Vereinigung, in diesem Fall wird keine Organisation von neuer Form gebildet;

b/ Auf dem Wege der Aufstellung gemeinsamer landwirtschaftlicher Vereinigungen, wobei ein selbständiges Rechtssubjekt entsteht.

Die landwirtschaftliche Zusammenarbeit kommt auf Grund von Vereinbarungs- und Vertragsverhältnissen zustande.

Wir wünschen zu betonen, dass, obwohl im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion mehrere Formen der Zusammenarbeit existieren, die Einheitslichen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Kooperation prinzipiell nach dem Gesetz über die landwirtschaftliche Vereinigung und Zusammenarbeit, bzw. über ihre Formen vorgehen. Das Ergebnis der im Gesetz vorgeschriebenen Zusammenarbeit kann eine Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften untereinander, und zwischen den ELG-en mit anderen staatlichen landwirtschaftlichen Organisationen entstehen. Die staatlichen Organisationen können auch anderen Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen angehören.

Die im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion geführte Zusammenarbeit wird für die ELG-en immer interessanter, erstens deshalb, weil sie eines Eingriffs in die Struktur der landwirtschaftlichen Vereinigung nicht bedarf, sie ermöglicht aber eine weitreichende Arbeitsteilung, bei der ihre produktive, wirtschaftliche und rechtliche Selbständigkeit weiter besteht, und durch die gemeinsame Verwendung der materiellen, finanziellen und die Arbeitskraft betreffenden Reserven neue qualitative Änderungen, besonders auf dem Gebiete der Konzentration der Produktion möglich werden.

Die gegenwärtig geltende Regelung des Genossenschaftsrechtes sichert der Kooperation weitreichende Möglichkeiten, aber sie ist oft nicht ausreichend nuanciert, und betont jene Möglichkeiten nicht, durch die gewisse kompliziertere materielle und finanzielle, arbeitsrechtliche Produktionsverhältnisse geregelt werden können.

Wir möchten diese Mängel durch die Veränderung der Rechtsregelung beseitigen.

Die Untersuchung von mehreren komplexen Problemen ist in diesem kurzen Beitrag nicht möglich. Wir versuchen jene Rechtsverhältnisse kurz zu erklären, die bei uns im Zusammenhang mit den arbeitsrechtlichen Problemen in den bestehenden gemeinsamen landwirtschaftlichen Vereinigungen auftauchen. Die Tatsache, dass es sich um gemeinsame landwirtschaftliche Vereinigungen handelt, wird deshalb betont, weil im Falle der Vereinigung von Genossenschaften die Mitglieder betreffende neue rechtliche Probleme nicht erscheinen. Das Wesen der gemeinsamen landwirtschaftlichen Vereinigungen ist mit bestimmten solchen Veränderungen verbunden, die einen Einfluss auf die internen genossenschaftlichen Verhältnisse ausüben.

Die Unterschiede in dem rechtlichen Charakter der Regelung hängen davon ab, ob die Genossenschaft Mitglied eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist oder nicht.

Auf Grund des Gesetzes über die landwirtschaftliche Vereinigung N<sup>o</sup>122/1975, b.w. der Verordnung des Bundesministeriums für Landwirtschaft N<sup>o</sup>159/1975 über die landwirtschaftliche Kooperation und ihre Formen richten in den gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen in erster Linie die Mitglieder der diese bildenden ELG-s, oder mindestens ihre Arbeiter und die Werkstätten anderer Mitgliedsorganisationen die Arbeit aus. Das Genossenschaftsverhältnis der Mitglieder der Mitgliedsorganisationen der landwirtschaftlichen Vereinigung bleibt unberührt.

Dies bedeutet soviel, dass nur diejenige Person als Genossenschaftsmitglied bezeichnet werden kann, die in dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen arbeitet, aufgrund des Genossenschaftsrechtes in Mitgliedschaftsverhältnis steht und ihre Arbeit unter den Bedingungen des Arbeitsrechtes verrichtet. Solange die Genossenschaft Mitglied des gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmens ist und ihr Mitglied seine Arbeit hier verrichtet, darf es von seiner Stelle nicht entlassen werden. Das Arbeitsverhältnis des Genossenschaftsmitglieds darf nur unter den Bedingungen, die im Arbeitsgesetzbuch festgelegt sind, aufgehoben werden. In diesem Falle kann man dem Genossenschaftsmitglied keine Anweisung geben, wonach es in der Genossenschaft arbeiten sollte, auch in dem Falle nicht, wenn das in der Genossenschaft sehr notwendig ist. Die Möglichkeit ist aber nicht auszuschliessen, das das Mitglied neben der in der gemeinsamen landwirtschaftlichen Vereinigung verrichteten Arbeit gewisse Arbeiten auch für die Genossenschaft ausrichte. Dies kommt dann vor, wenn das Mitglied im gemeinsamen Genossenschaftsunternehmen nicht durch das ganze Jahr hindurch arbeitet. Die Durchführung der Aufgaben wird vom Gesichtspunkt der Rechtsregelung in der Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen festgelegt.

Die Rechte und Verpflichtungen, die dem im gemeinsamen Genossenschaftsunternehmen arbeitenden Genossenschaftsmitglied zukommen, die aus den Teilen des Mitgliedschaftsverhältnisses folgen, die ausserhalb der Regelung im Arbeitswesen stehen, /Vermögens- und Bodenverhältnisse, die Rechte und Pflichten der Genossenschaftsmitglieder in der ELG /, bleiben unverändert.

Daraus folgt, dass das in dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen arbeitende Mitglied Recht darauf hat laut geltender Regel die durch die Genossenschaft hergestellten landwirtschaftlichen Produkte zu verkaufen.

Andererseits gilt jene Regel, dass ein Mitglied einer Genossenschaft, die kein Mitglied des gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmens ist, bei diesem Unternehmen nicht angestellt werden darf, nur nachdem, dass sein Mitgliedschaftsverhältnis im Genossenschaft aufgehoben ist. Zugleich darf man aber solche Werkstätten ohne die Aufhebung des Genossenschaftsmitgliedschaftsverhältnisses im gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen unter den im Arbeitsgesetzbuch festgelegten Bedingungen in die zweite Stelle aufnehmen.

Zwei Typen der Regelung gelten also für die in dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen hergestellten Arbeitsverhältnisse. Die eine bezieht sich auf die Mitglieder der in dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen als Mitgliedsorganisationen funktionierenden Genossenschaft, die andere auf die Arbeiter solcher Genossenschaften, die keine Mitgliedsorganisationen des gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmens sind. Das Arbeitsverhältnis des Genossenschaftsmitglieds mit dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen kann gemäss der im Arbeitsgesetzbuch festgelegten Bedingungen aufgehoben werden. Wenn das mit dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen hergestellte Arbeitsverhältnis des Genossenschaftsmitglieds aufgehoben wird, ist die Genossenschaft verpflichtet, das Genossenschaftsmitglied in der Genossenschaft anzustellen.

Vom Gesichtspunkt der neuen Anstellung ist die Frage, ob das Arbeitsverhältnis des Genossenschaftsmitglieds mit dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen lang- oder kurzfristig war, von entscheidender Bedeutung. Wenn das Genossenschaftsmitglied für ein längeres Arbeitsverhältnis mit dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen aus der Genossenschaft entlassen wurde, hat es kein Recht auf seine Arbeit oder Arbeitsstelle. Der Vertrag über die Arbeitsbedingungen gilt nicht mehr. Die Genossenschaft macht den Vorschlag, mit ihm unter Berücksichtigung seines früheren Vertrages über die Arbeitsbedingungen oder mit neuen Bedingungen einen Vertrag zu schließen. Wenn kein neuer Vertrag geschlossen wird, die Frage muss vom Direktorat der Genossenschaft entschieden werden. Wenn das Mitglied für eine kürzere Periode in den gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen versetzt wurde, hört die Vereinbarung des Mitglieds über die Arbeitsbedingungen nicht auf zu gelten. Nachdem sein Arbeitsverhältnis im gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmen aufgehoben ist, hat das Genossenschaftsmitglied Recht auf seine frühere Stelle, auf die Erfüllung seiner früheren Funktionen. Diese beziehen sich auf jene Arbeiter, die ihr Mitgliedschaftsverhältnis deshalb aufgehoben haben, weil ihre Genossenschaft keine Mitgliedsorganisation des gemeinsamen landwirtschaftlichen Unternehmens war, nicht. Der Arbeiter kann auf eigenen Wunsch wieder zum Genossenschaftsmitglied werden.

Unsere Bemerkungen schliessen sich dem Vortrag von Professor József Veres an, seinen Thesen im vierten Teil, die sich um die Mitgliedschafts- und Arbeitsverhältnisse handeln, und weiterhin dem neunten Teil der Thesen, der sich damit beschäftigt, wie die Mitgliedschaftsverhältnisse auf die Genossenschaftsformen in der VR Ungarn einen Einfluss ausüben können.

Dr. sc. Erich KRAUS  
Professor  
Hochschule der Landwirtschaftlichen  
Produktionsgenossenschaften  
/DDR, Meissen/

## FRAGEN DER RECHTLICHEN AUSGESTALTUNG DER ARBEITSVERHÄLTNISSE DER GENOSSENSCHAFTSBAUERN IN DEN LPG DER DDR

Die rechtliche Ausgestaltung der genossenschaftlichen Arbeit und damit der Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsmitglieder in den LPG ist eine zentrale Frage der Formierung des LPH- und Agrarrechts in der DDR, weil die Arbeitsverhältnisse in den LPH darstellen. Die genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse prägen wesentlich alle Mitgliedschaftsverhältnisse in der LPG und sie werden wiederum umfassend bestimmt von erreichten Entwicklungsstadien der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR.

Entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird die landwirtschaftliche Produktion in der DDR planmäßig weiter intensiviert und werden industriemäßige Produktionsmethoden angewendet. Schritt für Schritt wird die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte nach dem Prinzip industrieller Produktion umgestaltet und der planmäßige Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden mit dem höchsten Nutzen für die gesamte Gesellschaft vollzogen. In diesem Prozeß haben sich in den letzten Jahren in der Landwirtschaft der DDR spezialisierte LPG der Pflanzenproduktion und spezialisierte LPG der Tierproduktion herausgebildet, die untereinander sehr eng kooperieren. Bei diesem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft der DDR geht es jetzt darum, die Vorteile der Konzentration der Produktion und ihrer Spezialisierung voll auszuschöpfen. Das hat große Bedeutung für die rechtliche Ausgestaltung der genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse in den LPG. Der jetzt erreichte Stand der Spezialisierung der LPG entweder auf die Pflanzenproduktion oder auf die Tierproduktion ermöglicht es, zielstrebig als in



der Vergangenheit die Genossenschaftsmitglieder mit bestimmten Tätigkeiten ständig zu betrauen, die beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Genossenschaftsmitglieder sowie ihre persönlichen Neigungen und Interessen bei der Übertragung genossenschaftlicher Arbeiten besser zu berücksichtigen. Für die arbeitsplatzbezogene Qualifizierung der Genossenschaftsmitglieder ergeben sich größere Möglichkeiten. Diese Vorzüge der spezialisierten Arbeit in den LPG Pflanzenproduktion und LPG Tierproduktion kommen der genossenschaftlichen Produktion und der gesamten Gesellschaft ebenso zugute wie dem einzelnen Mitglied der LPG, das mit hoher Qualifikation seine genossenschaftliche Arbeit durchführt.

Die im Jahre 1977 beschlossenen neuen Musterstatuten der LPG Pflanzenproduktion und der LPG Tierproduktion fördern diese Entwicklung, indem sie unter Beibehaltung der bewährten Rechtsgrundsätze der genossenschaftlichen Arbeit die Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsmitglieder entsprechend den Erfordernissen zunehmender industriemäßiger Produktion rechtlich weiter ausgestalten. Zu damit verbundenen Fragen werden sich in der Diskussion auf dieser Konferenz auch andere Teilnehmer aus der DDR äußern. Ich möchte mich daher im folgenden auf einen wichtigen Teilaspekt konzentrieren.

Die Musterstatuten der LPG in der DDR sehen vor, daß der Vorstand der LPG mit jedem Genossenschaftsmitglied eine schriftliche Arbeitsvereinbarung abschließt /Ziffer 14/. Diese Arbeitsvereinbarung soll das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis und damit das Mitgliedschaftsverhältnis für jeden Genossenschaftsbauern näher ausgestalten. Das Genossenschaftsmitglied kann sich dadurch besser auf die von ihm geforderte Arbeit in der LPG einstellen und seine politische und fachliche Weiterbildung entsprechend gestalten. Zugleich ist der Abschluß dieser Arbeitsvereinbarungen mit höheren Anforderungen an die Leitungstätigkeit der genossenschaftlichen Organe, insbesondere des Vorstandes der LPG, verbunden: Der Vorstand der LPG muß den genossenschaftlichen Arbeitskräftebedarf in den einzelnen Arbeitse-

tappen und Kampagnen exakt berechnen, mit den vorhandenen Arbeitskräften in der LPG abstimmen und auf dieser Grundlage die Arbeitsvereinbarung mit jedem Mitglied abschließen. Der Abschluß von Arbeitsvereinbarungen zwischen Vorstand der LPG und den einzelnen Genossenschaftsmitgliedern wurde in der DDR erstmals von den Musterstatuten der LPG 1977 vorgesehen, Praktische Erfolge aus den LPG der DDR lagen bis dahin kaum vor. Es konnte aber an die Erfahrungen anderer sozialistischer Länder angeknüpft werden, insbesondere an die Regelungen in der Volksrepublik Ungarn /§ 61 des Gesetzes Nr. III/1967 über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften/ und in der CSSR /§ 47 FF. des Gesetzes Nr. 122 vom 13. November 1975 über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen/.

Inzwischen liegen die ersten Erfahrungen aus LPG mit Arbeitsvereinbarungen vor. In diesen Vereinbarungen werden vor allem hinsichtlich folgender Punkte die Rechte und Pflichten der Genossenschaftsmitglieder aus dem Arbeitsverhältnis konkretisiert:

Erstens erfolgt eine möglichst genaue Angabe über die vom Genossenschaftsmitglied zu erfüllenden Arbeitsaufgaben. Das ist in den LPG Tierproduktion vielfach nur eine einzige Aufgabe, weil in der Tierproduktion ganzjährig kontinuierliche Arbeiten zu verrichten sind. In den LPG Pflanzenproduktion werden für einen größeren Kreis von Mitgliedern oft mehrere Arbeitsaufgaben vereinbart, da hier infolge des Saisoncharakters der Pflanzenproduktion in der arbeitsärmeren Zeit an die Stelle der hauptsächlichsten Arbeitsaufgabe eine weitere Tätigkeit tritt /zum Beispiel bei einem Mechanisator der LPG die Arbeit in den Wintermonaten in einem Kreisbetrieb für Landtechnik/.

Zweitens enthält die Arbeitsvereinbarung regelmäßig Angaben über den Arbeitsort des betreffenden Mitglieds. Arbeitsort kann der gesamte territoriale Bereich der LPG sein. Der Arbeitsort kann aber auch weiter eingegrenzt sein /zum Beispiel bei älteren Mitgliedern oder bei Frauen, die kleine Kinder zu betreuen haben/, etwa auf das Territorium einer Gemeinde oder /in der

Tierproduktion/ auf eine bestimmte Stallanlage. In anderen Fällen wird in der Arbeitsvereinbarung aber als Arbeitsort über das Territorium der LPG hinaus der Bereich eines anderen, benachbarten sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes /oder mehrerer solcher Betriebe/ vereinbart. Das spielt vor allem in LPG Pflanzenproduktion eine Rolle, die gemeinsam mit anderen Pflanzenproduktionsbetrieben in der Feldwirtschaft zusammenarbeiten.

Mit diesen beiden Festlegungen in der Arbeitsvereinbarung wird das Arbeitsverhältnis des Genossenschaftsmitgliedes rechtlich bedeutend konkretisiert. Zwingende genossenschaftliche Erfordernisse können es aber notwendig machen, daß ein Mitglied vorübergehend eine andere als die vereinbarte Tätigkeit übernimmt oder seine Arbeit an einem anderen als dem vereinbarten Arbeitsort durchführt. Die oben genannten Festlegungen dürfen eine solche Möglichkeit nicht ausschließen. Dagegen findet sich in den Arbeitsvereinbarungen regelmäßig ein Passus, demzufolge erforderlichenfalls auch eine andere Arbeit zugewiesen oder ein anderer Arbeitsort festgelegt wird. Meist wird dazu in der Arbeitsvereinbarung bestimmt, daß eine solche einseitige Weisung durch die LPG zeitlich begrenzt ist /auf 4 Wochen oder 3 Monate usw. im Jahr/. Bei einem notwendigen Einsatz über die vorgesehene Zeit hinaus wird dann das Einverständnis des betreffenden Genossenschaftsmitgliedes gefordert.

Drittens enthalten die Arbeitsvereinbarungen Hinweise zur Vergütung und Prämierung der Arbeitsleistungen der Genossenschaftsbauern. Dabei wird regelmäßig auf die von der Vollversammlung der LPG beschlossene Vergütungs und Prämienordnung der LPG Bezug genommen, weil eine exakte Angabe der Höhe der Vergütung im voraus kaum möglich ist.

Viertens wird in der Arbeitsvereinbarung der Anspruch des Mitglieds auf bezahlten Erholungsurlaub ausgewiesen. Grundlage dafür sind die Festlegungen in der Betriebsordnung der LPG und die Verordnung über den Erholungsurlaub vom 28. September 1978. Aus diesen beiden Rechtsakten ergibt sich die Höhe des

Grundurlaubs des Genossenschaftsmitgliedes sowie der ihm zustehende Zusatzurlaub.

Im Falle einer Delegation des Genossenschaftsmitgliedes in eine kooperative Einrichtung oder bei sozialistischer Hilfe in anderen Betrieben und Einrichtungen wird für die vereinbarte Zeitdauer der Delegation zusätzlich ein Delegierungsvertrag abgeschlossen. Das ist ein dreiseitiger Vertrag zwischen dem Mitglied, dem Vorstand der LPG und dem anderen Betrieb, in dem die Arbeitsleistung erbracht wird. Die Bestimmungen des Delegierungsvertrages gelten dann zusätzlich zu den in der Arbeitsvereinbarung getroffenen Regelungen.

Für manche Genossenschaftsmitglieder werden in der Arbeitsvereinbarung zusätzliche Vereinbarungen getroffen, zum Beispiel über Teilbeschäftigung bei Frauen mit kleinen Kindern, bei Mitgliedern im Rentneralter. Aber auch über beabsichtigte Qualifizierungsmaßnahmen und weitere persönliche Fragen des Mitgliedes können Vereinbarungen erfolgen, aus denen sich für beide Seiten konkrete Rechte und Pflichten ergeben.

Abschließend enthalten die Arbeitsvereinbarungen meist einen Passus über die Beendigung der Arbeitsvereinbarung. Im allgemeinen gilt die Arbeitsvereinbarung zeitlich unbegrenzt und endet mit der Beendigung der Teilnahme des Mitgliedes am genossenschaftlichen Arbeitsprozeß infolge Alters, Arbeitsunfähigkeit oder Ausscheidens aus der LPG. In anderen Fällen ist die Änderung des Inhalts der Arbeitsvereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen von Vorstand der LPG und Mitglied vorgesehen.

Der Inhalt der Arbeitsvereinbarung ähnelt dem Inhalt eines Arbeitsvertrages, wie der nach dem Arbeitsgesetzbuch der DDR für Arbeiter und Angestellte abgeschlossen wird. Das ist ganz natürlich, weil die Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsmitglieder einerseits und die der Arbeiter und Angestellten andererseits ihrem Wesen und Charakter nach einheitlich, nämlich sozialistische Arbeitsverhältnisse sind. Sie sind aber keineswegs identisch. Die Arbeitsvereinbarung ist eine Institution des LPG-Rechts zur Konkretisierung der Mitgliedschafts- und Arbeitspflichten eines Genossenschaftsmitgliedes. Die Pflicht

des Genossenschaftsmitgliedes zur Teilnahme an der genossenschaftlichen Arbeit und sein Recht auf Arbeit bestehen auch dann, wenn eine Arbeitsvereinbarung noch nicht getroffen worden ist, während für einen Arbeiter oder Angestellten das Arbeitsrechtsverhältnis erst mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages beginnt. Ebenso verhält es sich bei der Beendigung bzw. Aufhebung der Arbeitsvereinbarung: Sie beendet nicht automatisch das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis oder das Mitgliedschaftsverhältnis.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Forderung in den Musterstatuten der LPG, mit jedem Genossenschaftsmitglied eine Arbeitsvereinbarung abzuschließen, auf den Ausbau der genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse in den LPG der DDR gerichtet ist, wie sie vom gegenwärtigen Entwicklungsstand der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR her notwendig ist. Vor den Agrarrechtswissenschaftlern in der DDR her notwendig ist. Vor den Agrarrechtswissenschaftlern der DDR steht die Aufgabe, die Erfahrungen der genossenschaftlichen Praxis in der Arbeit mit diesen Vereinbarungen genau zu studieren und zu verallgemeinern.

Dr. sc. Rosmarie TRAUTMANN  
Professorin  
Martin-Luther Universität Sektion Rechtswissenschaft  
/DDR, Halle/

EINIGS GEDANKEN ZUR ANNÄHERUNG DER MITGLIEDSCHAFTSVER-  
HÄLTNISSE DER GENOSSENSCHAFTSBAUERN UND DER ARBEITSRECH-  
TSVERHÄLTNISSE DER ARBEITER IN DEN LPG DER DDR

Die 1977 vom Ministerrat der DDR beschlossenen Musterstatuten für LPH Pflanzenproduktion und für LPH Tierproduktion enthalten eine Reihe wesentlich neuer Aspekte der inhaltlichen Gestaltung von Rechtsverhältnissen, deren objektive Notwendigkeit aus veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen resultierte.

Diess neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hatten sich durch die Kooperationsbeziehungen zwischen LPH und Volkeigenen Gütern herausgebildet. Es entstanden im Rahmen der Kooperation gemischte Kollektive von Genossenschaftsbauern und Arbeitern. Die Genossenschaftsbauern und Arbeiter hatten Rechtsverhältnisse zu unterschiedlichen Betrieben aber in der täglichen Arbeit in kooperativen Brigaden und Abteilungen erfüllten sie gleiche Aufgaben. Die gemeinsame Lösung dieser Aufgaben im Arbeitsprozeß ließ in sich geschlossene Kollektive entstehen.

Die rechtliche Neugestaltung war eine logische Folge dieser neuen gesellschaftlichen Beziehungen. Sie mußte ihnen entsprechen und sie fördern. Sie mußte davon ausgehen daß in den LPH Pflanzenproduktion und LPH Tierproduktion sowohl Genossenschaftsbauern als auch Arbeiter tätig sind.

Daher gehen die Musterstatuten grundsätzlich von gleichen Rechten und Pflichten der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in LPH aus. Aus der Reihe der gleichen Rechte und Pflichten soll das Recht und die Pflicht zur Arbeit sowie

das Recht und die Pflicht zur Teilnahme an der Leitung der LPG erwähnt werden. Das entspricht der von Prof.Dr.Veres vorgelegten These 4, in der er feststellt, daß im Rahmen des Mitgliedschaftsverhältnisses das Arbeitsverhältnis in den Vordergrund rückt und das Leitungsverhältnis bereichert und erweitert wird.

Die Bereicherung und Erweiterung der Leitungsverhältnisse in den LPG werden bereichert und erweitert hat ihre Quelle einerseits im Mitgliedschaftsverhältnis der Genossenschaftsbauern, andererseits im Arbeitsrechtsverhältnis der Arbeiter.

Der Arbeiter, der ein Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG begründete, trägt also nicht nur dazu bei, die genossenschaftlichen Produktionsaufgaben zu erfüllen und die genossenschaftlichen Einkünfte zu erhöhen, sondern entscheidet gleichberechtigt alle genossenschaftlichen Probleme mit. Er kann die Leitungsorgane wählen, selbst gewählt werden, in Kommissionen der LPG mitarbeiten, an der Beschlussfassung in der Vollversammlung teilnehmen und auch die Erfüllung gefasster Beschlüsse kontrollieren.

Hinsichtlich der Gestaltung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsrechtsverhältnisses ist die Annäherung in gewissem Umfang ebenfalls in den Musterstatuten sanktioniert.

So gehen die Musterstatuten von einem gleichen Recht auf Arbeit, auf Vergütung nach der Leistung, auf Qualifizierung oder auf Urlaub aus. Die Konkretisierung dieser Rechte und Pflichten erfolgt jedoch auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage. Für Genossenschaftsbauern werden auf der Grundlage des LPG-Gesetzes, des Statuts und der Betriebsordnung zwischen ihnen und dem Vorstand eine Arbeitsvereinbarung abgeschlossen, an welcher die jeweiligen Arbeitsaufgaben, der Arbeitsort, eventuelle spezielle Regelungen vereinbart werden. Darüber hinaus sollte die Dauer des Erholungsurlaubs in die Arbeitsvereinbarung aufgenommen werden.

Wenn auch der Inhalt der Arbeitsvereinbarung die Ähnlichkeiten zum Arbeitsvertrag deutlich werden läßt, so muß man doch auf den wesentlichsten Unterschied hinweisen. Die Arbeitsvereinbarung kann im Unterschied zum Arbeitsvertrag kein Rechtsverhältnis begründen, sie gestaltet nur das begründete Mitgliedschaftsverhältnis aus, konkretisiert es.

Mit dem Arbeiter wird das Arbeitsrechtsverhältnis mit dem Arbeitsvertrag begründet. Begründet er sein Arbeitsrechtsverhältnis in einer LPG, so sind für ihn nicht nur die Bestimmungen des Arbeitsrechts und die zwischen Staat und Gewerkschaft abgeschlossenen Rahmenkollektivverträge verbindlich. Die Musterstatuten legen fest, daß sich die Rechte und Pflichten der Arbeiter auch aus dem Statut und der Betriebsordnung der LPG ergeben, soweit diese nicht den Festlegungen in arbeitsrechtlichen Bestimmungen widersprechen.

Diese Beispiele zeigen das Bemühen, durch rechtliche Regelungen keine Hemmnisse für gesellschaftlich herangearbeitete Formen der Annäherung beider Klassen zu schaffen. Das heißt aber nicht, daß die Annäherung der Klassen ist ein langer Prozeß, der gesellschaftlichen Entwicklung, der sich im Ergebnis der Vervollkommenheit der sozialistischen Basis vollzieht. Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern bestehen noch und spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Rechten und Pflichten der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in den LPG wider. So können z.B. Unterschiede in der Vergütung und der Dauer des Erholungsurlaubs bestehen, so lange kein entsprechender Beschluß der Vollversammlung über eine dem Arbeitsrecht entsprechende genossenschaftliche Regelung gefaßt ist. Dieser Unterschied resultiert aus dem unterschiedlichen Eigentumsverhältnis und dem sich daraus ergebenden Verteilungsprinzip der LPG. Es kann nur verteilt werden, was erarbeitet wurde. Das wiederum zeigt den engen Zusammenhang zwischen Verteilung und Arbeit in der LPG, weist aber wiederum auf die wachsende Rolle der Arbeitsverhältnisse in den LPG hin.



Die Vervollkommung und Weiterentwicklung der Mitgliedschaftsverhältnisse in LPG wird in erster Linie durch die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und die sich in den Leistungsverhältnissen widerspiegelnde Ausgestaltung der genossenschaftlichen Demokratie erzielt werden. Diese beiden Seiten des komplexen Mitgliedschaftsverhältnisses werden die entscheidenden Bereiche sein, durch deren Weiterentwicklung die von Professor Dr. Veres in These 6 erwähnte Angleichung der Rechte und Pflichten vollzogen werden kann.

IV. T E I L

VERHÄLTNISSE IM INTERESSENSCHUTZ DER  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

Dr. László NAGY  
Professor an der  
Agrarwissenschaftlichen Universität  
/Gödöllő, Ungarn/

## INTERESSENSCHUTZ DER MITGLIEDER IN PRODUKTIONS- GENOSSENSCHAFTEN

/Diskussionseröffnendes Referat/

1. Der Interessenschutz und die Interessenvertretung in den Genossenschaften entsteht aus den objektive existierenden, umgrenzbaren Interessenverhältnissen der Genossenschaftsbewegung, der einzelnen Genossenschaften und der Mitgliedschaft. Die sich mit den sozialistischen Interessenverhältnissen befassende Fachliteratur erkennt heute schon eindeutig die Gliederung der sozialistischen Interessenstruktur in Einzel-, Kollektiv- und Gesellschaftsphären und erarbeitete mehr-minder auch die Dialektik der Interessenknotenpunkte, d.h. den Prozess der Interessenabstimmung und die Notwendigkeit der Interessenharmonie. Die Stellungnahmen in der Fachliteratur betonen eindeutig auch das objektive Wesen der Interessiertheit. Nach Übereinstimmender Meinung der Fachautoren ist das Interesse nichts anderes, als ein Verhältnis und zwar ein Verhältnis zwischen dem Individuum und seiner Umwelt, welches auf die Befriedigung der jeweiligen Bedürfnisse ausgerichtet ist und welches über Vermittlungssysteme und bei Geltendmachung ihrer die Interessenintegration betreffenden Funktionen die Person zur Gesellschaft verbinden.

Was die Interessenverhältnisse der Genossenschaft betrifft, ist für die Fachliteratur des Genossenschaftsrechts - insbesondere für die Rechtsbildung - die

allmähliche Erkennung und Lösung charakteristisch.

Bei den Rechtsgestaltungen in den Jahren 1967 und 1971 stand die ökonomische und gesellschaftliche Interessenvertretung der Überwiegend betrieblich organisierten Genossenschaften im Mittelpunkt der Regelung, wobei der Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Interessenvertretung entfiel, obwohl auch die persönliche Interessenvertretung einen besonderen Akzent erhielt. An diese inhaltliche Fragen richtete sich auch die organisatorische Lösung der Interessenvertretung: der Landesrat der Produktionsgenossenschaften /TOT/ und die Gebietsverbände waren Vertreter der mit selbstständiger Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Genossenschaften.

Der Kern der Sache lässt sich also derartig zusammenfassen, dass das s.g. "TOT-Modell" vom Jahre 1967 nicht ein Modell einer, die Interessenvertretung der Mitgliedschaft versehenden gesellschaftlichen Organisation verkörperte, sondern eher als Modell einer Wirtschaftskammer sei, welcher die Interessenvertretung der Wirtschaftseinheit obliegt. /Wobei freilich auch die Funktionen der Transmission und der Dienstleistungen versehen werden/. Wird nun die Frage gestellt, ob einer derartigen Vertretungsart der Mitgliedschaft gegenüber eine Priorität eingeräumt werden kann, so müssen wir diese Frage eindeutig bejahen. Die Regelung dieses Interessenschutzes und dieser Interessenvertretung wurde einerseits infolge der durch das neue ökonomische System /den im Jahre 1968 eingeführten "Wirtschaftsmechanismus"/ gesicherten wirtschaftlichen Selbstständigkeit erforderlich, anderseits verlangte aber auch das zentralisierte System

deshalb eine Monopolstellung bekleidende Partnerbetriebe, insbesondere im Bereiche der Lebensmittelindustrie diese Ordnung. Diese Sachlage wurde auch im Motivbericht des Gesetzes Nr. III. vom Jahre 1967 ziemlich klar formuliert: "nur eine gut ausgebaute gesellschaftliche Organisation der Interessenvertretung vermag für die Produktionsgenossenschaften zu gewährleisten, dass sie von ihrer ökonomischen Selbstständigkeit Gebrauch machen und nicht isoliert werden". Es soll jedoch betont werden, dass - infolge der Eigentumsverhältnisse in den Genossenschaften - auch der Interessenschutz und die Interessenvertretung solcher Art nicht als völlig unabhängig von den Interessen der Mitgliedschaft erachtet werden, denn letzten Endes diene auch diese Regelung den Interessen der Mitgliedschaft. Aus der Sicht der Mitgliedschaft betrachtet könnte man diese Vertretung als eine kollektiv-mittelbare Vertretung bezeichnen. Die Bewegung der Produktionsgenossenschaften brachte in einem späteren Zeitpunkt auch eine neue Form des Interessenschutzes mit sich, nämlich die Vertretung der Gesamtheit der Mitgliedschaft und auch ihrer einzelnen Angelegenheiten. Die Rechtsgrundlage dafür schaffte eigentlich das Gesetz III. vom Jahre 1971: "Die auf Grundlage eines Mitgliedverhältnisses in der Genossenschaft geleistete Arbeit ist ebenbürtig mit anderer Arbeit, welche im Rahmen einer anderen Form des gesellschaftlichen Eigentums verrichtet wird. Was die auf Grund der mit Arbeit verbrachten Zeit zustehenden Rechte betrifft /Hervorhebung meinerseits/ ... wird die als Genossenschaftsmitglied oder in einem Arbeitsverhältnis geleistete Arbeit gleichgestellt." Die Konkretisierung

dieses Grundsatzes war nach dem Genossenschaftsgesetz vom Jahre 1971 nur noch eine Frage der Zeit. Diese Art der Interessenvertretung, welche man schon als unmittelbar bezeichnen kann, lässt sich - de lege ferenda - auf analoge Weise mit den Befugnissen der Gewerkschaft in der Interessenvertretung der Angestellten vergleichen.

Der durch die Gewerkschaften wahrgenommene Interessenschutz und der der genossenschaftlichen Mitglieder ist freilich nicht derselbe, da der letztere in gewissem Sinne ein engerer, dabei aber in gewissem Sinne auch ein breiterer Interessenschutz ist. Im Kern der Sache gibt es aber keinen Unterschied: es handelt sich nicht um den Interessenschutz einer als Rechtsperson organisierten wirtschaftenden Einheit, sondern unmittelbar um den der dort arbeitenden Menschen. Was den Inhalt dieses Interessenschutzes betrifft, gilt für ihn auch dieselbe, wie für die Schutzfunktion der Gewerkschaft: "Gewährleistung der Befriedigung der materiellen, sozialen und kulturellen Ansprüche der Werktätigen, Schutz ihrer in den Gesetzen und Verordnungen zugesicherten Rechte." /Beschluss aus dem Jahre 1976 des Politbüros der USAP./ Doch können wir über einen individuellen Interessenschutz und eine Interessenvertretung solcher Tiefe, als welche von den Gewerkschaften den Arbeitnehmern geleistet wird, bei den Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften weder in den Vorschriften, noch in der Praxis nicht reden. Hinsichtlich des Interessenschutzes wartet die erwähnte Bestimmung des Gesetzes III vom Jahre 1971 noch die Durchführung. Die gegenwärtige Situation ist noch ein Derivat der früheren Lage: der individuelle Interessen-

schutz der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften erschöpfte sich in der Praxis in der Errichtung einer genossenschaftlichen Schiedskommission und ihrer Betätigung, ergänzt seitdem durch den rechtsberatungsdienst. Obwohl beide als wirksame Garantiefaktoren gelten, können wir in der zeitlichen Reihenfolge aus der Sicht feststellen, dass das Mitglied seine Interessen entweder vor der Entscheidung /rechtsberatungsdienst/ geltend machen kann, oder nach der Entscheidung /rechtsstreit/. Es fehlt das Zwischenglied, oder ist mindestens nicht vollständig, das im Befugnisssystem der Gewerkschaft im Vorschlagsrecht, im Recht des Einvernehmens, im Kontroll- und Vetorecht verkörpert wird. Die auf den Ersatz der fehlenden Zwischenglieder gerichteten Versuche wurden früher dadurch abgewehrt, dass dies weder erforderlich noch nötig sei, denn das Mitglied ist ja Eigentümer und kann die ihm deshalb zustehenden Verfügungsbefugnisse im Forumsystem der Genossenschaftsleitung auf Grund seines Mitgliedsrechtes ausüben. Dies stimmt jedoch nur zum Teile, da das Genossenschaftsmitglied gleichzeitig auch ein Arbeitnehmer ist, wobei wir bei dieser Einheit allzuleicht vergessen, welche Unterschiede in den beiden Polen dieser Einheit vorhanden sind. Erstens: das Mitglied ist kollektiver Eigentümer, es ist also kaum wahrscheinlich, dass es individuell viele Auseinandersetzungen mit der Leitung haben könnte, doch kann es bei Erfüllung seiner Aufgaben als Arbeitnehmer auch individuell in Konfliktsituationen geraten. Zweitens: das Mitglied bekleidet in der Hierarchie der genossenschaftlichen Arbeitsorganisation eine untergeordnete Stelle. Als Ei-

gentümer sind jedoch sämtliche Mitglieder gleichberechtigt, unabhängig von ihrer Arbeitseinteilung. Übergehen wir nun von dem Bereiche des kollektiven Interessenschutzes auf das Gebiet des individuellen Interessenschutzes, so haben wir die entsprechenden organisatorischen und rechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Drittens: angesichts der der vergrößerten Genossenschaften kann ich kaum glauben, dass die Generalversammlung unter diesen Umständen ein geeignetes Forum zur Regelung dieser Fragen darstellen könnte.

2. Hinsichtlich des direkten - individuellen und kollektiven - Interessenschutzes der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften ist die Modifizierung der genossenschaftlichen Rechtsvorschriften im Jahre 1977 ein wesentlicher Fortschritt. Einesteils darum, da diese Modifizierung die Existenz des persönlichen und kollektiven Interessenschutzes der Mitgliedschaft auch positive akzeptierte, d.h. die relative Selbstständigkeit des individuellen und kollektiven Interessenschutzes der Mitgliedschaft im Verhältnis zu den verselbstständigten Interessen der Genossenschaft anerkannte, bzw. zu deren Interessenschutz und ist auch deshalb bedeutend, da es die Anfangsschritte für den Ausbau der Organisation der Interessenvertretung und des Befugnisystems der Interessenvertretung unternahm. /Es soll dabei bemerkt werden, dass Interessenschutz und Interessenvertretung keine synonymen Begriffe sind, die beiden haben zueinander ein Verhältnis, wie Inhalt und Form./ Obwohl die Rechtsvorschrift noch ziemlich lückenhaft erscheint, erkennt sie doch die Existenz des Interessenschutzes an, denn der Gebietsverband "nimmt



den Interessenschutz der gesamten Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaft wahr, fördert und organisiert den individuellen Interessenschutz, den Rechtsschutz der Mitglieder. Doch spricht das Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, im Gegensatz zu den s.g. Genossenschaftskomitees in den Industriegenossenschaften, die als Interessenschutzorgane benannt werden, nur auf konkludente Weise über den der Mitglieder selbst. Trotzdem können wir behaupten, dass die Begründung des Instituts für Interessenschutz und Interessenvertretung der Mitgliedschaft - während dadurch auch das Genossenschaftsrecht bereichert wird - über die Grenzen des Rechtsgebietes hinausgreift, nimmt einen staatsrechtlichen Charakter an, denn diese Bestimmung bedeutet einen wesentlichen Schritt in der Vervollkommenung der staatsbürgerlichen Rechte.

Auf welcher Grundlage und in welche Richtung soll denn das Rechtssystem des individuellen Interessenschutzes der Mitgliedschaft der Genossenschaft ausgestaltet werden ?

Ebenso, wie auch die sozialistische Interessenstruktur drei Knotenpunkte besitzt /individuelles, kollektives und genossenschaftliches Interesse/, sollen auch im genossenschaftlichen Interessenschutz drei Ebenen unterschieden werden, nämlich die gesellschaftliche Ebene /Klassen oder Schichten/, die den Interessenschutz der Gesamtheit der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften bedeutet,- dann die Gruppenebene, welche die Gesamtheit der Mitgliedschaft einer bestimmten Genossenschaft,- während der individuelle Interessenschutz den Schutz des einzelnen Mitglieds der Genossenschaft bedeutet. Diese drei Knotenpunkte sind grundlegende, wobei es keineswegs ausgeschlossen ist, dass unter diesen drei

Kategorien keine Zwischenkategorien der Interessen existieren könnten, welche über eine verhältnismässige Selbstständigkeit verfügen oder eine solche anstreben. Ihre Selbstständigkeit wird dadurch bestimmt, inwiefern sie über eine organisatorische Form /z.B. Betriebszweiginteresse/ bzw. Geltungsform /selbstständige Wirtschaftsführung des Betriebzweiges verfügen, die dann eine Selbstständigkeit für die Kernpunkte zusichern. In der derzeitigen Entwicklungsphase der Genossenschaften scheint es jedoch, dass sich der Interessenschutz der Mitglieder meistens auf der Ebene des Mezzinteresses lösen lässt. Abschliessend soll jedoch bemerkt werden, dass man die Frage der Interessenknotenpunkte nicht von den tatsächlichen Interessenverhältnisse jener Beschäftigungsgruppen getrennt untersuchen kann, die aus der Umschichtung der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften entstanden und in der soziologischen Literatur bereits des öfteren erörtert wurden.

Bei der Erörterung der Frage des Interessenschutzes der Mitgliedschaft ist auch der Umstand zu berücksichtigen, dass die Subjektträger der Interessensphären innerhalb ihrer eigenen Bewegungsform in der Organisation - auf kollektive und individuelle Weise gleicherweise - die Befriedigung ihrer Ansprüche - durch das System der Interessiertheit erstreben. In dieser Hinsicht wollen wir die Aufmerksamkeit auf folgendes lenken:

a/ die Interessenverhältnisse bleiben nicht ein für allemal unverändert, die Bestrebungen nach Befriedigung der Bedürfnisse verändern sich parallel zu den ökonomisch-sozialen Veränderungen.

In diesem Sinne ist der Kreis der Bedürfnisse sehr umfangreich, entscheidend sind allerdings die materiellen Bedürfnisse, mit der Änderung und Verbesserung der Lebensverhältnisse erhalten jedoch die nicht materiellen Bedürfnisse eine zunehmende grössere Rolle.

b./ In diesem sich ständig ändernden Prozess können die persönlichen Interessen nur im Rahmen der legitimierten Bedürfnisse zur Geltung gebracht werden können und diese, die Legitimierung der der individuellen Interessen der Befriedigung der der Legitimierung der individuellen Interessen bestimmenden Kollektive, bzw. der der gesellschaftlichen Ziele sind jeweils auf jenem Horizont zu regeln, wie weit man aus der Position der Mitgliedschaft sieht und inwiefern die Mitglieder im Stande sind die Effektivität und Gültigkeit ihrer Tätigkeit zu beurteilen. Ansonsten wäre das Ziel für die Person abstrakt und ganz allgemein.

c/ Das Interessenverhältnis, als ein Verhältnis zwecks Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen ist jeweils von Anderen abhängig und dies ist Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Organisiertheit. Diese gesellschaftliche Organisiertheit innerhalb der Genossenschaft ist weitgehend von den Trägern der individuellen Interessen, von den Genossenschaftsmitgliedern abhängig. Mit anderen Worten ausgedrückt heisst dies, dass die Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Souveränität anderer abhängig ist, der Umfang dieser Souveränität ist jedoch wieder vom Interessenträger abhängig. Und bei diesem Problem kann wesentlich sein, dass und wie die Ausgestaltung der Struktur der Genossenschaft - bei Berücksichtigung der eigenen Interessen - durch welche Schichte bestimmt wird.

3. Der sozialistischen Interessenstruktur entsprechend verfügt der Interessenschutz der Mitgliedschaft über mehrere Ebenen.

Das gesellschaftliche Niveau des Interessenschutzes bezüglich ist der allgemeine Interessenschutz der in den einzelnen Genossenschaftszweigen vereinten Mitgliedschaft Aufgabe der Landesräte. Diese Funktion bedeutet eigentlich nichts anderes, als die kollektive Vertretung der die Gesamtheit der Mitgliedschaft betreffenden, zur Verallgemeinerung herangereiften, also legitimierbaren oder kodifizierbaren Fragen der kollektiven Vertretung bei den zu Entscheidungen berechtigten Partei- und Staatsinstanzen. In solchem Falle handelt es sich um die Vertretung einer Klasse, oder einer Gesellschaftsschichte /genossenschaftliche Arbeiterschaft, als eigenartige Schichte der Arbeiterschaft/ als Gesamtheit. Darum kann man dies als genossenschaftspolitische Vertretung einer Klasse oder Schichte bezeichnen. Auf dieser Ebene werden die Probleme des Interessenschutzes der Mitgliedschaft grösstenteils durch die Arbeitsgemeinschaft für Genossenschaftspolitik der Partei /MSZMP/vermittelt und gelöst, bzw. durch die Sicherung der Rechtssphäre des Einzelunternehmens und der kodifikativen Anregung allmählich gelöst. Es ist keine obligatorische Höflichkeit festzustellen, dass das "TOT-Modell" und auf dieser Grundlage die Funktionsänderungen der beiden anderen Landesräte im Jahre 1968 eine objektive Notwendigkeit waren, weiterhin dass alle drei Landesräte die einzelnen Probleme der Mitgliedschaftsinteressen in Überwiegender Mehrheit auf adäquate Weise verallgemeinerten und lösten, und schliesslich mittels entsprechenden Empfehlungen die

anfallenden Aufgaben des Interessenschutzes in den Genossenschaften bewusst machten. /Siehe z.B. die vom TOT im Jänner 1979 veröffentlichte diesbezügliche Empfehlung/. Auch das stimmt, dass nicht sämtliche vorteilhaften Lösungsmöglichkeiten ausgenutzt wurden. Wir denken hier in erster Linie an die aufstrebenden und durch die Wissenschaft unterstützten, sich auf die Ausgestaltung der unmittelbaren Formen der Eigentümerinteressen bezüglichen Versuche. Sowohl der Verfasser dieser Zeilen, als auch andere Autoren betonten mehrfach dass die Genossenschaft als eine auf der persönlichen und vermögensrechtlichen Mitwirkung des Mitglieds beruhende Gemeinschaft, nicht nur dem persönlichen Interesse des Mitglieds, der Mobilmachungsmöglichkeit des persönlichen Eigentums für Produktionszwecke bei wesentlich vorteilhafteren Bedingungen dient, sondern ebenso auch den gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Interessen. Diese Auffassung, welche in Produktionsgenossenschaften die Vermögensbeziehung zwischen Mitglied und Genossenschaft als entgegengesetzt erachtet, verstärkt die mittels Verstärkung der sozialistischen Züge der Genossenschaften die bereits vielfach und mit vollem Recht der Kritik unterzogene Verbraucheranschaung. Wenden wir uns jedoch wieder zur Ebene der Interessenstruktur zurück.

Auch der kollektive - also gruppenhafte - Interessenschutz der Mitgliedschaft der Genossenschaften ist gelöst. Garantie und Forumssystem dafür liegen in der gesetzlichen Funktion und Leitung der Genossenschaft. In dieser Zweifalt der Genossenschaftsleitung kommt nämlich eine Legierung der korporativen und der Einmannleitung zum Ausdruck, ausserdem eine Einheit der Wirtschaftslenkung und der Aufgaben der Interessenvertretung. Die Funktion der

Wirtschaftslenkung bedeutet eigentlich, dass die allgemeine Wirtschaftslenkung als unterstes Glied die Leitung gezwungen ist die Angelegenheiten auf der Basis der Wertordnung beruhend in der Wirtschaftslenkung zu entscheiden und den Interessenschutz in diesem Rahmen zu betrachten und die Fragen zu lösen. Bedauerlicherweise ist diese letztere Funktion weder in der Literatur, noch in der Praxis, und nochmehr in der Dialektik der beiden genügendweise betont. Bei diesem Problemenkreise reicht es jedoch nicht aus, wenn man konstatiert, ob die Leitorgane den Rechtsregeln entsprechend funktionieren oder nicht, sonder auch die innere Bestimmung der der juridischen Befugniskompetenzen der Entscheidungen ist wesentlich. Der Interessenschutz erfordert ~~hier~~ bei dem gegebenen Organ oder bei der Person eine Umgestaltung der Anschauungsart, und zwar als Geltendmachung der geänderten Anschauung im Aufbau der Leitorgane und deren Kompetenz. Wenn wir uns der bereits dreissigjährigen Last entledigen könnten, welche die Angelegenheiten des Sozialwesens, Unterrichts und Bildung als derartigerweise gleichartig betrachten, dass die Erledigung dieser in nur einem einzigen Komitee vorstellbar ist. Noch wirksamer wäre die Interessenvertretung, wenn diese Komitees am Niveau der Generalversammlung existieren würden und obligatorisch wären. Was die Kompetenz des regionalen Bundes betrifft, so lautet der juristische Satz, dass "diese den Interessenschutz der Gesamtheit der Mitgliedschaft der Produktionsgenossenschaften versieht", dem regionalen Verband eine doppelte Kompetenz zusichert: a/ im Komitatsbereich umfasst es die Vertretung der Genossenschaftsmitgliedschaft vor allen

a/ Vertreter der gesamten Mitgliedschaft vor sämtlichen Organen des Komiteats, b/ ist im Prinzip berechtigt bei Verletzung der kollektiven Interessen der Mitgliedschaft auch der Genossenschaftsleitung gegenüber aufzutreten. Es ergibt sich jedoch die Frage, über welches Befugnisssystem verfügt der regionale Verband den Interessenschutz der Mitgliedschaft betreffend, wie weit können ihre Verpflichtungen reichen? In diesem Zusammenhang kann nur soviel behauptet werden, dass die Ziele der Rechtsregeln unbedingt zu befolgen sind, dass zwischen den Erwartungen der zentralen Erwartungen und buchstäblichen Regelsystem ein gewisser Widerspruch besteht. Der Wirkungskreis des regionalen Verbandes führt vorwiegend einen instruktiven und organisatorischen Charakter. /...fördert und organisiert den individuellen Interessenschutz, Rechtsschutz. Paragraph 104 Absatz 1./ Die Bestimmung der Aufgaben des Verbandes bei der Organisation der Rechtshilfe ist einigermaßen präziser festgelegt. /Richtlinien des TOT Nr. 1/1979 über die Rechtshilfe der LPG./ Deshalb wäre im Zusammenhang mit dem individuellen und kollektiven /Gruppen/ Interessenschutz eine derartige Praxis nutzvoll, wenn die regionalen Verbände die Tätigkeit und die Kompetenz der Gewerkschaftsorganisationen der Komiteats studieren würden und zeitweise eine Analyse der Situation im Interessenschutz der Mitgliedschaft an die Tagesordnung setzen würden, ebenso die Ausgestaltung und Vervollkommnung der zu befolgenden Verfahrenspraxis und die erforderliche Fortentwicklung des konkreten Berechtigungssystems und des Mechanismus zur Geltendmachung der Interessen. Diese Aufgabe des regionalen Verbandes kann aus den allgemeinen, die Transmissionsaufgaben und die Interessenschutzaufgaben des Verbandnetzes bestimmenden Beschlüssen deriviert werden.

Im Kreise des Interessenschutzes muss man auch darauf hinweisen, dass zahlreiche regionale Verbände in der Vermittlung der zwischen den Genossenschaftsleitungen und den Mitgliedern zeitweise anfallenden Diskussionen mitwirken.

Um diese unbedingt richtige Bestrebung auch in organisierter Form zu legalisieren, könnte ich mir perspektivisch vorstellen, dass eine Absonderung der Rechtsstreite seitens der Mitgliedschaft, bzw. der zwischen der Genossenschaftsleitung und der Mitgliedschaft entstehenden eventuellen Rechtsstreite als Auflösung im Rahmen der regionalen Verbände derartige Schiedsrichterausschüsse arbeiten würden, welche zwischen dem Verfahren des genossenschaftlichen Schiedsrichterausschuss und dem gerichtlichen Verfahren zweiter Instanz - auf fakultativer Grundlage zu benaspruchenden - ein Ausgleichsverfahren ausüben könnten. Dies würde die Anzahl der aus den Rechtsstreiten der Mitgliedschaft stammenden Prozesse vor dem Gericht weitgehend vermindern und würde gleichzeitig das Ansehen der regionalen Verbände bereichern.

4. Nun, was die Situation des individuellen Interessenschutzes innerhalb der Genossenschaften betrifft, erwarten drei verschiedene Fragen ihrer Beantwortung: der Umriss des Inhalts, die Bestimmung der Organisation und die Auserbeitung des Mechanismus zur juridischen Geltendmachung.

Der inhaltliche Rahmen des Interessenschutzes wird durch zwei Faktoren bestimmt: a/ die Teilberechtigungen des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses /Mitwirkungs-, Vermögens- und organisative Teilberechtigungen/ und b/ die statutenmässigen Institutionen der gegebenen Genossenschaft, die damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten.



Gleich bei der Frage des Inhalts ist zu erwähnen, dass der Interessenschutz der Mitgliedschaft und der Rechtshilfedienst keine identische Begriffe sind, die Rechtshilfe ist eine Seite des Interessenschutzes, welche im Mechanismus des Interessenschutzes die Lösung der inhaltlichen Probleme des Interessenschutzes fördern kann. Was nun die weitere Entfaltung der inhaltlichen Probleme des Interessenschutzes betrifft, müssen wir aus dem grundlegenden juristischen Satz ausgehen, dass :

a/ die in der Genossenschaft verrichtete Arbeit gleichwertig ist mit der in anderen Formen des gesellschaftlichen Eigentums verrichteten Arbeit, demzufolge kann der Arbeitnehmerinteressenschutz des Mitglieds einer Produktionsgenossenschaft sich vom Interessenschutz eines Werkstätigen in einem staatlichen Unternehmen, dem Charakter und dem Berechtigungssystem nach, nicht unterscheiden;

b/ das genossenschaftliche Mitgliedsverhältnis ist ein zweifaches, demzufolge kann es den genossenschaftlichen Interessenschutz durch eigenartige Züge bereichern und nuancieren, denn das Mitglied ist direkt und indirekt als Eigentümer interessiert /auch dann, wenn bei letzterem in der Regelung - bei den verschiedenen Genossenschaften abweichenderweise - ein Rückstand zu verzeichnen ist/;

c/ In diesem Sinne bedeutet der Interessenschutz der Mitgliedschaft nichts anderes, als einen, die effektiven Interessen der persönlichen Bedingungen in der Funktion der Genossenschaft zum Ausdruck bringenden legitimisierten - oder im Rahmen der Selbstregelung potentiell legitimisierbaren Anforderungen verbundenen oder unbefriedigten Anforderungen, eventuell mit deren Verletzung verbundenen kontinuierliche - also organisierten - und rechtlich erfüll-

baren Prozess. Die Verrichtung und Lösung dieser Aufgabe gewährleistet in der Harmonie des individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen obligatorischen Einklang der Interessen. In Betracht der Zeitfolge gibt es einen präventiven Interessenschutz /z.B. Zusicherung der Beschäftigung/, einen die Voraussetzungen des Interessenschutzes gewährleistenden /Unterstützung, Modernisierung der Entlohnung/ und einen nachträglichen, Konflikte beseitigenden Interessenschutz /Schiedsgericht/.

Hinsichtlich der inhaltlichen Gliederung des mitglied-schaftlichen Interessenschutzes und des staatsbürgerlichen Interessenschutzes besteht ein Unterschied. Der mitglied-schaftliche Interessenschutz ist wieder ein zweifacher: und zwar der Eigentümer- und der Arbeitnehmer-Interessen-schutz. In der Praxis ist jedoch eher der präventive und die Voraussetzungen schaffende der Häufigere und seltener ist der die Konflikte beseitigende Interessenschutz der Eigentümer, denn das Mitglied ist ja kollektiver Eigentü-mer, demgegenüber ihm als individuellem Arbeitnehmer in Hinsicht des Interessenschutzes und der Vertretung alle Rechte zustehen, in welchen - in den staatlichen Unterneh-men - die Gewerkschaftsorgane das Recht haben Vorschläge zu unterbreiten, Kontrolle auszuüben, Vereinbarungen zu treffen und im Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeits-verhältnissen der Arbeiter das Vertretungs- und Vetorecht auszuüben. Dieser Kreis ist schon darum zunehmend aktuell, da die Gewerkschaften der Genossenschaften diese Rechte in Bezug der Angestellten ausüben. Auf der Ebene der Staats-bürgerschaft bieten zwei grosse Bereiche Schutz und Mög-

lichkeit und zwar im Gebiete des Warenverkehrs und im weiten Kreise der behördlichen Berechtigungen. In diesem Sinne kann sich der mitgliedschaftliche Interessenschutz eigentlich in genossenschaftlichen, bürgerlichen und Staatsverwaltungssachen verkörpern.

5. Der Interessenschutz ist durch eine bestimmte Organisation bedingt. Falls ein Interessenschutz in Funktion tritt, dann treffen wir auf die Organisation des Interessenschutzes. Diesbezüglich müssen wir zu Kenntnis nehmen, dass im Prozess der Interessenbefriedigung von den Einzelpersonen abgesonderte gesellschaftliche Verbindungsorgane existieren, welche mittels irgendwelcher Begegnungsform sich als Mittel selbst einschalten zwischen die, ihre Bedürfnisse zu befriedigen gesinnte Person, - die Bedürfnisse anderer Personen und zwischen den Gütern, wobei die Geltendmachung mit Rücksicht auf die objektiven Möglichkeiten und legalen Schranken auf diesem Wege integrative erfolgt. Das ist jedenfalls nicht gleichgültig ob sich dieser Prozess - nennen wir ihn als auf der Grundlage der Interessenabstimmung beruhenden Prozess der Befriedigung von Bedürfnissen - bei Vereinbarung der betreffenden Personen, bei ihrer Mitwirkung oder ohne dieser abspielt. Ein objektiver Vorgang ist jedoch dass je ferner sich ein Organ vom Mitglied befindet, umso mehr verlegt sich dieser auf den Pol der allgemeinen Interessen und je näher sich das Organ befindet umso mehr verlegt er sich auf den Pol der konkretisierten, Sonderinteressen. Demzufolge ist primäre Voraussetzung der Geltendmachung der persönlichen Interessen, dass diese möglichst nah zur Person sei. Nun, was die Lösungen im ungarischen Genossenschaftswesen betrifft, stehen wir momentan drei Alternativen gegenüber:

a/ Die eine Alternative ist die Ausdehnung der genossenschaftlichen Mitgliedschaft auf die gewerkschaftliche. Wie es uns bekannt ist, werden bei einer 5 - 25 Mann überschreitenden Belegschaft Gewerkschaftsgruppen bzw. Basisorganisationen gebildet, wobei mehrere Mitglieder von Produktionsgenossenschaften auch über Mitgliedschaft einer Gewerkschaft verfügen. Dies würde unvermeidlich eine Integration der Interessenvertretung als Teil der politischen Organisiertheit der Mitglieder und der Angestellten verwirklichen. Es kann nicht bestritten werden, dass die Existenz der Gewerkschaft in der momentanen Situation Urheber einer gewissen positiven Spannung ist, nachdem das Berechtigungssystem den Angestellten gegenüber umfangreicher und besser geregelt ist, als bei der genossenschaftlichen Organen, - trotzdem sind wir der Ansicht, dass die Realität der Gewerkschaftsmitgliedschaft seitens der produktionsgenossenschaftlichen Mitglieder nur dann eine alltägliche Aufgabe darstellen kann, wenn das Mitglied in seiner Eigentümer-Arbeitnehmerposition die letztere ausschlaggebend wird. Gewisse theoretische Ansichten führten in den jüngsten Jahren zu Übertreibungen, die objektiven Verhältnisse bestätigen jedoch die Dauerhaftigkeit dieser Doppelheit.

b/ Die andere Alternative führt innerhalb der Genossenschaft einen genossenschaftlichen Charakter, erachtet jedoch ein besonderes Organ der Interessenvertretung zweckentsprechend. Diese Lösung ist bei den industriellen Genossenschaften das s.g. Genossenschaftskomitee, welches innerhalb der Genossenschaft die soziale Tätigkeit leitet und gleichzeitig die Interessenvertretung der Mitglieder versieht. Ihr Wesen ist mit den Kollektiven des Arbeitsortes eng verbunden.

Die Mitglieder des Genossenschaftsausschusses werden durch die Arbeitsortkollaktiven gewählt, abberufen und enthoben, den Vorsitzenden wählt die Generalversammlung ruft ihn zurück und enthebt ihn seines Amtes. Diese Regeln verleihen dem Ausschuss entsprechenden Rang und Schutz, nachdem die Mitglieder des Ausschusses Amtsträger sind.

c/ Die dritte Alternative befinden sich in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch im Entwicklungsstadium, die rechtliche Lage ist jedoch noch nicht eindeutig geklärt. Die dritte Alternative geht davon aus, dass der Interessenschutz und die Interessenvertretung innerhalb der Genossenschaft, im Rahmen der Entscheidungsforen /Generalversammlung, Delegiertenversammlung, usw./ zu lösen ist, nachdem diese Foren gleichzeitig auch Institutionen für Interessenvertretung in der Genossenschaft sind. Dies kann auch als geteilte Interessenvertretung bezeichnet werden, wo sich die unterste Ebene in der Arbeitsortkollektive befindet. In diesem Sinne wird die Kollektive des Arbeitsortes potentiell zu einer Organisation mit zweifacher Funktion: auf der untersten Stufe verfügt die Korporationsleitung über ein Entscheidungsrecht, ist sowohl Leitorganisation, als auch Organ der Interessenvertretung der Mitglieder. Wenn dies einmal so ist, so wäre es zweckmässig, die anfallenden Aufgaben des Interessenschutzes genauer als bisher zu bestimmen: d.h. es sollte jener Weg ermittelt werden, laut welchem die Arbeitsortkollektive und deren Leiter alljene Rechte ausüben könnte und dem der komplette Schutz gebühren sollte, welcher bei staatlichen Unternehmen dem Vertrauensmann der Gewerkschaft zusteht bzw. welche Rechte er ausüben kann. /Siehe SZOT Richtlinien 31.V.1976 bzw. die Verordnung MT 12/1976./.

d/Ohne den Rechtskreis eingehend anzuführen,- wenn wir uns den Berechtigungen der Gewerkschaft dem Wesen nach annähern wollen, könnte die Kollektive des Arbeitsortes, bzw. in seiner Vertretung deren Leiter nachstehende Rechtsbefugnisse ausüben:

- in Fragen, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen in Produktionsgenossenschaften /Mitglieder und Angestellte/ betreffen, soll ihm das Recht der Begutachtung und Empfehlung gebühren, insbesondere anlässlich der Ausgestaltung der Arbeitsordnung, Produktionsprogramme, Regelung der Leistungsanforderungen, weiterhin bei der Beurteilung von zum Weiterlernen vorgesehenen Personen, bei der Ausgestaltung der diversen Formen der Vermögensbeziehungen der Mitgliedschaft. Alles zusammengefasst ist das wichtigste die Begutachtung der relativen Selbstständigkeit der hinter der Arbeitsortkollektive befindlichen Zweige oder Organisationen.

- In Bezug der Einhaltung der internen Vorschriften der Genossenschaft können sie innerhalb der Arbeitsortkollektive das Kontrollrecht ausüben.

- Der Leiter der Arbeitsortkollektive ist Vertreter der Mitglieder der Arbeitsgruppe in Fragen, welche vor der Wirtschaftsleitung der Genossenschaft das Mitgliedsverhältnis betreffen.

- Auch das Einspruchsrecht sollte ihm zustehen, falls der Wirtschaftsleiter des gegebenen Zweiges Massnahmen plant, oder derartige Leitmethode ausübt, welche die Mitglieder der Arbeitskollektive nachteilig berühren und wo die Frage direkt mit dem Wirtschaftsleiter nicht erledigt werden kann.

Ein Codifikator hat also eine doppelte Aufgabe. Er hat das Berechtigungssystem präzise auszuarbeiten, weiterhin

hat er zu entscheiden, welche kollektive auszuüben sind /d.h. die Arbeitsortkollektive betreffen/ und welche sind jene in welchen der Leiter der Arbeitsortkollektive selbstständig vorgehen kann. Alldies setzt jedoch voraus, dass der derzeitige ad hoc status des Leiters der Arbeitsortkollektive zu modifizieren ist und dass dieser als Beamter der Genossenschaft zu betrachten ist.

Im Interessenschutz der Mitgliedschaft der Genossenschaft ist es eine wichtige Frage, ob dieser auf der Ebene der Arbeitsortkollektive verbleiben soll, oder ob die Zeit bereits herangereift ist um für den allgemeinen Interessenschutz organisative Schritte zu unternehmen. Ich bin überzeugt davon, dass aus den Leitern der derzeitigen Arbeitsortkollektiven diese Kollektive für Interessenschutz gebildet werden könnte, welche der Genossenschaftsleitung gegenüber in Problemen, welche die gesamte Mitgliedschaft der Genossenschaft betreffen in Allgemeinheit der Leitung gegenüber Partnerschaft bekleiden könnten und im Wesentlichen all jene Rechte ausüben könnten, welche bei staatlichen Unternehmen dem Gewerkschaftsausschuss, der Beratung der Vertrauensmänner zustehen. Zur Erfüllung dieser Funktion der Arbeitsortgemeinschaft bedarf es Intentionen und der Verdrängung der manchmal der Vorstellung von Rechtsregeln gegenüber ausgeübten Praxis. So ist z.B. manchmal der Zweigleiter Leiter der Arbeitsortgemeinschaft. Juridisch schliesst dies die Geltendmachung der Interessenvertretung aus. Bedauerlicherweise ist auch die diesbezügliche TOT-Empfehlung widerspruchsvoll und ungewiss. In dem einen Absatz wird empfohlen, dass man in den Genossenschaften regelmässig analysiert, ob der Rechtskreis der Initiative, Begutachtung, Empfehlung und Entscheidung der Arbeitsortkollektiven dem individuellen und kollektiven Interessenschutz der Mitglieder entsprechen

derweise dient,- andererseits wird empfohlen, dass der Aufgabenkreis des sozialen Kulturausschusses mit Aufgaben des Arbeitswesens und des Arbeitsschutzes zu ergänzen wären.

Wenn wir nun die organisative Konstruktion des Interessenschutzes und der Interessenvertretung der Genossenschaftsmitglieder mit Aufmerksamkeit verfolgen, so können wir daraus zwei Konsequenzen ziehen: a/ in der derzeitigen Entwicklungsperiode ist in Betracht der zweifachen Natur der Leitungsorganisation der Genossenschaften der Interessenschutz auch in solcher Hinsicht bezeichnend, dass je höher die Leitungsorganisation ist, umso stärker ist die Lenkungsstätigkeit und umso schwächer die Tätigkeit im Interessenschutz, und je näher die gegebene Organisation zu dem Mitglied steht, umso konkreter gestaltet sich die Tätigkeit im Interessenschutz und wird schwächer die Leittätigkeit. Inbetracht der geschichtlichen Perspektive müssen wir uns jedoch auch mit der Konfrontation befassen, ob die Anschauungsweise der Organisationswissenschaft aufrecht erhalten bleiben kann, gemäss welcher die Funktionen des Interessenschutzes und der Leitung ein und derselben Organisation obliegen sollen. Diese zweifache Funktion ist nämlich auch bei anderen Organisationen anzutreffen. Beispielsweise sind die Universitätsräte seit der Reform im Jahre 1969 nicht nur die höchsten Lenkungsorgane der Universität, sondern gleichzeitig auch die höchsten Interessenvertretungsorgane der unterschiedlichsten Schichten der Universität. Die Entscheidung über die Lösung dieser Frage erfordert jedoch noch weitere Forschungsarbeit.



c/ Hinsichtlich des Wirkungsmechanismus der Interessenvertretung der Mitgliedschaft ist die Situation anders in industriellen Genossenschaften und wieder ganz anders in landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Funktionsregeln des Genossenschaftskomitees in industriellen Genossenschaften zeigen in so mancher Beziehungen ähnliche Züge mit den Verfahrensregeln der Kontrollkommission und kann mit seinen Feststellungen sogar den Delegiertenausschuss erreichen. Der Kreis dieser Berechtigungen beschränkt sich jedoch auf die Äusserung der Ansichten und der Vorschläge. Nachdem in landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Genossenschaftskomitees funktionieren, wäre es zweckvoll den Funktionismus des Interessenschutzes so zu regeln, dass es dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft möglich wäre auf analoge Weise zu verfahren, als der Vertrauensmann der Gewerkschaft. Bei eventueller Erfolglosigkeit könnte Er sich zu einer - aus den Leitern der Kollektive bestehenden Kollektive, oder direkt zur Leitung selbst, oder auch zur Delegiertenversammlung zwecks Rechtsbehelf wenden. Zweckvoll wäre es, die Befassung mit Rechtsbehelfen als Aufgabe der stellvertretenden Vorsitzenden zu bestimmen. Ich bin der Ansicht, dass sich die mit den Empfehlungen des - sich mit dem Interessenschutz befassenden - Landesrates vielmehr mit dem Mechanismus des Interessenschutzes befassen sollten, denn ein guter Mechanismus ist die Voraussetzung der Effektivität. In diesem Rahmen müsste man auch darauf eine Beantwortung erlangen, welcher Mechanismus der konkreten Rechtsverfolgung und welche organisatorische Beziehung verbindet das innerhalb der Genossenschaft tätige Organ des Interessenschutzes mit dem regionalen Verband.

6. Letzten Endes wäre auch die Rechtsvertretung der Mitglieder ein organischer Teil des mitgliedschaftlichen Interessenschutzes. Dieses Problem ist deshalb bedeutungsvoll, da - obwohl ein Grossteil der problematischen Angelegenheiten im Rahmen der Rechteberatung, oder auf der Ebene der Konsultation mit dem zuständigen Leiter erledigt wird, - ein anderer Teil vor der Schiedskommission, oder im Rahmen eines gerichtlichen oder Staatsverwaltungsverfahren geregelt wird. Diverse Datenerhebungen weisen darauf hin, dass ein Teil der im Rahmen der Rechtshilfe anfallenden Angelegenheiten einer Rechtsvertretung bedarfen. Dies wird auch durch die Gliederung der anfallenden Angelegenheiten betont: obzwar hinsichtlich der Regionen und der Genossenschaften eine gewisse Streuung zu beobachten ist, kann trotzdem festgestellt werden, dass etwa 15 - 40 % der Angelegenheiten mit dem Mitgliedschaftsverhältnis in Zusammenhang stehen. Alldies erfordert die Regelung einer zufriedenstellenden Rechtsregelung.

Gemäss Ptk. § 219. "können Verträge auch über andere Personen /Vertreter/ abgeschlossen werden, oder können sonstige Rechtsäusserungen getroffen werden, ausgenommen der Fall, dass laut Rechtsregel diese Äusserung nur persönlich verklingen kann", bzw. gemäss § 222 "Vertretungsrecht kann - ausser den in dem Gesetz, beßördlichen Verordnungen und Statuten beruhenden Vertretungen - auch mittels einer an den Vertreter, an die andere Partei oder an die anfallende Behörde gerichteten Deklaration /Bevollmächtigung/ gezeitigt werden. Schliesslich zitieren wir den Abschnitt /1/ aus dem § 15. MT, laut welchem die Gewerkschaft "...in den, den Arbeitsort betreffenden Fragen im Interesse des Werkträgigen, in seinem Namen und anstatt ihm, auch mangels einer

besonderen Bevollmächtigung verfahren kann, bzw. Abschnitt § 67. /1/ /Bürgerrechtsverfahren/, laut welchem die Gewerkschaft im Prozess seiner Mitglieder verfahren kann.

Mit Rücksicht auf diese Allgemeine Bestimmungen können die wichtigsten Regeln der mit der Rechtsvertretung der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften zusammenhängenden Interessenvertretung folgenderweise umrissen werden:

a/ Der mit der Genossenschaft in mitgliedschaftlichem oder Arbeitsverhältnis stehende Rechtsberater kann - im Auftrag - in jeglichen Sachen und auf jeglichen Ebenen des Vertretungsrecht ausüben, in welchen zwischen Mitglied und Produktionsgenossenschaft kein Interessenkonflikt besteht.

b/ In das Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Fragen - wo also zwischen Mitglied und Genossenschaft ein Interessenkonflikt besteht, sollte dem regionalen Verband die im 15. §. Mt. zitierte Berechtigung der Gewerkschaften zustehen. Ansonsten ist es erwähnenswert, dass die Fachliteratur diese Tätigkeitsart nicht dem Begriffskreise der Vertretungen einverleibt /aber dort erörtert/, nachdem die Gewerkschaften obwohl sie im Interesse des materiellen Rechts der Berechtigten verfahren, trotzdem in ihrem eigenen Namen vorgehen, - demgegenüber die Vertretung ein Verfahren im Interesse eines Anderen ist. Unserem Standpunkt nach vereinigen sich hier die im klassischen Sinne aufgefasste Rechtsvertretung mit dem Wirkungskreise der Interessenvertretungsorgane. Dieser Umstand wieder berechtigt uns zu jener Schlussfolgerung, dass dieses Recht auch sinngemäss den regionalen Verbänden zusteht. Und hier bietet sich wieder ein - bereits

ein und somit den ganzen Vortrag betreffenden- an der Hand liegende Schlussfolgerung des ganzen Vortrags: wo in der Tendenz der Integration des Arbeitsrechtes und des Genossenschaftsrechtes rationelle Lösungen voneinander übernommen werden können, dort ist es nicht unbedingt notwendig irgend- etwas neues zu erfinden, sondern diese Neuartigkeiten können wechselseitig voneinander übernommen werden und bloss dort wäre etwas eigenartiges zu übernehmen, wo dies durch die objektiven, in den Produktionsverhältnissen vorhandenen Unterschiede erfordert wird. Die betreffende Beurteilung bildet gleichweise ein Problem der Politik, der Wirtschaft und der Juristik.-

Dr. jur. Michal DURDIK  
Abteilungsleiter  
Verband der Genossenschaftslandwirte  
/Bratislava, Tschechoslowakei/

## RECHTLICHE SITUATION DES VERBANDES DER SLOWAKISCHEN GENOSSENSCHAFTSLANDWIRTE

In der sozialistischen tschechoslowakischen Republik ist das sozialistische Rechtssystem ein aktives Mittel im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Das sozialistische Rechtssystem erfüllt selbstverständlich auch im Gebiete der Landwirtschaft eine aktive Rolle. Das Rechtssystem fördert die Verwirklichung der Agrarpolitik der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei. Seinerzeit war es ein Mittel zur Einschränkung der Ausbeutung, später zur vollständigen Liquidierung der ausbeutenden Klassen in den Dörfern. Im Laufe der Fortentwicklung, während der Periode der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, diente es der Verfestigung der sozialistischen Rechtsordnung in der sozialistischen Wirtschaft - sowohl im staatlichen, als auch im genossenschaftlichen Sektor - d.h. dass die wirtschaftlich-organisatorische Verfestigung der Staatsgüter und der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften dadurch gefördert wurde, weiterhin die sozialistischen gesellschaftlichen, hauptsächlich die Produktionsverhältnisse vertieft wurden.

### I.

#### Notwendigkeit der Neuen Rechtsordnung in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der CSSR

Im Laufe der vergangenen 30 Jahre erlebte die Landwirtschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

unter der Leitung der Kommunistischen Partei und mit der Unterstützung des sozialistischen Staates und der Arbeiterklasse eine wesentliche Umwandlung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Beschluss des IX. Kongresses der CSKP im Jahre 1949 wurde erfüllt.

Die Einführung des Genossenschaftssystems in den Dörfern harmonisierte mit den Interessen der arbeitenden Bauernschaft, der Arbeiterklasse und der gesamten Gesellschaft. Auf dem zum Sozialismus führenden Wege der Bauernschaft bildete sich eine neue Klasse der sozialistischen Gesellschaft, und zwar die neue Klasse der genossenschaftlichen Bauernschaft. Es entstand eine feste Klassenbasis der sozialistischen Gesellschaft. Die Regelung der landwirtschaftlichen Rechtslage leistete natürlich auch ihren Beitrag dazu. Das Gesetz Nr. 49/1959 welches die rechtliche Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften regelt, entstand zur Zeit der beendigten Umwandlung der sozialistischen Landwirtschaft. Seitdem entwickelten sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften in bedeutendem Masse. Im Laufe der sechziger Jahre konsolidierten sie sich in organisatorischer und auch in ökonomischer Hinsicht. Dem XIV. Kongress der CSKP folgend beschleunigte sich die Entwicklung in raschem Tempo.

Die allmähliche Vereinigung der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Bildung grosser Produktionseinheiten übte auf den Fortschritt der tschechoslowakischen Landwirtschaft starken Einfluss aus. Während beispielsweise im Jahre 1960 - zur Zeit der Geltendmachung des die landwirtschaftlichen Genossenschaften betreffenden Gesetzes 49/1959 - die existierenden 10,816 Genossenschaf-

ten im Durchschnitt auf 420 Hektar wirtschafteten, stieg die Grösse der landwirtschaftlichen Betriebe im Mittel auf mehr als 2000 Hektar und die Anzahl der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften verminderte sich auf 1779.

Die Interpretation der gesellschaftlichen Rolle und der Rechtslage der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der genossenschaftlichen Bauernschaft stand jedoch mit dem Entwicklungsniveau der genossenschaftlichen Landwirtschaft in keinem Einklang. Mit anderen Worten: die gültigen Rechtsregeln waren im Verhältnis zu den veränderten Umständen nichtmehr entsprechend.

Das stimmt jedenfalls, dass das die einheitlichen landwirtschaftliche Genossenschaften betreffende Gesetz vom Jahre 1959, zusammen mit den Musterstatuten auf die neuartigen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und auch auf die Konsolidierung der Genossenschaften einen günstigen Einfluss ausübten, - aber auch das ist wahr, dass nach 15 Jahren der Gültigkeit alldies der neueren Entwicklungsperiode nicht mehr genügt.

Ziel und Grundsätze der modifizierten, resp. neuen Rechtsregeln

Das neue Gesetz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die neuen Rechtsregeln dienen nachstehenden Zielen:

1. die Tätigkeit und den Aufbau der Leitorgane der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der sonstigen sozialistischen genossenschaftlichen Landwirtschaftsorganisationen derartig zu gestalten, dass diese mit den neuartigen Bedingungen harmonisieren, welche Bedin-

gungen durch die Organisierung der grossen Produktionseinheiten, infolge der Modernisierung der Leitung bzw. der Betriebslenkung bei intensiverer Beteiligung der Genossenschaftsmitglieder an der Leitung zustande kamen.

2. Den einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften und sonstigen sozialistischen genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Organisationen gegenüber dienen sie der Konsolidierung der Lenkungs- und Organisierungstätigkeit seitens der sozialistischen Staatsorgane.

3. Ein weiteres Ziel ist eine derartige Modifizierung des genossenschaftlichen Nutzungsrechtes der zentralisierten Güter, welche die einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften zwecks Erfüllung derartiger Produktionsaufgaben zur Nutzung der zentralisierten Güter berechtigen, welche das Wesen ihrer Tätigkeit bilden und zwischen den im Gesetz festgelegten rechtlichen Normen und sonstigen Rechtshormen inhaltlichen Einklang schaffen und das Landnutzungsrecht der sozialistischen landwirtschaftlichen Organisationen legalisieren.

4. Die Normen der Genossenschaftsmitglieder und der im Arbeitsverhältnis stehenden Werktätigen der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind mit den allgemeinen Grundsätzen der sozialistischen Arbeitsrechtsregeln auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

5. Zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften und mit anderen sozialistischen Organisationen sind günstige Voraussetzungen und umfangreiche Möglichkeiten zu schaffen und hauptsächlich mit landwirtschaftlichen Organisationen zu entfalten.



Das neue Genossenschaftsgesetz ermöglicht demgemäss und fördert die Bildung von grossbetriebliche Produktion betreibenden einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Unternehmen, damit dadurch in der Produktion die Methoden der Industrie zu Geltung gelangen und im Einklang mit den durch die neuartige Situation geschaffenen Anforderungen das Niveau der Planung und Registrierung erhöht werde, das Prinzip des selbstständigen Verrechnungssystems zu Geltung gelangt; weiterhin ist die Entwicklung der Kooperation und Integration im Rahmen der Ausenbeziehungen - anhand des Beschlusses des XIV. Kongresses der CSKP - in den Vordergrund zu stellen.

Das neue Gesetz der landwirtschaftlichen Genossenschaften setzt z.B. die Vertiefung der Lenkung seitens des Staates, in engem Zusammenhang mit der Fortentwicklung der genossenschaftlichen Demokratie voraus; die Entfaltung eines derartigen Entwicklungsprozesses, welcher zunehmend die effektive Beteiligung der Genossenschaftsmitglieder an der Lösung von Genossenschaftsaufgaben widerspiegelt.

Zwecks Diskussion der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben der Genossenschaften legalisiert das neue Gesetz die Konferenzen und den Kongress der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Vertiefung der Demokratie führte gesetzmässig zu einer steigenden politischen Bedeutung des Landeskongresses der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Landeskongress wird durch die Landesregierung, durch das Zentralkomitee der Nationalen Front und durch das Zentralkomitee des Verbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften gemeinsam einberufen.

Die einheitliche landwirtschaftliche Genossenschaft ist im Sinne des Genossenschaftsgesetzes eine freiwillige Gruppierung bzw. Organisation der Genossenschaftsbauern und der in einer grossbetrieblichen Produktion sozialistischer Genossenschaften beteiligten sonstigen Werktätigen. Eine Volksgenossenschaft und gleichzeitig auch eine freiwillige gesellschaftliche Organisation.

Die neuen Regeln der Rechtslage der landwirtschaftlichen Genossenschaften gehen von dem bisherigen System der die Genossenschaftsrechte regelnden Vorschriften aus, das in erster Linie dadurch zum Ausdruck kommt, dass neben dem Genossenschaftsgesetz auch die konventionellen Musterstatuten gültig bleiben. Die Musterstatuten, als Grundgesetz des internen Lebens der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften erfüllte zur Zeit der Gründung und Konsolidierung der Genossenschaften eine äusserst positive Aufgabe. Diese Rolle der Musterstatuten besteht auch in der folgenden Periode der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, hauptsächlich in der Fortentwicklung der Genossenschaften weiterhin.

Im Vergleich mit der bisherigen Situation - wie es bereits erörtert wurde - wird der Charakter der Rechtsordnung und die Verfassung der Musterstatuten modifiziert. Beispielsweise, während bisher der Musterstatutenantrag /auch die eventuellen Modifizierungen und Ergänzungen/ am Kongress der landwirtschaftlichen Genossenschaften beraten wurde, ein Beschluss verfasst wurde, welchem die Genehmigung seitens der Regierung folgte, - solange werden die Musterstatuten im Sinne des neuen Verfahrens durch die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vorgelegt nach gemeinsamer Begutachtung mit

dem Zentralkomitee des Verbandes der Genossenschaftsbauern. Diese Modifizierung des Verfahrens wurde durch die dynamische Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft und der raschen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse - welche auch in den Musterstatuten umrissen sind - erfordert. Falls die Interessen der Gesellschaft es erfordern, ermöglichen die neuen Formen der Verfassung von Musterstatuten, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sphäre der Rechtsordnung auf die rasche Entwicklung der gesellschaftlichen und Produktionsverhältnisse elastischer reagieren, um an der Regelung der Rechtsordnung diese Rechtsregeln und Vorschriften im Fortschritt der erwähnten Verhältnisse eine aktive Rolle bekleiden zu können.

Die einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften erarbeiten ihre eigenen Statuten auf Grund der durch die Regierung verfassten Musterstatuten. Meiner Ansicht nach muss betont werden, dass dies eine obligatorische Aufgabe ist. Demgemäss ist es die Pflicht der Genossenschaft die eigenen Statuten anhand der Musterstatuten, ihren eigenartigen örtlichen Verhältnissen anzupassen und so zu erarbeiten. Die Notwendigkeit und Bedeutung der rechtzeitigen und richtigen Ausarbeitung der eigenen Statuten der Genossenschaft wird auch dadurch betont, dass es die Landwirtschaftliche Kreisdirektion und das Komitee des Kreisverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften verpflichtet, die Genossenschaft bei der Ausarbeitung und Verfassung der Statuten effektive zu unterstützen. Die erwähnten Kreisorgane haben in erster Linie darauf zu achten, dass die Ausarbeitung der Statuten nicht verzögert wird und dass diese mit den Vorschriften der Rechtsordnung in Einklang stehen.

Die Musterstatuten, als traditionelle Berufung des Basisgesetzes für die inneren Verhältnisse der Genossenschaft zeitigte den Erfolg, dass mehrere Kapitel des landwirtschaftlichen Genossenschaftsgesetzes sind auch in den Musterstatuten anzutreffen - vorwiegend jene, welche das innere Leben der Genossenschaften regeln. - Dies konnte nicht vermieden werden, es war also notwendig, diese Lösung zu wählen, nachdem die - mit der Existenz und dem Verfahren der Genossenschaften zusammenhängende Probleme in den Musterstatuten und in den eigenen Statuten der Genossenschaften ansonsten auf komplexe Weise nicht gelöst werden konnten.

Infolge der erwähnten Gründe wurden aus dem Genossenschaftsgesetz vorwiegend jene Kapitel in den Musterstatuten aufgenommen, welche den Charakter und Berufung, Aufgaben und Verfahren, das Mitgliedschaftsverhältnis, Organisierung und Lenkung, weiterhin die Zentralisierung und gemeinsame Nutzung des Grundbodens und der sonstigen Produktionsmittel betreffen.

Das wichtigste Kapitel der Musterstatuten ist jenes, welches die grundlegenden Rechte und Pflichten der Genossenschaftsmitglieder bestimmt. Die Anzahl der grundlegenden Rechte und Pflichten der Genossenschaftsmitglieder ist im wesentlichen dieselbe, wie bisher. In Übereinstimmung mit den, den Genossenschaftsmitgliedern gegenüber gestellten Anforderungen vermehrte sich die Anzahl der Rechte damit, dass das Genossenschaftsmitglied berechtigt ist die Unterstützung der Genossenschaft zwecks Erweiterung seiner politischen Kenntnisse und Fachkenntnisse, zur

Erhöhung seiner Fachbildung in Anspruch zu nehmen, das seitens des Ministeriums und des Verbandes gemeinsam gewährleistet wird.

Das den organisatorischen Aufbau und die Lenkung der Genossenschaft betreffende Kapitel betont, dass die rationelle Methode der Betriebslenkung nach dem Prinzip der genossenschaftlichen Demokratie und der persönlichen Verantwortung des Leiters aufzubauen ist. Die Musterstatuten widmen den Produktionsberatungen der Genossenschaften und anderer Organisationseinheiten, welche wirksame Lenkungsformen bei Beteiligung der Mitglieder an der Lenkung und bei der Lösung vorhandener Probleme und anfallender Angelegenheiten der Genossenschaften sind, besondere Aufmerksamkeit.

Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften beteiligen sich an der Lenkung der Genossenschaft, zum Beispiel ist für die Tätigkeit des Sozialkomitees der Genossenschaft einesteils die Ausübung alljener Aufgaben charakteristisch, welche sich daraus ergeben, dass die Genossenschaft das Organ der Sozialversicherung ist, andernteils daraus, dass die Genossenschaft verpflichtet ist den Mitgliedern der Genossenschaft und den sonstigen Angestellten die Bedingungen der komplexen sozialen Fürsorge zu sichern.

Das Komitee für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz als wichtigstes Glied in der Kette der gesellschaftlichen Kontrolle der getroffenen Massnahmen für Arbeits- und Gesundheitsschutz, verrichtet die Aufgaben, welche in den Vorschriften für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz angeführt sind und auf welche die methodologischen Hinweise des Genossenschaftsverbandes regelmässig aufmerksam machen.



Die Hausordnung der Genossenschaften, die eine den staatlichen Organen ähnliche Rolle bekleiden, wurden anhand der den Genossenschaften zur Verfügung gestellten Unterlagen ausgearbeitet und durch die Mitgliederversammlung genehmigt.

Die Berücksichtigung der mit dem Arbeitsrecht zusammenhängenden juristischen Vorschriften werden durch den Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften überwacht, - ähnlich wie die Gewerkschaft bei den staatlichen Unternehmen - und lenken in methodologischer Hinsicht die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses der Genossenschaften.

Die Musterstatuten widmen der gesellschaftlichen Tätigkeit der Genossenschaften ausserordentliche Aufmerksamkeit. Diese Erscheinung ist logische Folge jener Tatsache, dass die Genossenschaft nicht nur eine wirtschaftende Organisation ist, sondern gleichzeitig auch eine derartige gesellschaftliche Organisation der Genossenschaftsmitglieder, deren Tätigkeit sich auf politische, kulturelle und soziale Probleme ausdehnt.

Die Genossenschaft verrichtet als Basisorganisation des Verbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung auch solche Aufgaben, welche aus den Verbandsstatuten und aus den Beschlüssen der einzelnen Organe stammen; die Genossenschaftsorgane sind gleichzeitig auch die Leitungsorgane in der Basisorganisation des Verbandes. Dieses Kapitel der Musterstatuten bestimmt eindeutig das Verhältnis und die Rechtslage zwischen Verband und Genossenschaften.

Zur Zeit der Durchsetzung der im Jahre 1972 durch den Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften bzw. durch den VIII. Kongress der einheitlichen landwirtschaftlichen

Genossenschaften bestätigten Statuten erfolgten in der Landwirtschaft, vorwiegend in den einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften tief eingreifende Veränderungen. Diese spiegeln sich in der Entwicklung der grossbetrieblichen Produktion der Landwirtschaft, in der Struktur der Produktionsbasen und in diesem Zusammenhang auch im Rahmen der Produktionsverhältnisse.

Die anlässlich des VIII. Kongresses der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften genehmigten und die auch bisher gültigen Statuten beeinflussten günstigerweise die weitere Entfaltung der Tätigkeit des Verbandes. Der XV. Kongress der CCKP und die 13. Beratung des Zentralkomitees im März 1979 beauftragte den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit höchst anspruchsvollen Aufgaben. Demgemäss liegt die Hauptaufgabe des Verbandes in der wirksamen Förderung der Realisierung der Wirtschaftspolitik der Partei, in der Fortentwicklung und Vertiefung der genossenschaftlichen Demokratie, weiterhin in der Erziehung der Genossenschaftsfunktionäre und Mitglieder, in der Erhöhung ihrer Verpflichtungen und Standhaftigkeit in der Produktion, im Rahmen der Gesellschaft die Fortentwicklung der Rolle der Nationalen Front, schliesslich und selbstverständlich in der Periode des Aufbaues der fortschrittlichen sozialistischen Gesellschaft ist die Hauptaufgabe die Fortentwicklung der gesamten Volkswirtschaft.

Im Interesse der Erfüllung der dem Verbannde der landwirtschaftlichen Genossenschaften zukommenden Aufgaben kam eine grundlegende Bedingung zustande und zwar im Jahre 1976 wurde die Rechtslage der landwirtschaftlichen Genossenschaften reorganisiert, wobei die Aufgaben des Verban-



des in Bezug der gesellschaftlichen Tätigkeit der Genossenschaften erstmalig zur Gesetzkraft erhoben wurden.

Seit dem, im Jahre 1979 veranstalteten IX. Kongress der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften - in Übereinstimmung mit dem föderativen Charakter des Staates - ist der Verband der Genossenschaften eine einheitliche gesellschaftliche Landesorganisation, an dessen Spitze das Zentralkomitee steht. Der Verband ist auch eine Mitgliedsorganisation der Nationalen Front. In der Tschechischen Sozialistischen Republik und in der Slowakischen Sozialistischen Republik, d.h. im ganzen Gebiete des Verbandes steht an der Spitze der regionalen Organisationen das tschechische bzw. slowakische Komitee bzw. die Leitung. Diese Komitees sind mit der anspruchsvollen Aufgabe betraut in zu den beiden Republiken gehörenden Kreisen und deren Genossenschaften - bei Mitarbeit der Kreiskomitees des Verbandes - die politische-organisatorische Arbeit zu lenken. Die Modifizierung der Struktur des Verbandes ermöglichte, dass ein beträchtlicher Anteil der vielfältigen Arbeit des Verbandes in den Genossenschaften und deren einzelnen Arbeitsgemeinschaften zur Entfaltung gelangt.

Im Interesse der Gewährleistung des Rechtsschutzes der Genossenschaftsbauern - vorwiegend in Fragen des Arbeitsrechtes, Berücksichtigung der Rechtsregeln und Vorschriften, Betriebsküchen, Arbeits- und Gesundheitsschutzes - übt der Verband ähnliche Tätigkeit aus, wie die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung bei den staatlichen Unternehmen und Institutionen.

②

Die modifizierten bzw. ergänzten Statuten des Verbandes betonen die Wählbarkeit der Mitglieder in alle Organe des Verbandes, betonen weiterhin die Notwendigkeit des demokratischen Zentralismus und der Geltendmachung der kollektiven Leitung.

Die Tätigkeit des Verbandes ist in erster Linie auf die Realisierung der Wirtschaftspolitik der CSKP ausgerichtet. Deshalb organisiert und lenkt der Verband den sozialistischen Arbeitswettbewerb der Genossenschaftsmitglieder, fördert deren Initiativen und die diesbezügliche Fertigkeit, publiziert die Erfahrungen der fortschrittlichen Produktion, betätigt sich an der Ermittlung verborgener Reserven bzw. an der Erschliessung von Entwicklungsmöglichkeiten in der Produktion und setzt sich auch dafür ein, dass das Prinzip der Wirtschaftlichkeit in den landwirtschaftlichen Genossenschaften möglichst intensiv zu Geltung gelange.

Der Verband widmet der Einhaltung der sozialistischen Gesetzmässigkeit und Geltendmachung der genossenschaftlichen Demokratie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften grosse Aufmerksamkeit; ist bestrebt die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern; die kulturelle erzieherische Arbeit und Tätigkeit in den diversen Interessenskreisen zu fördern; weiterhin dass der Mitgliedschaft und den Angestellten Erholung, Kuraufenthalt in Heilbädern gesichert wird und beobachtet die Erfüllung alljener Aufgaben, welche in den Statuten des Verbandes angeführt sind.

Manche Teile der Verbandsstatuten wurden im Zeitraum nach dem IX. Kongress der landwirtschaftlichen Genossenschaften nach eingehender Verarbeitung dem Arbeitsprogramm des

Verbandes, den Verwaltungsvorschriften und organisativen Regeln und dem Arbeitsprogramm sämtlicher Organe und Organisationen des Verbandes einverleibt.

Die modifizierten Statuten des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht demgemäss mit dem neuen, die Rechtslage der Genossenschaften regelnden Gesetz in vollem Einklang. Diese Übereinstimmung bildet die Garantie dafür, dass der Verband der Tschechoslowakischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften seinen vermehrten Aufgaben mit Erfolg gerecht wird

Schliesslich muss noch bemerkt werden, dass zu der richtigen Formung der Berufung und der gesellschaftlichen Rolle unseres Verbandes uns auch jene Erfahrungen weitgehend unterstützten, welche wir in den befreundeten sozialistischen Ländern und an - der jetzigen ähnlichen - Konferenzen einholten. Zur Gestaltung der derzeitigen Position unseres Verbandes haben die reichen Erfahrungen der ungarischen Juristen sehr viel beigetragen, insbesondere die Erfahrungen jener ungarischen Juristen, die sowohl im Gebiete der Rechtswissenschaften und der Pädagogik, als auch in der Lösung der im Alltagsleben der Genossenschaften anfallenden juridischen Probleme - z.B. bei dem Landesverband der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und regionalen Genossenschaften - über reichliche Erfahrungen verfügen, uns mit diesen unterstützen, uns den zu verfolgenden richtigen Weg anlässlich der Modifizierung von die sozialistische Landwirtschaft betreffenden Rechtsvorschriften zeigen. Dafür, für diese freundschaftliche Hilfe gebührt ihnen Anerkennung und Dank.-

Dr. Iván DRAGÁN  
stellvertretender Sekretär  
Gebietsbund der LPG-en "Kőrösök és vidéke"  
/Ungarn, Békéscsaba/

# EINIGE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN DEM MITGLIEDSCHAFTSRECHTS- VERHÄLTNIS UND DEN INTERESSENVERHÄLTNISSEN

In der letzten Zeit wurden diejenige Berechtigungen, die in erster Linie auf Grund der Arbeitsverrichtung den Produktionsgenossenschaftsmitgliedern zukommen, durch verschiedene Rechtsregeln erweitert. Es ist daraus mindestens anscheinend ein solcher Bedarf entstanden, dass die Berechtigungen der Menschen im Arbeitsverhältnis und im produktionsgenossenschaftlichen Mitgliedschaftsverhältnis einheitlich, in der gleichen Rechtsregel geregelt werden müssen. Die Aktualität dieses Bedarfs oder Vorschlags kann auch durch die gegenwärtigen Kodifikationsarbeiten des Arbeitsgesetzbuches gerechtfertigt werden.

Im Interesse der theoretischen oder vielmehr praktischen Realisierung der Frage muss man grundsätzlich von der gegenwärtigen Rechtsregelung ausgehen, wonach die Produktionsgenossenschaften: "Im System der Genossenschaftsdemokratie eine selbständige, planmässige Betriebswirtschaft führen, und die gesellschaftliche Einheit und sozialistische Erziehung der Mitgliedschaft realisieren".

Meines Erachtens ist diese Formulierung auch langfristig zeitbeständig, und hinter der Realisierung der gesellschaftlichen Einheit der Mitgliedschaft, der Erhebung der gesellschaftlichen Tätigkeit der Produktionsgenossenschaften auf den gleichen Rang der Wirtschaft steckt eine bewusste politische Zielsetzung. Daraus kann man eindeutig feststellen, dass die Produktionsgenossenschaften als gesellschaftliche Organisationen auch solche Pflichten haben, die die staatlichen Unternehmen nicht charakterisieren.

Demnach kann die Frage auch so gestellt werden, ob die Verrichtung der Arbeit als das im Mittelpunkt des Mitgliedschaftsverhältnisses stehende Element von der gesellschaftlichen Tätigkeit, planmässigen Betriebswirtschaft der Produktionsgenossenschaften abzutrennen ist.

Meiner bescheidenen Ansicht nach kann und muss man sich der Frage von mehreren Seiten aus nähern, z.B. von Seiten des staatlichen Willensanspruches. Für uns alle ist es wohl bekannt, dass die Genossenschaftsbewegung organischer Teil unserer Gesellschaft ist, ihre Ziele und Aufgaben mit denen der ganzen Gesellschaft identisch sind. Neben den gleichen Zielsetzungen und Aufgaben ist es politisch statthaft und zugleich rechtlich erforderlich zu regeln, dass, abweichend von den staatlichen Unternehmen, die Genossenschaftsbewegung - im Einklang mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse - ein eigenartiges, auf der Selbstverwaltung beruhendes spezielles Leben führe, denn es sind noch Eigenheiten, Abweichungen vorhanden, die dem Eigentum, der internen Selbstverwaltung entspringen.

Diese Abweichungen kommen auch aktuell zur Geltung, so in der Führung wie auch in der Einkommensregelung, und meines Erachtens kann man damit rechnen, dass diese noch eine lange Zeit zur Geltung kommen werden.

Die dynamische Entwicklung der Genossenschaftsbewegung brachte immer und bringt heute noch - und auch in der Zukunft - solche Fragen mit sich, denen von der Rechtsregelung nicht gefolgt werden kann, deren Lösung keinen Aufschub duldet oder deren Regelung der Staat nicht beansprucht. Wenn man alldies berücksichtigt, ist meiner bescheidenen Ansicht nach die Selbstregelung ungeändert die geeigneteste Methode und Form zu ihrer Lösung, und die Regelung der, der Verrichtung der Arbeit zukommenden Rechte und Pflichten ihren organischen Teil bilden muss.

Als ordnendes Prinzip kann man auch davon ausgehen, dass der Produktionsgenossenschaftsmitglied im System der sozialistischen Gesellschaft unter speziellen Bedingungen lebt und arbeitet, und diese Feststellung ist auch dann standhaft, wenn in den Bedingungen der Arbeitsverrichtung, in dem Mitgliedschaftsrechtsverhältnis mehrere Elemente den im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitern ähnlich oder eben mit ihnen identisch sind. Laut der erwähnten fassen die Herstellung der Übereinstimmung des Eigentums- und Arbeitsnehmerverhältnisses, der gesellschaftliche Charakter der Genossenschaften, ihre Organisiertheit und Ordnung die vielseitigen Interessen der Mitglieder zusammen, sie schaffen ein spezifisches Rechtsverhältnis zwischen Mitglied und Genossenschaft. Hier kann man konstatieren, dass das Genossenschaftsrecht die

genossenschaftlichen Lebensumstände, die im Mitgliedschaftsverhältnis zusammengefasste Beziehung von Genossenschaften und ihren Mitgliedern umfasst. Diese spezielle Beziehung bedarf meines Erachtens einer eigenartigen Rechtsregelung. Es sei nun gestattet einige Eigenheiten von den Elementen des Arbeitsverhältnisses zum Vergleich herbeizuführen.

Unter den Kriterien des Arbeitsverhältnisses muss man:

- das auf den Arbeitsgeber zukommende ausgedehnte Verordnungsrecht,
- die Regelmässigkeit der Arbeitsverrichtung,
- die in der Rechtsliteratur mehrmals verwendete Abhängigkeit, Untergeordnetheit und Gebundenheit hervorheben.

In der Rechtsliteratur werden i.a. drei Gruppen der Mitgliedschaftsrechte und Pflichten unterschieden, nämlich:

- Vermögensrechte und Pflichten,
- Organisationsrechte und Pflichten,
- Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Verrichtung der kollektiven Arbeit.

Zu diesem Vergleich gehört auch das noch mit an, dass während auf die Produktionsgenossenschaft die Beschäftigungspflicht lastet, kommt dem staatlichen Unternehmen im Falle eventueller überflüssiger Arbeitskraft das Kündigungsrecht zu.

Die Frage kann auch von Seiten des Vermögensrechtes erläutert werden. Es ist bekannt, dass die positive Rechtsregelung und auch die rechtliche Fachliteratur die aus den Produktionsgenossenschaftsmitgliedern bestehende Kollektive als Subjekt des Vermögensrechtes betrachtet. Das Produktionsgenossenschaftsmitglied als Besitzer erhebt mit vollem Recht einen Anspruch darauf, dass die Produktionsgenossenschaft ihm seiner Fähigkeiten und Anlagen gemäss vollkommene Beschäftigung garantiere. Auch das ist eine spezifische, inhaltliche Eigenheit des Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses. Ich denke dabei unter den Besitzerberechtigungen nicht einmal an die klassischen Elemente des bürgerlichen Rechtes, wie z.B. der Besitz, die Nutzung, die Verfügung, oder an die Vermögensbeziehungen zwischen der Produktionsgenossenschaft und dem Mitglied, sondern an solche "übertragene" Besitzerberechtigungen, die - da es sich um Genossenschaften handelt - dem als Besitzer qualifizierten Mitglied zukommen. Solche sind z.B.: die Wahl der Abgeordneten, die Ernennung der Mitarbeiter in den höheren, führenden Positionen, die die Wirtschaft und inneres Funktionieren der Genossenschaften grundsätzlich bestimmenden Regeln, die Annahme des jährlichen Wirtschaftsplanes und Ergebnisses, die Entscheidung über die Verwendung des Einkommens, die Übernahme des Risikos usw. Meines Erachtens machen diese Berechtigungen einfach nicht möglich, dass das Mitgliedschaftsrechtsverhältnis und die Arbeitsverrichtung von diesen losgerissen, durch eine besondere Rechtsregel reguliert werden.



Man kann sich der Frage auch von der Seite der Interessenverhältnisse nähern. Aus diesem Themenkreis möchte ich nur ein Element herausgreifen. Das Dasein von Interessenverhältnissen bzw. von konkreten Interessen in den Genossenschaften kann kaum verneint werden. Wenn dies so wahr ist, stellt sich kausal der Gedanke, ob die den individuellen und Gruppeninteressen entspringenden Gegensätze und Spannungen durch zentrale Regelung oder auf anderer Weise aufzulösen sind.

Meines Erachtens muss man grundsätzlich davon ausgehen, dass in der Zukunft anstatt der Rangierung der Interessen ihr Vergleich den grösseren Akzent bekommen muss. Daraus folgt, dass der Vergleich der Interessen im Rahmen der internen Regelungen der Genossenschaften einen wesentlich grössere Möglichkeit hat, als die durch zentrale Regelung gegebenen Möglichkeiten wären.

Die Thesen im Zusammenhang mit dem Vortrag werfen besonders auf, dass die verschiedenen wirtschaftlichen Kooperationsformen auch auf das Mitgliedschaftsrechtsverhältnis eine Wirkung ausüben. An dieser Formulierung ist - meines Erachtens - i.a. nichts zu bezweifeln. Darum nicht, weil die aus der Vertretung der Mitglieder bestehenden Abgeordnetenversammlungen über den Abschluss gemeinsamer Unternehmen oder andersartiger wirtschaftlicher Kooperationen entscheiden. Dies hat aber auf die Ganzheit der Mitglieder solche Auswirkungen, dass sie in einem bestimmten Kreis und Masse die bei den verschiedenen wirtschaftlichen Kooperationen vorkommenden eventuellen Verluste tragen müssen.

Es ist zweifellos, dass die Werktätigen sich bei den verschiedenen wirtschaftlichen Assoziationen in einem speziellen Rechtsverhältnis befinden, aber die Tatsache, dass irgendeine Produktionsgenossenschaft Mitglied der wirtschaftlichen Kooperation ist, bewirkt die durch ~~des~~ Mitglied in der Produktionsgenossenschaft verrichteten und an die Arbeit eng haftenden Rechte und Pflichten nicht unmittelbar.

Es ist zweifellos, dass mit der Vorherrschaft der Elemente der Betriebswirtschaft, des Generationswechsels, der sich in den Produktionsgenossenschaften vollzieht, die Elemente der Arbeitsverrichtung und die sich daran knüpfenden Rechte und Pflichten sich verstärken, was unbezweifelt notwendig und erwünscht ist. Daraus folgend entsteht der berechtigte Anspruch gegenüber der Genossenschaftsbewegung, dass die Arbeitsumstände, die unterschiedlichen Versorgungen und Begünstigungen mit denen der in Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter identisch seien.

Die Tatsache aber, dass die Genossenschaften - wie oben schon erwähnt - unter speziellen Umständen leben und arbeiten, dass sie zugleich Besitzer und Arbeiter der Produktionsgenossenschaften sind, erfordert befehlend, dass das Arbeitsrechtsverhältnis der Mitglieder eine spezifische Regelung bekomme. Solange wir bei den Produktionsgenossenschaften i.a. über Mitgliedschaftsrechtsverhältnis sprechen, darf von diesem sein enges Element, die Arbeitsverrichtung, das Arbeitsrechtsverhältnis nicht getrennt werden. Eben deshalb wird es auch in der Zukunft die Aufgabe des Genossenschafts-

rechtes bleiben, die Arbeitsrechtliche Lage, das Arbeitsrechtsverhältnis der Mitglieder zu regeln, auch in dem Falle, wenn es zwischen den Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverrichtung der im Arbeitsverhältnis stehenden und der auf Grund des Mitgliedschaftsrechtsverhältnisses arbeitenden Werkstätigen keine wesentliche Abweichungen geben werden.

Die arbeitsrechtliche Lage, das Arbeitsrechtsverhältnis der Mitglieder ist also mit dem Mitgliedschaftsrechtsverhältnis eng verbunden, und daraus folgend erscheint es als spezielles Rechtsverhältnis

Ich weiss, dass alle, die die einzige Lösung des Arbeitsrechtsverhältnisses der Mitglieder bzw. dessen Regelung nur in dem Arbeitsgesetzbuch für möglich halten, können zahlreiche Themen gegen meine bisherigen Erörterungen einwenden. Sie können z.B. sagen, dass die Garantierechte im Bezug auf die der sich auf Grund des Mitgliedschaftsverhältnisses ausgerichteten Arbeit anpassenden Berechtigungen gewährt werden müssen. Es kann auch die Frage gestellt werden, dass, wenn der Rang und die Nützlichkeit der in der Produktionsgenossenschaft ausgerichteten Arbeit identisch mit der der in Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter ist, warum dann die Unterscheidung in der Rechtsregelung erhalten bleiben muss. Die Rechtsregelung, die sich auf die Produktionsgenossenschaften bezieht, gewährt i.a. und konkret auch heute schon die Garantierechte, denn der Kollektivvertrag in

den Genossenschaften wird durch das Arbeitsreglement gut ersetzt, ich meine sogar - wenn das nicht anmassend erscheint -, dass das Arbeitsreglement buntere, vielseitigere und breitere Regelungsmöglichkeiten gewährt als der Kollektivvertrag, der Arbeitsvertrag kann durch das Arbeitsabkommen gut ersetzt werden usw., ich könnte eine Menge von Beispielen aufzählen. Die Berechtigungen im Zusammenhang mit der individuellen und kollektiven Interessenvertretung bedeuten für die Interessenvertretungsorgane in den neuen Rechtsregeln eine Garantie

Zum Schluss erwähne ich, dass eine von den Eigenheiten der Genossenschaften, nämlich das demokratische Funkzionieren auch nicht von der alltäglichen Arbeitsverrichtung, dem Arbeitsrechtsverhältnis abzutrennen ist. Das Leben verlangt aber, und die Praxis erfordert befehlend, dass man die Demokratie in der Vorbereitung, Entscheidung, Aktivität, die Ordnung und Disziplin, die Unter- und Übergeordnetheit, die Disziplinar- und Entschädigungspflichten in der Durchführung stärker betone.

Dr. Lajos TÓTH  
Adjunkt an der Universität  
"József Attila" in Szeged,  
Fakultät für Staats- und  
Rechtswissenschaft  
/Szeged, Ungarn/

ÜBER DIE JURIDISCHE WIEDERSPIEGELUNG DER INTERESSEN-  
VERHÄLTNISSE DER MITGLIEDER IN LANDWIRTSCHAFTLICHEN  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

In der sich mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befassenden Fachliteratur kann jener Standpunkt als allgemeiner betrachtet werden, laut welchem der Interessenschutz der Mitglieder, bzw. deren Interessenvertretung dem Wesen der Genossenschaft, mit anderen Worten, dem gesellschaftlichen, organisatorischen Charakter der Genossenschaft entspringt. Ich bin der Meinung, dass die Vertreter der befreundeten sozialistischen Länder mit dieser Ansicht einverstanden sind, obwohl die gesellschaftlichen organisatorischen Funktionen der Genossenschaften in den einzelnen Ländern unterschiedlich beurteilt werden und demzufolge sich die Interessenverhältnisse in den Rechtsgebungen der einzelnen Länder auf verschiedene Weise widerspiegeln. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden in sämtlichen sozialistischen Ländern deshalb gegründet, damit die einst vereinzelt tätigen Produzenten im Rahmen der Genossenschaften sich an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Verteilung der produzierten Güter beteiligen, mit Hilfe der kollektiven Kraft ihre persönlichen und Gruppeninteressen bewahren. Die Interessenvertretung bzw. der Interessenschutz

ist demgemäss grundlegenderweise und in erster Linie Aufgabe der durch sie errichteten Genossenschaften. Nachdem ich diese These als Ausgangspunkt und gleichzeitig auch als Determination der nachfolgenden Schlussfolgerungen betrachte, möchte ich aus diesem Aspekt einige prinzipielle Probleme und auch meine diesbezügliche Meinung vortragen.

1. Im ungarischen Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist die eindeutige Formulierung unseres Ausgangspunktes nicht vorhanden. Sowohl die den Begriff der Genossenschaft, als auch die, die Genossenschaftsziele behandelnde Bestimmungen weisen nur indirekt darauf hin. Gemäss 3.§, Absatz /1/ des Gesetzes ist "... die Produktionsgenossenschaft.... ein sozialistischer landwirtschaftlicher Grossbetrieb, welcher einen Teil der sozialistischen Gesellschaftsordnung bildet und - in harmonischem Zusammenhang mit den Interessen der Volkswirtschaft und den Gesellschaftszielen; .... die gesellschaftliche Einheit der Mitgliedschaft verwirklicht, so auch deren sozialistische Erziehung." In dem die Ziele betreffenden 4.§ /1/ sind bereits mehrere konkrete Aufgaben angeführt, deren Realisierung auch Interesse der Mitgliedschaft ist, diese Aufgaben beziehen sich jedoch nicht nur auf die Genossenschaften, sondern sind für sämtliche sozialistische Wirtschaftsorgane gültig, d.h. auch für staatliche Unternehmen. Das allgemeine Genossenschaftsgesetz enthält demgegenüber hinsichtlich der Begriffsbestimmung und der Zielsetzungen bereits wesentlich konkretere Regelungen: "... die Genossenschaft... ist eine unternehmensförmige Wirtschaft und gesellschaftliche Tätigkeit durchführende Kollektive." Bei dem Ziel der Genossenschaft wird jedoch eindeutig ein Unterschied zwischen wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Ziel getroffen.

"Das gesellschaftliche Ziel der Genossenschaft dient der Entwicklung der sozialistischen Lebensform und Denkart der Mitglieder, weiterhin den Interessen der Mitglieder." /Eigene Auslese von L.T./ Mit Rücksicht darauf, dass diese Bestimmungen der Genossenschaftsgesetze deklarative Bestimmungen mit grundlegender Bedeutung für die weitere Regelung sind, halte ich die entsprechende Übernahme der Bestimmungen des allgemeinen Genossenschaftsgesetzes de lege ferenda auch in das die landwirtschaftlichen Genossenschaften betreffende Gesetz für notwendig. Das Problem kann meiner Ansicht nach nicht einfacherweise laut dem in der Rechtsanwendung üblichem Prinzip erledigt werden, demgemäss mangels einer speziellen Regelung die allgemeine Regeln heranzuziehen sind.

2. Weiterhin erachte ich das nächste Problem für ein äusserst aufregendes und in der Justizliteratur noch nicht ausgearbeitetes Problem und zwar was für Interessen hat eine Genossenschaft zu dienen? Diese Frage können wir jedoch erst nach einer Analysierung und Erschliessung der Struktur der Interessenverhältnisse der Mitglieder in Produktionsgenossenschaften beantworten.

Professor László Nagy befasste sich in seinem, die Diskussion einleitenden Vortrag eingehend mit der Struktur der Interessen; mit seinem Standpunkte bin ich vollständig einverstanden. Zwecks Begründung meiner nachfolgenden Erörterung möchte ich jedoch seine Aufteilung in ein-zwei Beziehungen ergänzen. Wenn wir die Interessenverhältnisse der Mitglieder ihrer Erscheinungsform, oder ihren Knotenpunkten gemäss gruppieren, so können wir tatsächlich vier Ebenen unterscheiden: persönliche - innerhalb der Genossenschaft Gruppen /mezo/ - genossenschaftliche Kollektiv- und Gesamtgenossenschaftliche Interessenverhältnisse /Zweigverhältnisse/.

Ich erachte es jedoch für notwendig, diese Gruppierung auch nach anderen differencia specika zu durchführen. Nachdem die Interessenverhältnisse objektive Kategorien darstellen, kann deren Aufteilung auch ihrer Geltung nach wesentlich sein, das heisst, ob sich diese in dem gültigen Recht widerspiegeln oder nicht. So kann man über durch das Recht bereits anerkannte oder beschränkte /also geregelte/ und über durch das Recht noch nicht anerkannte /also ungeregelte/ Interessenverhältnisse sprechen. /Unter Recht verstehe ich eine Regelung höchster Instanz und auch die Entscheidungen der Korporation/. Meiner Ansicht nach kann man nämlich auf Grund dieser Aufteilung die Begriffe Interessenschutz, die allgemeine Interessenvertretung und die rechtliche Vertretung der Interessen unterscheiden. Die durch das Recht bereits anerkannten Interessenverhältnisse erscheinen als geregelte gesellschaftliche Verhältnisse, Rechte und Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit. Wenn Rechte und Verpflichtungen auch in Wirklichkeit in Erfüllung gehen, so entsteht auch kein Interessenkonflikt, demgemäss hat die Genossenschaft im Bereiche der Interessenverhältnisse keine Aufgabe zu verrichten. Falls diese Bedingungen jedoch nicht erfüllt werden, so entsteht eine Interessenverletzung, es bedarf also eines Interessenschutzes der Mitglieder.

Falls es sich aber um durch das Recht noch nicht anerkannte /ungeregelte/, oder eben durch das Recht eingeschränkte Interessenverhältnisse handelt, so ist es Pflicht der Genossenschaft die allgemeine Interessenvertretung zu verrichten. Diese Begriffsverwendung entspricht - meiner Ansicht nach - auch der grammatischen Auslegung besser, denn schützen kann man in der Regel nur das, was bereits existiert, gegeben ist. /Oder es existiert nicht, das Mitglied der Produktionsgenossenschaft glaubt jedoch, dass dies existiert/. Zu vertreten



sind jedoch nur solche Interessen, welche durch das Recht noch nicht anerkannt hat und falls diese effektive Interessen sind so ist es Aufgabe des Organs der Interessenvertretung, die Anerkennung zu erstreiten, deren Erhöhung zum Niveau der Rechte,- selbstverständlich mit Rücksicht auf die höheren Interessenverhältnisse.

Es folgt also auch aus dieser Aufteilung der Interessenverhältnisse, dass die Genossenschaft im Bereiche der Interessenverhältnisse eine zweifache Funktion zu bekleiden hat: einestheils die Funktion des Interessenschutzes und andernteils die Funktion der allgemeinen Interessenvertretung.

Die Rechtsvertretung der Mitgliedschaftsinteressen ist von beiden Begriffen zu trennen. Sowohl der Interessenschutz, als auch die allgemeine Interessenvertretung kann in der Form der Rechtsvertretung erscheinen. Dies ist jedoch meiner Ansicht nach bereits ein Begriff des Verfahrensrechts und dies hat in erster Linie in den Rechtsstreiten der Mitglieder bzw. in externen Rechtsstreitigkeiten des Genossenschaftsmitglieds wesentliche Bedeutung. /Ich halte es für möglich, dass die Inanspruchnahme der Rechtsvertretung auch ausserhalb von Rechtsstreiten erfolgen kann/.

Die Gruppierung der Interessenverhältnisse erachte ich in dem Sinne für wesentlich, aus welchen Hintergrund- rechtsverhältnissen diese entstehen. Es ist nämlich allbekannt, dass bei einem Genossenschaftsmitglied zahllose Interessen entstehen können. De lege ferenda kann jene Feststellung wichtig sein, welchen Gesellschaftszielen die Genossenschaft dienen soll, bzw. ob es überhaupt Aufgabe der Genossenschaft ist den Schutz und die allgemeine Vertretung sämtlicher Interessen zu versehen.

Die Interessenverhältnisse eines Genossenschaftsmitglieds können einestheils und zunächst aus dem Genossenschaftsstatus, d.h. aus den Rechtsverhältnissen der Genossenschaft, andernteils aus den Verhältnissen der Staatsbürgerschaft und Staatsverwaltung, aus Verhältnissen des Familienrechts usw. entstehen. Letztere umfassen ausserordentlich viele und komplizierte Interessenverhältnisse. Von alldiesen können für das Genossenschaftsrecht nur jene relevant sein, welche auf irgendwelche Weise mit den aus dem genossenschaftlichen Verhältnis entspringenden Interessen in engem Zusammenhang stehen, d.h. dass die persönlichen Interessen des Genossenschaftsmitglieds gleichzeitig auch mit den Mezointeressen oder den Interessen der ganzen Kollektive verbunden sind. Es liegt z.B. im Interesse des Genossenschaftsmitglieds, in seinem persönlichen und aus dem Staatsbürgerverhältnis stammenden Interesse, dass die Fachverwaltungsorgane des Ortsvorstandes seine Angelegenheiten frei von jeglicher Bürokratie erledigen, wobei es gleichzeitig auch grundlegendes Interesse der genossenschaftlichen Kollektive ist, dass das Mitglied zwecks Erledigung seiner Angelegenheiten möglichst wenig Zeit fern von seinem Arbeitsort verbringe.

Die Interessenverhältnisse eines Genossenschaftsmitglieds können wir demgemäss - ihrem Entstehen nach - in drei Gruppen einteilen:

- entstehend aus dem Genossenschaftsverhältnis,
- nicht aus dem Genossenschaftsverhältnis entstehend, mit diesem jedoch auf Mezo- oder Makroebene eng verbundenen Verhältnisse, und schliesslich
- aus dem Genossenschaftsverhältnis stammende und den Genossenschaftsinteressen nicht angeschlossene Interessenverhältnisse.

Diese etwas starr erscheinende Trennung der miteinander eng verbundenen Interessenverhältnisse halte ich darum für notwendig, damit wir klarer beurteilen können, was eigentlich Pflicht der Genossenschaft ist im Gebiete des Interessenschutzes und das durch die derzeitig noch gültigen Rechtsregeln nicht berücksichtigt wird.

Meiner Beurteilung nach ist der Dienst der Mitgliedsinteressen im Rahmen der ersten zwei Gruppen, d.h. der Interessenschutz bzw. die Vertretung der Mitglieder Aufgabe der Genossenschaft, während zu dem Schutz bzw. zur Vertretung der zur dritten Gruppe gehörenden Interessen die Genossenschaft auf Grund einer eigenen Entscheidung Hilfe leisten kann. Z.B. die Einführung der Rechtshilfe, Möglichkeit der Rechtsvertretung, usw.

3. Ich bin der Ansicht, dass die vorangehende Ergänzung uns zur Ausarbeitung eines organisativen Systems des Interessenschutzes und der Interessenvertretung näher bringt. Ohne dass ich Zeitmangels wegen meine Vorschläge eingehend erörtern würde, könnten meiner Ansicht nach im "Dienste" des Interessenschutzes der Genossenschaftsmitglieder nachfolgende Genossenschaftsorgane eine Rolle bekleiden:

- a/ in den unsererseits in den Kreis der allgemeinen Interessenvertretung eingereichten Verhältnisse /d.h. durch das Recht noch nicht anerkannte oder beschränkte Verhältnisse/ sämtliche Korporationsorgane die gewählt sind, in erster Linie /oder mit anderen Worten in erster Instanz/ die Arbeitsortkollektiven. Die gültige Rechtsregelung der Arbeitsortkollektive - Vorstand - Delegiertenversammlung - Generalversammlung schafft in deren Hierarchie die Voraussetzungen wobei diese Organe - meiner Ansicht nach - diese Funktion entsprechenderweise auch verrichten.

- b/ Im Gebiete des einen Schutz erfordernden Interessen hat unser gültiges Recht - meiner Ansicht nach - erst die ersten Schritte zurückgelegt. Wenn nämlich die Interessenverletzung als Rechtsstreit der Mitgliedschaft betrachtet wird, so kann das Genossenschaftsmitglied die in den Rechtsregeln angeführten Rechtsbehelfsfora /Schiedskommission der Genossenschaft - zuständiges Gericht/ in Anspruch nehmen. Mit der Organisierung der in den jüngsten Jahren gebildeten Rechtsbehelfe unterstützen die Produktionsgenossenschaften diese Bestrebung.

Innerhalb der Genossenschaft können jedoch auch derartige Interessenverletzungen entstehen, deren Schlichtung im System der Rechtsstreite der Mitgliedschaft nicht erfolgen kann und demzufolge gibt es kein solches Genossenschaftsorgan, welches den Interessenschutz in solchen Fällen versehen könnte. Z.B.: die Rechtsregeln verpflichten die Produktionsgenossenschaft, zur Arbeit der Mitglieder die sanitären Bedingungen zu schaffen, trotzdem wird für die Pflanzenbaubrigade auf den Feldern keine sanitäre Einrichtung errichtet, sie erhalten keine Möglichkeit zum Händewaschen, kein entsprechendes Trinkwasser, usw..

Im Einverständnis mit Professor László Nagy erscheint es mir so, dass in solchen Fällen die Arbeitsortkollektive /oder deren Leiter/ mit dem Befugnis des Interessenschutzes auszustatten wären. Falls sich jedoch das Befugnis der Arbeitsortkollektive in dieser - ansonsten nur zu bejahenden - Richtung entfaltet, dass diese in - die Mitglieder betreffenden Angelegen-

heiten /Prämium, Belohnung, Urlaub, Erholung, usw./ Entscheidungsbefugnis erhalten, so stellt sich die Frage, welches Organ hat bei Entscheidungen der Arbeitsortkollektive entstehenden Interessenverletzungen den Interessenschutz zu verrichten? Beispielsweise: die Kollektive verrichtete die Verteilung der Zuweisungen in Erholungsheime und dies verletzt die berechtigten Interessen von 5 in Minderheit verbliebenen Frauen mit Kindern. Meiner Ansicht nach wäre es zu erwägen, dass das Befugnis des Kontrollkomitees der Produktionsgenossenschaft so zu erweitern wäre, dass die durch die Korporationsorgane gefassten und die berechtigten Interessen der Minoritäten der Kollektive verletzenden Entscheidungen ihrerseits mit dem Befugnis des Interessenschutzes beanstandet werden können, dass mindestens die Angelegenheit wiederholt geprüft wird, oder eventuell einem Korporationsorgan höherer Instanz vorgelegt wird. Auch das würde ich nicht für unrichtig halten, wenn das Gesetz für Produktionsgenossenschaften der Organisierung eines Interessenschutzkomitees in den Produktionsgenossenschaften zustimmen würde. Zur Ausübung der im Gesetz festgelegten Befugnisse könnten die Genossenschaften in den Statuten nach Belieben den Kontrollausschuss oder im Bedarfsfalle das organisierte Interessenschutzkomitee beauftragen. Ich betone, dass in diesen Berechtigungen es nicht notwendig ist die Komitees mit Entscheidungsrecht auszustatten, aber umsomehr mit dem Befugnis "aufzutreten" und "Massnahmen zu treffen", um eine Stellungnahme oder Entscheidung des höheren Korporationsorgans herbeizuführen.

c/ Der Interessenschutz oder die Interessenvertretung von aus dem Genossenschaftsverhältnis oder aus anderen Verhältnissen entstehenden, aber mit den Genossenschaftsinteressen eng verbundenen Interessen kann manchmal die Kräfte der gegebenen Genossenschaftsorgane überschreiten. In solchen Fällen halte ich die Mitwirkung von gesellschaftlichen Interessenvertretungsorganen für notwendig. Das in unserer Heimat entwickelte TOT-Modell erachte ich als zweckentsprechend, aber de lege ferenda ist eine weitere Präzisierung der Befugnisse erforderlich.

4. Abschliessend gestatten Sie mir, dass ich die juristische Regelung der Mitgliedschaftsinteressen und Verhältnisse, der Rahmen der demokratischen Rechte in Produktionsgenossenschaften und deren engen Zusammenhang im Mechanismus der internen Organe betone. Ich bin fest überzeugt davon, dass man von einer demokratischen Leitung nur bei solchen Genossenschaften sprechen kann, wo die Interessen der Mitgliedschaft vor den Leitorganen frei an der Oberfläche erscheinen, auf den entsprechenden Ebenen der Interessenstruktur ganz offen zusammenstossen und letzten Endes beruhigenderweise, auch für die Minderheit in akzeptabler Form gelöst werden.

Schon wegen diesem Zusammenhang halte ich es nicht für möglich, dass wir zum Interessenschutz und zur Vertretung der Mitgliedschaftsinteressen eine besondere, von den Organen der Produktionsgenossenschaften abgesonderte Organisation für Interessenschutz /eventuell nach dem Muster der Gewerkschaften/ in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften organisieren.-

Dr. András ZSOMÁR  
Sekretariatsleiter  
Nationalrat der Produktionsgenossenschaften  
/Ungarn, Budapest/

INTERESSENVERHALTNISSE, INTERESSENVERTRETUNG, INTERE-  
SSENVERGLEICH IN DEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONS-  
GENOSSENSCHAFTEN

Eine der zentralen Fragen der Beurteilung des genossen-  
schaftlichen Charakters ist die der Mitgliedschaftsinte-  
ressenvertretung.

Die Genossenschaftspolitik hat diese Frage am Anfang auf  
die Genossenschaftsinternen Funktionen, auf das Funk-  
tionieren der internen Selbstverwaltungsorgane beschränkt.  
Die Hauptfrage bildeten also die internen oder externen  
genossenschaftlichen Foren für den Vergleich der Diskussi-  
onen der Mitgliedschaft, vom Gesichtspunkt der indivi-  
duellen Interessenvertretung aus. Deshalb wurde schon  
von Anfang an festgesetzt, dass die rechtlichen Streit-  
angelegenheiten innerhalb der Genossenschaft, auf dem  
Forum des genossenschaftlichen Entscheidungsausschusses  
geregelt werden müssen, und nur dann dürfen sie vor ein  
externes, gerichtliches Organ unterbreitet werden. So  
wurde einerseits die Eingriffsmöglichkeit in die Einzel-  
angelegenheiten von der staatlichen Organisation abge-  
sondert, zugleich hat sich aber diese Aufgabe auch bei  
der Vertretung nicht betont formuliert.  
Der politische Inhalt des Mitgliedschaftsinteressen-  
schutzes wird nicht durch die Selbstverwaltungsforen

der Streitangelegenheiten der Mitgliedschaft dargestellt, sondern durch die Arbeitnehmer-, Mitbesitzer-, bzw. die gesellschaftspolitische und rechtliche Vertretung des Genossenschaftsmitglieds als Individuum /der gleichzeitig Eigentümer ist/.

Die Genossenschaftspolitik war konsequent, wenn sie die interne Selbstverwaltung der Genossenschaft als primäre Foren des Interessenschutzes bezeichnete, aber es handelte sich nicht darum den Mitgliedschaftsinteressenschutz auf der Ebene des Überbaus, also auf der der territorialen und Landesinteressenvertretung zur Geltung zu bringen.

Die Funktionene gewerkschaftlichen Charakters, die institutionellen Kanäle der Verteidigung der mit der Arbeitnehmer- und Werkstättenrechtslage koexistierenden Rechte haben sich auf Föderationsebene noch nicht so konsequent herausgebildet, wie die Formen innerhalb der Genossenschaft. So ist die regelmässige Aussere, dem Kollektivvertrag ähnliche Überprüfung der Ferienbetreuung, des Arbeitsschutzes, der Wohlstands- und Sozialplanung, der internen Regelungen in der Bewegung hinter den Erwartungen der Mitgliedschaft zurückgeblieben.

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Werkstätten, die vom Lohn und Gehalt leben, ist entsprechend individual orientiert, während die Foren der genossenschaftlichen Selbstverwaltung zusehr kollektivenorientiert sind, mit Berücksichtigung der Eigentümerstandpunkte der Wirtschaftskollektiven.



Die kollektive und individuelle Interessenvertretung werden als gemeinsame Erfordernis formuliert. Man bedarf aber einer besseren Organisiertheit und Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organen der Bewegung.

Das Wesen des Interessenvertretungsorgans ist die Interessenvertretung, der Interessenvergleich. Das Wesen des Interessenvertretungsorgans ist nichts anderes, als Vertretungstätigkeit, die die Interessen einer bestimmten Klasse, Schicht, Gruppen der Gesellschaft vor anderen Organen aufdeckt.

Die wichtigste Frage der Interessenvertretung ist die Frage danach, wer der Subjekt dieser Tätigkeit ist. Wessen Interessen werden durch das gegebene Organ vertreten? Bei der Herausbildung der Interessenvertretung der LPG-en 1967 handelte es sich um die Interessenvertretung der Genossenschaften als Kollektiven. Die Genossenschaften bestehen aus einer bestimmten Zahl von Mitgliedern, aber ihre Interessenvertretung wurde trotzdem nicht zur Aufgabe der Interessenvertretungsorgane gemacht. Es fehlte auch ihre direkte Abfassung in den Satzungen und Gesetzen. Die Interessen der Genossenschaftsmitgliedschaft wurden am Anfang nicht direkt, sondern durch die kollektiven Interessen der Genossenschaften vertreten. Wenn es sich um ein Mitgliedsinteresse handelte, erschien es als kollektives Interesse, bzw. wurde es so vertreten.

Die Interessen der Mitgliedschaft konnten und mussten also innerhalb der Genossenschaft, durch die Organe der

genossenschaftlichen Selbstverwaltung vertreten werden.

Die Ausschüsse der Genossenschaften sind der Vorstand, die Abgeordnetenversammlung und die partielle Versammlung. Die Foren der Generalversammlung bildeten die Rahmen, durch die die Möglichkeit zur individuellen Interessenvertretung besteht. Die Interessenvertretung der Mitgliedschaft wurde durch das erste Produktionsgenossenschaftsgesetz nicht geregelt, es betrachtete für selbstverständlich, dass die Interessenkonflikte der Mitgliedschaft in den Rahmen der genossenschaftlichen Selbstverwaltung restlos aufgehen. So wurde auch in der Kodifikation nicht für notwendig gehalten, sich mit der direkten Vertretung der Mitgliedschaftsinteressen zu beschäftigen.

Auch die Vertretung der von den Genossenschaften hervorgerufenen sog. Genossenschaftssoziationen wurde im ersten Produktionsgenossenschaftsgesetz geregelt, obwohl diese nicht natürliche, sondern rechtliche Personen waren und im wesentlichen als sekundäre Genossenschaftsformen von der Theorie und der Praxis betrachtet wurden.

Die Begründung des Gesetzes hielt es für notwendig auszusagen, dass man der Teilnahme der Assoziationen in der territorialen Föderationsarbeit nicht bedarf, diese beteiligen sich nämlich - laut Hypothese der gesetzlichen Begründung - in der Arbeit der Föderation durch die sie unterhaltenden Genossenschaften.

Am Anfang hat sich die direkte Interessenvertretung der Assoziationen und der Mitglieder nicht einmal als ein Anspruch formuliert. Der II. Kongress der LPG-en drängte schon darauf, und der dritte hat die Vertretung der individuellen Interessen der Mitglieder und der Interessen der ausschliesslich mit genossenschaftlicher Teilnahme funktionierenden genossenschaftlichen Assoziationen eindeutig zur Pflicht gemacht.

Die Regelung in der Rechtsregel und den Satzungen hat infolge der Modifikation vom Jahre 1977 die gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeiten zur Erweiterung des Kreises der Interessenvertretungssubjekte geschaffen.

Das Ziel der Interessenvertretung richtet sich immer nach denen der Vereinigungen, und das bedeutet im wesentlichen die Garantierung des materiellen, sozialen, kulturellen Wohlstandes der Mitgliedschaft, die Organisation ihrer gesellschaftlichen und politischen Erhebung mit allen gesetzlichen Mitteln.

Das Ziel der Interessenvertretung ist also von den Zielen und Aufgaben der Genossenschaft nicht zu trennen. Der Umfang der Interessenvertretung ist breiter als die Gesamtheit der Rechte der Mitgliedschaft, denn die Geltendmachung der rechtlich nicht geregelten und so nicht verteidigten garantierten Interessen gehört mit dazu. Das Zielminimum der Interessenvertretung ist die Geltendmachung der auch rechtlich geregelten Interessen / der Rechte und Verpflichtungen der Mitgliedschaft/.

Die Hauptgebiete der Interessenvertretung richten sich nach dem doppelten Charakter der Genossenschaften, sie sind gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Typs. Die Interessenvertretungsorgane richten heute schon die Vertretung der Interessen der Genossenschaftsmitgliedschaft /der Assoziationen/ auch nach der Rechtsregelung aus. Die Vertretung der Interessen ist im Falle der Genossenschaften und der Assoziationen kollektiv, denn es handelt sich hier um Kollektiven. Die Vertretung der Mitgliedschaft kann dagegen sowohl kollektiv, als auch individuell sein.

Die Interessenvertretungsorgane vertreten i.a., und am häufigsten, /auf Landes- und territorialer Ebene/ die kollektiven Interessen der Mitglieder.

Die individuelle Interessenvertretung kommt auf Landesebene im Rahmen des Beschwerdeverfahrens, der Leitung des Rechtshilfedienstes und in der individuellen Sachbearbeitung der persönlichen Angelegenheiten /altersverünstigende Pensionierung/ zur Geltung. Die territorialen Assoziationen verwalten im Rahmen der Organisation des genossenschaftlichen, den persönlichen Interessenschutz befördernden Rechtshilfedienstes eine Interessen- und Rechtsvertretung. Die Interessenvertretungsorgane führen also den individuellen Interessenschutz der Mitgliedschaft auf dem Wege des externen und internen Vergleichs der kollektiven Interessen und der Schichtvertretung, bzw. der Mitwirkung im Rechtshilfedienst und in den Beschwerdeangelegenheiten.

Ein wesentliches Element der Interessenvertretung ist der Vergleich der vertretenen Interessen mit denen der Gesellschaft. Das Ziel der Interessenvertretung ist die Unterstützung der Geltendmachung, der Harmonie der Interessen der sozialen Gruppen und der Individuen. Die Geltendmachung der Interessenübereinstimmung, die im Notfall erzwungen wird, gehört in die Rechtssphäre der staatlichen Organe. Die Interessenvertretungsorgane können also ihre Arbeit mit gesellschaftlichen, politischen Mitteln der Bewegung organisieren, die der Zwangs- und Sanktionselemente entbehrt.

Das Endziel des Vergleichs ist die Herstellung von Interessenübereinstimmung, oder die konfliktlose oder mit der mindesten Interessenverletzung ablaufende Lösung der Aufgabe. Der Interessenvergleich ist ein zusammengesetzter Prozess, denn während dessen ist es nicht immer eindeutig, was das Interesse der Gesellschaft ist, das sich der Priorität erfreut. Die Feststellung des im Namen der Partei und der Regierung beitragenden Ministers ist dafür charakteristisch, denn sie lautete: "die Vereinigung von Ackerbau-, Ernährungs-, Forstwirtschafts- und Feldmessungsämtern ist begründet." Wir erwarten vom Ministerium, dass die Wirtschaftlichkeit sich auf seinem Wirkungsgebiet verbessern wird, denn es hat sich bei der bisherigen Zerstückeltheit der Führung für sehr schwierig oder in nicht wenigen Fällen für undurchführbar erwiesen die zentralen staatlichen Interessen gegenüber den oft einseitigen, betrieblichen Interessen der Fachministerien zu klären und geltend zu machen.

Die Gründung der territorialen Produktionsgenossenschafts-assoziationen und die Ausbreitung ihrer Interessenvertretungstätigkeit - die zu erwarten ist - erfordern, dass die staatlichen Interessen zu jeder Zeit in erforderlicher Weise geklärt, zusammenfassbar und durchsetzbar seien.

Eine grundsätzliche Pflicht der Interessenvertretungsorgane ist die offene Kontrastierung und der Schutz der Interessen. Die Interessen der Genossenschaften oder der Genossenschaftsmitglieder können anscheinend nur Gruppen- bzw. individuelle Interessen sein. Die Interessenvertretungsorgane sind manchmal deshalb bestrebt, die durch sie vertretenen Interessen als gesellschaftliche darzustellen um sie leichter geltendmachen zu können. Dasselbe tun auch andere Organisationen, wenn sie ihre Ministerium-, Zweig-, Unternehmensinteressen usw. als gesellschaftliche garzustellen versuchen. Auf Grund der konkreten Machtverhältnisse kann manchmal auch die Geltendmachung von Zweig-, Gruppen-, sogar der individuellen Interessen mit Bezugnahme auf die gesellschaftlichen Interessen vor sich gehen. Die Gruppen-, bzw. die individuellen und gesellschaftlichen Interessen, bzw. ihr Charakter wird nicht durch seine eingenommene Stellung in der Hierarchie der gegebenen Organisation bestimmt.

Im Laufe des Interessenvergleichs werden die unterschiedlichen Interessen i.a. vor den Parteiorganen von verschiedenen Ebenen im breitesten Umfang dargeboten, und die Partei macht die gesellschaftlichen Interessen geltend.

Die Partei muss vor allem eine Klarsicht über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Prozesse und ihre Interessenzusammenhänge haben um ihre Interessenvergleichsaufgabe mit Erfolg realisieren zu können. Dies wird dadurch erschwert, dass die Bewegung der Interessen wegen den vorherhin erwähnten Gründen nicht eindeutig ist. Es ist notwendig, dass die verschiedenen Organisationen ihre Tätigkeit ihren Funktionen entsprechend entfalten. Man kann also von den Interessenvertretungsorganen nicht erwarten, dass sie nur die staatliche oder gesellschaftliche Interessen widerspiegelnden Verordnungen und nicht die durch sie vertretenen Interessen geltendmachen. Es ist ebenfalls falsch, wenn die verschiedenen Ministerien statt der Geltendmachung des volkswirtschaftlichen Interesses in der Vertretung der Interessen derjenigen Ämte auftreten, die unter ihrer Aufsicht stehen und eine von der sektorialen oder Zweigsangehörigkeit abhängige Unterscheidung geltend machen.

Diese, im Prinzip diskriminierende und disfunktionale Tendenz der Tätigkeit der staatlichen Organe erschwert die Darbietung der wahrhaften Interessen, ihre offene Kontrastierung und die Geltendmachung der gesellschaftlichen Interessen. Die Interessenvertretungsorgane vermitteln neben der Interessenvermittlung und dem Vergleich natürlich die verglichenen kollektiven oder die mit den gesellschaftlichen Interessen übereinstimmenden Gruppeninteressen. Die sog. Transmissionstätigkeit richtet sich also nicht nur nach oben - und sie entfaltet sich nicht nur vor externen Organen -, sondern auch nach

innen, sie beeinflusst das Verhalten innerhalb der Genossenschaft. Die Transmission, die Vertretung und der Vergleich gesellschaftlicher, kollektiver Interessen, verläuft mit Interessenvertretungsmethoden, denn Interessenvertretungsorgane sind nicht sanktioniert und sie sind nicht berechtigt für die Genossenschaften und ihre Mitglieder pflichtige Beschlüsse zu fassen. Es ist also im Laufe des Interessenvergleichs möglich, dass in einem gegebenen Fall die Geltendmachung der als individuell erscheinenden Interessen zugleich die Geltendmachung eines gesellschaftlichen Interesses bedeutet. z.B. wenn eine gegebene Arbeitskollektive die für sie nicht bezahlte Überstundenlohn rückgängig geltend macht, dann kann dies die Genossenschaft als Gruppe in eine ungünstige Lage versetzen, da man deshalb eine grosse Summe von Einkommenszuwachssteuer bezahlen muss. Es ist offensichtlich, dass in solchen Fällen die Interessen der engeren Führung und der Kollektiven der Genossenschaft sich entgegensetzen, und ihre Lösung nur gemäss des Inhalts der Rechtsregel möglich ist. Die Einwirkung der Interessenvertretungsorgane innerhalb der Bewegung kann also einen Gegensatz zu den individuellen, genossenschaftlichen Interessen bilden.

Die gesellschaftlichen Interessen beinhalten i.a. die Rechtsregeln, also den Arbeitern kommt das Überstundenlohn unter bestimmten Voraussetzungen auch dann zu, wenn deshalb die Genossenschaft als Kollektive zu fondsdefektiv oder verlustreich wird.



Die Geltendmachung der konkreten individuellen Interessen kann also mit der Verletzung der Gruppeninteressen verbunden sein, ihr Erfolg bedeutet doch den der gesellschaftlichen Interessen.

Während langer Zeit bedeutete die Unterscheidung der Genossenschaftsmitglieder vom Gesichtspunkt des Rentenalters einen dauerhaften Interessenkonflikt. Parallel zu der Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft ist diejenige Rechtsregelung entstanden, die diese Frage gelöst hat, so hat also die Initiative der Interessenvertretung /Beschluss des II.-en Kongresses/ dazu beigetragen, dass das Problem nicht in der ursprünglich vorgesehenen Zeit, sondern schon am Ende des fünften Fünfjahresplanes gelöst werden kann.

Auch in unseren Tagen können neuere Widersprüche, Unterschiede zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft entstehen. Diese erscheinen dann am meisten verletzend, wenn sie sich offen manifestieren, also nicht nur in der rechtlichen, sondern auch in der volkswirtschaftlichen Regelung widerspiegeln. z.B. Unterschiede in den Kreditvoraussetzungen bei der Wohnungsbauunterstützung der Werktätigen, Preisstützung des Fleisches, Mutterbeihilfe usw. Eine wichtige Aufgabe der Interessenvertretung ist der Kampf für die Abschaffung dieser.

INHALT

Á. HAGYAR: Vorwort	3
Gy. ANTALÉNY: Ansprache	6

I. TEIL

INTERNE VERMÖGENSVERHÄLTNISSE DER PRODUKTIONS-  
GENOSSENSCHAFTEN

I. SERES: Wesentliche Rechtsfragen der Beziehungen innerhalb der Produktionsgenossenschaften	18
J. BORKOWSKI: Die Rechtsregelung der Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Volksrepublik Polen	44
E. ÉGETŐ: Veränderungen der genossenschaftlichen Wirtschaft und die Unternehmensform	58
H. I. KOZÚR: Rechtsregelung der Verhältnisse innerhalb des Kolchos in der Sowjetunion und weitere Perfektionsprobleme der Regelung	69
E. LUPAN: Regelung der internen Vermögensverhältnisse in den landwirtschaftlichen Produktions- genossenschaften der Sozialistischen Republik Rumänien	92
G. ROHDE: Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und Verwirklichung des genossenschaftlichen Bodennutzungsrechts	109
K. STEFANSKA: Rechtssystem des landwirtschaftlichen Genossenschaftseigentums in der Volksrepublik Polen	116

II. TEIL

INNERE VERHÄLTNISSE DER ORGANISATION UND LEITUNG  
IN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

I. HOLNÁR: Grundfragen der Genossenschaftsleitung /Einleitender Vortrag zur Diskussion/	133
A. BEEKÓ: Das Produktionsgenossenschaftliche Rechtsstatut, Mittel der staatlichen Führung	155
H. DOTÉ: Die Auswirkung des Doppelcharakters der Genossenschaft auf die Funktionen der Leitung	171
V. FÁBRY: Rechtsakte in den Produktionsgenossen- schaften	179
S. ORBÁN: Einige Zusammenhänge zwischen der Produktionsgenossenschaftsdemokratie und den Eigentums- und Leistungsverhältnisse	185
T. PRUGBERGER: Ein Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Herrn Imre Holnár unter dem Titel "Grundfragen der Genossenschaftsführung"	196
H. SINGHART: Aktuelle rechtliche Fragen der Gestaltung der genossenschaftlichen Leitung und der Vertretung im Rechtsverkehr unter den Bedingungen des Übergangs zu industrie- mässiger Produktion in der Landwirtschaft	206
M. STEFANOVIC: Aspekte der Entwicklung der Genossenschaftsdemokratie	215
L. SZABÓ: Fragen der genossenschaftlichen Leitung in der Praxis der Konsumgenossenschaften	224

III. TEIL

RECHTSVERHÄLTNISSE DER MITGLIEDSCHAFT IN  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

J. VERES: Neue Züge im Mitgliedschafts-Rechtsverhältnis der landwirtschaftlichen Produktionsgenossen- schaften /Einleitender Vortrag/	232
R. HÄHNERT: Probleme der rechtlichen Regelung der Mitgliedschaft im LPG-Recht der DDR	259
J. KOLESAR: Arbeitsverhältnisse der Mitglieder der einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften	264
Z. KORDIK: Arbeitsverhältnisse in der Kooperation der landwirtschaftlichen Produktionsgenossen- schaften	281
E. KRAUS: Fragen der rechtlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsbauern in den LPG der DDR	290
R. TRAUTMANN: Einige Gedanken zur Annäherung der Mitgliedschaftsverhältnisse der Genossenschaftsbauern und der Arbeitsrechts- verhältnisse der Arbeiter in den LPG der DDR	296

IV. TEIL

VERHÄLTNISSE IM INTERESSENSCHUTZ DER  
PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN

L. NAGY: Interessenschutz der Mitglieder in Produktionsgenossenschaften	301
M. DURDIÁK: Rechtliche Situation des Verbandes der slowakischen Genossenschaftslandwirte	327
I. DRAGÁN: Einige Zusammenhänge zwischen dem Mitgliedschaftsrechtsverhältnis und den Interessenverhältnissen	342
L. TÓTH: Über die juridische Widerspiegelung der Interessenverhältnisse der Mitglieder in landwirtschaftlichen Produktions- genossenschaften	351
A. ZSOHÁR: Interessenverhältnisse, Interessenvertretung, Interessenvergleich in den landwirtsschaft- lichen Produktionsgenossenschaften	361

- . . -

INHALT	372
KONFERENZTEILNEHMER	376

Konferenzteilnehmer

Dr. György ANTALFFY Universitätsprofessor, Rektor  
Vorsitzender des Verbandes der ungarischen Juristen  
Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft an der  
Universität József Attila  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Vince ÁBRAHÁM  
Sekretär des Gebietsverbandes der LPG  
im Komitat Csongrád  
Szeged, Széchenyi tér 3.

Dr. András BENKŐ Universitätsadjunkt an der  
Universität Pécs, Fakultät für Staats- und  
Rechtswissenschaft  
Pécs, 48-er Platz 1.

István BERTA  
Sekretär des Ortskomitees der MSZMP in Szeged  
Szeged, Kálvin tér 6.

Dr. Lajos BESENYEI Universitätsdozent an der  
JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54

Dr. Imre BÉRCZI Universitätsdozent an der  
JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Pál BOBVOS Assistent  
JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. László BODNÁR Assistent  
JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Janus BORKOWSKI Universitätsprofessor  
Universität zu Łódź, Fakultät für Rechtswissenschaft  
30-131 Łódź, ul. Gab. Narutowicza 50/A



Dr. Ödön BOTH Universitätsdozent

JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Emőke BUVÁRY /geb. Béres/ stellvertretende

Leiterin des Sekretariats des Verbandes der Konsum-  
genossenschaften im Komitat Komárom  
Tata II., Szabadság tér 10.

Dr. Otto CZUCZ Universitätsadjunkt

JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. János CSERGED Rechtsberater

Lenin LPG

Mélykut

Dr. Ervin CSÉKA Universitätsdozent

JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Sándor DÁNI Universitätsdozent

JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Gábor DIETRICH Gruppenleiter

Landwirtschaftliche Abteilung

Executivkomitee des Komitaterates Csongrád

Szeged, Rákóczi tér

Frau Dr. Gy. DOMÉ Universitätsdozent an der

Universität Eötvös Lóránd, Fakultät für

Staats- und Rechtswissenschaft

Budapest, Egyetem tér 1-3.

Dr. Iván DRAGÁN Stellvertretender Sekretär

des Territorialverbandes der LPG "Kőrösök Vidéke"

Békéscsaba, István király tér 5.

Ferenc DRÉGELY Oberbuchhalter

LPG Lenin

Mélykut

JUDr. Michal DURDIK Leiter der Justizabteilung

ZK im Verband der Genossenschaftsbauern der Slowakei

Bratislava, Pananská 1.

Dr. Emese ÉGETŐ Universitätsdozentin

JATE, Lehrstuhl für Politökonomie

Szeged, Petőfi S. sgt. 30-34.

Dr. Miklós FARKAS stellvertretender Sekretär

Gebietsverband der LPG im Komitat Csongrád

Szeged, Széchenyi tér 9.

Dr. Ferenc FÁBIÁN wissenschaftlicher Mitarbeiter

Institut für Staats- und Rechtswissenschaft der

Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Budapest, Országház u. 30.

JUDr. Valér FÁBRY Universitätsprofessor

Juristische Fakultät an der Karlsuniversität

Praha 1., Nam. Curieovyek 7.

Dr. Antal FENYŐ Universitätsprofessor

JATE, Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft

Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Iván FÜLDES Universitätsprofessor

Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft

an der Universität in Pécs

Pécs, 48-as tér 1.

Dr. Gyula GÁL Amtsleiter

Katasteramt im Komitat Csongrád

Szeged, Rákóczi tér



Dr. Ferenc GÉCSEG Universitätsprofessor  
Parteisekretär der JATE  
Szeged, Dugonics tér 12.

Dr. Sándor GYARMATI Universitätsdozent  
Institut für Ingenieur- und Leiterfortbildung des  
Agrarministeriums  
Budapest, XIV. Ida u. 2.

Dr. Lezsó GYENIS Rechtsberater  
Gebietsverband der LPG im Komitat Baranya  
Pécs, II. Déryné u. 3.

Dr. István HEGEDÜS wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Forschungsinstitut des Ministeriums für Arbeitswesen  
Budapest, VI. Mozsár u. 14.

Dr. Ferenc HIDEG stellvertretender Vorsteher  
des Bezirksgerichts  
Kecskemét, Rákóczi ut 7.

Dr. László HORUCZI Universitätsdozent  
Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees der Universität  
Szeged, Petőfi S. sgt. 30-34.

Dr. Zeuzsanna HORVÁTH Universitätsassistent  
Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Pécs, 43-as tér 1.

Dr. sc. Richard HAHNERT Universitätsprofessor  
Sektion für Rechtswissenschaft an der Universität Karl Marx  
Leipzig, Karl-Marx Platz

Pál HASKÓ Mitarbeiter  
Parteikomitee des Komitats Csongrád  
Szeged, Rákóczi tér

Dr. Rezső HÁRSFALVI Universitätsadjunkt  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest, V. Egyetem tér 1-3.

Dr. János JANCsó stellvertretender Sekretär  
Verband der LPG im Komitat Szolnok  
Szolnok, Bede L. u. 2-4.

Dr. Lóránd JÁKAI Generalsekretär  
Verband der Ungarischen Juristen  
Budapest, V. Szemere u. 10.

László KAKUSZI  
Vorsitzender der Kontrollkommission im Komitat Csongrád  
Szeged, Rákóczi tér

Dr. Sándor KALMÁR Universitätsadjunkt  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest V., Egyetem tér 1-3.

Dr. Jenő KALTENBACH Universitätsadjunkt  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. András KATONA Rechtsberater  
KISZÖV Rechtsabteilung  
Szeged, Takaréktár u. 1.

Dr. Béla KELEMEN Universitätsprofessor  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Ferenc KIRÁLY Direktor  
Staatskellerei Szeged  
Szeged, Tábor u. 3.

Dr. György KISS Universitätsassistent  
PTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Pécs, 43-as tér 1.



JUDr. Juraj KOLEŠÁR Universitätsprofessor  
Komenski Universität, Fakultät für Rechtswissenschaft  
Bratislava, Nsm. Safarikovo 6.

JUDr. Zdeno KORDIK Universitätsdozent  
UPJS Fakultät für Rechtswissenschaft  
Kosice, Kovácska ul. 26.

Dr. Erzsébet KOVÁCSIK Rechtsberaterin  
Allgemeine Konsumgenossenschaft  
Tura

Dr. István KOVÁCS Universitätsprofessor,  
Mitglied der Akademie der Wissenschaften  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 51.

Dr. Mihail KOZJUR Universitätsprofessor  
Institut für Staats- und Rechtswissenschaft der  
Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion  
Moskau, 121019 ul. Funze 10

Dr. sc. Erich KRAUS Universitätsprofessor  
Hochschule der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-  
schaften  
Meissen

Dr. Béla KOI stellvertretender Sekretär  
Gebietsverband der LPG Kiskunság  
Kecskemét, Patthyány u. 21.

Dr. Árpád MAGYAR Senatspräsident  
Oberster Gerichtshof  
Budapest, I., Fő u. 1.

Dr. István MARTIN Rechtsberater  
Gebietsverband der LPG im Komitat Baranya  
Pécs, Déryné u. 3.

Dr. János MARTONYI Universitätsprofessor  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. István MASA stellvertretender Sekretär  
Verband der LPG im Komitat Csongrád  
Szeged, Széchenyi tér 2.

Dr. Endre MÁNDY Abteilungsleiter  
Landwirtschaftsministerium  
Budapest, V., Kossuth tér 11.

Dr. Kálmán MERÉNYI Universitätsadjunkt  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. László MÉSZÁROS Hauptreferent  
Landwirtschaftsabteilung des Komitatsrats Csongrád  
Szeged, Rákóczi tér

Dr. Lajos MIKLÓS Sekretär  
Verband der Ungarischen Juristen  
Budapest, V., Szemere u. 10.

József MOHAROS Vizepräsident des Landesrates  
der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften  
in Pension

Dr. Imre MOLNÁR Vizepräsident  
Zentralkomitee für Völkische Kontrolle  
Budapest, V., Münnich F. u. 36.

Dr. Imre MOLNÁR Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.



Dr. István MOLNÁR Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest, V., Egyetem tér 1-3.

Dr. Antal MÓCZÁR Hauptreferent  
Landesrat der LPG  
Budapest, V., Akadémia u. 1-3.

Dr. Károly NAGY Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. László NAGY Universitätsprofessor  
Universität für Agrarwissenschaft  
Gödöllő

Dr. Pál NAGY Abteilungsleiter  
Verband der LPG Kiskunság  
Kecskemét, Batthyány u. 21.

Dr. Zoltán NYÁRI Rechtsberater  
LPG Haladás  
Forráskút

Dr. Sándor ORBÁN Universitätsdozent  
Universität für Agrarwissenschaft  
Debrecen, Böszörményi ut 133.

Dr. Ignác PAPP Universitätsdozent, Vizedekant  
JATE Universität für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Elemér PÓLAY Universitätsprofessor  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. László PÉSA Rechtsberater  
Gebietsverband der LPG im Komitat Csongrád  
Szeged, Széchenyi tér 9.

Dr. Tamás PRUGBERGER wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Forschungsinstitut der Genossenschaften  
Budapest, V., Alkotmány u. 25.

Dr. József RÉBELI SZABÓ Rechtsberater  
LPG Felszabadulás  
Szentcs

Dr. Béla RÉVÉSZ Universitätsassistent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. habil. Günter RÖHDE Universitätsprofessor  
Humboldt Universität Fakultät für Rechtswissenschaft  
Berlin

Dr. László ROMÁN Universitätsdozent  
PTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Pécs, 48-as tér 1.

Tibor SÁNDOR Vorsitzender  
LPG Haladás  
Forráskút

Dr. György SÁRAY stellvertretender Abteilungsleiter  
Landesrat der Produktionsgenossenschaften  
Budapest, V., Akadémia u. 1-3.

Dr. Tamás SÁRKÖZY Wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter  
Institut für Staats- und Rechtswissenschaft der  
Ungarischen Akademie der Wissenschaften  
Budapest, I., Országház u. 30.

Dr. György SÁRMÁN Vorsitzender  
Verband der Konsumgenossenschaften des  
Komitats Komárom  
Tata II., Szabadság tér 10.

Dr. Imre SERES Universitätsprofessor  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest, V., Egyetem tér 1-3.

Dr. sc. Erich SIEGERT Universitätsdozent  
Karl-Marx Universität, Fakultät für Rechtswissenschaft  
Leipzig, Karl-Marx Platz

Dr. Zsuzsanna SIMICS Universitätsadjunkt  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

JUDr. Milan ŠTEFANOVIC Universitätsprofessor  
Kemenski Universität Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Bratislava, Nam. Safarikovo 6.

Dr. Krystina STEPANSKA Universitätsadjunktin  
Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft an der  
Universität in Lodz  
Lodz, ul. Gab. Narutowicza 50/A.

Dr. Márta SÜVEGES Universitätsdozent  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest, V., Egyetem tér 1-3.

Dr. Imre SZABÓ Universitätsassistent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Lajos SZABÓ Abteilungsleiter  
Landesrat der Konsumgenossenschaften  
Budapest, V., Szabadság tér 14.

Sándor SZABÓ Sekretär  
der MLZMP im Komitat Csongrád  
Szeged, Rákóczi tér 2.

Dr. József SZAJKÓ Rechtsberater  
LPG Felszabadulás  
Szeged, Sándor u.

Dr. László SZARKA Rechtsberater  
LPG Nőgrádi Sándor  
Nemesbikk

József SZEMŐK Vorsitzender  
LPG "Sárfehér"  
Izsák, Kossuth L. u. 119.

Ernő SZILÁGYI Abteilungsleiter  
Agrarabteilung im Komitatsrat Csongrád  
Szeged, Rákóczi tér

Dr. István SZÜCS Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Károly TÁRNOK leitender Rechtsberater  
Gebietsverband der LPG im Komitat Borsod  
Miskolc, Rudas L. u. 8.

Dr. Géza TOKAJI Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. Károly TÓTH Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.



Dr. Lajos TÓTH Universitätsadjunkt  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Frau Dr. L. TÓTH Universitätsdozent  
JATE Fakultät für Staats und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. sc. Rosmarie TRAUTMANN Universitätsprofessor  
Martin-Luther Universität, Fakultät für  
Rechtswissenschaft  
Halle - Wittenberg

JUDr. Jan TROJAN Universitätsadjunkt  
UPJS Fakultät für Rechtswissenschaft  
Kosice, Kovácsko ul. 26.

Dr. János VASS Universitätsadjunkt  
ELTE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Budapest, Egyetem tér 1-3.

Dr. József VERES Universitätsprofessor, Dekant  
JATE Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaft  
Szeged, Lenin krt. 54.

Dr. András ZSOMÁR Leiter des Sekretariats  
Rat der LPG  
Budapest, V., Akadémia u. 1-3.

-----

Kürzungen:

JATE = Universität "József Attila"

ELTE = Universität "Eötvös Lóránd"

PTE = Universität zu Pécs

E-2788/13





Fk: Dr. Varga József tanárkönyvtáros egyetemi tanár  
Készült a JATE Szakszorosító Üzemében, Szeged  
Engedélyszám: 195/81. Méret: B/5  
Példányszám: 300 Fv: Lengyel Gábor

XRS #04